

Stenographischer Bericht

47. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 28. Oktober 2003

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Gennaro, Abg. Mag. Koller, Abg. Tasch.

Aktuelle Stunde:

Thema: „Situation der Steirischen Krankenanstaltengesellschaft mbH.“

Begründung: Abg. Lafer.

Redner: Landesrat Mag. Erlitz, Abg. Dr. Forenbacher), Abg. Mag. Lackner, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Bache), Abg. Böhmer, Abg. Zierler, Abg. Mag. Zitz, Landesrat Schützenhöfer), Landesrat Mag. Erlitz, Abg. Dietrich.

Dringliche Anfrage der Grünen und der SPÖ, betreffend Freigabe des letzten Kreditsechstels der Fördermittel für Projekte an Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Lechner-Sonnek.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl.

Redner: Abg. Schrittwieser, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dr. Flecker, Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Drexler.

Beschlussfassung.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.

2. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1049/3, zum Beschluss Nr. 761 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben.

Berichterstatterin: Abg. Graf.

Rednerin: Abg. Graf.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1027/5, zum Beschluss Nr. 882 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 2002 über den Antrag der Abgeordneten Halper, Margarethe Gruber, Kröpfl, Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Detlef Gruber und Böhmer, betreffend Kennzeichnungspflicht von Internet-, PC- und Konsolenspielen.

Berichterstatterin: Abg. Halper.

Rednerin: Abg. Halper.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1317/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend neues Modell für die DirektorInnenbestellung.

Berichterstatterin: Abg. Lechner-Sonnek.

Redner: Abg. Detlef Gruber, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Majcen, Abg. Kröpfl, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1429/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Rieser, Dietrich und Lechner-Sonnek, betreffend die Errichtung eines Aufzuges für Behinderte in der HAK/HAS Judenburg und anderen Schulgebäuden des Bundes.

Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.

Redner: Abg. Rieser, Abg. Margarethe Gruber.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1435/1, der Abgeordneten Wicher, Mag. Lackner, Tschernko und Bacher, betreffend Aufdruck von Preisen auf Arzneimittelpackungen.

Berichterstatter: Abg. Tschernko.

Rednerin: Abg. Wicher.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1454/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 2002 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds.
Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Lackner).
Redner: Abg. Lafer (2966), Abg. Mag. Lackner, Abg. Lechner-Sonnek (2967), Abg. Zierler.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1453/1, betreffend den Sozialbericht 2001/2002.
Berichterstatte(r)in: Abg. Gross.
Redner: Abg. Hammerl, Abg. Gross, Abg. Graf, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Wicher, Abg. Stöhrmann, Abg. Böhmer, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Tschernko, Abg. Halper, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Mag. Drexler, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1202/2, zum Beschluss Nr. 969 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003 über den Antrag der Abgeordneten Ferstl, Stöhrmann, Hammerl und Dietrich, betreffend einen bundesweit gültigen Seniorenausweis.
Berichterstatte(r): Abg. Ferstl.
Redner: Abg. Ferstl.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1452/1, betreffend den Bericht über die Außenbeziehungen des Landes Steiermark in den Jahren 2000 und 2001.
Berichterstatte(r): Abg. Ing. Ober.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 884/3, zum Beschluss Nr. 607 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Selbstständigen Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Grabner, Lafer und Lechner-Sonnek, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration – Bericht betreffend die Entwicklungszusammenarbeit.
Berichterstatte(r): Abg. Dr. Rauch.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1460/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2003 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatte(r): Abg. Majcen.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 10 bis 12: Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Mag. Zitz, Abg. Lafer, Abg. Gödl, Abg. Majcen.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1476/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (sechster Bericht für das Rechnungsjahr 2003).
Berichterstatte(r): Abg. Bacher.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1457/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaften EZ. 60 und 61, KG. 63106 Jakomini, Grundstücksadresse 8010 Graz, Radetzkystraße 1 und 3 an die Firma „Freude am Wohnen“ Wohnbau-Gesellschaft m.b.H., 4020 Linz, Anzengruberstraße 3/3 und im Rahmen eines Bauherrenmodells von dieser weiter namhaft zu machender Käufer um einen Preis von 2,470.000 Euro.
Berichterstatte(r): Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1458/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 2727, GB. 63125 Webling, Grundstücke Nr. 56, 58 und 59 mit einer Gesamtfläche von 50.964 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 5,198.328 Euro an die Bietergemeinschaft Neue Heimat, Graz und Siedlungsgenossenschaft Rottenmann, 8786 Rottenmann.
Berichterstatte(r): Abg. Bacher.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1459/1, betreffend den Verkauf des landeseigenen Waldgrundstückes Nr. 4, EZ. 952, KG. 63114 Graz-Stadt – Messendorf mit einer Fläche von 23.188 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 77.679 Euro an Familie Eva und Manfred Kotzmuth und Sonja Grinschgl, 8042 Graz, Messendorfberg 65.
Berichterstatte(r): Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1475/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 265, Grundstück Nr. 576, KG. 63367 Tregist im Flächenausmaß von 2641 Quadratmeter (Bauhof Voitsberg) an die Birnstingl Immobilien GmbH., 8582 Rosental an der Kainach, Hauptstraße 12 um einen Gesamtkaufpreis von 175.000 Euro.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1327/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Säumigkeit der Österreichischen Bundesregierung und der Steiermärkischen Landesregierung beim Ausbau der Pyhrntrasse gemäß EU-Beitrittsvertrag.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner: Abg. Wiedner, Abg. Prattes, Abg. Hagenauer, Abg. Schrittwieser, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1470/1, Beilage Nr. 186, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Bodenschutzgesetz geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Gödl.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1456/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2002.
Berichterstatter: Abg. Gödl.
Redner: Abg. Riebenbauer, Abg. Halper, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dietrich, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Gödl, Landesrat Seitinger.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1073/3, zum Beschluss Nr. 777 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Schleich, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark – zu den Punkten eins und zwei – betreffend Zinssituation im Wohnbauförderungsbereich.
Berichterstatter: Abg. Schleich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1326/1, der Abgeordneten Schleich, Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Spekulationen mit Mitteln von Wohnbaugenossenschaften.
Berichterstatter: Abg. Schleich.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 21 und 22: Abg. Schleich, Abg. Petinger.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1358/1, der Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Förderung der Solarenergie.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1021/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Erstellung eines Konzeptes für Reserveplanstellen bei der Exekutive.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner: Abg. Gross, Abg. Hamedl, Abg. Lafer.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1436/1, der Abgeordneten Hamedl und Bittmann, betreffend Sicherheit in Tiefgaragen.
Berichterstatter: Abg. Hamedl.
Redner: Abg. Hamedl.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1469/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das K-ind-Kompetenzzentrum für umweltfreundliche Stationärmotoren gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2002 bis 2006.
Berichterstatter: Abg. Majcen.
Beschlussfassung.

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1472/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das K-ind-Kompetenzzentrum für Holz-Bau gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2003 bis 2006.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
28. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1473/1, betreffend den Finanzierungsbedarf des Landes Steiermark für das K-plus-Kompetenzzentrum – Austrian Bioenergy Centre (ABC) gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2003 bis 2006.
Berichterstatter: Abg. Majcen.
Beschlussfassung.
29. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1462/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das Kompetenznetzwerk ARGE „Luftfahrttechnologie/ Verbund- und Leichtbauwerkstoffe (AAR)“ gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2002/03 bis 2004/05.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
30. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1474/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das Kompetenznetzwerk ARGE „KnetMET“ gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2002/03 bis 2004/05.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
31. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1430/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa und Halper, betreffend Maßnahmen zur Vermeidung negativer Beeinträchtigungen durch Mobilfunksysteme.
Berichterstatterin: Abg. Margarethe Gruber.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Gödl.
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1356/1, der Abgeordneten Hagenauer, Halper, Reinprecht, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Einstellung der Dotierung für die Energieberatungsstelle.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Halper, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
33. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1463/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Verlegung im Zuge Ausbau HL-AG. und Umfahrung Feldkirchen“ der L 377, Feldkirchner Straße.
Berichterstatter: Abg. List.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 37.
Beschlussfassung.
34. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1336/2, zum Beschluss Nr. 1019 des Steiermärkischen Landtages vom 8. April 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner und Kröpfl, betreffend den Ausbau der neuen Südbahn.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 37.
Beschlussfassung.
35. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1207/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung Riegersburg.
Berichterstatter: Abg. Schleich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 37.
Beschlussfassung.
36. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1210/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer, betreffend selektiver dreispuriger Ausbau der B 68, Feldbacher Straße.
Berichterstatter: Abg. Schleich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 37.
Beschlussfassung.

37. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1211/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Errichtung eines Kreisverkehrs bei der Kreuzung der B 116, Leobener Straße mit der Viktor-Adler-Straße in Kapfenberg.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 33 bis 37: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Hagenauer, Abg. Schrittwieser, Abg. Schleich, Abg. Lafer, Abg. Ing. Ober, Abg. Schleich, Abg. Lafer.
Beschlussfassung.
38. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1346/1, betreffend New Public Management in den Ländern, Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen AG.: Selzthaltunnel-Oströhre und stationäre palliativmedizinische Versorgung.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 39.
Beschlussfassung .
39. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Tätigkeitsbereich des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1461/1, betreffend Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2002.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 38 und 39: Abg. List, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
40. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1419/1, Beilage Nr. 180, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (STLAO 2001) geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Erwin Gruber.
Redner: Abg. Erwin Gruber.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 47. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Frau Abgeordnete Mag. Koller und die Herren Abgeordneten Gennaro und Tasch.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich begrüße die Altbürgermeister mit ihren Angehörigen des Bezirkes Fürstenfeld unter der Leitung von Herrn Altbürgermeister Hans Potzmann. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Sankt Peter am Ottersbach unter der Leitung von Frau Fachlehrerin Gerti Neumeister. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Damen und Herren der Justizwachschule Graz-Karlau unter der Leitung von Herrn Abteilungsinspektor Peter Mathes und Herrn Bezirksinspektor Ewald Goldgruber. (Allgemeiner Beifall.)

Vom Landtagsklub der FPÖ wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Situation der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH.“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Erstunterzeichner Herrn Landtagsabgeordneten Franz Lafer das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Lafer (10.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Regierungsmitglieder, Hohes Haus, werte Zuseher, Zuhörer!

Außer Spesen nichts gewesen! Unter diesem Titel steht heute die Aktuelle Stunde betreffend das Chaos, das in der Spitalspolitik, in der Gesundheitspolitik, vorwiegend aber auch an der gescheiterten Privatisierung der KAGES zu treffen ist. Ein Bauchfleck, wie er noch nie da gewesen ist, ein Bauchfleck, wie ihn die SPÖ geschrieben hat.

Was hier getrieben wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren, das geht auf keine Kuhhaut. Es kostet dem Steuerzahler Millionen von Euro für eine Sache, dass alles beim Alten bleibt. Das kann und darf nicht wahr sein.

Aus der Geschichte, die dieses Faktum geschrieben hat, gibt es auch ein Ergebnis. Ein Ergebnis, das nur nicht positiv zu bewerten ist. Ein Ergebnis, das eine völlig unnötige und unverantwortliche Verunsicherung der Patienten in der Steiermark herbeigeführt hat. Ein Ergebnis, womit 16.000 Mitarbeiter der KAGES – immerhin der größte Dienstgeber dieses Landes – verunsichert wurden. Der Ruf des steirischen Gesundheitswesens wurde nachhaltig schwerstens beschädigt, meine Damen und Herren, schwerstens beschädigt.

Auf Grund dieser Ausschreibungsmodalitäten der vorgesehenen Privatisierung des privaten Managements hat es einen Abfluss aller Daten und Informationen an die Anbietergemeinschaften gegeben, die jetzt davon profitieren, wie gut ein funktionierendes System in der Steiermark bestanden hat.

Das Verfahren ist schlussendlich politisch gescheitert!

Wo liegt nun die Verantwortung? Die Verantwortung liegt hier einzig und allein bei Rot und Schwarz – ÖVP und SPÖ. Ich nenne hier nur vier Namen: Voves, Erlitz, Schützenhöfer, Schilcher. Meine sehr geehrten Damen und Herren, vier Namen, die für dieses politische Desaster verantwortlich sind.

Was ist unter dem Strich herausgekommen? (Landesrat Mag. Erlitz: „Mantl hast du vergessen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein millionenschwerer Flop. Viele ungeklärte Fragen, wie etwa, was wurde den beiden Bietergesellschaften angeboten, dass sie keine Klagen an das Land herantragen, um jene Dinge, die sie bereits ausgegeben haben, beim Land einzuklagen? Wurden ihnen Gutachten versprochen, welche dann sündteuer sind und anschließend im so genannten Rundordner abgelegt werden? Sie verstehen, meine Damen und Herren, ein Rundordner ist dieser kleine Behälter, der in der Ecke des Büros steht.

Die nächste Frage ist: Was passiert mit einem Aufsichtsratsvorsitzenden namens Schilcher, welcher selbst Professor an der juristischen Fakultät war? Hat er etwa nicht gewusst, dass er auszuschreiben hat? Hat er es bewusst unterlassen, obwohl er in Kenntnis war, was man von ihm voraussetzen müsste, dass es ein Ausschreibungsgesetz gibt? Was ist hier der Hintergrund? Fragen, Fragen, Fragen.

Die nächste Frage, die sich hier aufwirft, ist jene: Wollte er nicht unbedingt haben, dass hier ein bestimmter Anbieter zum Zug kommt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fordere jene politischen Verantwortungsträger auf, hier Klarheit zu bringen, denn was bis jetzt geboten wurde, entspricht nicht jenen Tatsachen und vor allem hat es nicht dazu beigetragen, dass in der Frage Klarheit auf den Tisch kommt, in dieser Frage die absolut politische Entscheidung und Verantwortung jener zu sehen ist, wie es sein muss.

Die Steirerinnen und Steirer haben ein Anrecht darauf, was mit jenen finanziellen Mitteln passiert, die sie fleißig jeden Tag in die Steuerkasse bezahlen.

Meine Aufforderung und die Aufforderung der Freiheitlichen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, dass ein Aufsichtsratsvorsitzender Schilcher seinen Job sofort zur Verfügung stellen sollte, denn er ist in dieser Funktion maßlos überfordert, maßlos überfordert.

Die zweite Seite ist, und hier ganz konkret, Herr Gesundheitslandesrat, Sie lassen sich abfeiern für eine Tatsache, die gescheitert ist. Sie waren maßgeblich an diesem Desaster beteiligt, maßgeblich. Wenn man hier die Medien aufschlägt und man liest, „Es ist gut, dass alles beim Alten geblieben ist“, dann frage ich Sie, warum haben Sie etwas Neues versucht? Das war doch nicht notwendig. Sie haben einmal gesagt: „Auch hier muss man Lehrgeld bezahlen!“ Herr Landesrat, ich frage Sie, haben Sie hier als Lehrling entschieden oder als Landesrat? (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn ein Privatunternehmer in einem Bereich, wie es die KAGES ist, wo es, wie bereits ausgeführt, um 16.000 Mitarbeiter des Landes geht, in der Privatwirtschaft einen solchen Schritt unternehmen würde, dann würde er ab morgen keinen Boden mehr unter die Füße bekommen. Das heißt, er wäre arbeitslos. Das würde sich in der Privatwirtschaft aber schon überhaupt niemand gefallen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die KAGES insgesamt und auch das Ressort ist zu hinterfragen, weil wir davon überzeugt sind, dass hier politisch nicht korrekt gearbeitet wurde und dass Steuermillionen verschleudert wurden.

Aber es gibt noch weitere Fragen. Auch die Ausschreibung der neuen Geschäftsführerpositionen, wie sie bereits in der Regierung eingebracht und beschlossen worden sind, werfen Fragen auf. Bei den Anforderungen steht Folgendes geschrieben:

„BewerberInnen sollten über ein abgeschlossenes Studium und eine mehrjährige Berufserfahrung in vergleichbaren Positionen verfügen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allein dieser Satz lässt das Fass überlaufen. Raumpflegerinnen im Land Steiermark, die sich hier bewerben, haben ein wesentlich genaueres und besseres Anforderungsprofil zu erfüllen als die Geschäftsführerpositionen in der KAGES, wobei es sich hier, wie ich schon gesagt habe, um das größte Unternehmen des Landes handelt.

Diese Ausschreibung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist zur Farce geworden. Es drängt sich hier wirklich der Verdacht auf, ob hier nicht in bestimmten Situationen und Positionen politische Günstlinge zum Zug kommen sollen. Und hier wieder das gleiche Bild, dass Rot und Schwarz es versuchen zu prägen, hier aus ihrer Position heraus für jene eine Position zu schaffen, die sonst in der Privatwirtschaft gescheitert sind. Wieso gibt es hier keine weiteren Anforderungen? Wieso gibt es hier nicht auch das Faktum, dass hier einer zum Zug kommen sollte, der zumindest aus einer gleichwertigen Position heraus seinen Job gemacht hat, das heißt auch hier herangezogen werden kann, um dieses zu erfüllen? Man hat sich nicht die Mühe gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Ausschreibung ist zur Farce geworden.

Sehr geehrter Herr Landesrat, meine Zeit ist sehr kurz, deshalb sage ich Ihnen, für diese Erledigung haben Sie ein Nichtgenügend verdient, ein Nichtgenügend. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie haben den Steirerinnen und Steirern Sand in die Augen gestreut, denn Sie haben sie verunsichert. Sie haben die Patienten verunsichert und Sie haben einen millionenteuren Flop gemacht.

Das Damoklesschwert wird im Jahre 2005 zuschlagen. Nach 2005, meine sehr geehrten Damen und Herren, und auch für die Zuhörer, das müssen Sie wissen, gibt es bis heute noch keinen einzigen budgetären Ansatz, damit die Frage der Gesundheit in der Steiermark geklärt werden kann. Es gibt nichts.

Und das wäre die dringendste und vordringlichste Aufgabe, hier einmal klar darzustellen, was gedenken wir ab 2005 zu machen? Was denkt der zuständige Landesrat?

Sehr geehrter Herr Landesrat, Sie haben in der Gesundheitspolitik versagt. Kurz im Amt und nichts gewesen lässt nur den Schluss zu, außer Spesen nichts gewesen! Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 10.15 Uhr.)

Präsident: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Herrn Landesrat Mag. Erlitz, das Wort.

Herr Landesrat, die Redezeit beträgt ebenfalls zehn Minuten. Danke.

Landesrat Mag. Erlitz (10.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dieses Nichtgenügend – ich komme aus der Schule und ich weiß, was Nichtgenügend bedeutet, das ist nichts Gutes, das heißt Sitzenbleiben, Wiederholungsprüfung und so weiter –, aber dieses Nichtgenügend für dieses Ergebnis oder diesen Vorwurf, an diesem Desaster beteiligt gewesen zu sein, nämlich eine Privatisierung der Krankenhäuser verhindert zu haben, das nehme ich gerne in Kauf – diesen Vorwurf, gerne. (Beifall bei der SPÖ.)

Damit kann ich hervorragend leben. Nicht schlafen hätte ich können, wenn du mir jetzt vorgeworfen hättest, ich bin schuld, dass wir die Krankenhäuser verscherbelt hätten. Mit dem Vorwurf könnte ich nicht leben. Aber mit dem, das verhindert zu haben, du, das ist ja sogar eine Auszeichnung für mich.

Ich bedanke mich bei der FPÖ grundsätzlich, dass sie dieses eminent wichtige Thema zum Gegenstand dieser Aktuellen Stunde gemacht hat, ich bedanke mich, weil diese Thematik hat die Steiermark satte sechs Monate zumindest einmal beschäftigt und auch mich emotional sehr bewegt. Das gebe ich ganz offen zu, zumal es sich dabei – du hast es ja gesagt – nicht um irgendein Unternehmen handelt, sondern um das größte Unternehmen des Landes Steiermark mit 16.000 bediensteten Beschäftigten, 20 Spitälern. Es ist der größte Wirtschaftsfaktor in Hinsicht als Arbeitgeber, aber gibt auch investitionsentsprechende Impulse, nämlich der Bauwirtschaft. Größter Wirtschaftsfaktor!

Es ist nicht nur legitim, sondern es ist eine Verpflichtung, dass sich ein Unternehmen dieser Größenordnung natürlich auch weiterentwickeln muss und nicht am Stand stehen bleiben kann. Gerade in diesem Bereich ändert sich alles sehr rasch. So ein Unternehmen ist einfach verpflichtet, seinen „Kunden“ gegenüber – obwohl ich immer sage, Patienten sind keine Kunden, sondern Patienten sind Bedürftige, die beste medizinische Versorgung einfordern dürfen –, aber diesen Patienten gegenüber ist dieses Unternehmen verpflichtet, sich weiterzuentwickeln. Es ist verpflichtet, Schritt zu halten mit dem medizinisch-technischen Fortschritt, der allen Menschen zugute kommen muss. Allen, ob arm oder reich! Deswegen muss sich ein Unternehmen weiterentwickeln, aber auch der Kosten- und Leistungsdruck ist da, selbstverständlich! Und deswegen sind Reorganisationsmaßnahmen wichtig. Nicht zuletzt gilt es, klarerweise, sich auch für den Europäischen Gesundheitsmarkt vorzubereiten und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Alle diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn alle politischen Kräfte zusammenwirken und darauf lege ich ganz, ganz großen Wert, so wie bisher schon, die FPÖ hat ja auch mitgezogen, ich verstehe jetzt diese künstliche Aufregung nicht. Bisher waren wir auch gemeinsam unterwegs, ÖVP, FPÖ und SPÖ. Wenn wir auch weiterhin gemeinsam dafür arbeiten, dann wird dieses Ziel auch erreichbar sein. Das gemeinsame Ziel muss eben sein, alle notwendigen, sinnvollen und zeitgemäßen, aber auch sozial verträglichen Entwicklungen und Maßnahmen zu treffen, die eben dieses Unternehmen entsprechend fördern. Eines muss immer unter dem Strich stehen: Der Patient muss den größtmöglichen Nutzen davontragen bei all diesen Maßnahmen! (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Sinne, was ich jetzt gesagt habe, wurden eben die Reorganisationsüberlegungen der KAGES, die ja bis in das Jahr 1999 zurückreichen, angestellt – diese Absichten reichen ja entsprechend weit zurück –, die entsprechenden Absichten, dieses Ansinnen zu reorganisieren, begonnen mit dem Rechnungshofbericht, mit IRO & Partner-Studie und so weiter. In diesem Sinne wurden eben diese Reorganisationsüberlegungen auch angestellt. Ziel war, mehr Effizienz, mehr Effektivität in den Kern- und Dienstleistungsbereich hineinzubekommen. Und eines war immer klar, die KAGES bleibt zu 100 Prozent im Eigentum des Landes und eine Überlegung dazu war – offensichtlich nach der Ausgliederung der KAGES 1985, also nach der Privatisierung des Managements – vor 18 Jahren hat man ja schon dieses Management privatisiert – nach diesem Schritt eben auch einen weiteren Schritt zu setzen. Ich sage jetzt nicht in weitere Privatisierung, sondern in Richtung eines Firmenmanagements.

Aber eines sage ich auch dazu, weil ich für alles verantwortlich gemacht werde. Als ich gekommen bin, ist dieser Zug in diese Richtung gefahren. Richtung Firmenmanagement! Da bin ich auf den Zug aufgesprungen und diesen Zug habe ich dann umgeleitet, nämlich nicht in Richtung Firmenmanagement, sondern wieder in Richtung Geschäftsführer-, Personalmanagement so wie bisher. Und „Außer Spesen nichts gewesen“ würde ich so locker nicht sagen. Ich komme dann noch darauf zurück. Ich gebe auch zu, dass ich eben vom Beginn weg skeptisch war in diese Richtung Firmenmanagement zu gehen. Ich habe gesehen, dieser Zug fährt in die falsche Richtung. Ich bin aber trotzdem offen geblieben für jede Möglichkeit, die KAGES positiv weiterzuentwickeln. Deswegen habe ich auch von Anbeginn an, vom 8. April weg, als ich gekommen bin, als ich diese Funktion übernommen habe, klare Botschaften, klare Vorgaben, klare Signale in Richtung möglicher Bewerber für dieses

Firmenmanagement ausgesandt, nämlich keine Privatisierung der KAGES – die KAGES bleibt zu 100 Prozent im Besitz des Landes. Es ist eine genuine Aufgabe des Landes, eine genuine gewachsene Aufgabe des Staates, für die Gesundheitsversorgung auch zuständig zu sein. Das Land darf sich nicht von der Verantwortung, nämlich der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung verabschieden. Vom Beginn an klare Trennung zwischen Trägeraufgaben und der Betriebsführung, das heißt, Standorte, Qualitätsstandards, Leistungsinhalte gibt weiterhin der Eigentümer – der Träger – vor. Vorrangiges Ziel: optimaler Patientennutzen, nämlich Verringerung der Wartezeiten, dass man nicht mehr ein Jahr warten muss für eine Operation des grauen Stars oder für eine Herzoperation und so weiter. Ganz klare Vorgaben und – das habe ich auch immer gesagt, die KAGES ist keine Cash-Cow. Da braucht sich kein Bewerber vielleicht irgendwelche Hoffnungen machen, da abzusahnen. Sie eignet sich nicht als Speckpolster, um private Bilanzen aufzufetten. Das habe ich von Beginn an immer gesagt. (Beifall bei der SPÖ.)

Das haben auch einige Firmen so verstanden und haben sich gar nicht mehr beworben, weil sie gesehen haben, da ist nichts zu verdienen. Diese Vorgaben habe ich von Beginn an gemacht, diese Pflöcke habe ich hineingeschlagen und ich habe dabei weite, vielfältige Unterstützung bekommen, in dankenswerter Weise vom Betriebsrat der KAGES, die hat mich unterstützt in dieser Hinsicht, massive Unterstützung von der Ärztekammer. Sie schreibt, eine gute Lösung, die unmittelbar betroffenen Mitarbeiter sagen, eine super Lösung und da wird sie kritisiert. Bitte, in der letzten Ärztekammerzeitschrift! Die Ärztekammer hat mich da von Beginn an unterstützt und wertvolle Beiträge zur Diskussion geleistet, eine Umfrage durchgeführt und veröffentlicht, in der sich zwei Drittel der steirischen Bevölkerung gegen diese Form der privaten möglichen Geschäftsführung ausgesprochen haben. Die Medienberichterstattung hat mich immer wieder auf die möglichen Gefahren aufmerksam gemacht, immer wieder in dankenswerter Weise. Und nicht zuletzt, das muss ich auch sagen, habe ich mich auch immer wieder mit Mitgliedern der Bewertungskommission getroffen und auch mit dem Herrn Professor Mantl, Vertreter der FPÖ, völlige Übereinstimmung hat es da gegeben, in konsensualer Form sind wir hier vorgegangen, auch mit dem Vertreter der FPÖ und dafür bedanke ich mich auch ganz herzlich. Ich bedanke mich überhaupt in diesem Zusammenhang bei allen Mitgliedern dieser Bewertungskommission, bei Professor Schilcher, beim Vorstandsdirektor Heinzl, bei Herrn Professor Mantl, Mag. Hirt, Herrn Betriebsratsvorsitzenden Fischer-Felgitsch und dem Vertreter der KPMG Herrn Mayer für die konstruktive Zusammenarbeit, immer mit dem klaren Ziel, das beste Ergebnis für die steirischen Spitäler und für die Menschen, die hier leben, zu erzielen. Letztlich ist es uns auch gelungen, und zwar gemeinsam mit Herrn Personallandesrat Hermann Schützenhöfe – und ich habe das oft genug gesagt, ich bedanke mich bei ihm, alleine wäre es nicht gegangen. (Beifall bei der ÖVP.) Selbstverständlich hat uns das ja auch irgendwie verbunden, diese Skepsis der privaten Geschäftsführung. Ich bedanke mich wirklich, das haben wir nicht für uns gemacht, überhaupt nicht, sondern, weil wir der Meinung waren, das eine wäre vielleicht nicht die beste Lösung gewesen, aber die jetzige ist die bessere Lösung. Nicht für uns, sondern für die Menschen in diesem Lande, die die Spitäler brauchen. Dieses ursprüngliche Ausschreibungsverfahren ist eben dann durch eine alternative Variante abgeändert worden, so dass in Zukunft eben kein Firmenmanagement, sondern zwei Geschäftsführer dieses Unternehmen KAGES leiten. Eine Lösung, die auf größte Zustimmung stößt. Ich habe von niemandem noch gehört, bist du wahnsinnig, ihr hättet doch diesen privaten Weg, in diese Richtung Privatisierung gehen sollen. Kein Einziger hat diese jetzige Lösung kritisiert, das muss ich ganz offen sagen. Aber eines ist auch klar, die Leistungsziele, die Leistungsvorgaben, die wir im Zuge dieser Ausschreibung im Interesse der KAGES festgelegt haben, die werden auch vom künftigen Management eingefordert, selbstverständlich. Steigerung des Patientennutzens, ich habe schon gesagt, kürzere Wartezeiten, Entwicklung und professionelle Umsetzung einer strukturellen Reorganisation der KAGES in Richtung Regionalisierung, Schaffen von Verbänden und innerhalb dieser Verbände wieder kleinere Krankenhausverbände, die wir ja ohnehin schon haben. Den Weg haben wir ja schon begonnen zu beschreiten. Das erwarte ich mir sehr wohl, oder Erschließung neuer Geschäftsfelder, da gibt es bereits Beispiele, Kooperation der KAGES mit privaten Partnern. Das hätte ich mir auch erwartet von diesen Bewerbern, dass sie die KAGES als gleichberechtigten Partner ansehen. (Präsident: „Herr Landesrat, wir sind schon bei elf Minuten!“) Ja, ich bin schon am Ende. Das heißt, ich bin nicht am Ende, ich könnte noch vieles sagen. Das hat nur der Kollege Lafer gesagt. Übrigens habe ich nicht verstanden, dass du mich per Sie angesprochen hast, draußen waren wir noch per du. Ich sage trotzdem, Kollege Lafer, alles klar.

Also, ich bin nicht am Ende, ganz im Gegenteil. Ich fühle mich ganz einfach bestärkt mit dieser Lösung und ich bin überzeugt davon – noch einmal –, dass wir gemeinsam alle die KAGES in eine gute Zukunft führen werden, im Sinne der Menschen, die diese Spitäler in diesem Land brauchen. Danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.27 Uhr.)

Präsident: Die Redezeit der weiteren Teilnehmer an der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Ich ersuche, diese einzuhalten.

Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Primarius Forenbacher. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Dr. Forenbacher (10.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Bei medizinischen Kongressen ist es momentan sehr modern, wenn es um neue Therapieformen geht, einen Pro- und einen Contraredner ans Pult zu holen. Ich habe das hier erstmalig im Landtag so erlebt. Mir bleibt die Aufgabe übrig, zu den Fakten zu sprechen.

Faktum ist, dass in der Steiermark zu jeder Zeit, überall, unabhängig von Alter, Geschlecht oder sonstigen Eigenschaften, jeder Steirer Zugang zur Akutversorgung in höchster Qualität hat.

Faktum ist aber auch, dass in manchen Bereichen – bei chronischen Erkrankungen – Wartezeiten sind, die für die Betroffenen schwer erträglich sind. Der Herr Landesrat hat es schon gesagt, Staroperationen, Hüftoperationen. Aber es gibt noch andere Bereiche.

Faktum ist, dass das Horrorszenario von 2001 beim Budget, wo von einem Zusammenbruch der finanziellen Versorgung unserer Spitäler gesprochen wurde, nicht eingetreten ist. Der letzten Bilanzpressekonferenz des ausgedienten Vorstandes entnehme ich, dass die Landeszuschüsse gar nicht komplett ausgenutzt werden mussten.

Faktum ist jedoch auch, dass zwischen stationärem Bereich – ambulantem Bereich, stationärem Bereich – Rehabilitation, stationärem Bereich – Pflegebereich, aber auch unter den stationären Einrichtungen Reibungsverluste auftreten, die natürlich Geld kosten.

Faktum ist, dass in den letzten Jahren viele neue Aufgaben auf uns zugekommen sind. Wer hat vor wenigen Jahren von einer Palliativversorgung gesprochen? Wer war mit Wachkomapatienten beschäftigt? Wer hat sich mit der Remobilisation chronisch Kranker beschäftigt? Alles neue Aufgaben, die zu bewältigen sind.

Faktum ist aber auch, dass wir in den letzten Jahren bei Rechnungshofberichten in operativen Abteilungen oft eine zu niedrige Auslastung bestätigt bekommen haben. Das liegt nicht an der Qualität der Versorgung, sondern einfach an der Veränderung im Gesundheitswesen.

Meine Damen und Herren, um diese Aufgaben auch in Zukunft bewältigen zu können, bedarf es einer kompetenten Führung. Ich hoffe, dass die Installierung des neuen Vorstandes rasch vor sich geht und dass wir wieder alle gemeinsam an unserem Krankenhauswesen arbeiten können, um die Verunsicherung sowohl der Patienten als auch der Bediensteten zu beseitigen. Ich glaube, dass wir trotz mancher kritischer Stimmen mit der gefundenen Lösung auf einem guten Weg sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Es sind Konzepte vorhanden, die zu verwirklichen sind. Manches wäre vielleicht wünschbar gewesen, aber nicht durchsetzbar. Und ich kann da nur mit dem Satz von Adenauer schließen: „Was kann mich hindern, über Nacht gescheiter geworden zu sein?“ Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 10.32 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Frau Abgeordnete Mag. Lackner. Danach, nach der Redezeit von fünf Minuten, Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek.

Abg. Mag. Lackner (10.32 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident!

Wenn es um die Zukunft der KAGES geht, dann schlage ich vor, dass wir den Blick erheben in die steirischen Regionen, um die wirtschaftliche und um die gesundheitspolitische Bedeutung der jeweiligen Krankenanstalt für den jeweiligen Standort zu erkennen, die wirtschaftliche und gesundheitspolitische Bedeutung, die Leistungsfähigkeit und auch die Vorhaben zu erkennen und zu honorieren, die vor uns stehen und die ganz klar sind.

Investitionen bedeuten auch einen positiven Effekt für die heimische Wirtschaft. Und an den Zahlen Betriebsaufwand für die meisten oder für alle Spitäler der Steiermark kann man erkennen, wie leistungsfähig und wie zukunftsorientiert hier geplant wird.

Frau Kollegin Dietrich, der Verbund Judenburg-Knittelfeld, die Fächer Chirurgie, Unfallchirurgie, Geb-Gyn wurden ausgebaut beziehungsweise als Schwerpunktgesundheitsprojekte definiert. Im Krankenhaus Knittelfeld sind es die Fächer Innere Medizin und Neurologie. Um den Notarztstützpunkt Zeltweg, den es seit fünf Jahren gibt, kümmern wir uns weiterhin und den wollen wir auch weiterhin erhalten. Er ist ein wichtiger Bestandteil dieses Spitalverbundes Judenburg-Knittelfeld. Telepathologie wird angewandt in Zusammenarbeit mit dem LKH Leoben. Es gibt auch eine Schlaganfalleinheit, was für die obersteirischen Patienten bedeutet, dass sie keine längeren Transport- und Anfahrtswege haben und dass ein modernst geschultes Spezialistenteam für diese Patienten und Patientinnen zur Verfügung steht.

Die Fertigstellung der Neubauten in Knittelfeld und Judenburg bedeutet eine Investition von heuer und nächstem Jahr 10 Millionen Euro.

Herr Kollege Ferstl, das LKH Leoben hat in den letzten Jahren um 40 Millionen Euro Ausbauten vorgenommen im Bereich der Entbindungsstation, im Bereich der Augenstation, der HNO und im Bereich von Brandschutzmaßnahmen.

Es gibt da natürlich weitere Vorhaben. Den Schwerpunkt Onkologie. Viele Maßnahmen sind dafür notwendig und schon geplant. Die Errichtung der Abteilung für Psychiatrie für das Einzugsgebiet Obersteiermark. Und diese neuen Kosten belaufen sich jenseits der 100-Millionen-Euro-Grenze.

Herr Kollege Lafer, das LKH Feldbach hat eine Schwerpunktsetzung für den Bereich Innere Medizin, Chirurgie, Geb-Gyn, Radiologiediagnostik und Anästhesiologie und Intensivmedizin erfahren.

Die KAGES besteht eigentlich aus den Spitälern und wir dürfen sehr wohl auf die Erfolgsgeschichte der KAGES hinweisen. Und das ist eine Erfolgsgeschichte, die auf sozialdemokratischem Boden gewachsen ist und für die wir gerne Verantwortung übernommen haben und die Verantwortung übernehmen werden. Deswegen sollten wir da auch hinschauen. (Beifall bei der SPÖ.)

Geplant für das LKH Feldbach – aber du weißt es sicher noch besser als ich – ist auch die Abteilung für Unfallchirurgie und die Errichtung einer Neurologischen Abteilung. Das kostet auch Geld, wird auch investiert.

Frau Kollegin Graf, das LKH Bruck. Da wurde heuer der Herzkatheder in Betrieb genommen und heuer wird auch noch der Bereich Physiotherapie in Betrieb gehen. 3,5 Millionen Euro an Investitionen und an Zukunftsgesundheitspolitik.

Das LKH Graz, Frau Kollegin Zierler, hat mit dem Ausbau „LKH 2000“ zwischen Bund und Land für Chirurgie und Palliativmedizin noch große Vorhaben vor sich. Allein da schlägt sich eine Summe von 92 Millionen Euro in Rechnung.

Wagna, Herr Kollege Wiedner, wird auch baulich saniert, werden auch Gelder bereitgestellt.

Bitte, für die Information, sie kann gerne von jedem geholt werden.

Ich sage aber auch dazu, diese Erfolgsstory könnte von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von der FPÖ – (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ich habe nicht vergessen, aber die Zeit ist zu kurz, um das auch noch einzubauen. (Abg. Lafer: „Auweh“) Nicht auweh, wir haben ja die steirischen Spitäler. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie könnten eine ganz wichtige Rolle einnehmen, sehr geehrte Damen und Herren von der FPÖ, wenn es um die Zukunft der steirischen Spitäler und der KAGES – das ist ja eines – geht, es wäre nichts seriöser und nichts politisch korrekter und nichts notwendiger, als sich beim Bund für die noch nicht zur Verfügung gestellten Mittel für den Vertrag LKH 2000 einzusetzen, das wäre Ihre Aufgabe, und nicht da abzurechnen. (Beifall bei der SPÖ.)

25 Millionen Euro fehlen uns, was heißt, dass im LKH Graz der Rohbau für die EB 2 eingewintert werden muss, dass es keine Renovierung für die Frauenklinik und die Nervenklinik gibt, dass es keinen Zubau für den Funktionstrakt der Frauenklinik gibt, dass der verschoben werden muss, was alles bedeutet, dass es letztlich teurer wird. Vom Erweiterungspaket für das LKH 2000 wollen wir da an dieser Stelle gar nicht reden. Sehr hilfreich wäre es, wenn Sie sich da nützlich machen würden. Ich zitiere jetzt zum Schluss noch Ihren Herrn Landeshauptmann Haider, aber in Abwandlung von dem, was er selbstkritisch festgestellt hat, aber ich sehe es positiv: „Manchmal kann man das Richtige tun, mit Sicherheit“, wenn Sie sich nämlich bei Ihrer Bundes-FPÖ für die Ausschüttung der Mittel einsetzen, die der Steiermark versprochen sind und wo es einen Vertrag gibt. Das wäre politisch korrekt, alles andere ist Kleingeldwechseln. (Beifall bei der SPÖ. – 10.38 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek, Klubobfrau der Grünen. Sie sind am Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (10.38 Uhr): Herr Präsident, werte Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Da kann man wieder einmal sehen, was der politische Alltag mit dem Kurzzeitgedächtnis anfängt und anrichten kann. Herr Kollege Lafer, bei aller Wertschätzung deines Einsatzes, es wird auch dir nicht entgangen sein, dass dein Landesregierungsmitglied Schögggl mitgestimmt hat, wie es um die Entscheidung gegangen ist, ob ein privates Management gesucht werden soll oder nicht. Und wir haben hier einen prominenten Zeugen im Zuschauerraum sitzen oder stehen, den Herrn Prof. Schilcher, der gerade genickt hat. Wir alle wissen, so war es. Die FPÖ war weit entfernt davon eine eigene Sicht der Dinge zu haben und diesem Vorhaben kritisch gegenüberzustehen und das muss man hier einfach zugeben, bei aller Wertschätzung der Bedenken, die mit der Zeit entstanden sind, wohl auch durch gute Berichterstattung und wohl auch durch die Befragung, die im Auftrag der Ärztekammer durchgeführt wurde und ergeben hat, dass 80 Prozent der Bevölkerung diesem Vorhaben nichts Gutes abgewinnen können. Wenn es hier, wie bei meinen Vorrednerinnen beziehungsweise dem Herrn Kollegen Forenbacher und der Frau Kollegin Lackner, um die Qualität und den Einsatz und die Leistungen der KAGES geht, muss ich sagen, das ist ja eigentlich klar. Das ist ja etwas, was in Wirklichkeit völlig in den Hintergrund gerückt ist durch die Vorhaben der letzten Zeit von Seiten der Landesregierung beziehungsweise durch die Art, wie dieses Vorhaben, nämlich eine neue Geschäftsführung zu installieren, angegangen worden ist. Ich finde es positiv und ich war enorm froh zu hören, dass nichts daraus geworden ist. Dass es nicht so geworden ist, wie wir es hören von der Universitätsklinik Stuttgart, wo enorm viel Personal abgebaut wurde, wo auch das Defizit überhaupt nicht in den Griff bekommen wurde, ganz im Gegenteil und wo es eine ganz starke Reduktion der Betreuungsqualität für die Menschen gegeben hat, die die Spitäler aufgesucht haben.

Mir ist jetzt wichtig, einmal die Rolle der Landesregierung aufzuzeigen in diesem Geschehen in der Steiermark bei den Steiermärkischen Krankenanstalten. Da muss ich zuerst gleich einmal zum Herrn Landesrat Erlitz sagen, weil er immer sagt, die KAGES ist ja längst privatisiert, es ist darum gegangen, eine Firma zu finden beziehungsweise einer Firma die Geschäftsführung der KAGES zu überantworten, einer Firma, die natürlich nach privatwirtschaftlichen Kriterien arbeitet. Das muss man sich einmal bewusst machen. Die Gesundheitspolitik und das Gesundheitswesen ist nicht die Aufgabe privater Firmen, die arbeiten anders, die denken anders, sondern ist öffentliche Aufgabe und mit Ihrer Unterstützung dieses Vorganges, Herr Landesrat Erlitz, wenn Sie auch heute sagen, das hat ja nur der Abklärung gedient und ich bin ja so froh, dass es nicht dazu gekommen ist, dass Sie ein Projekt heute entsorgen, das Sie selber in die Landesregierung eingebracht haben und sich dafür feiern lassen wollen, dann muss ich sagen, auch bei Ihnen könnte es ein Problem geben damit, wie Ihre Motiven-

lage war und könnte es ein Problem geben damit, dass Sie jetzt einen Zugang finden müssen, das als Erfolg hinzustellen, was Sie selber mit Handlungen ganz eindeutig als Misserfolg zugeben haben müssen. (Beifall bei den Grünen.)

In Wirklichkeit hat die ganze Geschichte ja schon unter Landesrat Dörflinger begonnen, das muss man sagen. Der vorherige Vorstand der KAGES, die zwei Geschäftsführer, haben ein Konzept ausgearbeitet „KAGES neu“, das viele ehrgeizige Reformschritte enthalten hat. Ich habe mich selbst davon in Kenntnis gesetzt. Was ist passiert mit dem Konzept? Dieses Konzept wurde vom Aufsichtsrat angeschaut, für gut befunden, an die Landesregierung weitergeleitet und die Landesregierung hat einen Spitalslandesrat. Dieser Spitalslandesrat hat das irgendwo hingelegt, auf jeden Fall hat er es nicht bearbeitet. Der Vorstand der KAGES hat sich dann gemeldet und hat gesagt: „Was ist jetzt mit unserem Konzept, Herr Landesrat? Finden Sie das gut oder hätten Sie gerne etwas anderes, sagen Sie uns Bescheid, wir müssen uns danach richten.“ Sie haben nichts davon gehört. Das Nächste, was passiert ist, dass sie in der Zeitung gelesen haben, dass jemand anderer, und zwar eine private Firma mit dem Management beauftragt werden soll. Und der Landeshauptfraustellvertreter Voves, der sich an anderer Stelle sehr stark macht gegen Privatisierungen in der Steiermark, ist in diesem Bereich voll dafür gewesen. Er war für diesen Einsatz einer Privatfirma in der Geschäftsführung, das muss man auch einmal festhalten und das wird all seine Wortmeldungen in Hinkunft in Bezug auf den Gesundheitsbereich und was da noch von Bundesebene kommen wird, färben.

Zur ÖVP, Landesrat Schützenhöfer hat einmal gesagt, wir brauchen diese Privatfirma in der Geschäftsführung, um den parteipolitischen Einfluss zurückdrängen zu können. Meiner Meinung nach ein Armutszeugnis, die ÖVP selber baut seit Jahrzehnten hier in diesem Land ein System auf, wo es nur mehr um Proporz und um Parteibuchwirtschaft geht, alles ist durchtränkt, alles ist dem schwarzen Filz unterworfen und dann geht man her und sagt, jetzt kennen wir uns nicht mehr aus, jetzt kommen wir damit nicht mehr zurecht, jetzt soll eine Privatfirma kommen, wenn möglich aus dem Ausland und das regeln. (Präsident: „Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen, wir sind bei der sechsten Minute, bitte!“) Im Bereich der Landesverwaltung werden wir da auch überall private Firmen einsetzen müssen, damit wir die Situation wieder hinkriegen. Heute sitzen lauter Personen auf der Regierungsbank, die eigentlich gerne sagen würden, ich habe es ja eh nie wollen, sie versuchen es zum Teil auch. Sie alle haben mitgestimmt! Sie alle haben mitgestimmt, das muss man sich bewusst machen und durch diese Situation ist Schaden entstanden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KAGES, die über Gebühr engagiert und gut arbeiten, sind monatelang in Unsicherheit gelassen worden, wie es weitergeht, wie es auch mit ihrem Job und ihren Arbeitsbedingungen weitergeht und das Ansehen der KAGES ist sicher nicht verbessert worden. Und wenn ich jetzt in den Medien lese, wie die Suche nach Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern – eh nur immer Männern – ausschaut, dann muss ich zweifeln, Herr Landesrat, an Ihrer Überzeugung, dass die KAGES in eine gute Zukunft geführt werden kann von dieser Landesregierung. (Präsident: „Frau Abgeordnete, hoffentlich haben Sie mein Klingelzeichen gehört!“) Einen Satz noch. Dieser Beweis ist noch zu liefern, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und ich hoffe für Sie und mit Ihnen, dass er Ihnen gelingt, von ganzem Herzen. (Beifall bei den Grünen. – 10.46 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bacher, danach Herr Abgeordneter Böhmer, jeweils fünf Minuten. Ich ersuche um Einhaltung der Redezeit.

Abg. Bacher (10.46 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Zuschauergalerie steht der Vater der KAGES, nämlich Bernd Schilcher, ich begrüße ihn ganz besonders. (Beifall bei der ÖVP.) Ich kann mich noch an viele Diskussionen hier im Haus erinnern, wo er gemeinsam mit Landesrat Strenitz harte Kämpfe ausgefochten hat wegen der KAGES. Über die Einführung der KAGES und ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass der Vater der KAGES, nämlich Bernd Schilcher, zu diesem Unternehmen gestanden ist und die SPÖ, nämlich die Mutter, Landesrat Strenitz, das Kind nie angenommen hat. Heute höre ich, dass die KAGES eine tolle Erfolgsstory ist. Es ist ein tolles Unternehmen und ich stehe auch dazu und ich denke, dass es natürlich auch in diesem Unternehmen eine Weiterentwicklung geben muss und es sie auch gibt. Es hat schon in der Vergangenheit viel Bewegung und vorweg nicht immer positive Veränderungen in dem Unternehmen KAGES gegeben.

Es gibt 16.000 Bedienstete und über 100.000 Patienten werden das ganze Jahr hindurch von der KAGES gut versorgt. Sie hat auch in der Öffentlichkeit ein sehr positives Image.

Was ist jetzt passiert? Man ist so quasi auf einer Weggabelung. Einerseits die Herausforderung, die finanziell knappen Mittel immer besser einzusetzen, und auf der anderen Seite den Patienten zu haben, der immer höhere Ansprüche stellt in das Unternehmen KAGES und in die Gesundheitsversorgung Österreichs.

Ich denke – und ich persönlich war auch sehr skeptisch –, wie können wir private strategische Partner herinnehen in die KAGES? Wie können wir möglicherweise mit professioneller Führung dieses Unternehmen KAGES noch effizienter, noch besser für den Patienten führen?

Es war heute schon spannend. Der Kollege Lafer hat gleich vom Bauchfleck und ich weiß nicht was alles geredet. Der Kollege Landesrat Erlitz hat sich dann abgesetzt und gesagt, ich feiere heute den Tag, weil ich vieles verhindert habe. Ich weiß nicht, warum es bei uns in der Steiermark nicht möglich ist, ganz ehrlich über diese Themen zu reden. Ich weiß es nicht.

Und ich gebe Ihnen, Frau Lechner-Sonnek, schon auch einen Teil Schuld. Weil es ist natürlich immer bewusst gemacht worden, passt auf, jetzt kommen die großen Privatisierer. Ich weiß nicht, was Sie gegen private Unternehmer haben. Ich weiß es nicht, aber vielleicht erklären Sie das einmal. (Abg. Lechner-Sonnek: „Nicht im Gesundheitswesen!“)

Aber Sie haben permanent das Personal verunsichert. Sie haben permanent irgendwelche E-Mails ausgeschickt, was alles Schreckliches auf die Bediensteten zukommt und auf die Patienten. Leider redet man nicht ehrlich darüber, was wollen wir in Zukunft mit unserem Unternehmen KAGES machen?

Sie wissen ganz genau, dass wir immer mehr auch über die finanziellen Ressourcen diskutieren müssen. Es ist ja nicht zu Unrecht von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves gesagt worden, es muss sorgfältig, effizient, wirtschaftlich mit dem Unternehmen umgegangen werden. Es hat nicht zuletzt in einem Interview Kollege Erlitz gesagt, als er gefragt wurde, wie soll die Reform der KAGES ausschauen, „Ganz einfach, indem ich der KAGES ein privates, modernes Management zur Seite stelle.“ Es hat auch der Vorgänger von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves davon gesprochen, dass es ständige Veränderungen geben muss. Zitat: „DDr. Schachner-Blazizek!“

Wir werden ständig über die Finanzierung stolpern, nämlich der KAGES und des Gesundheitswesens, wenn wir nicht endlich strukturelle Veränderungen in unseren Spitälern vornehmen. Das heißt, es ist ja auch bei der Sozialdemokratie ein Thema. Eine private Führung oder die Hereinnahmen von Privaten.

Wenn man die Zeitungen ein bisschen studiert und sich das anschaut, „Wirtschaftsblatt“ vom 4. Oktober diesen Jahres –, es gibt in ganz Österreich private Unternehmen, die sich in verschiedensten Formen an der Führung, an dem Unternehmen von Spitalseinrichtungen, Sozialeinrichtungen und so weiter beteiligen.

DDr. Moser, einer der ehemaligen Geschäftsführer der KAGES, ist ja selbst in einem privaten Unternehmen und er spricht, dass das natürlich auch ein Markt für private Interessenten ist.

Humono-Med, VAMED, Sana und wie die alle heißen mit ihren Privatversicherungen haben großes Interesse, an diesen Markt heranzukommen.

Ich glaube nur, dass wir über diese Dinge ehrlich reden sollten, wie sollte es mit der Gesundheitspolitik der Steiermark weitergehen? Es ist zu wenig, nur zu sagen, wir garantieren die Standorte.

Landesrat Erlitz, was ich von dir verlange – von deinem Vorgänger ist es leider in der Form nicht passiert: Gesundheitspolitik in der Steiermark zu machen. Die Gesundheitspolitik macht nicht die KAGES, sondern das macht die Politik. Die Gesundheitsreferenten sollen Ziele vorgeben, schauen, ob sie auch eingehalten werden, Aufträge an die KAGES, an die Führung weitergeben, damit eine optimale Versorgung unserer Patienten in der Steiermark auch in Zukunft gewährleistet ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.51 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet, Herr Abgeordneter Böhmer. Danach Frau Abgeordnete Zierler.

Abg. Böhmer (10.51 Uhr): Werter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, wertest Publikum!

Als Zusammenfassung der bisherigen Ausführungen möchte ich nur ganz kurz sagen, weil ich beim Prozedere der letzten zehn und 15 Jahre nicht dabei war und weil manches Mal Politiker unserer Couleur als Zauderer oder auch sogar als Chaoten bezeichnet werden, Politik ist für Sozialdemokraten und ich glaube für die meisten Politiker immer unter dem Mantel der Verantwortung getragen. Und mit diesem Mantel der Verantwortung gibt es verschiedenste Ziele. Nur, die Wege dorthin sind halt andere. Aber am Ende haben wir in der Steiermark, glaube ich, alle das gleiche Ziel, und zwar, wie das Landesrat Erlitz gesagt hat, unseren Patientinnen und Patienten, die bedürftige Personen sind, die optimale Pflege, die optimale Sorge zukommen zu lassen.

Zum anderen habe ich gelesen, dass in der Geschäftsordnung unter „Aktuelle Stunde“ steht: Was von aktuellem Landesinteresse ist, darüber sollte man reden. Und man sollte nicht, wie man bei uns in der Oststeiermark sagt, wie das jetzt der Kollege Lafer getan hat, so ein Brunnenvergifter sein, sondern wir sollten auch über die Aktivitäten und über die tollen Leistungen reden, die die KAGES, die dort Beschäftigten, die Ärztinnen und Ärzte, aber auch die Verantwortlichen vor Ort in den Regionen vollbringen.

Ich möchte nur erwähnen, was so vom Kollegen Lafer in Frage gestellt wurde. Die Ordensspitäler: Hier gibt es Finanzierungsverträge, hier gibt es eine Betriebsabgangsregelung. Namentlich angeführt sind dies das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Graz, Marschallgasse, die Barmherzigen Brüder Graz-Eggenberg, Elisabethinen Graz und das Marienkrankenhaus in Vorau. Da besteht ein Finanzierungsvertrag für die Jahre 2003 und 2004. Durch diesen Vertrag, meine Damen und Herren, werden den genannten Ordensspitälern 5,814 Millionen als Betriebszuschuss gewährt. Die Aufteilung dieser 5,814 Millionen erfolgt im einvernehmlichen Vorschlag der Träger, das heißt untereinander. Und das Wichtige daran: Über das Jahr 2004 hinaus ist seitens des Landes Steiermark auch beabsichtigt, die genannten Mittel in Übereinstimmung mit den für die KAGES geltenden Regelungen zu valorisieren, also anzugleichen. Nebenbei ist seitens der Ordensspitäler auch beabsichtigt, im Vertragszeitraum zu evaluieren, ob mit der geplanten Zuschussleistung eine längerfristige Finanzierung der Betriebsabgänge erfolgen kann.

Das Zweite, was meine Kollegin Lackner angebracht hat, wäre – neben den Ordensspitälern – das Schaffen von Synergien. Denn die Qualität der Versorgung kann sich unserer Meinung nach nur dann erhöhen, wenn wir auch Synergien unter den einzelnen Regionen schaffen. Wie auch unser Landesrat gesagt hat, „schaffen wir Verbände, Verbündete, schaffen wir Kooperationen.“

Auch hier hat sich zum Beispiel im Bezirk Hartberg eine Menge von verantwortungsvollen Trägern: die Leitungen des Landeskrankenhauses Hartberg und des Marienkrankenhauses Vorau, Vertreter der KAGES, die Ärztekammer, die Gebietskrankenkassa, Patientinnen und Patienten, aber auch Angehörige in einem Projekt zur Optimierung des Zusammenwirkens im regionalen Gesundheitswesen eingefunden.

Dem nicht genug, wenn ich an das Marienkrankenhaus Vorau denke. Auch hier werden in Kooperation mit der KAGES in Zukunft 20 Betten Akutgeriatrie, Rehabilitation etabliert. Diese könnten bereits ab November 2004 zur Verfügung stehen. Aber es ist dies nicht ein Teurerwerden, sondern es ist gedacht, dass im Gegenzug dazu die Chirurgie von 60 Betten auf 40 reduziert wird und die Chirurgie hierbei auf Sporttraumatologie und Unfallchirurgie ihren Schwerpunkt legt.

Laut Österreichischem Krankenanstaltenplan 2003 ist auch geplant, eine größere Kooperation in dieser Region durchzuführen, wobei die Reduzierung der Chirurgie in Vorau bei Gott keine Überbelastung im LKH Hartberg brächte.

Abschließend möchte ich noch etwas zur langen Geschichte mit der Drogentherapie in Kainbach sagen.

Hier sollen 28 Betten, acht für den Entzug und 20 für die weiterführende Entwöhnung geschaffen werden. Auch hier wurde eine Kooperationsvereinbarung, diese wurde am 19. Dezember erstellt, getroffen und in dieser hat sich das Land verpflichtet auch den Betriebsabgang zu finanzieren. Was will ich mit diesen drei kurzen Beispielen sagen? Ich will einfach zum Ausdruck bringen, dass die KAGES, dass unser Landesrat Wolfgang Erlitz mit seinem Team schon lange über das Jahr 2004 hinausgedacht hat.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Johannes Paul II. enden. Der Mensch, und nicht das Kapital soll bei der Gesundheitspolitik im Mittelpunkt stehen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.57 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zierler, danach Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Zierler (10.57 Uhr): Herr Präsident, verehrte Regierungsmitglieder, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bedanke mich bei Frau Kollegin Lackner, die ein Thema in ihrer Rede angesprochen hat, und zwar ging es um die Bautätigkeit in den steirischen Krankenhäusern. Sie haben das genau aufgelistet, Frau Kollegin, das genau ist ja eines der vielen Probleme. Es wird gebaut, es gibt Zubauten, ohne dass es eine Bedarfserhebung gibt. Das heißt, es wird einmal angebaut, Bürgermeister und andere verkaufen das vor Ort, freuen sich über den Zubau. Im Nachhinein kommt man dann darauf, dass der Bedarf eigentlich ein ganz anderer gewesen wäre. Das liegt vielleicht auch daran, dass zum Beispiel, wenn ich mir jetzt die Situation bei der KAGES anschau, im Jahre 1999 der medizinische Leiter der KAGES Professor Harnoncourt in Pension gegangen ist. Das heißt vor vier Jahren und seit damals wurde kein neuer medizinischer Direktor bestellt, kein definitiver neuer medizinischer Direktor, was auch bedeutet, dass das ein Versäumnis ist mit Auswirkungen auf Struktur, auf Bedarfs- und natürlich auch auf Angebotsplanung. So viel zu ihrem Verkauf der Zubauten.

Herr Landesrat Erlitz, einiges zu Ihrer Antwort, Sie haben gesagt, sehr stolz gesagt, Sie freuen sich, dass Sie die Privatisierung verhindert haben. Eine Frage an Sie, ganz offen und ehrlich, wer hat denn die Privatisierung geplant, wer hat die Privatisierung in die Wege geleitet? Waren das nicht die Herren Dörflinger und Schilcher, waren das nicht die Herren von Schwarz und Rot? Oder eine andere Frage, Sie haben gemeint, die FPÖ wäre überall dabei gewesen, stimmt nicht. Bei der Ausschreibung der Geschäftsführung hat die FPÖ dagegengestimmt, weil es keine klaren Kriterien gegeben hat. (Landesrat Mag. Erlitz: „Es war ein einstimmiger Regierungsbeschluss!“)

Nicht bei der Ausschreibung. Herr Landesrat, Sie haben gesagt, das Management der KAGES wurde privatisiert. Tatsache ist aber, dass das Management 1985 nicht privatisiert wurde, sondern es wurde eine GesmbH. geschaffen. Das heißt, es wurden die Spitäler in eine privatrechtliche Form überführt. Sie sprachen von einem Konzept, ein Konzept, das wunderbar geklungen hat. Aber, Herr Landesrat Erlitz, ich hätte dieses Konzept sehr gerne schwarz auf weiß. Ich hätte gerne von Ihnen Unterlagen, ich hätte wirklich gerne gelesen, was Sie uns gesagt haben. So hat das zwar schön geklungen, hat nach Worthülsen geklungen, ich hätte es gerne schriftlich. Ich vertraue Ihnen wirklich, aber ich hätte das gerne schriftlich. Ich habe von Ihnen keine Auskunft bekommen über die Kosten des Verfahrens. Ich habe von Ihnen keine Aussagen gehört, wie Sie drohende Klagen abwenden wollen. Sie sprechen davon, das beste Ergebnis für die steirischen Spitäler und die Menschen sei das Wichtigste. Da bin ich bei Ihnen, Herr Landesrat, im Wohle des Patienten. Aber, Herr Landesrat, was denken sich die Patienten über die Schlagzeilen der letzten Monate? Ich zitiere einige: „KAGES: Konzerne wollen verdienen!“, „Ärztekammer befürchtet Qualitätseinbußen!“, „Die Chefetage der steirischen Spitäler ist verwaist!“, „Das Duell um die Zukunft!“, „Sparen auf Kosten der Patienten!“ Sogar die „Medical Tribune“ berichtete über die peinliche Ausschreibung und das zum Wohle des Patienten. Was nämlich überbleibt, das ist eine Verunsicherung. Wenn wir die Chronologie anschauen, es gab eine Ausschreibung, wir sind jetzt draufgekommen, sie sind jetzt draufgekommen, nachdem das Managerduo abgelöst wurde, die Verträge aufgelöst wurden, es wird doch alles anders sein, das Land wird Geschäftsführer bestellen, das heißt, das Verfahren zur Privatisierung ist gescheitert, was aber bedeutet, es gibt Schaden in Millionenhöhe. Wir haben eine verunsicherte Belegschaft und wir haben verunsicherte Patienten.

Und zum Abschluss dieses Beitrages, möchte ich noch einen Leserbrief zitieren, und zwar gab es schon vor zehn Jahren Kritik an der KAGES vom Rechnungshof und da gibt es den Leserbrief: „Aber immer wenn es darum ging ans Eingemachte zu gehen, Krankenhäuser umzustrukturieren, das Versorgungsangebot zu ändern oder dass Budgets hätten eingefroren werden sollen, gingen die Einzelinteressen von Primarii, Regionalabgeordneten, Bürgermeister, Betriebsräten vor den tatsächlichen Notwendigkeiten. Es wurde gedroht, es wurde emotionalisiert, Angst geschürt. Seit 1996 stieg der Zuschuss des Landes zu den Spitälern um 46 Prozent, trotzdem wird ständig von Investitionsrückstau gesprochen. Da kann etwas nicht stimmen. Ist diese Entwicklung niemandem aufgefallen? Dem Aufsichtsrat, den Vorständen, dem Eigentümer oder haben sie alle geschwiegen, weil ihnen Schrebergärten wichtiger waren als nötige Strukturänderungen? Die Politik muss hier klare Vorgaben machen, auf Nichteinhalten konsequent reagieren und aus dem operativen Tagesgeschehen heraushalten, sonst bleibt auch mit einer Führungsänderung alles beim Alten.“ Und diesem Leserbrief kann ich mich vollinhaltlich nur anschließen. Herr Landesrat, ich hoffe, dass es zu einer schriftlichen Niederschrift Ihrer Aussagen kommt, dass wir dieses Konzept auch wirklich in die Hand bekommen und dass Sie das, was Sie heute mittels Worthülsen angebracht haben, auch wirklich umsetzen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 11.07 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, meine Uhr zeigt 11 Uhr und 7 Minuten. Die Aktuelle Stunde dauert bereits 60 Minuten. Ich mache von dem Recht Gebrauch diese Aktuelle Stunde um 30 Minuten zu verlängern und erteile der Frau Abgeordneten Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.07 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Hier bildet sich sehr gut ein Stück steirische Landespolitik ab. Ich möchte drei grundsätzliche Sachen sagen. Das eine, für die Grünen ist klar, es gibt Teile in der Gesundheitsversorgung für die steirische Bevölkerung, die leider nur über stationären Aufenthalt ablaufen kann. Das ist ein Teil der Daseinsvorsorge und dieser Teil hat in der öffentlichen Hand zu bleiben. Als Bestandsaufnahme ist das etwas, was die Ärztekammer genauso teilt wie auch ein großer Teil der steirischen Bevölkerung und Leute aus dem ÖAAB, aus der Fraktion christlicher Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen und so weiter und so fort.

Der zweite Punkt ist, wir haben vorher nebenan eine „Aussprache zu aktuellen Fragen“ im Rahmen des Gesundheits-Ausschusses gehabt. Jeder, der die grüne Gesundheitspolitik von Ingrid Lechner-Sonnek kennt und in Teilbereichen von mir, weiß, dass es einen guten Teil der Begleitung von kranken Menschen gibt, der sehr gut über gemeinnützige Anbieter laufen kann. Diese gemeinnützigen Anbieter im Bereich mobile Dienste, extramurale Psychiatrie, gilt es zu forcieren und weiterzuentwickeln. Für mich ist es aber ganz klar, dass im Gesundheitswesen betriebswirtschaftliche Logik einfach keinen Platz zu haben hat in der Steiermark.

Der dritte Punkt, Herr Abgeordneter Bacher, du hast vorher Ingrid Lechner-Sonnek in einer Form angesprochen, die für mich nicht nachvollziehbar ist. Es ist Teil von der Oppositionsaufgabe, dass man die Arbeit der Regierung sehr konsequent und kritisch begleitet. Die Fragen, die Ingrid Lechner-Sonnek gestellt hat und es hat viele Diskussionsmöglichkeiten mit Leuten aus den Krankenanstalten, und zwar auf allen Ebenen gegeben, sind Fragen, die man sich zu Recht gestellt hat. Diese kritisch einzubringen, einfach als Korrektiv gegenüber der Landesregierung, gegenüber allen neun Regierungsmitgliedern – das möchte ich noch einmal betonen – ist ein Auftrag der Grünen.

Letzter Punkt noch, bekanntermaßen gibt es in Deutschland seit einiger Zeit, also auch in unterschiedlichen politischen Konstellationen tatsächliche Privatisierungen von Krankenanstalten und bekanntermaßen wird in Deutschland ein guter Teil dieser Verträge auch wieder aufgelöst. Und zwar aufgelöst vor der Zeit, weil man sieht, dass ein Qualitätsstandard, der nicht schichtspezifisch ist, der wertschätzend ist gegenüber modernen Formen des Umgehens mit kranken Menschen, 100-prozentig nie gewinnbringend sein kann. Oder erklären Sie mir, wie eine jugendpsychiatrische Maßnahme, eine stationäre oder das Behandeln von suchtkranken Patienten oder von Gerontopatienten jeweils gewinnbringend sein kann.

Aus dieser Logik heraus sind in Deutschland – zum Glück – etliche tatsächliche Privatisierungen wieder zurückgeführt worden, und zwar in größeren Krankenanstalten und in kleineren.

Ich sehe den Einsatz der Grünen – und Ingrid Lechner-Sonnek hat da von Anfang an diese Regierungspolitik sehr konsequent mitbegleitet – als ein Stück Qualitätssicherung im steirischen Gesundheitswesen. Und es sind einige Punkte von den anderen Kolleginnen und Kollegen gekommen bezüglich Umstrukturierung der Krankenanstalten, wo ich sehr wohl auch Andockpunkte aus Sicht der Grünen sehe. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.09 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Schützenhöfer. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Schützenhöfer (11.09 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte in diese dramatische Debatte an sich nicht eingreifen, aber nachdem Sie auf der Suche sind nach Menschen, die sich seinerzeit für die Lösung ausgesprochen haben, die jetzt nicht stattfindet, darf ich Ihnen sagen, hier stehe ich und kann nicht anders. Ich habe den Versuch unternommen – gemeinsam mit Franz Voves und Bernd Schilcher – eine Lösung anzudenken, die in diese Richtung gegangen wäre.

Wir haben 16, 17 Jahre die KAGES und es muss erlaubt sein nachzudenken, ob es eine bessere Lösung als eine sehr gute Lösung gibt. Und darüber haben wir – zugegebenermaßen – relativ lange nachgedacht.

Ich habe nach der Landtagswahl 2000 von der Frau Landeshauptmann den Auftrag bekommen, die Spitalsfrage mit den Sozialdemokraten und den Freiheitlichen im Rahmen der Regierung zu verhandeln. Ich habe versucht, auf dem Weg des Konsens dieses zu tun, weil ich wusste, dass Spitals- und Gesundheitsfragen möglichst nicht mit knappen Mehrheiten zu beschließen sind, weil es dabei um ein sehr wichtiges, sensibles, zukunftsorientiertes, kostenintensives Thema für dieses Land geht. Ich habe daher darauf verzichtet, innerhalb einiger Monate irgendwelche Beschlüsse herbeizuführen, die uns mehr Einfluss gesichert hätten, sondern den Versuch unternommen, die Frage zu stellen, ob es nicht Zeit ist, auch angesichts der damals schon vorliegenden Konzepte IRO und später Köck den Versuch zu unternehmen, noch stärker in die Zukunft zu denken und eine Lösung anzupfeilen, die so oder so dieses Land und darüber hinaus, jedenfalls Europa, beschäftigen wird. Ich habe in einem Gespräch mit dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves und Professor Bernd Schilcher die Frage gestellt, haben wir den Bosch nicht zu früh nach Hause geschickt. Ich als einer, der damals sehr daran interessiert war, dass der nach Hause geschickt wird. Aber es ist vom Kollegen Forenbacher schon zitiert worden, es kann einen niemand daran hindern, klüger zu werden. Und anhand dieser Frage haben mir diese beiden Fachleute gesagt, dass man weiter denken muss und es ist daraus die Idee entstanden, ob man nicht Anbieter hereinholt, ein privates Management für die KAGES, keine Privatisierung – aber wer das nicht verstehen will und parteipolitisch motiviert anderes behauptet, der tut es eben, das werfe ich Ihnen gar nicht vor, ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie das nicht verstehen, ich werfe Ihnen nur vor, dass Sie nicht verstehen wollen – oder ob wir es nicht tun. Wir tun dies letztlich jetzt nicht. Aber auf dem Weg zu dem, was wir jetzt machen, haben wir Erkenntnisse gewonnen, die ich nicht missen möchte.

Wir haben daher über eine internationale Ausschreibung jetzt die beiden Geschäftsführerpositionen ausgeschrieben. Es wird in der Folge drei Regionaldirektoren geben. Und die Gruppen, die noch im Rennen sind und auch solche, die sich wieder gemeldet haben, werden selbstverständlich dann von der neuen Geschäftsführung einbezogen werden, wenn es darum geht, sozusagen durch begleitende Konzepte eine konsensuale KAGES-Politik, wenn Sie so wollen, für die Steiermark zustande zu bringen.

Ich sage abschließend noch eines: Ich bin lange genug Verhandler und lange genug dabei, wenn es darum geht, berechnete Anliegen durchzusetzen, aber auch lange genug dabei, unberechtigte Anliegen abzuwehren. Und ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich habe mir von dieser besseren Struktur erwartet – und ich muss es mir auch jetzt erwarten –, dass zwei Dinge geschehen:

Erstens: Dass wir eine Führung haben, die auch den Klinikern sagt, bis hierher und nicht weiter. Die habe ich oft genug erlebt und die brauchen das.

Zweitens: Eine Führung, die die Standortgarantie, wie sie vom Land gefordert und vorgegeben ist, selbstverständlich wahrnimmt, die sich aber von der Politik im Bezirk und letztlich auch im Land in der Frage, was in welchem Spital passiert und warum, – fachlich – nicht so weit dreinreden lässt, dass ich plötzlich nur mehr Schwerpunktspitäler in ganz bestimmten Bezirken habe. Das hat mit der optimalen Gesundheitsversorgung nichts mehr zu tun, sondern damit, dass wir zu Lasten des Steuerzahlers die Dinge nicht wirklich in den Griff nehmen. Ich sage daher, die Erfahrung der Debatte der letzten Monate war nützlich. Der Weg, den wir jetzt gehen, ist besser, als wir gehabt haben. Davon bin ich persönlich überzeugt. Möglicherweise hätte es noch bessere Möglichkeiten gegeben, aber der Weg, den wir gehen, ist ein eigentlich sehr guter. Hier bin ich über die Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien froh. Und ich denke, wenn wir gemeinsam weiter diesen Weg gehen, kann es und wird es ein guter sein. (Beifall bei der ÖVP. – 11.15 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Herr Landesrat Mag. Erlitz. Bitte.

Landesrat Mag. Erlitz (11.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vielleicht ein ganz kurzes Resümee, beginnend mit der Wortmeldung von Herrn Primarius Forenbacher. Er hat ein Adenauer-Zitat hier gebracht. Ich darf es vielleicht ergänzen, er hat, glaube ich, auch einmal gesagt – so ungefähr –, dass die Politik den Menschen vorangehen soll, aber nicht zu weit, so dass die Menschen den Politiker noch erkennen können. Und genau das haben wir hier gemacht.

Als Antwort zum Kollegen Bacher – ich bedanke mich, wie für alle Wortmeldungen, die klarerweise ja für diese Sache sprechen –, vorgehen, den Menschen vorangehen, aber so weit nur, dass man noch gesehen wird. Und genau das haben wir getan. Denn eines kommt in unserem Vokabular nicht vor, nämlich speed kills. Das ist kein sozialdemokratisches Vokabular, das tun wir nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir nehmen hier Rücksicht auf die Ängste, auf Befürchtungen der Menschen. Sie haben Angst gehabt vor diesem Weg. Und den haben wir eben nicht beschritten.

Eines ist auch klar, die Politik verabschiedet sich nicht von der Verantwortung. Deswegen sind wir auch diesen Weg gegangen, dass wir gesagt haben, die Politik ist nach wie vor verantwortlich für das Spitalwesen, für das Gesundheitswesen. Das ist eine genuine Aufgabe des Staates, des Bundes, des Landes Steiermark, der Politik, denn wir garantieren eben Stabilität und Sicherheit. Einerseits sowohl für die Versorgung der Patienten, aber auch für die Mitarbeiter dort, die ja verunsichert wurden. Aber nicht nur jetzt durch uns, sondern ich glaube, da haben sehr viele andere mit beigetragen zu dieser Verunsicherung – da könnte wer entlassen werden oder wie auch immer.

Frau Kollegin Lechner-Sonnek, wir stimmen ja überein mit dem Ergebnis. Ich verstehe die Kritik der Grünen nicht ganz. Sie sind ja auch froh, dass wir zu diesem Ergebnis gekommen sind. Sie können mich nicht verantwortlich machen, dass man schon seit 1999 diskutiert hat. Das mag schon sein. Aber ich nehme für mich in Anspruch, dass ich mit dieser Diskussion jetzt ein Ende gemacht habe und die Verunsicherung vorbei ist. Das nehme ich für mich in Anspruch oder für uns alle hier. (Beifall bei der SPÖ.)

Es mag schon sein, dass der Weg holprig und steinig war, dass man das kritisiert. Das mag sein. Aber diesen Weg, diesen mäanderförmigen Weg nehme ich in Kauf, für dieses Ergebnis, das, glaube ich, ein gutes Ergebnis ist.

Und was die Kosten anlangt, diese wahnsinnig explodierenden Spitals- und Gesundheitskosten, das stimmt ja bitte nicht, das stimmt nicht. Sie wissen ganz genau, in den letzten – ich rede nur von steirischen Verhältnissen – vier Jahren ist das Gesundheitsbudget um 7 Prozent gestiegen. Nicht einmal 2 Prozent pro Jahr. Die Personalkosten machen mehr aus. Jetzt rede ich gar nicht vom technischen Fortschritt, von der Qualitätssteigerung, die darin stattgefunden hat.

Und wenn man sagt, ja, über 40 Prozent seit 1995, dann sind es im Schnitt eben 4 Prozent, jedes Sakko wird teurer, jeder Schuh wird teurer von einem Jahr auf das andere, nur im Spitalsbereich, da darf nichts teurer werden. Da sagen wir um Gottes willen, können wir uns das noch leisten? Selbstverständlich werden wir es uns leisten können, wenn wir es wollen und da geht es ja um die wichtigste Ressource in dem Land, um Menschen. Das müssen wir uns leisten können! (Beifall bei der SPÖ.) Niemand spricht von den Abfangjägern, sage ich jetzt einmal, ich bin sehr polemisch, sagen wir okay, wir brauchen sie, Neutralität und so weiter verpflichtet uns auch Abfangjäger zu kaufen. Da nehmen wir gleich das teuerste Produkt und keiner regt sich auf, man sagt, ist eben so, kostet eben so viel, aber wenn wir über die Gesundheit sprechen, sagen wir sofort immer, ja können wir es uns leisten? Ja, wir können es uns leisten und wir müssen es uns leisten und wenn wir die Qualität halten wollen, dann wird es in Zukunft auch ein bisschen teurer werden, selbstverständlich. Die nächsten 30 Jahre werden ein bisschen schwieriger werden, das gebe ich schon zu, auf Grund der demografischen Entwicklung, weil wir eben immer älter werden und im letzten Lebensabschnitt kostet der Mensch eben ein bisschen mehr als in den Anfangsjahren, aber auch das muss korrigiert werden. Ich war gestern bei diesem Reformdialog in Wien, wo es ja auch darum geht, das Gesundheitswesen in Österreich auf eine neue Basis zu stellen und Herr Primarius Forenbacher hat schon angesprochen, dass wir diese vielen Segmente, Pflege, Akutbereich, extramuraler Bereich, niedergelassener Bereich, dass wir diese Elemente, die bei uns, jetzt sage ich nicht gegeneinander da sind, aber doch nebeneinander stehen und wo es viele Reibflächen gibt, dass wir die aufeinander harmonisieren und abstimmen müssen, dass wir sie einbetten müssen in ein neues System, dass wir dort hinkommen und wir müssen auch für die Vorsorge mehr ausgeben. Österreich gibt sehr viel im Forschungsbereich aus. Im letzten Lebensabschnitt, da wird sehr viel investiert. Wir liegen hervorragend am Beginn des Lebens, wir haben die niedrigste Todesrate im ersten Lebensjahr, ganz wenige, da liegen wir hervorragend im Lebensanfang, im Ausstieg liegen wir schlecht, da liegen Österreich und die Steiermark schlecht. Es gibt im Erwachsenenbereich und im Seniorenbereich eine hohe Todesrate durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen, durch Leberzirrhosen, durch Selbstmorde, durch Unfälle und so weiter. Das heißt, da liegen wir schlecht. Wir müssen mehr in den präventiven Bereich hineingehen, das heißt mehr in den Oberlauf des Flusses. Dort müssen wir mehr Geld investieren. All das hat dieser Reformdialog auch gestern gebracht und gezeigt. Es ist alles im Fluss, alles ändert sich und wir werden das Gesundheitswesen auch hier in der Steiermark entsprechend den neuen Heraus- und Anforderungen anpassen müssen. Aber dass es billiger wird, das kann ich mir nicht unbedingt vorstellen. Dass die Kosten nicht explodieren dürfen, wissen wir auch, aber gemeinsam im Zuge eines solchen Dialoges, den wir heute hier führen, den ich absolut gut finde, wird es uns gelingen, auch das steirische Gesundheitswesen, die Spitäler für die Menschen im Lande in eine gute Zukunft zu führen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.21 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Klubobfrau Dietrich. Ich erteile Ihnen das Wort, fünf Minuten bitte.

Abg. Dietrich (11.21 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Dass das Denken über fixe Strukturen hinweg, über Grenzen hinweg auch Erfolg haben kann, das zeigt sich genau an der Schlagzeile in den heutigen Medien: „Endlich – Aus für Chefarztpflicht!“ Damit ist unsere langjährige Forderung, die wir als FPÖ Steiermark vehement betrieben haben, endlich einmal zu einem Erfolg gekommen. (Beifall bei der FPÖ.) Ich hoffe, dass Sie alle unserem Antrag, der bereits im März eingebracht wurde, auch zustimmen werden, denn es macht keinen Sinn, dass so wie bisher die Schikane weiter anhält, dass Krebspatienten betteln müssen, um Schmerzmittel vom Chefarzt zu erhalten. Wir haben einen Fall in unserem Bekanntenkreis, wo ein bestimmter Chefarzt einer Krebspatientin in den letzten Wochen ein Schmerzmittel versagt hat, so dass sie am Wochenende schmerzvoll daliegen musste und erst auf den nächsten Chefarzt am Montag warten musste. Dies alles wird Gott sei Dank bald der Vergangenheit angehören und da sind wir auch stolz, dass sich Vernunft durchsetzt. Die Ausschreibung hat mit Sicherheit einen gebracht, sie hat enorme Kosten verschlungen und sie war ein teures Lehrgeld. Auch wenn man jetzt argumentiert, man hat Erkenntnisse gewonnen, no na net. Aber ich glaube, es hätte mit Sicherheit einen günstigeren Weg gegeben, zu Erkenntnissen zu kommen.

Aber wie schaut nun die Zukunft in der medizinischen Versorgung in der Steiermark aus? Wir alle wissen, dass es Fakten gibt, die das System verteuern werden. Wir wissen um die demografische Entwicklung, wir wissen Gott sei Dank um den Fortschritt, um den medizinischen und technischen Fortschritt und wir wissen, wie sich

die Einkommenssituation entwickeln wird. Und wir haben durch den ÖKAP gewisse Qualitätskriterien gegeben, das heißt Mindestbettenzahlen, das heißt Mindesteinrichtungen, die unsere Qualität sichern sollen. Allein auf Grund dieser Situation wären in der Steiermark starke Umstrukturierungen notwendig, wenn wir als Ziel qualitätsvolle Versorgung erreichen wollen. Und uns als Freiheitliche geht es nicht um Standortgarantie, uns ist es wichtig, dass wir eine Qualitätsgarantie, das heißt eine qualitätsvolle Versorgung für jeden steirischen Patienten erreichen können. Das ist unser Ziel und dafür setzen wir uns als Freiheitliche ein. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber wie schaut die Realität aus? Was passiert? Da werden Stationen neu errichtet wie im LKH Rottenmann, obwohl der Landesrechnungshof der Meinung ist, dass hier auf Grund der geringen Bettenanzahl nie eine qualitätsvolle Versorgung möglich ist. Da fordern wir, dass es eine Clearingstelle bei der KAGES gibt, die den Vorstand berät. Es bringt ein Absenken der Qualität mit sich, wenn ein Primararzt für mehrere Krankenhäuser mit unterschiedlichen Standorten zuständig ist. Auch das ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Wir halten auch nichts davon, wenn Spitalsverbände entstehen als Kniefall vor den Bürgermeister in der Region. Wenn die Uschi Lackner da so positiv Knittelfeld-Judenburg darstellen will, aus meiner Sicht und aus Sicht vieler Experten ist das keine glückliche Konstruktion. Landeshauptmannstellvertreter Voves hat bei seinem Amtsantritt gemeint, es gibt eine Grauzone zwischen Spital und Pflege und hier könnte man Milliarden einsparen, ohne einen Deut Verschlechterung in Kauf zu nehmen. Mir ist es unverständlich, warum Landeshauptmannstellvertreter Voves, der offensichtlich weiß, wie es ginge, dieses Wissen für sich behält und nicht seinen Regierern, Landesrat Flecker zuständig für die Pflege, Landesrat Erlitz zuständig für Gesundheit, weitergibt. Wenn da Milliarden Einsparungspotenzial vorhanden ist, bitte warum wird das nicht umgesetzt von der SPÖ? Hier geht es offensichtlich nicht um Arbeit für das Land, sondern gegen die Interessen der Bevölkerung, wenn zu wenig Mut vorhanden ist, notwendige Reformen umzusetzen. (Beifall bei der FPÖ. – 11.26 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erkläre die Aktuelle Stunde für beendet. Folgende schriftliche Antworten auf Anfragen aus der Fragestunde vom 30. September 2003 sind in der heutigen Auflage enthalten:

vier Beantwortungen durch Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker

Antwort des Herrn Landesrates Dr. Kurt Flecker auf die Anfrage Nr. 397 von Frau Landtagsabgeordneter Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, betreffend Team Styria Werkstätten GmbH.,

Antwort des Herrn Landesrates Dr. Kurt Flecker auf die Anfrage Nr. 411 vom Herrn Landtagsabgeordneten Gregor Hammerl, betreffend Verträge des Landes mit stationären Einrichtungen,

Antwort des Herrn Landesrates Dr. Kurt Flecker auf die Anfrage Nr. 392 von Herrn Landtagsabgeordneten Kurt List, betreffend Entgelt- und Leistungsverordnung,

Antwort des Herrn Landesrates Dr. Kurt Flecker auf die Anfrage Nr. 412 von Herrn Landtagsabgeordneten Peter Tschernko, betreffend Finanzierung des IHB-Verfahrens,

zwei Beantwortungen durch Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic

Antwort der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic auf die Anfrage Nr. 398 von Herrn Landtagsabgeordneten Kurt Gennaro, betreffend drohendes „Aus“ für steirische Kraftwerke,

Antwort der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic auf die Anfrage Nr. 399 von Frau Landtagsabgeordneter Michaela Halper, betreffend Projekte seit Errichtung des Zukunftsfonds in den Bereichen Jugend und Qualifikation (Bildung),

drei Beantwortungen durch Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paieryl

Antwort des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Herbert Paieryl auf die Anfrage Nr. 393 von Herrn Landtagsabgeordneten Georg Ferstl, betreffend weiteren Verkauf von Landesbeteiligungen,

Antwort des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Herbert Paieryl auf die Anfrage Nr. 413 von Frau Landtagsabgeordneter Anne Marie Wicher, betreffend Team Styria Werkstätten GmbH.,

Antwort des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Herbert Paieryl auf die Anfrage Nr. 394 von Herrn Landtagsabgeordneten Karl Wiedner, betreffend Abberufung des Aufsichtsratsvorsitzenden der ESTAG,

drei Beantwortungen durch Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl

Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl.-Ing. Leopold Schögggl auf die Anfrage Nr. 400 von Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Böhmer, betreffend Abgabe einer Stellungnahme gemäß Paragraph 30 Absatz 1 GeoLT,

Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl.-Ing. Leopold Schögggl auf die Anfrage Nr. 414 von Herrn Landtagsabgeordneten Franz Riebenbauer, betreffend Kreisverkehr bei der Autobahnanschlussstelle Hartberg,

Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl.-Ing. Leopold Schögggl auf die Anfrage Nr. 387 von Frau Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Edith Zitz, betreffend Ausweitung des Tempolimits.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass sieben schriftliche Anfragen und vier Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tag um 9.25 Uhr der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1419/1, Beilage Nr. 180, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (StLAO 2001) geändert wird, beraten hat und zu diesem Antrag den im Schriftlichen Bericht, Einl.-Zahl 1419/4, Beilage Nr. 188 enthaltenden Ausschussantrag gefasst hat.

Die Zweite Lesung des Schriftlichen Berichtes darf gemäß Paragraph 43 Absatz 2 GeoLT in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes an die Landtagsklubs stattfinden, doch kann bei Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hievon abgesehen werden.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1419/1, Beilage Nr. 180 als Tagesordnungspunkt 40 zu behandeln, wobei die Behandlung des genannten Tagesordnungspunktes vor dem Tagesordnungspunkt 19 erfolgt.

Gemäß Paragraph 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegungsfrist sowie die Ergänzung der Tagesordnung in einem abstimmen.

Wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der Grünen und der SPÖ an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl, betreffend Freigabe des letzten Kreditsechstels der Fördermittel für Projekte.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 58 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von zwölf Abgeordneten die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16.00 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

2. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1049/3 zum Beschluss Nr. 761 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (11.30 Uhr): Werter Herr Präsident!

Ich darf berichten über diese Vorlage. Es ging hier um einen Antrag der Abgeordneten Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss bei Mehrlingsgeburten, weil Mehrlingsgeburten für Jungfamilien eine größere finanzielle Belastung sind.

Im Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes wurde ausgeführt, dass sich im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen ein Bundesgesetz im Entwurf befindet, das noch vor der Sommerpause in Begutachtung versendet wurde und diesem Vorschlag Rechnung tragen wird, eine teilweise Abgeltung jenes Aufwandes, der durch die besondere Belastung bei Mehrlingsgeburten entsteht, abzugelten.

Es steht nun der Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 761 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben, wird zur Kenntnis genommen. (11.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete Graf, Sie haben sich auch als Rednerin gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Graf (11.31 Uhr): Frau Präsident, werte Frau Landeshauptmann, liebe Landesräte!

Zu diesem Tagesordnungspunkt kann man nur sagen, die Erfolgsgeschichte geht weiter. Nicht nur, dass mit dem Kindergeld ein familienpolitischer Meilenstein gesetzt wurde, weil auch Studentinnen, weil auch Bäuerinnen, weil auch Hausfrauen Anspruch auf das Kindergeld haben, weil auch die Zuverdienstgrenze mit 14.600 Euro pro Jahr sehr hoch ist, weil dadurch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben ist und weil es auch einen Pensionsanspruch von zwei Jahren gibt, nein, nicht nur diese Auswirkungen gibt es, es hat auch gesellschaftspolitisch Auswirkungen gegeben, nämlich dass erstmals wieder ein kleiner Geburtenzuwachs gegeben ist und dass mehr Väter als jemals bisher von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Und es gibt auch noch viele andere Dinge mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da kann man wirklich sagen, die Erfolgsgeschichte geht nun tatsächlich weiter durch die Ausdehnung dieses Kinderbetreuungsgeldes auf Mehrlingsgeburten. Ab 1. Jänner 2004 wird es für jedes zweite und weitere Zwillings- oder Drillingskind pro Monat 218 Euro mehr geben, 218 Euro pro Monat mehr. Eltern in ganz Österreich haben durch diese Maßnahme zusätzlich 8,5 Millionen Euro mehr in ihren Taschen. Zusätzlich rückwirkend ab 1. Jänner 2002 gibt es das für Kinder, welche noch unter das Kinderbetreuungsgeld fallen, für die restliche Verbleibdauer.

Nun, wir Freiheitliche wollen die Familien in Österreich und in der Steiermark stärken. Andere haben das jahrelang nicht getan, ganz im Gegenteil, sie haben die Familien geschwächt, sie haben das Karenzgeld beziehungsweise die Dauer gekürzt, sie haben nie daran gedacht, pensionsbegründende Zeiten einzuführen. Es gab auch keine so hohe Zuverdienstgrenze und zu alledem schlossen sie ganze Berufsgruppen, wie die besagten Bäuerinnen, Studentinnen, Hausfrauen, überhaupt von dieser Leistung aus.

Ich denke, das ist ein sehr wichtiger Punkt. Diese Zeiten, die es vorher gegeben hat, sind nun vorbei. Wir haben nun dieses Kindergeld. Wir haben nun auch diese Ausdehnung auf die Mehrlingsgeburten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, auf diese Entwicklung und auf diesen Erfolg können wir sehr stolz sein. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 11.34 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

3. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1027/5 zum Beschluss Nr. 882 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 2002 über den Antrag der Abgeordneten Halper, Margarethe Gruber, Kröpfel, Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Detlef Gruber und Böhmer, betreffend Kennzeichnungspflicht von Internet-, PC- und Konsolenspielen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (11.35 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf berichten über den Antrag mit der Einl.-Zahl 1027/5, betreffend Kennzeichnungspflicht von Internet-, PC- und Konsolenspielen.

Der Steiermärkische Landtag hat in der 33. Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode vom 10. Dezember 2002 beschlossen, die Steiermärkische Landesregierung aufzufordern, an den Bund mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, eine Kennzeichnungspflicht für Internet-, PC- und Konsolenspiele in den Kategorien sechs bis zehn Jahre, zehn bis 15 Jahre und 15 bis 18 Jahre in die Wege zu leiten.

Im Zusammenhang mit dem Anliegen einer Kennzeichnung von Internet-, PC- und Konsolenspielen wurden in Österreich und Europa unterschiedliche Systeme entwickelt.

Die PEGI, das ist die Abkürzung von Pan European Game Information, versteht sich als erstes europäisches Einstufungssystem für Computer- und Videospiele nach Alter der NutzerInnen und Genres der Spiele. Fünf Altersklassen (3+, 7+, 12+, 16+ sowie 18+) werden gegebenenfalls durch warnende Inhaltsbeschreibungen (Diskriminierung, Drogen, Furcht, schlechtes Sprachspiel, Geschlechterdiskriminierung oder Gewalttätigkeit) ergänzt.

Ein weiteres Modell liefert seit etwa zehn Jahren die „Freiwillige Selbstkontrolle der Unterhaltungs-Software-Industrie“ in Berlin, die bereits Beta- und Gamma-Versionen von „Spielen“ testet.

Es wird damit festgestellt, dass es hierbei sehr wohl Aktivitäten schon gibt und die bereits greifen.

Zudem sei hierbei angemerkt, dass von Seiten der Frau Landeshauptmann Klasnic ein Schreiben an den Herrn Vizekanzler Mag. Herbert Haupt ergangen ist, worin die Frau Landeshauptmann darauf hinweist, dass bereits heute in Österreich sowie im europäischen Raum mehrere Systeme und Modelle einer Kennzeichnung von Internet-, PC- und Konsolenspielen existieren.

Eine zusätzliche österreichische Kennzeichnungspflicht einzuführen, erscheint mir weniger zufriedenstellend als eine Koordinierung der gemeinsamen Vorgangsweise. Ich bitte um Kenntnisnahme. (11.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete Halper hat sich auch ums Wort bemüht. Ich erteile es dir.

Abg. Halper (11.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, geschätzte Frau Präsidentin, werte Landesräte, Hohes Haus!

Der Amoklauf von zwei Schülern an der Columbine Highschool in Littleton in den USA ist heute eigentlich präsenter den je. Erst letzte Woche wurde ein Video veröffentlicht, in dem gezeigt wird, wie die Jugendlichen diesen Amoklauf geplant und auch geübt haben.

Auslöser für dieses Massaker, bei dem 1999 zwölf Schüler und Schülerinnen und ein Lehrer starben, war das Computerspiel DOOM, bei dem der Computerspieler hemmungslos auf alles schießt, was sich ihm in den Weg stellt.

Dieses Spiel wurde mittlerweile von der deutschen Bundesprüfstelle als jugendgefährdend eingestuft und darf heute nicht mehr unter 18 Jahren verkauft werden.

Aber auch der Film *Bowling for Columbine* von Michael Moore zeigt deutlich die Hintergründe dieser Blut- tat. Ich gehe aber davon aus, dass 98 Prozent des Hohen Hauses diesen Film nicht gesehen haben und dass auch Ihnen, Frau Landesrätin Edlinger-Ploder, dieser Film nicht bekannt ist, denn sonst wäre in Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag bestimmt eine stärkere Verbindung hergestellt worden zwischen Spielen und Gewalttaten von Jugendlichen. Ich denke, der Film ist sehr sehenswert und vielleicht holen Sie dies einmal nach.

Schade ist es auch, dass eine Delegation des Steiermärkischen Landtages, die letzte Woche in Erfurt war, sich nicht das Gutenberg Gymnasium angeschaut hat. Auch dort hätte man einiges über diese Thematik in Erfahrung bringen können. Dort hat doch ein 19-Jähriger im April 2002 16 Menschen nach einem Amoklauf getötet und sich dann selbst gerichtet. Auch diese Bluttat steht eindeutig im Zusammenhang mit einem Konsolenspiel – nämlich dem Spiel *Counterstrike*!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Zusammenhang zwischen Spielen mit gewalttätigen Inhalten und Gewalttaten durch User selbst ist recht schwierig herzustellen. Beim Massaker von Columbine und auch beim Amoklauf von Erfurt konnte dieser Zusammenhang klar und deutlich festgestellt werden. Doch im Allgemeinen steckt die Forschung bei dieser Thematik noch in den Kinderschuhen.

Bis dato gibt es im Vergleich zu anderen Themen hierbei nur sehr wenig Studien, die entweder übers Internet gemacht wurden und nur ein Bruchteil davon wurde mit Menschen durchgeführt.

Zu den wenigen, die gemacht wurden, zählt eine Studie zweier Psychologen der Universität Bochum. Sie haben versucht, herauszufinden, ob gewalttätige Computerspiele Kinder unter bestimmten Umständen aggressiv machen. Bei den untersuchten Acht- bis 14-Jährigen meinen die Autoren festgestellt zu haben, dass das Einfühlungsvermögen für Mitleid erregende Bilder unterschiedlich ausgeprägt ist, je nach Bindungssicherheit der Kinder zu den Eltern und je nach Inhalt des zuvor gespielten Computerspieles.

So wurden dort an zwei Bochumer Grund- und einer Gesamtschule insgesamt 153 Jungen und 127 Mädchen befragt, in einem Versuchsraum einem von drei unterschiedlichen Spielen zugewiesen, und zwar ein „gewaltfreies Spiel“, ein leistungsthematisches „Problemlösespiel“ und ein „Kampfspiel“, und anschließend mit einem Bildersatz konfrontiert, der 96 positive sowie negative belastende Bilder enthielt.

Mit einer Elektrode am Zeigefinger sowie einer Videokamera zeichneten dann die Forscher die Reaktionen der Kinder auf diesen Bildersatz auf.

Nach dem Kampfspiel schauten sich die Kinder freiwillig mehr belastende Bilder an als nach den anderen Spielen. Kinder, die eine sichere Eltern-Kind-Bindung aufzeigen, eine geringere emotionale Abstufung nach dem Gewaltspiel haben und unsicher gebundene Kinder sind, das ist eine wesentliche Äußerungen, die diese Studie ans Tageslicht gebracht hat. Die größte Studie hiebei wurde allerdings in Australien gemacht. Dabei wurde untersucht, wie aggressiv sich Inhalte auf Kinder und Jugendliche auswirken und ob sie bei Computerspielen stärker wirken als bei Fernsehfilmen. Im Grunde genommen könnte man sagen, das heißt, Computerspiele könnten unter bestimmten Bedingungen negative Auswirkungen auf manche Menschen haben, die jedoch noch stärker und vor allem näher erforscht werden müssen. Dasselbe gilt aber auch für positive Auswirkungen von solchen Spielen, denn was die positiven Auswirkungen angeht, so gibt es bereits Studien, die dies bestätigen, wie etwa in der Therapie von Kindern und Jugendlichen mit einer so genannten Aufmerksamkeitsdefizitsstörung, dem ADHS. Derzeit werden diese Patienten und Patientinnen hauptsächlich mit dem Präparat *Ridalin* behandelt. Die Universität Göttingen hat diesbezüglich einen neuen Weg in der Therapie eingeschlagen mittels eines Computerspieles. Durch dieses Spiel sollen Kinder mit ADHS im Alter von sieben bis 13 Jahren lernen, ihre Gehirnströmungen zu kontrollieren, um sich selbst besser konzentrieren zu können. Die Studien aber haben alle einen gemeinsamen Nenner erbracht. Die Nutzung von gewalttätigen Spielen ist unter Jugendlichen niedriger, die einen höheren sozialen Status aufweisen und eine höhere Bildung mit sich bringen und je geringer und niedriger der soziale Status ist und auch das Bildungsniveau, desto stärker sind gewalttätige Computerspiele bei diesen Kindern und Jugendlichen verbreitet.

Die Kennzeichnungspflicht von PC-, Internet- und Konsolenspielen ist zwar ein Tropfen auf den heißen Stein und dennoch ein wesentlicher Faktor, um Eltern, Großeltern oder sonstigen Angehörigen zumindest eine Anleitung beim Kauf von Spielen zu bieten. Was ich persönlich zum Abschluss noch anmerken möchte, weil ich es bedauere, ist, dass die Initiative von Herrn Landesrat Schützenhöfer im Vorjahr „The e-games of the year“ von Ihnen, Frau Landesrätin Edlinger-Ploder, heuer nicht mehr fortgeführt wurde, vielleicht kommt sie noch in den letzten neun Wochen dieses Jahres. Ich habe das für eine sehr gute Initiative gehalten, weil zumal auch Mitarbeiter aus Medienhäusern, die eben diese Spiele vertreiben, darauf geschult werden, was sie hier eigentlich verkaufen und zum Teil auch Eltern sensibilisiert wurden, wie man hier mit diesen Spielen umzugehen hat. Ich würde mir somit wünschen, dass in Zukunft diese Initiative kontinuierlich fortgesetzt wird, denn eines muss man hiebei schon festhalten. Die Steiermark ist, was diese Thematik angeht, Vorreiter in allen Bundesländern Österreichs und ich denke, das ist ein guter Ruf, den wir hiebei zu verzeichnen haben. (Beifall bei der SPÖ. – 11.43 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

4. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1317/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend neues Modell für die DirektorInnenbestellung.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (11.44 Uhr): Es geht um den Antrag, Einl.-Zahl 1317/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend neues Modell für die Direktor-/Direktorinnenbestellung.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 20. Mai und am 14. Oktober 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es hat dann eine Stellungnahme der Landesregierung gegeben, die verschiedene Grundlagen angeführt hat und in einen Antrag gemündet ist.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl. Zahl 1317/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend neues Modell für Direktor-/Direktorinnenbestellung, wird zur Kenntnis genommen. (11.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Detlef Gruber (11.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu einem bildungspolitischen Thema. Gerade in diesem Bereich vollziehen sich für mich in den letzten Jahren immer wieder die gleichen Muster. Dort, wo Reformen angebracht wären, heißt es immer wieder, ist ohnedies alles in Ordnung und dort, wo reformiert wird oder angeblich reformiert wird, dort spielt man falsche Tatsachen vor. Ein bisschen konkreter: Lehrplanentrümpelung ist ein jahrzehntelang geprägelter Begriff und seit meinem Eintritt in die Schule, ich meine eigene Schulzeit, liegt mir dieses Schlagwort eigentlich schon immer im Ohr. Für denjenigen oder diejenigen, die vielleicht jetzt, während ich hier einiges ausführe, ein Rechenbeispiel machen wollen, ich bin Jahrgang 1952. Lehrplanentrümpelung ist so ungefähr für mich zu sehen wie das Ungeheuer von Loch Ness. Man redet ständig darüber, aber niemand hat etwas gesehen oder gemerkt. Neuerdings gipfelt Lehrplanentrümpelung in der ministeriellen Absicht, den Leuten in unserem Land ein X für ein U vorzumachen, eigentlich müsste man ja sagen, gipfelt man in dem ministeriellen Unvermögen, weil man, um eine geliebte Redewendung vom Kollegen Hagenauer zu verwenden, weil man schlicht und ergreifend zu feige ist, zu sagen, wir wollen uns so viele Lehrer in unserem Land, in Österreich nicht mehr leisten. Lieber versteckt man sich hinter der Ausrede, Schülern etwas Gutes zu tun, indem man die Verweildauer in unseren Schulen kürzt, spricht man nimmt Stunden weg. Es geht nicht um die Durchforstung der Inhalte in den einzelnen Unterrichtsgegenständen. Nein, es geht um die Streichung von Turnstunden, von Stunden in den musischen Fächern, Bildnerischen Erziehung, Musikerziehung, deren Bedeutung wohl nur Unwissende geringschätzig beurteilen. Der Erfolg dieser Kürzung liegt ganz klar auf der Hand. An vielen Schulen können unsere Lehrerinnen und Lehrer nicht einmal mehr die Lehrpflicht erfüllen. Die Folge natürlich sind finanzielle Einbußen, keine Frage. Die Kürzung von Turnstunden ist überhaupt die Superidee, begleitet natürlich von den Medienberichten, dass Übergewicht sowieso die Volkskrankheit Nummer eins geworden ist. Ich gratuliere ganz herzlich zu diesen Maßnahmen.

Vor mehr als 20 Jahren haben sehr kluge Köpfe in der Steiermark im Bereich der Sozialversicherungsanstalt der Bauern eine Aktion für übergewichtige Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen, Diätlager abzuhalten, weil die Menschen damals genau gewusst haben und es auch heute noch wissen, die Aktion gibt es nach dieser langen Zeit ja noch immer, dass ein rechtzeitiges Behandeln in der Jugend uns vor gewaltigen Therapiekosten in den späteren Jahren schützt. Erkenntnisse sind bekanntlich die Summe aus dem, was wir gelernt haben und was wir vergessen haben, so hat es zumindest Maria Ebner von Eschenbach beschrieben. Bei unseren Verantwortlichen überwiegt aber offensichtlich das Vergessen. Man spricht also von Reformen – da kann man nur gratulieren dazu. Reform bedeutet, Begriff aus dem Duden, Verbesserung des Bestehenden und ich muss sagen, das trifft vollkommen zu. Für den Finanzminister zum Beispiel, der das in der Bildung Eingsparte lieber in Abfangjäger investiert als in unsere Jugend.

Zum zweiten Punkt fällt mir immer wieder so die Redewendung, ist ja ohnedies alles in Ordnung, ein. Das sagt man dort, wo Reformen angebracht wären. Ich zitiere aus dem Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 29. September 2003, wo es heißt:

„Zusammenfassend wird daher die Ansicht vertreten, dass bereits bisher durch die geltenden bundes- und landesgesetzlichen Regelungen dem gegenständlichen Antrag vollinhaltlich Rechnung getragen wurde.“ Es geht um den Antrag der Grünen. Es ist ja eh alles paletti, ist ja toll.

Wenn in der Praxis bei einem AC, bei einem Hearing – das sind alles so wunderbare Ausdrücke einer globalisierten Sprache –, wenn also in der Praxis in einer Anhörung eine Schulleiterin oder ein Schulleiter einem Vertragslehrer oder einer Vertragslehrerin gegenübertritt, ein Leiter oder eine Leiterin, der/die schon einige Jahre an Erfahrung in seinem/ihrem Job aufzuweisen hat, die natürlich dem Mitbewerber oder der Mitbewerberin überlegen sein muss.

In diesem Zusammenhang scheint es mir auch außergewöhnlich fragwürdig, dass bei einer Anhörung Lehrer oder Lehrerinnen für etwas beurteilt werden, was sie vielleicht in Zukunft einmal machen werden, wofür sie aber überhaupt nicht ausgebildet sind.

Es ist eh alles in Butter, wenn bei einer Leiterbestellung in einer steirischen Musikhauptschule der Wunsch der Gemeinde, der Wunsch der Eltern, des Kollegiums an der Schule, die fachliche Qualifikation, wenn all diese Faktoren ignoriert werden und – wir haben es voriges Jahr miterlebt – nach mehrmonatiger Bedenkzeit, vielleicht auch in dem Glauben, dass dann in der Zwischenzeit Gras über die Sache gewachsen sei, den landesgesetzlichen Regelungen vollinhaltlich Rechnung getragen wurde.

Meine Damen und Herren, das sind schon schöne landesgesetzliche Regelungen, die müssen ganz schön politisch eingefärbt sein.

Die Forderung nach einer Feststellung der Eignung beziehungsweise die Eignung nach einer fundierten Ausbildung zu erlangen, ist für mich klar nachvollziehbar. Aus der Praxis wissen wir, dass ausgezeichnete Lehrer und Lehrerinnen nicht immer gleich erfolgreich als Schulleiter sein müssen und umgekehrt, dass durchschnittliche Pädagoginnen und Pädagogen sehr wohl ausgezeichnete Leiter oder Leiterinnen sein können.

In der Stellungnahme wird darauf hingewiesen, dass die Absolvierung eines Schulmanagementkurses zwingend ist. Klar zwingend, weil dies auch Voraussetzung ist für den Entfall einer zeitlichen Befristung einer Schulleitung. Aber es wird darauf hingewiesen, dass man aus Kostengründen dem nicht unbedingt nahe treten kann.

Ich glaube, dass Schulmanagementkurse durchaus vor Anhörungsverfahren organisierbar und kostenneutral sein können, wenn man beispielsweise das Überangebot an EDV-Kursen seitens des Pädagogischen Institutes zugunsten einer besseren LeiterInnenausbildung ändern würde.

Ich glaube, abschließend, dass man in einem Land, wo man „gscheit feiern darf“, auch einmal im Sinne der Pädagogik „gscheit reformieren darf“. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek.

Abg. Lechner-Sonnek (11.45 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Diese Debatte geht auf einen Antrag der Grünen zurück. Wir können uns einfach nicht damit abfinden oder auf Dauer akzeptieren, dass in der Steiermark nach wie vor die Direktorinnen- und Direktorenposten vorwiegend oder in einer deutlichen Hinsicht dadurch bestimmt werden, welcher Partei eine Person, ein Lehrer oder eine Lehrerin nahe steht oder angehört. Das ist ein Merkmal, das nicht wirklich etwas darüber aussagt, ob diese Person gut in der Lage ist, eine Schule zu leiten.

Was gehört zur Leitung einer Schule dazu?

Erstens einmal muss man wissen, was dort abläuft beziehungsweise wie der Unterricht zeitgemäß ausschauen soll.

Zweitens muss man in der Lage sein, eine gute Personalführung zu machen. Das heißt, man hat mit Lehrerinnen und Lehrern zu tun, die eine Dienstenteilung haben, die vielleicht überlastet sein können und so weiter und so fort, die Projekte abwickeln. Das muss man bewerkstelligen. Und man muss den Kontakt zur Behörde halten, um alles ordnungsgemäß abzuwickeln beziehungsweise auch hier in einem guten Austausch zu sein, wenn es Probleme gibt, die man an höherer Stelle lösen muss.

Direktorin/Direktor zu sein ist eine Führungsposition. Das muss man sich bewusst machen. Üblicherweise, das heißt, ich glaube, man kann, wenn man nicht Lehrer oder Lehrerin ist, auch nicht Direktor oder Direktorin werden, kennt man den Unternehmensgegenstand – jetzt in Managementsprache ausgedrückt. Das heißt aber noch nicht, dass man gut geeignet ist, die Leitung zu übernehmen. Die Zugehörigkeit zu einer Partei gibt uns in dieser Hinsicht überhaupt keine Auskunft, ob diese Führungsqualifikation da ist oder nicht.

Deswegen schlagen wir auch ein anderes Modell vor, das in unserem Antrag genau beschrieben ist. Im Wesentlichen schaut es so aus, dass alle Personen, also alle Lehrerinnen und Lehrer, die gerne eine solche Führungsposition übernehmen möchten, sich einem Auswahlverfahren stellen, das sehr neutral durchzuführen ist und wo sichergestellt sein muss, dass nicht einzelne Personen, aus welchen Kriterien auch immer, bevorzugt werden. Nach dieser Klärung, ob sie die Eignung haben oder nicht, könnten sie dann in der Lage sein, sich überall zu bewerben. Vorgeschaltet ist noch eine verpflichtende Fortbildung in diesem Bereich, wo die vorhin genannten Kompetenzen abgesichert, angeboten werden müssen.

Die Bestellung soll zeitlich begrenzt erfolgen. Wir haben diesen Vorschlag deswegen gemacht, weil die Erkenntnis da ist, dass Leiterinnen und Leiter manchmal auch teilweise selbst draufkommen, dass das nicht ganz ihre Funktion ist oder auch erst durch die Ausübung dieser Funktion dem Schulgemeinschafts-Ausschuss zum Beispiel klar wird, dass das vielleicht nicht eine gute Entscheidung war. Und diese Entscheidung kann man dann revidieren beziehungsweise das nächste Mal anders treffen. Das ist sicherlich eine wichtige Situation. Das gibt es ja auch in vielen anderen Bereichen, wo es um Führungspositionen geht. In vielen anderen Bereichen ist das ganz selbstverständlich.

Ein zentraler Punkt ist, dass die Mitwirkung der Betroffenen sicherzustellen ist. Stichwort Schulforum. Sie wissen, das Schulforum besteht aus Lehrerinnen/Lehrern und Eltern, in höheren Schulen im Übrigen auch aus Schülerinnen und Schülern beziehungsweise ihren VertreterInnen.

Wenn einmal sichergestellt ist, dass eine Person die Qualifikation und die Ausbildung hat, halten wir es für richtig, dass das Schulforum ein gewichtiges Wort mitzureden hat, im Endeffekt das Hauptpotenzial der Entscheidung hat, welche Person es zur Leiterin oder zum Leiter bestimmt.

Ich habe gehört, dass die SPÖ diesem Antrag zwar inhaltlich nicht nur nahe treten kann, sondern ihn auch nicht schlecht findet oder unterstützen würde, dass aber der Begründungstext für die SPÖ zu provokant ausgefallen ist. Das bedauere ich natürlich sehr, erlaube mir aber schon den Hinweis, dass der Antrag abgestimmt wird und nicht die Begründung. Ich finde es schade, wenn Sie sich davon abhalten lassen. Die Begründung ist ein Abbild dessen, wie DirektorInnenbestellungen in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben. Und wenn wir uns einig sind, dass es so nicht weitergehen soll, dann möchte ich doch noch einen Aufruf wagen. Hier hätten wir eine Möglichkeit, ein neues Modell zu installieren beziehungsweise die Landesverwaltung damit zu beauftragen, diesem Modell näher zu treten.

Ich möchte unseren ursprünglichen Antrag als Entschließungsantrag nochmals einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle zum Steiermärkischen Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetz – LDAG 1998 dem Landtag vorzulegen, die folgendes Modell zur Bestellung von DirektorInnen vorsieht:

Alle LehrerInnen, die eine DirektorInnenstelle anstreben, stellen sich einem Assessmentverfahren, das extern (also nicht von der Behörde selbst) nach klar formulierten Kriterien durchgeführt wird. Bei Erfolg absolvieren sie die bereits derzeit angebotene Seminarreihe für SchulleiterInnen (Qualifikation in allen relevanten Bereichen der Schulleitung).

Nächster Punkt: Danach sind sie in der Lage und haben die Berechtigung, sich bei jeder Schule in der Steiermark als DirektorIn zu bewerben. In einem Hearing vor allen KlassenlehrerInnenvertreterInnen, LehrerInnen und VertreterInnen des Schulerhalters präsentieren sie in der konkreten Schule ihre Vorstellungen und werden befragt.

Die Auswahl erfolgt in einem Gremium, das zu gleichen Teilen, zum Beispiel mit je zwei Personen, von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und dem Schulerhalter besetzt ist. Die Bestellung soll zeitlich begrenzt erfolgen. Die Möglichkeit von Verlängerungen soll gegeben sein.

Das Verfahren muss sicherstellen, dass sich nur Personen, deren Eignung erwiesen ist, bewerben dürfen. Die Auswahl an der Schule muss sicherstellen, dass Schulschwerpunkte Berücksichtigung finden und auch Führungsstil beziehungsweise soft skills beurteilt werden. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 12.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (12.01 Uhr): Frau Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das, was die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hier sagt, ist natürlich für viele Menschen, die mit der Systematik nicht betraut sind, durchaus einleuchtend, noch bessere Kriterien zu finden, zu schaffen, um bei der Auswahl von Schulleitern hundertprozentig den Richtigen zu erwischen. Auf der anderen Seite stellt man immer wieder fest, mir geht es jedenfalls so – (Abg. List: „Den politisch Richtigen!“) Den Richtigen für die Schule! Das ist der, der die vom Gesetz geforderten Bestimmungen erfüllt und da kann man jetzt natürlich traurig sein als Frau Lechner-Sonnek, dass das sozusagen aus ihrem Kreis, wenn man das jetzt auf die politische Ebene schieben würde, was ich nicht tun will (Abg. Lechner-Sonnek: „Der Herr Abgeordnete Schnider ist auch der Meinung!“), dass natürlich so wenige von den Grünen sozusagen dort durchkommen, weil das natürlich ein Problem ist, weil der Prozentsatz der Grünen, der in der Bevölkerung vorhanden ist, eben gering ist. Die Eignung und die Voraussetzung erfüllt jemand dadurch, dass er Lehrer geworden ist, ganz eindeutig. Ein Lehrer kann ansuchen, er ist Lehrer geworden und wenn er dann eines Tages um eine Schulleitung ansucht, dann hat er dadurch, dass er seine Studien zum Lehrer absolviert hat und dort positiv seine Leistungen bestätigt hat, die Voraussetzungen erfüllt. Jetzt kommt das Assessment. Dieses Assessment ist so aufwendig wie überhaupt noch nie und es wird heute schon zum Teil unter den Kosten gestöhnt, die diese Assessments nach sich ziehen, denn ganz einfach ausgedrückt, braucht es einen Moderator, einen durch das Los bestimmten Bezirksschulinspektor, einen aus dem Kreis der Schulleiter, die sind bitte alle nicht steuerbar, die sind nicht so einsetzbar, wie Sie glauben, wie Sie tun, dass ganz genau so zusammengestellt wird, dass dann herauskommt, was die anderen möchten, zwei Experten aus dem Kreis der Lehrer der allgemein bildenden Pflichtschulen, ein professioneller Personalentwickler und/oder ein Schulpsychologe und die alle müssen zusammentreten. Und wissen Sie, was man zwischendurch schon feststellt? Dass sich niemand oder nur wenige um die Schulen überhaupt bewerben. Es bewerben sich viele nicht, weil manche sagen, sie werden sich das nicht antun, diesen Prozess, zu schauen, dass sie diese ganze Prozedur durchmachen, wenn dann noch selbstverständlich, wie in den Regelungen ausgeführt – (Unverständlicher Zwischenruf.)

Das kann in einem Einzelfall durchaus so sein, das wird irgendwie so passieren, aber deswegen kann man ja nicht die ganze Systematik durcheinander bringen, Frau Lechner-Sonnek. Sie sind ja immer dafür, dass man die Dinge schön weit betrachtet und nicht auf den Einzelfall reduziert. Die große Zahl der Bestellungen in der Steiermark führt zu Ergebnissen, die sehr akzeptabel sind und die man durchaus sozusagen als gute Ergebnisse betrachten kann. Oder wollen Sie alle Schulleiter, die in der Steiermark solche Verfahren durchgemacht haben,

jetzt im Nachhinein als solche bezichtigen, die das nur geworden sind, weil sie irgendeiner Partei angehören? Wenn jemand eine Qualifikation aufweist und sich auf Grund dieser Qualifikation um ein Amt bewirbt und dieses auf Grund von Entscheidungen und Ergebnissen von Abläufen zugesprochen bekommt, dann hat er es und dann kann nachher niemand sagen, er hat sie deswegen oder deswegen, sondern es ist Grundvoraussetzung, dass alles vorhanden ist. Es wäre eine Beleidigung zu sagen, jeder Schulleiter ist das nur deswegen geworden, weil er bei der oder bei der Partei tätig war oder tätig ist. Das ist unfair und das ist auch nicht das Bild, das es gibt. Wie gesagt, es gibt immer mehr Lehrer, die sagen, ich tue mir das nicht an. Ich lasse mich nicht über meine Qualifikation öffentlich zerlegen, von denen, von denen, von denen, die dann nach drei Jahren von der Schule weg sind. Da gibt es zum Beispiel Leute, die sind in Schulen, die überhaupt nur ein Jahr dauern, wie ein Polytechnischer Lehrgang. Da bestimmen sozusagen die Eltern oder die Vertreter der Schüler dieses einen Lehrganges, wer die nächsten zehn, 15 Jahre Direktor wird, durch eine Stellungnahme. Also ich bin sehr, sehr dafür, dass dieses Modell, so wie es jetzt ist, weiter verbessert wird, einfacher wird – sogar das müsste man sich überlegen, weil der Aufwand weit überhöht ist –, aber dann würden Sie natürlich auch wieder sagen, das ist verkehrt. Auch die Auswahl durch eine professionelle Firma könnte nicht die Garantien liefern, die Sie verlangen, weil es könnte noch immer irgendwer zufälligerweise einer Partei angehören und zufälligerweise Direktor werden. Das werden Sie auch mit einem solchen Modell nicht ausschließen. Die Befristung prinzipiell gibt es ja. Ich habe sie jetzt selbst kürzlich erlebt, sie wird nur nicht in Anspruch genommen. Sie wird von der Schulbehörde nicht in Anspruch genommen und ich kenne keinen Fall, wo die Befristung dann dazu geführt hat, dass jemand, der befristet Schulleiter war, dann nicht mehr Schulleiter gewesen ist. Ich warne davor, das System so auf die Spitze zu treiben, dass man die Kosten nicht mehr überschaut, meine Damen und Herren. Das ist schließlich und endlich eine Sache, die das Land zu tragen hat und wer einmal weiß, was Auswahl durch Personalberatungsfirmen für Kosten nach sich zieht und die Ergebnisse durchaus auch nicht immer so sind, wie man glaubt, dass sie sein müssen, das ist eine Methode, die ganz sicher nicht zum Ziel führt. Ich bin eher dafür, dass man die derzeitigen Rahmenbedingungen verfeinert und schaut, dass man auf diese Art und Weise weiterkommt, als neue komplizierte Mechanismen einzuführen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.08 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Abgeordneter Kröpfl ist am Wort.

Abg. Kröpfl (12.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin!

Ab und zu gibt es eine Wirtschaftsdebatte und manchmal gibt es zum Glück im Landtag auch eine Debatte über Bildung und über Bestellung von Schulleitern uns so weiter, lieber Kollege, das ist schon auch eine wichtige Sache. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieser Antrag der grünen Fraktion hat, wie wir jetzt schon gesehen haben, sehr viel Diskussion ausgelöst und das soll auch so sein. Wir sollen über dieses Problem tatsächlich sehr intensiv diskutieren, weil einiges doch im Argen liegt. Lieber Kollege Majcen, alles ist leider nicht so Eitel und voll Sonnenschein, wie du das versucht hier darzustellen. Ich kann in vielen Punkten, die dieser grüne Antrag enthält, durchaus mitgehen und kann sagen, haben sie recht, muss man etwas verändern, muss man etwas verbessern. Aber ein Riesenproblem habe ich, und die Frau Lechner-Sonnek hat es schon angeschnitten, mit dem Einleitungstext. Weil die Zeit des Proporz liegt wirklich schon sehr, sehr lange hinter uns und deswegen können wir dem nicht ganz zustimmen, daher werden wir das noch sehr gut überlegen, ob wir dem Antrag dann zustimmen. Es kommt nämlich immer noch zu Entscheidungen, die man dann sehr schwer nachvollziehen kann im Bereich der Leiterbestellung. Da nehme ich jetzt für die Sozialdemokratische Partei schon etwas in Anspruch, dass wir jene Partei waren, die ein bisschen Transparenz und Objektivität in die Schulleiterbestellung gebracht haben. Ich verweise nur darauf, dass es uns gelungen ist, eine Warteliste einzuführen, wo jeder Lehrer genau nachschauen kann, an welcher Position er steht und warum ein anderer vielleicht vorgezogen wurde. Das war ja früher nicht so. Früher ist das ein bisschen anders verteilt worden. Oder ich denke auch an die, ich sage jetzt wirklich relative Objektivierung bei der Bestellung von Schulleitern. Oder bei der Bestellung von Bezirksschulinspektoren.

Ich sage deswegen relativ, weil es leider noch – und zu dem werde ich noch kommen – immer wieder dazu kommt, dass nicht dieses objektive Verfahren entscheidet, sondern dass eben andere Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, ob eine Kandidatin oder ein Kandidat eine Schulleitung bekommt oder nicht. Meistens ist es in der heutigen Zeit leider so, dass er wirklich das falsche Parteibuch hat, nämlich dass er nicht bei der ÖVP ist, und dann hat er keine Chance, dort eine Schulleitung zu bekommen.

Ein Beispiel hat der Kollege Gruber schon dargelegt und erlauben Sie mir bitte ein weiteres, weil es unmittelbar aus meinem Bezirk kommt und gerade jetzt so aktuell ist, hier zu bringen.

Ich greife das Beispiel der Hauptschule Eibiswald auf. Die Hauptschule Eibiswald wird jetzt innerhalb kürzester Zeit zum dritten Mal wieder mit einem Schulleiter oder einer Schulleiterin besetzt. Dazu hat es das ganze übliche Ausschreibungsverfahren gegeben. Alle Kandidatinnen und Kandidaten erfüllen die von dir angesprochenen Voraussetzungen, alle sind qualifiziert. Und dann kommt es zu dem AC – zum Assessment.

Bei dem Assessment kommt Folgendes heraus, dass als der beste Kandidat einer herauskommt, der der SPÖ angehört und dass die anderen Kandidatinnen und Kandidaten dahinter liegen, dass aber auch die übrigen Kriterien, die da noch einfließen sollen, auch nicht unbedingt für die ÖVP-Kandidaten sprechen. Aber was macht die ÖVP bei uns im Bezirk – Mehrheit im Kollegium des Bezirksschulrates? Derjenige, der an die zweite Stelle kommt beim AC wird Erster, und das ganz Arge ist, dass jene Kandidatin, die weit abgeschlagen auf Platz vier landet, weil sie aber Bürgermeisterin von der Marktgemeinde Eibiswald ist, an die dritte Stelle gereiht wurde, nur damit sie dann im Land eine Chance hat, vielleicht doch diese Schulleitung zu bekommen.

Noch ein Schmankerl dazu, bitte, verehrte Damen und Herren. Der SPÖ-Kandidat hat bei einem AC die ÖVP-Kandidaten nicht das erste Mal geschlagen, sondern bereits das dritte Mal. Und trotzdem schaut es so aus, dass er es nicht werden darf. Deswegen sagen wir, da müssen wir auch etwas unternehmen, da muss eben dieses AC noch besser aufgewertet werden.

Ich frage mich tatsächlich, wie oft muss ein SPÖ-ler noch einen ÖVP-ler schlagen, damit er eine leitende Position bekommen kann? Aber auch im Kollegium des Landesschulrates ist gestern die Entscheidung so gefallen, wie sie eben fallen musste. Parteitaktische Überlegungen haben gewonnen und der ÖVP-Kandidat ist wieder auf Platz eins. Unser Kollege darf nur den Platz zwei erreichen und die Frau Bürgermeisterin wurde auf die dritte Stelle gereiht.

Ich bin jetzt nur gespannt, was bei dieser Leiterbestellung in der ÖVP-Fraktion der Landesregierung noch geschieht. Ob sie sich jetzt an den Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates hält oder ob nicht vielleicht doch die Bürgermeisterkarte besser sticht und die Frau Bürgermeister dort hinkommt. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Wie kommen Sie auf das?“)

Frau Landesrätin, es gibt so viele Anzeichen, die in diese Richtung gehen und deswegen sage ich, ich bin gespannt. Ich würde mich freuen, wenn es nicht so ist. Aber anscheinend ist es so. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Vorfreude ist die schönste Freude!“)

Ja, oft, da haben Sie Recht. Manchmal auch die einzige.

Also auch hier, muss ich sagen, setzt die ÖVP im Landesschulrat – und das ist nicht das erste Mal, ich habe nur dieses Beispiel herausgegriffen, weil es so aktuell ist – ihre Mehrheit doch sehr, sehr schamlos, möchte ich fast sagen, ein.

Ein nächster Teil kommt ja auch wieder auf den Bezirk Deutschlandsberg zu und auch dort sind Vorzeichen schon wieder gegeben, dass der beste Kandidat es nicht werden darf. Es geht um die Ausschreibung des Postens des Bezirksschulinspektors. Auch dazu hat es jetzt ein AC gegeben und wie man hört, ist wieder der sozialdemokratische Kandidat bei weitem der Bestgereichte, am weitesten vorne. Da bin ich schon gespannt, wie jetzt diese Entscheidung in der Landesregierung fallen wird.

Auch da muss man feststellen, dass dieser Kandidat bereits das vierte Mal ein AC-Verfahren gewinnt und dass er kein einziges Mal dort drankommen durfte.

Da sind auch die Frau Lechner und ich nicht weit auseinander. Weil der beste Kandidat das nicht werden darf, wenn er nicht ein ÖVP-Parteibuch hat. Das waren genau diese Beispiele. Ich habe im Zuge einer Landtags-sitzung einmal sehr genau aufgelistet, wo das alles schon in letzter Zeit passiert ist, wo ein Kandidat es nicht werden durfte, nur weil er kein ÖVP-Parteibuch gehabt hat.

Ich bin schon gespannt, wie eben die Entscheidung jetzt bei der Besetzung des Bezirksschulinspektors in Deutschlandsberg fallen wird. (Abg. List: „Für die SPÖ, nicht?“)

Da hast du Recht, da kann ich dir ausnahmsweise einmal zustimmen. Aber, lieber Freund, das wäre wieder ein anderes Thema, da könnten wir noch stundenlang darüber reden.

Verehrte Freunde, verehrte Damen und Herren, die SPÖ steht und ist im Schulbereich immer für Qualität gestanden, sie steht für sachliche und soziale Kompetenz in diesem Bereich. Deswegen sind wir dafür, dass diese Modelle der Schulleiterbestellung, die Modelle überhaupt, wie man zu einem Lehrer in einer öffentlichen Schule wird, verbessert werden, dass man sie noch objektiver gestaltet, dass die Bestellungen nachvollziehbarer sind und dass man dann auch tatsächlich zu dieser Entscheidung, die getroffen wird, vollinhaltlich stehen kann.

Aus diesem Grund stellen wir als Sozialdemokraten einen Antrag, der zum Inhalt hat, das Assessmentverfahren noch weiter zu verbessern. Und da bin ich nicht ganz bei dir, lieber Kollege Majcen, dass diese Verfahren so viel kosten und so viel aufwändig sind. Ich glaube, das muss uns einfach etwas wert sein, den besten Schulleiter, die beste Schulleiterin zu bekommen und da darf man nicht schon wieder sagen, ja, das ist aber so aufwändig, das kostet wieder so viel, sondern da müssen wir schon die Ressourcen dazu bereitstellen.

Deswegen stellen wir den Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Assessmentverfahren zu verbessern, so dass in bestimmten Fällen – zum Beispiel bei Bestellungen von Leiterinnen und Leitern großer Schulen oder bei politischen Diskussionen im Vorfeld der Bestellung – eine externe beziehungsweise ein externer – das heißt außerhalb des Schulwesens stehende oder stehender – Expertin oder Experte als Assessor beigezogen wird.

Zur grünen Fraktion kann ich noch sagen, ich glaube, wir werden in der zukünftigen Diskussion sehr, sehr viele Punkte finden, wo wir gemeinsam einen Weg finden werden, um das System der Leiterbestellungen und das System der Bestellungen zu Lehrern in diesem Bundesland zu verbessern. (Beifall bei der SPÖ. – 12.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (12.18 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, meine Damen und Herren!

Es geht uns vor allem darum, dass es zeitgemäße Formen geben muss, wie ermittelt wird, welche Person eine Führungskraft in der Schule ist und welche Person es nicht ist. Das ist der Grund, warum ich auch jetzt den eingebrachten Entschließungsantrag im Nachhinein abändere und die Begründung einfach ersatzlos streiche. Ich

habe das mit dem Herrn Hofrat Anderwald auch schon vereinbart. Ich will nicht irgendjemanden brüskieren, verärgern mit dieser Begründung. Wenn das so eingetreten ist, dann bedauere ich das. Mir geht es einfach um den Effekt.

Es kann nicht sein, dass wir in einem wesentlichen Bereich, wo es um die Zukunft unserer Kinder geht, um unsere Zukunft geht, um die Zukunft unseres Landes, um das Bildungswesen geht, an einer Form festhalten, die nicht mehr funktional ist und zu der man einfach nicht stehen kann, wenn man offenen Auges sieht, was das bedeutet. Sowohl der Herr Kollege Kröpfl als auch der Herr Kollege Gruber haben einige Beispiele angeführt. Das Problem bei all diesen Situationen ist, dass man erst im Nachhinein vom Ergebnis her beurteilen kann, was da passiert ist, und dann ist es erwiesenermaßen zu spät, denn es gibt ja natürlich auch noch keine Befristung.

Dir, lieber Franz Majcen, sei gesagt, es muss einfach möglich sein, dass Menschen unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit oder von ihrem Naheverhältnis beurteilt werden. (Abg. Majcen: „Selbstverständlich.“) Tatsache ist, dass es ja noch sein kann, dass in den derzeitigen Assessments das passiert. Das will ich ja noch gar nicht unterstellen, dass die Assessmentverfahren falsch laufen. Aber zwischen Assessmentergebnis und Bestellung liegt bekanntlich noch einiges an Entscheidung. Erstaunlicherweise – unter Anführungszeichen – fallen diese Entscheidungen in Summe oft so aus, dass überdurchschnittlich viele schwarze, ÖVP-nahe oder ÖVP-zugehörige, Bewerberinnen und Bewerber eine Führungsposition erhalten. (Abg. Majcen: „Weil es so viele gibt!“)

Weil es so viele gibt, sagt Franz Majcen. Das kann eine Begründung sein. Aber wenn ich die vielen Erzählungen, die uns natürlich auch nahe gebracht werden, mir anhöre, wo jemand schon vor Beginn des Verfahrens dann abgefeiert wird, die Gratulation von einem Vorgesetzten der Schulbehörde erhält, vor dem ganzen Kollegium, dann ist das zum Beispiel aktive Entmutigung.

Solche Situationen gibt es und da darf man sich nicht wundern, dass manche sagen, ich brauche nicht mehr antreten, es steht jetzt schon fest, wer es werden wird. Ich möchte gerade der ÖVP noch eines sagen: Sie alle wissen und das ist wahrscheinlich ein Teil Ihres Leidens und Ihrer Befindlichkeit im Moment, dass Ihr Landesgeschäftsführer einen völlig anderen Weg gehen will. Ich habe mich sehr gefreut, ich habe nicht alle seine neun Vorschläge, die er da zu Beginn publiziert hat, toll gefunden, aber ich habe mich sehr gefreut, diesen Aspekt der Direktoren-/Direktorinnenbestellung dort auch wieder zu finden. Wir haben dieses Modell ja heuer im Frühjahr oder im Spät-winter vorgestellt und ich habe mich sehr gefreut, dass er hier die Scheuklappen abgelegt hat und gesagt hat, ja, da gehört etwas verändert, da gehört etwas klarer gemacht und das entspricht genau diesem Modell. Er geht sogar noch weiter, meine Damen und Herren. In diesem Antrag befassen wir uns mit den Bestellungen von Direktoren und Direktorinnen. Ihr Herr Kollege Schnider oder Ihr Landesgeschäftsführer Schnider geht sogar bei den Lehrer- und Lehrerinnenanstellungen in dieselbe Richtung, aber noch einen Schritt weiter und er sagt, die Schulen sollen entscheiden, wer bei ihnen unterrichten soll. Ich will Ihnen nur sagen, es ist nicht – und wir wissen das, uns allen ist das bekannt –, dass die ÖVP in dieser Hinsicht eine monolithisch geschlossene Haltung hat, sondern dass es verschiedene Haltungen gibt. Ich möchte Sie wirklich bitten, jene von Ihnen, die auch der Meinung sind, dass die Parteiloyalität in Hinkunft keine Rolle mehr spielen darf bei diesen Bestellungen, sich zu überlegen, ob Sie unseren Antrag unterstützen. Wir haben jegliche Begründung, wo irgendjemand sich in unmöglicher Weise auf den Schlips getreten fühlt, aus dem Begründungstext hinausgenommen. Der Antragstext ist gleich geblieben und ich hoffe, dass sich einige Stimmen der Vernunft durchsetzen und dass wir heute einen Schritt machen können in die Richtung, dass wir einmal sagen können, wer in unseren Schulen Direktor oder Direktorin ist, diese Person ist es, weil sie die Beste war und nichts sonst. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 12.23 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Landesrätin Edlinger-Ploder.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (12.23 Uhr): Hoher Landtag!

Ich möchte mich da kurz melden, weil es war jetzt einiges im Gespräch, einzelne Orte, einzelne Schulleitungsbestellungen wurden hier auch angesprochen beziehungsweise welche, die noch gar nicht abgeschlossen sind. Ich frage mich manchmal schon, woher all diese Vermutungen kommen, weil ich kann mich nicht erinnern, dass mein Vorgänger Landesrat Schützenhöfer ein Landesschulratskollegiumsergebnis umgereiht hätte in der Landesregierung. Es ist mir neu, dass ich irgendwelche Anstalten oder Äußerungen gemacht hätte, dass ich so etwas beabsichtige zu tun. Aber gut, diese Meinung sei Ihnen unbenommen. (Abg. Kröpfl: „Das sind Tatsachen!“)

Punkt zwei, Sie haben hier sehr viel vom AC gesprochen. Ich gebe Ihnen Recht, ich bin auch nicht sehr glücklich mit diesem so genannten objektiven Verfahren, weil natürlich bei diesem Verfahren auch einige Punkte sprechen. Es ist eine Momentaufnahme, es ist sozusagen eine Zusammenschau sehr vieler, die zwar alle eine Assessorenschulung belegt haben, aber ich glaube nicht jeder hat sie so gut hinter sich gebracht, dass man auch von Professionalität in diesem Zusammenhang sprechen kann. Aber es ist eine Möglichkeit der Objektivierung. Und was ich Ihnen nur sagen möchte, ist, es ist nicht so, dass eine Leiterbestellung nur auf Grund eines AC-Ergebnisses erfolgt. Das liegt auch eindeutig auf der Hand, weil – Sie haben das auch schon gehört – es muss eine Zusammenschau geben von Berufsbiographie, AC-Ergebnis, Anhörungen im Sinne der Schulerhalter, des Schulgemeinschafts-Ausschusses et cetera. Und dann gibt es einen begründeten Amtsvorschlag des Bezirksschulinspektors. Da gebe ich dem Herrn Abgeordneten Majcen schon Recht, weil solche Dinge habe ich auch schon erlebt, da sind Eltern dabei, Lehrer dabei, die vielleicht ein, zwei Jahre an der Schule sind und die durch

eine tatkräftig populäre Maßnahme, sage ich jetzt einmal, versuchen, ihre Kandidatin oder ihren Kandidaten durchzubringen in einer Art und Weise, die an der Schule gar nichts verloren hat. Diese Kinder sind ein, zwei Jahre an der Schule, aber eine Schulbehörde, zum Beispiel ein Bezirksschulinspektor muss mit diesem Direktor 15 Jahre eventuell leben oder eben nicht und muss mit ihm arbeiten können. Da denke ich mir, da muss schon auch eine ausgewogene Beurteilung zusammenstimmen.

Jetzt sage ich ganz ehrlich, ich habe schon ein ganz großes Problem mit diesem Antrag, nicht, was den Inhalt angeht, aber genauso mit dem SPÖ-Antrag. Es ist recht gut und schön zu sagen, wir wollen das Beste und jetzt kaufen wir uns die externe Beratung auch noch dazu. Nur, ich weiß leider, wie schwer das schon war, für die Aufsichtsbeamten, sprich bei der derzeitigen Auswahl, hier externe Betreuung für die Bezirksschulinspektoren und Landesschulinspektor zu suchen und zu finden in meinem Budget und ich bin eigentlich nicht bereit, dieses Geld, das für Projekte an und in der Schule vorgesehen ist, das ich dafür reserviert habe, hineinzustecken in externe Betreuung, wo ich hunderte und tausende Leute im Schulbetrieb habe, die das eigentlich sehr gut können und die wissen, was braucht ein Schulleiter, wie muss sein Führungsverhalten sein. Ich glaube, dass die das mit einem sachlichen Hintergrund, mit einer ordentlichen Assessorenausbildung ganz gut können und nachdem die durch Los zusammengemixt werden, wird wohl keiner behaupten können, dass hier irgendwelche Parteimascherln voranstehen.

Zu Ihnen, Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Wenn Sie sagen, die neun Vorschläge des Herrn Landesgeschäftsführers und Bundesrates Dr. Schnider. Punkt eins, ich bin auch sehr froh und ich bin mit dabei, dass wir diese offene Diskussion das ganze Jahr über schon führen und wir merken bei jeder Veranstaltung, wo es um Bildung geht, dass Gott sei Dank wirklich eine sehr aktive Beteiligung der Bevölkerung dabei ist. Bei diesen Vorschlägen – neun an der Zahl – sollten Sie vielleicht auch gelesen haben, dass das eine Zusammenschau dessen ist, was in diesen Bildungsstammtischen von jedwedem und jedweder gekommen ist. Wenn Sie beispielsweise auch ansprechen Anstellungen der Lehrer an Schulen, darf ich Ihnen auch empfehlen das sehr interessante Werk der vier Wissenschaftler unter der Leitung von Prof. DDr. Haider. Es nennt sich Zukunftskommission, das jetzt auch ein Papier ist, das wir, glaube ich sehr gut und ausführlich diskutieren sollten, weil hier sehr konkrete neue Vorschläge dabei sind und ich werde sicher nicht dabei fehlen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Beziehung externer Assessoren, Assessorinnen bei Schulleiterbestellung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend neues Modell für die Direktoren- beziehungsweise Direktorinnenbestellung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1429/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Rieser, Dietrich und Lechner-Sonnek, betreffend die Errichtung eines Aufzuges für Behinderte in der HAK/HAS Judenburg und anderen Schulgebäuden des Bundes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (12.29 Uhr): Sehr geehrte Präsidentin!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Margarethe Gruber, Wicher, Rieser, Dietrich und Lechner-Sonnek, betreffend die Errichtung eines Aufzuges für Behinderte in der Handelsakademie und Handelsschule in Judenburg und in anderen Schulgebäuden des Bundes.

Der Antragstext ist Ihnen ja hinlänglich bekannt und ich beschränke mich daher auf den Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, erstens die Bundesimmobiliengesellschaft zu beauftragen, in der Handelsakademie und Handelsschule Judenburg bis zu Beginn des nächsten Schuljahres einen Aufzug für Behinderte einzubauen sowie zweitens auch alle anderen Schulgebäude des Bundes möglichst rasch mit behindertengerechten Aufzügen auszustatten. Ich ersuche um Annahme. (12.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Erstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Rieser. Bitte.

Abg. Rieser (12.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und liebe Kollegen!

Als wir im heurigen Juni, Ende Juni, bei der Maturazeugnisverteilung der Handelsakademie in Judenburg eingeladen wurden und von unserer Seite auch der Herr Klubobmann Christopher Drexler anwesend war, von

der sozialdemokratischen Seite die Frau Kollegin Gruber, hatten wir die Gelegenheit, unmittelbar vor Ort einen behinderten Schüler kennen zu lernen. Das Gespräch, das dort stattgefunden hat, hat uns eigentlich gemeinsam, die wir anwesend waren, sehr berührt. Es war nämlich ein Schüler, der in diese Schule im Jahr 2002 eingetreten ist, der im Jahr 1994 einen schweren Unfall hatte und querschnittgelähmt seit diesem Zeitpunkt ist. Es wurde uns aufgezeigt, dass er nur mit großen Schwierigkeiten die zweite Klasse besuchen kann, nämlich weil die Räume für Physik und Chemie sowie das Labor im ersten Stock sind und die Mitschüler wie auch die Professoren den Schüler hinauftragen müssen.

Es war unser gemeinsamer Tenor, so kann es wirklich nicht sein, gerade im europäischen Jahr der Behinderten, es muss doch eine Lösung möglich sein. Wir waren eigentlich sehr bestürzt darüber, dass der ursprüngliche Antrag der Schule abgelehnt wurde. In einer gemeinsamen Aktion, hier auch im Haus der Vierparteiantrag, aber schlussendlich hat sich auch die Frau Landeshauptmann – und ich danke dir, Frau Landeshauptmann – um diesen Fall angenommen, sowie der Herr Landesschulratspräsident, die Frau Bundesminister, der Bildungssprecher Nationalrat Werner Amon, der selbst Absolvent dieser Schule ist, und schlussendlich unser Klubobmann Christopher Drexler, ist es dann gelungen, in wenigen Monaten unbürokratisch dieses Problem zu lösen.

Bürokratischer, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir, weil wir erst jetzt diesen Antrag heute diskutieren. Gott sei Dank hat uns die Wirklichkeit, die Realität in diesem Zusammenhang eingeholt und der Lift wird gebaut. Der Architekt hat bereits den Auftrag und wir können damit rechnen, dass im Winter dieser Lift an der Handelsakademie in Judenburg errichtet wird.

Wenn im Antrag die Forderung steht, dass auch bei allen anderen Schulgebäuden Lifte notwendig sind, so möchten wir das nur unterstreichen, denn niemandem soll eine Ausbildung verwehrt werden oder niemand soll an einer Ausbildung gehindert werden, nur weil er ein körperliches Gebrechen hat.

In diesem Zusammenhang noch einmal ein Dankeschön und ich hoffe, dass wir mit dieser Aktion auch gemeinsam im Jahr der Behinderten ein Zeichen setzen konnten. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Bitte.

Abg. Margarethe Gruber (12.35 Uhr): Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Kollege Peter Rieser hat die Geschichte geschildert. Es ist eine Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule. Die Zuständigkeit liegt beim Bund und wir als die vier Vertreter im Landtag haben uns bereit erklärt, hier zu helfen. Es ist ausnahmsweise sehr schnell Hilfe geschehen und es wäre schön, wenn auch in anderen Fällen schnelle Hilfe geboten wird. Es ist immer mehr, dass junge, gescheite Leute auf Grund ihrer Behinderung Einrichtungen nicht immer besuchen können oder beziehungsweise darin behindert sind, gehindert werden.

Ich darf alle hier im Landtag vertretenen Parteien bitten, auffordern, ersuchen, bei anderen Anträgen auch so schnell zu handeln beziehungsweise sie zu unterstützen, dass es darüber hinaus nicht nur in diesem heurigen Jahr möglich ist, Menschen mit Handicaps auch weiter zu helfen.

Darum bitte ich Sie recht herzlich. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 12.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1435/1, der Abgeordneten Wicher, Mag. Lackner, Tschernko und Bacher, betreffend Aufdruck von Preisen auf Arzneimittelpackungen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (12.37 Uhr): Frau Präsidentin!

Ich berichte über den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1435/1, der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Bacher, betreffend Aufdruck von Preisen auf Arzneimittelpackungen.

Beim Einlösen von ärztlichen Rezepten in Apotheken ist nicht ersichtlich, wie viel das Arzneimittel tatsächlich kostet. In den seltensten Fällen entspricht der Preis des Arzneimittels der Rezeptgebühr. Den wenigsten Kundinnen und Kunden ist dieser Umstand bewusst, zumal auf den Verpackungen der tatsächliche Preis der Arznei nicht hervorgeht.

Um das Kostenbewusstsein beim Einlösen von ärztlichen Rezepten zu verstärken, sollte der Preis von Medikamenten auf der Verpackung ersichtlich sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, Sorge dafür zu tragen, dass der Preis von Arzneimitteln auf der Verpackung ersichtlich ist. Ich ersuche um Annahme. (12.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Wort ist die Frau Abgeordnete Wicher. Bitte.

Abg. Wicher (12.38 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat Paierl, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie mir, dass ich nur noch im Anschluss an den vorhergegangenen Tagesordnungspunkt sage, dass ich mich sehr freue, dass relativ problemlos dieser Lift in der Handelsakademie Judenburg errichtet werden konnte. Selbstverständlich – und das ist unser Anliegen natürlich – werden wir weiterhin dahinter sein, dass auch andere Schulen diese Möglichkeiten bekommen. Wir werden halt einfach Anträge an den Bund stellen. Das sage ich einfach so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Situation, die ich Ihnen jetzt so kurz schildern möchte beziehungsweise Sie bitten möchte, sie mit mir zu verfolgen, ist die – und ich denke, die meisten von Ihnen sind schon damit befasst gewesen –, es geht einfach darum, man fühlt sich nicht wohl, man hat gesundheitliche Probleme. Man entschließt sich – nicht ganz leichten Herzens meistens –, einen Arzt aufzusuchen. Man vereinbart einen Termin und geht dann zum Arzt oder zur Ärztin. Es gibt auch Ärztinnen, Gott sei Dank, obwohl es jetzt wieder Probleme mit den Gynäkologinnen gibt. Also das möchte ich nur so einflechten.

Wenn der Arzt sich Zeit nimmt, kann man mit ihm dieses Problem besprechen. Es wird dann im Laufe des Gespräches – hoffentlich ist so viel Zeit – eine Diagnose gestellt, wenn das Problem abgeklärt wurde.

Der Arzt oder die Ärztin verschreibt ein Medikament. Wenn das Service in dieser Ordination gut ist, erfährt man vom verschreibenden Arzt beziehungsweise der Ordinationshilfe, dass dieses Medikament chefarztpflichtig ist. Gestern beziehungsweise heute war es auch den Zeitungen zu entnehmen, dass ab 1. Jänner 2004 die Chefarztpflicht abgeschafft werden soll. Ich hoffe, es wird auch so weit kommen. Ich habe vor gar nicht so langer Zeit einmal so einen Hürdenlauf zu einem Chefarzt geschildert, wobei die Sinnhaftigkeit, dass man unbedingt zum Chefarzt gehen muss, um ein Medikament bestätigt zu kriegen, zu hinterfragen ist. Sei es, wie es sei, ab dem nächsten Jahr soll das nicht mehr sein, aber bis zum Jahresende hat man die Probleme mit dem Rezept, den Chefarzt aufzusuchen. Meistens hat man gerade nicht unbedingt Zeit, zum Chefarzt, zum nächsten Chefarzt zu gehen oder es ist Freitagmittag und dann ist natürlich auch keiner mehr erreichbar und der Arzt war der Meinung, man soll dieses Medikament möglichst schon seit gestern zu sich nehmen. Man geht zur Apotheke, setzt es ein, also man erlegt einen Geldbetrag, bis die Bestätigung des Chefarztes dann in Händen ist. Dann denke ich mir, wird vielleicht dem einen oder anderen von Ihnen auch schon ein gewisses Hoppala entschlüpft sein, wenn man sieht, wenn man es bar bezahlen muss, was ein Medikament kostet. Das war eigentlich der Grund meines Antrages beziehungsweise unseres Antrages, dass es doch möglich sein müsste, die Medikamentenpackung mit einem Preisschild zu versehen. Jedes andere Geschäft ist verpflichtet, Preisschilder auf den Waren anzubringen, also warum nicht bei Medikamenten? Ich könnte mir vorstellen, dass, wenn man sieht, was ein Medikament im Endeffekt kostet, vielleicht ein gewisses Umdenken einsetzt. Es passiert doch immer wieder – die Apotheker nehmen Tonnen von Medikamenten zurück, das ist Restmüll, der dann in irgendeiner Weise wieder entsorgt werden muss –, dass komplette Medikamentenpackungen wieder zurückkommen. Wie kann das passieren? Entweder liest jemand den Beipackzettel. Beipackzettel ist zwar gut, aber kann manchmal sehr erschrecken, gebe ich offen zu. Man fragt aber dann nicht beim Arzt nach, ob das, was jetzt drinnen steht als Gegenindikation, mir persönlich schaden kann. Also wird das Medikament einfach nicht genommen und das Leiden oder die Krankheit, die man hat, wird dann dadurch auch nicht bekämpft. Oder Medikamente werden nicht über die vorgegebene Dauer eingenommen und die restliche Packung kommt dann auch zum Restmüll, was natürlich – und Primarius Forenbacher nickt und wird es bestätigten – durchaus schlimme Folgen haben kann, weil vor allem bei den Antibiotika Viren resistent werden und beim nächsten Mal greift das Medikament überhaupt nicht mehr an.

Das war eben der Gedanke und nachdem unser Gesundheitssystem doch, wie man sagt, im Argen liegt und gestern auch von Seiten des Gesundheitsministeriums beziehungsweise des Sozialministeriums Vorschläge gekommen sind, zum Beispiel Chefärzte anlangend, die jetzt beziehungsweise ab 1. Jänner 2004 die Verschreibepaxis von Ärzten überwachen sollen. Eines ist mir völlig schleierhaft, wie soll das möglich sein? Ich entnehme der heutigen „Kleinen Zeitung“, dass der Arzt, bevor er ein Medikament verschreibt, das üblicherweise chefarztpflichtig ist, mit dem Chefarzt Rücksprache halten soll. Also, ich glaube, das würde sich bei praktischen Ärzten und auch bei Fachärzten nicht durchführen lassen, kann ich mir vorstellen. Ich sehe durchaus ein, dass ein Chefarzt einem Arzt, der prinzipiell teure Medikamente verschreibt, wo es möglicherweise als Alternative auch ein Generikum geben kann, dass da eine Rückfrage ist, wie schaut das bei Ihnen aus, warum verschreiben Sie keine Generika? Wobei das für den Arzt wieder schwierig wird, nehme ich an, da ja Patienten erstens einmal auf ein gewisses Medikament eingeschworen sind beziehungsweise, was ja immer wieder vorkommt, sie von Verwandten, Bekannten, Nachbarn, was immer auch, erfahren haben, das ist ein besonders gutes Medikament und wenn du das nicht kriegst, hast du überhaupt keine Aussicht auf Genesung. Was noch dazukommt, dass die Pharmavertreter, die ja Ärzte auch betreuen, da hege ich den Zweifel, ob die unbedingt die Generika anbieten, sondern doch viel lieber die teureren Medikamente. Ich denke, das könnte ein Mittel sein, das ohne viel Aufwand durchzuführen wäre, ein gewisses Preisbewusstsein bei Patienten hervorzurufen und dass man dann sagt, die Rezeptgebühr von 4,25 Euro ist angemessen. Manche Patienten, das könnte ich mir auch vorstellen, werden das vielleicht als nicht ganz angemessen ansehen und da beziehe ich mich auf Menschen, die nicht von der Rezeptgebühr befreit sind, sondern gerade über diese 648 Euro für Alleinstehende beziehungsweise 963 Euro für Ehepaare hinauskommen. Für diese Menschen fällt die Rezeptgebühr vor allem in Grippezeiten, also jedenfalls wenn sie einen erhöhten Medikamentenbedarf haben, ins Gewicht. 4,25 Euro pro Rezept beziehungsweise pro Medikament, nicht pro Rezept kann doch einige Löcher in eine sehr begrenzte Haushaltskasse reißen. Es gibt,

und das habe ich der Aussendung der Gebietskrankenkasse entnommen, die Möglichkeit, wenn jemand zum Beispiel zeitlich begrenzt einen erhöhten Medikamentenaufwand hat beziehungsweise durch Krankheiten oder Gebrechen abzusehende Mehrkosten für Medikamente hat, dass da die Einkommensgrenze um 100 Euro erhöht wird. Aber vielleicht sollte man doch andenken, gerade in solchen Fällen beziehungsweise überhaupt und da zitiere ich den Herrn Redakteur Ulrich Stocker, der am 24. Oktober in der „Kleinen Zeitung“ unter der Kolumne „Denkzettel“ von den Ehrenreichen gesprochen hat, also sozusagen Experten scheinen der Ansicht zu sein, dass Menschen, die über eine Pension oder ein Einkommen über 648 Euro verfügen, schon zu den Besserverdienenden zählen. Ich denke, da müssten wir uns ein paar Gedanken machen, weil das kann keineswegs der Fall sein. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1454/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 2002 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (12.50 Uhr): Hoher Landtag!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, betreffend den Tätigkeitsbericht 2002 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds.

Der Bericht skizziert das sechste Jahr der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung in Österreich. Unter anderem wird die Umsetzung des Österreichischen Krankenanstalten- und Großgeräteplanes 2001 angeführt, die nicht so ablaufen konnte wie geplant. Des Weiteren werden auch die initiierten Projekte zur Weiterentwicklung der Krankenanstaltenkostenrechnung angeführt oder auch das Projekt Dokumentations- und Informationssystem für Analysen im österreichischen Gesundheitssystem.

Der Bericht verweist auch auf Änderungen im LKF-System, was den Kernbereich betrifft und führt auch unter anderem an, dass Intensiveinheiten und spezielle Leistungsbereiche in die Modellwartung einbezogen sowie neue spezielle Leistungsbereiche in das Modell aufgenommen worden sind.

Der Bericht geht weiters ein auf organisatorische Dinge der Landeskommission, auf personelle Veränderungen. Er führt die Inhalte der drei stattgefundenen Sitzungen an, auch die Tätigkeiten zu einigen außergewöhnlichen Projekten des Fonds.

Genauer entnimmt man dann auch dem letzten Kapitel des Berichtes, nämlich den Tätigkeiten der Geschäftsstelle. Ich darf hier eine oder zwei Zahlen nennen.

Es wurden insgesamt in Verbindung mit dem Abrechnungsmodell 2002 und auf Grundlage der von den Krankenhäusern gemeldeten Diagnosen und Leistungsberichte 472 Millionen Euro – das ist jetzt eine gerade Summe von mir – für die Vergütung stationärer, halbstationärer, tagesklinischer und nachklinischer Leistungen ausbezahlt.

Weitere Leistungen schlagen sich insofern zugute, als insgesamt 550 Millionen Euro nach Vereinbarung gemäß Artikel 15 a an die Rechtsträger der Fondskrankenanstalten in der Steiermark überwiesen wurden.

Ein letzter Teil des Berichtes führt die Tabelle an mit den wichtigsten krankenanstaltenspezifischen Kennzahlen, an denen die Bewegungen der Fallzahlen im ambulanten und stationären Bereich erkennbar sind. Ich ersuche um Kenntnisnahme des Berichtes. (12.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Lafer. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Lafer (12.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Herren der Regierung!

Kurz nur zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Bericht, der uns vorliegt, aus dem Jahre 2002, zeigt ein Zahlenwerk, wie im Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds die Mittel verteilt werden. Zum Bericht selbst kann man sagen, dass er absolut in Ordnung ist.

Wir haben heute schon über den Bereich der Gesundheit beziehungsweise über das Gesundheitswesen in der Steiermark in der Aktuellen Stunde diskutiert. Neben diesem Bericht muss man das natürlich auch im Gesamten sehen. Im Gesamten deshalb, weil man hier – und das ist lobenswerterweise im Bericht angeführt – auch bereits eine Diskussion führt über eine Reform des österreichischen Gesundheitswesens und der damit verbundenen Finanzierungsproblematik. Gerade vorhin habe ich erst zumindest diese Vereinbarung in die Hand bekommen, wo sich die Steiermärkische Landesregierung auch darüber Gedanken macht, wie man in Zukunft ab dem Jahre 2005 die Gesundheit auf eine finanzielle Schiene bekommt, damit sie auch finanzierbar ist.

Im Gesamten glaube ich, dass wir hier auch das eine oder andere noch zu diskutieren haben und diskutieren werden. Aber ich möchte auch in dieser Frage hier, betreffend den Krankenanstaltenplan Neu, einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, und zwar deshalb, der letzte verabschiedete Krankenanstaltenplan liegt bereits 1997 zurück und bedarf mit Sicherheit einer Änderung beziehungsweise einer Neuordnung. Dies ist ein Gebot der Stunde, da sich ja auch in Zeiten wie diesen alles sehr, sehr schnell bewegt und verändert und auch hier eine Neuanpassung erfolgen muss.

Deshalb stelle ich auch den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, einen neuen „Steiermärkischen Krankenanstaltenplan“ zu erstellen, der auf die Versorgung der Patienten – auch und gerade unter Aspekten der Qualitätssicherung – in den Krankenanstalten der Steiermark unter Berücksichtigung der gegenwärtig gültigen und zukünftig zu erwartenden Auslastungszahlen der einzelnen Abteilungen Bedacht nimmt.

Ich habe versucht, im Vorfeld zumindest, das abzuklären. Ich nehme an, dass dieser Antrag die Zustimmung finden wird. Ich bedanke mich. (Beifall bei der FPÖ. – 12.56 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist die Frau Abgeordnete Lackner. Bitte.

Abg. Mag. Lackner (12.56 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin!

Ich habe versucht, in meine Berichterstattung schon einiges Inhaltliches hineinzupacken, was dieser Tätigkeitsbericht uns darlegt. Ich kann mich in diesem Fall, was den Bericht anbelangt, dem Herrn Kollegen Lafer auch anschließen. Er ist nämlich ein sehr guter und sehr umfassender Bericht über eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit im Sinne des Gesundheitswesens in der Steiermark.

Dazuzusagen ist aber dennoch einiges:

Die Umsetzung des Österreichischen Krankenanstalten- und Großgeräteplanes 2001, also dieser ÖKAP, konnte nicht so ablaufen wie geplant. Es wurde zwar die Prüfung der finanziellen und der strukturellen Auswirkungen durchgeführt, also der Kriterien durchgeführt, aber diese Revision wurde erst mit Verspätung zu Beginn des Jahres 2003 durchgeführt, was sich natürlich auf den Tätigkeitsbereich für 2002 auswirkt.

Nicht unerheblich ist auch die Bemühung sämtlicher Beteiligten – das wird auch in dem Bericht angeführt –, Projekte zur Weiterentwicklung der Krankenanstaltenkostenrechnung oder das Projekt Dokumentations- und Informationssystem für Analysen im österreichischen Gesundheitssystem anzuschauen, die im Laufe des Jahres 2003 ihre Umsetzung erfahren sollen. Also eine Grundlage ist geschaffen worden, um im Jahr 2003 diese neuen Wege zu beschreiten.

Der Bericht regt aber auch an, dass die Diskussion zur Reform des österreichischen Gesundheitswesens über die bestehenden Finanzierungsproblematiken, die wir heute zum Teil schon in der Aktuellen Stunde angesprochen haben, hinausreichen müssen und dass es anzuraten ist zu überprüfen, ob die gegenwärtigen Versorgungsstrukturen den Anforderungen und Bedürfnissen der Menschen im Jahr 2003 am Beginn dieses Jahrtausends auch gerecht werden.

Die demografischen Entwicklungen haben wir uns heute auch schon vor Augen geführt. Sozioökonomische Strukturen, die sich verändert haben, die Zunahme von psychosomatischen und chronisch degenerativen Erkrankungen, aber auch die Entwicklung der Medizin machen es notwendig, über das nachzudenken, weil ja Therapie- und Leistungsangebote neu auszurichten sind.

Das LKF-Modell im Kernbereich besagt auch grundsätzlich, dass es über mehrere Jahre unverändert bleiben soll. Und dennoch wurde aber in diesem Jahr 2002 eine Modellwartung durchgeführt, die dazu geführt hat, dass es verschiedene Bewertungen von Punkte- und Strukturanpassungssystemen gegeben hat.

Die drei Sitzungen der Kommission sind ebenfalls angeführt mit den Bereichen, die diskutiert worden sind. Aber auch über diese Sitzungen hinaus gab es Arbeitsgruppentätigkeiten, zum Beispiel zum Geriatriischen Krankenhaus der Stadt Graz. Der Landeskommission wurde auch über aktuelle Projekte berichtet, zum Beispiel die Expertengruppe „medizinische Qualitätskontrolle“, der Stand der Diabetesschulung, der Stand der Entwicklung der steirischen Palliativeinheiten und auch der Verlauf des Projektes „Informationssystem für das Gesundheitswesen der Steiermark“.

In meiner Berichterstattung bereits angeführt, die Summe der Mittel, die an die Fonds-Krankenhäuser ausbezahlt wurden.

Dazu kommen noch weitere Leistungen, ambulante Vergütungen, ambulante Dialysen, ambulante Ausländer, Investitionsförderung oder Sondertopf Ordenskrankenhäuser. Wen es interessiert, der Bericht dokumentiert auch weitere Projekte, für die Beträge ausbezahlt worden sind, zum Beispiel Diabetiker-Typ-2-Schulung, psychiatrischer Übergangsdienst oder stationäre Palliativpflege. Alles in allem ein Bericht, der tiefen Einblick gibt in die Tätigkeiten im Gesundheitswesen der Steiermark, die über die Geschäftsstelle SKAFF abgewickelt werden und an dieser Stelle ein herzliches Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Geschäftsstelle.

Ich komme nun zu den beiden vom Kollegen Lafer bereits angesprochenen und von der FPÖ eingereichten Entschließungsanträgen. Dem Antrag Krankenanstaltenplan neu, dem können wir zustimmen, aber auch deswegen, weil der letzte Satz in der ursprünglichen Fassung dieses Antrages weggefallen ist. Der wäre nämlich insofern sinnwidrig gewesen, als Krankenhäuser, die nicht vom SKAFF finanziert sind, auch keine öffentlichen Krankenhäuser sind und das heißt, für die ließe sich dieser Krankenanstaltenplan nicht umlegen. Das heißt, in

der abgeänderten neuen Variante können wir diesem Antrag zustimmen. Dem Entschließungsantrag, betreffend die Bautätigkeit der KAGES, werden wir nicht zustimmen können, und zwar aus folgendem Grund. Er wurde ja heute schon einmal in der Aktuellen Stunde angesprochen, es wurde da das Projekt Zubau/Neubau LKH Rottenmann als Beispiel erwähnt. Tatsächlich ist dazu zu sagen, dass ja nicht in die grüne Wiese hineingeplant wird, ohne dass es Kenndaten gäbe, ohne dass da nicht vorher schon feststeht, was der genaue Bedarf ist, das ist ja Aufgabe der KAGES-Planung. Tatsache ist, dass die momentan noch bestehenden Sechsbettzimmer nicht dem KAGES-Standard entsprechen, dass auf Vierbettzimmer verändert wird, aber dass durch diese Raumgewinnung natürlich nur der Raum gewonnen wird für die Patienten und Patientinnen, aber nicht für den notwendigen Zu- und Umbau für den Funktionstrakt. Da muss tatsächlich neu gebaut werden. Die Anregungen des Rechnungshofes werden immer ernst genommen und auch in diesem Fall gibt es bereits Gespräche zwischen den KAGES-Verantwortlichen und dem Rechnungshof, um dieses Gesamtkonzept wirklich auf gute Füße zu stellen und um auch der Kritik und den Anregungen des Rechnungshofes nachzukommen. Ich glaube, wichtig ist an dieser Stelle zu sagen oder sich auch zu verwehren im Namen der KAGES, dass es schwindlige, nicht gut durchdachte Projekte gibt, wenn es um Zu- und Neubau von Krankenhäusern geht. Diesem Antrag können wir, wie gesagt, nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (13.04 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich bei diesem Bericht oder bei der Besprechung dieses Berichtes auf zwei Themen konzentrieren, und zwar die Schmerztherapie und das Geriatrie Krankenhaus, über das auch schon die Frau Kollegin Lackner gesprochen hat.

Zum Thema Schmerztherapie. Sie können sich vielleicht noch erinnern, dass wir hier in diesem Raum die Patientencharta beschlossen haben und sie enthält auch die Forderung beziehungsweise stellt in Aussicht, dass es in der Steiermark eine bestmögliche Schmerztherapie geben soll. Allerdings ist die tatsächliche Situation der Schmerztherapie in der Steiermark sehr traurig. In der Grazer Schmerzambulanz hat diesen Sommer die Wartezeit drei Monate betragen, derzeit liegt sie bei zwei Monaten. Ich muss vielleicht vorausschicken, es handelt sich hier um Patienten mit einem durchschnittlich großen Schmerzempfinden, das heißt jetzt nicht, dass sie empfindlicher sind als andere, aber dass sie an einer Krankheit leiden, die ihnen sehr viele Schmerzen verursacht. Es handelt sich nicht um alle Patienten, die im Zuge einer Operation oder einer Erkrankung Schmerzen empfinden, die dann auch wieder abklingen oder die man anders in den Griff bekommen kann. Es handelt sich um Personen, die wirklich sehr unter diesen Schmerzen leiden und Schmerzen, die man nicht in zwei, drei Tagen beendet hat beziehungsweise mit Medikamenten leicht in den Griff bekommt. Die Ausstattung der Grazer Schmerzambulanz ist auch eine sehr geringe. Es gibt nur eine Liege zum Beispiel, obwohl es etliche Behandlungen gibt, wo die Liege mehrere Stunden oder vielleicht auch einen Tag blockiert ist. Die personelle Besetzung schaut so aus, es gibt eine Diplomkrankenschwester ohne Urlaubsvertretung, natürlich auch ohne Krankenstandsvertretung, zwei Ärzte. Gebraucht würden nach allgemeiner Einschätzung vier Ärzte. Um 14 Uhr wird zugesperrt. Da ist dann die Tür zu und da gibt es nur mehr 24-Stunden-Schmerzdienst, der für das ganze Haus zuständig ist und das ist ein Arzt. Sie können sich vorstellen, dass in diesem Bereich den Anforderungen beziehungsweise dem Bedarf nicht nachgekommen werden kann und man muss sich bewusst machen, was das bedeutet. Das bedeutet nicht nur betroffenen Personen subjektiv, dass sie sich in einer Situation befinden, die wir uns alle nicht wünschen und wahrscheinlich auch unseren Gegnerinnen und Gegnern nie wünschen würden. Es bedeutet aber auch, dass es durch Schmerz mehr Krankenstände gibt, mehr Arztbesuche in Anspruch genommen werden, es oft einen längeren Ausfall gibt in Bezug auf Berufstätigkeit. Mir hat einer der Kämpfer unter den Ärzten für die Schmerztherapie gesagt, jemand, der nach mehreren Monaten Krankenstand mit aufrechten großen Rückenschmerzen wieder in den Beruf einsteigen will, hat natürlich ganz, ganz schlechte Voraussetzungen. Wenn ich es budgetär und finanziell anschau, dann muss ich sagen, haben wir, indem wir keine gute Schmerztherapie haben, in dem Fall dafür gesorgt, dass jemand, der eventuell zum Frühpensionisten wird oder zum Sozialhilfeempfänger, auf jeden Fall nicht selbst für sich sorgen kann. Man hat also durch einen Mangel in der Schmerztherapie unter Umständen an anderer Stelle verursacht, dass jemand nicht mehr berufstätig sein kann und auf verschiedenste Unterstützungsdienste, aber auch auf finanzielle Unterstützungsleistungen angewiesen ist. Das ist auch rein aus volkswirtschaftlichen Motiven mit Sicherheit abzulehnen. Tatsache ist, dass es international schon viele Erfahrungen gibt und auch in Graz sehr engagierte Ärztinnen und Ärzte in diesem Bereich gibt und ich erhoffe mir und ersuche den Herrn Landesrat in dieser Sache aktiv zu werden beziehungsweise diese Kräfte, die da forschen und die sich Lehre und Ausbildung in diesem Bereich wünschen, zu unterstützen.

Der zweite Punkt, das Geriatrie Krankenhaus ist heute schon gefallen. Es ist eigentlich ein echter Skandal, dass wir es hier mit einer Krankenanstalt zu tun haben, die wirklich gebraucht wird und wo im Endeffekt die Patientinnen und Patienten in finanzieller Art und Weise auf sich zurückgeworfen werden. Es gibt noch immer keinen Abschluss mit der Sozialversicherung und die Sozialversicherung leistet für Patientinnen und Patienten im Geriatrie Krankenhaus nicht einmal das, was sie für jeden anderen Versicherten leistet. Die Schiedskommission hat materiell auch bereits für die Patienten entschieden. Der Hauptverband hat eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof eingeleitet. Man hat mir verschiedentlich die Annahme geäußert, dass

der Hauptverband ohnehin weiß, dass er verlieren wird, natürlich mit einem langen Verfahren kann man unter Umständen Zahlungen für eine gewisse Zeit noch hinauszögern. Auch das ist natürlich eine unhaltbare Situation, das ist eine Lücke in unserem Versorgungssystem, die zu schließen ist.

Wir brauchen diese Einrichtung, ich habe mir selber ein Bild davon gemacht, sie arbeitet hoch professionell und leistet wichtige Entwicklungsarbeit, die auch für andere Krankenhäuser in der Steiermark hilfreich sein könnte. Diese Organisation ist zu unterstützen.

Ich würde auch darum bitten, dass der politisch Verantwortliche dem Geriatrischen Krankenhaus Unterstützung anbietet, wenn es um Klärung von Situationen mit den Sozialversicherungsträgern geht. Ich weiß, dass jetzt ein Verfahren läuft, aber ich denke, es wäre ein gutes Signal und würde die Position des Geriatrischen Krankenhauses mit Sicherheit verbessern, wenn sichtbar wäre, dass die Landespolitik und der zuständige politische Referent ganz und gar auf Seite des Krankenhauses steht, auch den Sozialversicherungen gegenüber.

Ein Letztes: Ähnliches wie für das Geriatrische Krankenhaus gilt auch für die Wachkomastation, die im selben Haus untergebracht ist. Da will offensichtlich niemand viel davon wissen. Es gibt Patientinnen und Patienten, die in diesem Bereich sehr gut betreut werden. Und es wird nicht anders gehen, als dass in einer Gesamtschau über das Angebot und die Nachfrage im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung versucht wird, auch hier das Problem der Absicherung und der ausreichenden Finanzierung zu lösen. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 13.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zierler. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Zierler (13.12 Uhr): Herr Präsident, verehrte Regierungsmitglieder, Hohes Haus!

Zum Tätigkeitsbericht 2002 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds – ein sehr guter, ein sehr informativer Bericht – auch von uns Dank den Mitarbeitern. Ich glaube, es ist schon sehr vieles dazu gesagt worden, aber zu einem Thema, das auch heute in der Aktuellen Stunde schon angesprochen wurde – wir haben bereits gehört, dass die SPÖ nicht mitgehen wird –, bringe ich dennoch den Unselbstständigen Entschließungsantrag, betreffend Bautätigkeit der KAGES, ein.

Bei der Sanierung oder der Erweiterung einzelner KAGES-Spitäler stehen vielfach bautechnische Intentionen zu sehr im Vordergrund der Projektentwicklung.

Wie erst jüngst am Beispiel des Projektes Zubau eines Funktionstraktes für das LKH Rottenmann ersichtlich, wird allem Anschein nach – dies ist auch dem nunmehr vorliegenden Projektprüfbericht des Landesrechnungshofes sinngemäß zu entnehmen – zuerst mit hohem Aufwand bautechnisch geplant und der zwingend erforderlichen Bedarfsprüfung respektive des Bedarfsnachweises zu wenig Augenmerk geschenkt.

Es wäre dringend erforderlich, bei zukünftigen Änderungsprojekten in den KAGES-Spitälern, bei denen auch bautechnische Adaptierungen oder Veränderungen angezeigt werden, den erforderlichen Bedarfsnachweis zuerst zu erbringen und mit dem Landesrechnungshof im Sinne der begleitenden Projektkontrolle vorabzustimmen und erst darauf mit der bautechnischen Planung zu beginnen.

Als Konzept würde sich vorderhand die Köck-Ebner-Studie anbieten.

Wir bringen daher folgenden Antrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Köck-Ebner-Studie vorläufig und bis zur Beschlussfassung der Struktur- und Angebotsplanung 2010 der KAGES als Grundlage für die Durchführung von Baumaßnahmen im Bereich der Steiermärkischen Krankenanstalten heranzuziehen.

Es wäre sehr schön, wenn dieser Antrag eine Mehrheit fände. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 13.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Krankenanstaltenplan Neu, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Bautätigkeit der KAGES, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest. (Abg. Bacher: „Herr Präsident, warum haben Sie mir das Wort entzogen? Ich habe mich gemeldet!“) Es tut mir Leid, der Herr Abgeordnete Bacher steht nicht auf meiner Rednerliste. (Abg. Bacher: „Bei deiner Vorgängerin habe ich angemeldet!“) Bitte schön, Herr Abgeordneter Bacher, wünschst du jetzt das Wort? (Abg. Bacher: „Nein, ich verzichte!“) Nein, ist erledigt, danke!

8. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1453/1, betreffend den Sozialbericht 2001/2002.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (13.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf zum Punkt 8 der Tagesordnung, nämlich dem Steirischen Sozialbericht 2001 und 2002, kurz berichten.

Dieser Steirische Sozialbericht 2001 und 2002 zeigt in acht Kapiteln und auf 291 Seiten die Vielfalt der Aufgaben im Sozialbereich auf. Der Sozialbericht liegt uns mit folgender Struktur vor:

Die Organisation des Sozialressorts, die Bevölkerungsentwicklung, die Arbeitsmarktlage 2001 und 2002, die Eckdaten des Sozialbudgets, die Arbeit des Sozialressorts und die Sozialarbeit in den Bezirken, mobile und ambulante Dienste sowie die Pflege, legistische Initiativen und wichtige Einrichtungen im Sozialbereich.

Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Sozialbericht 2001 und 2002, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Abstimmung. (13.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich als Erster der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (13.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Zum Steirischen Sozialbericht 2001 und 2002, vorgelegt von der Fachabteilung 11B für Sozialwesen, zuerst einmal ein Danke für diesen umfassenden Bericht.

Der vorliegende Sozialbericht, meine Damen und Herren, zeigt in beeindruckender Weise, welchen Herausforderungen wir uns im Sozialen zu stellen haben, aber vor allem, welche Herausforderungen auf uns zukommen werden. Hier wird in nächster Zeit eine intensive Zusammenarbeit aller Parteien notwendig sein. Wie im Pflegeheimgesetz die intensive Arbeit und die Einbeziehung der Betroffenen und Fachleute auf den entsprechenden Gebieten zu guten Ergebnissen geführt hat, so wird dies auch in Bezug auf das Behindertengesetz, das Sozialhilfegesetz oder das Jugendwohlfahrtsgesetz, keine Frage, in Zukunft notwendig sein.

Der Sozialbericht zeigt aber gleichzeitig, dass die Gesetze in den Einzelmaterien, wie Pflegeheim oder Behinderung, immer durch den Blick auf das Ganze des Sozialen, nur in umfassenden Strategien bewältigt werden können und ergänzt werden müssen. So wird in Ergänzung des Pflegeheimgesetzes nach dem Modell eines betreuten Wohnens oder nach Förderung der Familienpflege in materieller wie ideeller Hinsicht gesucht werden müssen, um die sehr vielfältigen Probleme menschenwürdig und kostengünstig in Zukunft lösen zu können.

In Ergänzung zu den Gesetzesmaterien wird es eines hohen Maßes an Fantasie und Kreativität bedürfen, um den Herausforderungen gewachsen zu sein. Vor allem wird es aber, meine Damen und Herren, auch um die Einbeziehung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte gehen, um ein flexibles System zu finden, das das Soziale in der Politik wie in der Gesellschaft verankert und Verantwortung der Einzelnen mit Verantwortung der Verwaltung und der Politik verknüpft. Diese Fantasie werden wir gerade in der Übergangsperiode jetzt in Zukunft brauchen, in der wir uns befinden.

Diese Periode ist gekennzeichnet von einer relativ hohen Arbeitslosigkeit, zugleich aber auch von einer sich abzeichnenden Situation, aber auch von einem Rückgang der Menschen im erwerbsfähigen Alter um beinahe ein Drittel, wie der Sozialbericht auf Seite 36 aufzeigt. So müssen wir in dieser Zeit Umstellungen vornehmen, die der jetzigen Arbeitsmarktsituation gerecht werden, zugleich aber auch die Weichen setzen für die Zukunft, wo Arbeitskräfte knapp werden. Wir werden uns vor allem um eine neue Definition dessen, was wir unter Arbeit verstehen, als Arbeit bezahlen, bemühen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte heute fünf Punkte ansprechen, die meines Erachtens wegweisend für unsere Sozialpolitik sein könnten.

Der erste Punkt, der Pflegescheck, die Grundversorgung sichern.

Derzeit leben 540.000 hilfs- und pflegebedürftige Menschen in Österreich zu Hause. Auf Grund der demografischen Entwicklung wird sich ihre Anzahl bis zum Jahr 2011 auf knapp 800.000 erhöhen. Der Großteil der pflegebedürftigen Menschen wird derzeit ausschließlich von Angehörigen betreut. Ein Fünftel der hilfs- und pflegebedürftigen Menschen wird zusätzlich oder ausschließlich von österreichweit etwa 5800 angestellten Pflege- und Betreuungspersonen unterstützt. Die Nachfrage im ambulanten Bereich steigt und bereits jetzt gibt es Betreuungslücken, auch in unserem Land.

Für einen bedarfsgerechten Ausbau der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste fehlt es an qualifizierten Pflegekräften, aber auch an entsprechendem finanziellem Engagement der Kostenträger. 1,53 Milliarden Euro, das sind 22 Milliarden österreichische Schillinge, wenden Bund und Länder zur Finanzierung des Pflegegeldes auf. Diese 1,53 Milliarden werden direkt an den Betreuten ausbezahlt. Das ist gut so. Ich wiederhole, das ist gut so. Damit wird erreicht, dass der zu Pflegenden eine gewisse Unabhängigkeit, aber auch Autonomie hat. Meine Damen und Herren, jetzt kommt der Punkt. Wird der Pflegebedürftige in einer stationären Einrichtung betreut, wird der Großteil des Pflegegeldes zweckgewidmet zur Pflege verwendet, ohne dass der Betreute eine weitere

Verfügungsmöglichkeit darüber hat. Wird der Pflegebedürftige zu Hause betreut, so werden zirka 10 bis 15 Prozent der Gesamtkosten einer ambulanten Pflegestunde durch das Pflegegeld abgedeckt, derzeit 5,8 Euro Zuzahlung pro Krankenschwester in der Stunde beim Pflegegeld bei uns in der Steiermark. Über 60 Prozent der Mittel für die mobilen Dienste kommen über Land und Gemeinden und von der öffentlichen Hand. Wir wissen auch, meine Damen und Herren, auch die Gemeinden draußen, der Städtebund und auch der Gemeindebund werden auch in der Zukunft Probleme mit der Finanzierung haben. Und nun wird sich, meine Damen und Herren, laut Sozialbericht 2001 und 2002 der Anteil der über 75-Jährigen in den nächsten 35 Jahren verdoppeln, Seite 26 und in den Bezirken Graz-Umgebung, Hartberg und Leibnitz wird sich gemäß diesem Bericht die Zahl der über 80-Jährigen bis zum Jahre 2050 vervierfachen, Seite 28. Das Durchschnittsalter der Frauen in unserem Land beträgt derzeit 41,8 Jahre und wird sich im Jahre 2050 auf 50,8 erhöhen, das der Männer derzeit 38,2 Jahre im Jahre 2050 auf 47,5 Jahre. Angesichts dieser Entwicklungen im demografischen Bereich mit dem derzeitigen System werden die Kosten der öffentlichen Hand um mindestens 50 Prozent ansteigen, wenn keine alternativen Finanzierungsquellen gefunden werden. Daher trete ich für ein flexibles Pflegescheckmodell ein.

Mein Vorschlag und ich habe diesen Vorschlag schon einmal hier im Hohen Haus gebracht. Ich möchte sagen, sogar der Abgeordnete Gusenbauer hat diesen Vorschlag schon ähnlich auch im Parlament gebracht. 30 Prozent des Pflegegeldes ab der Stufe vier werden hilfs- und pflegebedürftigen Personen, sofern sie zu Hause betreut werden, nicht mehr ausbezahlt, sondern sie erhalten dafür kostenlos eine Mindestversorgung an professioneller ambulanter Pflege und Beratung für Angehörige. Ausgenommen hiervon, meine Damen und Herren, sind behinderte Menschen. Ich wiederhole noch einmal, ausgenommen davon sind behinderte Menschen. Alleine in der Steiermark würden dies rund 21 Millionen Euro, das sind 290 Millionen Schilling, darstellen, die zur Grundfinanzierung ohne weitere Zuzahlung der öffentlichen Hand zur Verfügung stünden. Benötigt der Pflegebedürftige über diese Stundenanzahl hinaus Pflege- und Betreuungsleistungen, so werden diese wie bisher über den Betreuten, die Gemeinden und das Land finanziert. Meine Damen und Herren, wozu eine solche Grundversorgung mit einem Pflegescheck? Dieses Modell führt zu einer Sicherstellung und Erstberatung von Angehörigen im Sinne der Prävention und zur Unterstützung der Pflege- und Familiensysteme und zu einer Sicherstellung einer flächendeckenden Basisversorgung ohne direkte Belastung der Länder und der Gemeinden und zur Schaffung und Sicherstellung vor allem von qualifizierten Frauenarbeitsplätzen vor Ort und einer Entlastung stationärer Einrichtungen. Zugleich aber bleibt auch die Selbstständigkeit des zu Pflegenden für das übrige Geld gewahrt. Dieses Modell führt also nicht zu einer Entmündigung, sondern zu einer Sicherstellung qualitativer Betreuung bei weitgehender Autonomie in Bezug auf die Wahl der Form dieser Betreuung.

Zum zweiten Punkt, Finanzierung der medizinischen Hauskrankenpflege, Umsetzung nach der 50. ASVG-Novelle. Meine Damen und Herren, die enge Definition der medizinischen Hauskrankenpflege und komplizierten Durchführungsbestimmungen führten dazu, dass für diese Pflichtleistung deutlich geringere finanzielle Mittel von den Krankenkassen aufgewendet werden als ursprünglich geplant. Vom gesamten Budget der Krankenkassen werden nur 0,11 Prozent – rund 10,5 Millionen Euro in Österreich und 1,7 Millionen in der Steiermark für die medizinische Hauskrankenpflege ausgegeben. Laut Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge betrug der Gesamtaufwand für die mobile Pflege und Betreuung rund 327 Millionen Euro, das sind 4,5 Milliarden österreichische Schilling, exklusive Kostenbeiträge der Leistungsbezieher in vier Bundesländern, in der Steiermark sind das 16 Millionen Euro. In der Steiermark fallen 26 Prozent, meine Damen und Herren, aller Hausbesuche einer Diplomkrankenschwester in den Bereich der medizinischen Hauskrankenpflege, das sind zirka 106.000 Hausbesuche. Während dadurch die stationären Einrichtungen und somit auch die Krankenkassen entlastet werden, müssen das Land und die Gemeinden für diese Mehraufwendungen aufkommen. Daher fordern wir volle Finanzierung der pflegerischen Leistungen im Rahmen der medizinischen Hauskrankenpflege Paragraf 151 ASVG durch die Krankenversicherungsträger und Umsetzung der Zielsetzung der 50. ASVG-Novelle, die Aufwertung und den Ausbau der mobilen Dienste und die dafür notwendigen Zusatzdienste Hospiz, Palliativpflege und ambulante Physiotherapie, die Regelung, meine Damen und Herren, des Ausbaues der extramuralen und teilstationären Betreuung gemäß Paragraf-15 a-Vereinbarung des Bundespflegegeldgesetzes.

Zu einem dritten Punkt. Die Finanzierung der sozialpsychiatrischen Dienste im Rahmen der 15 a-Vereinbarungen. Meine Damen und Herren, ähnlich wie im mobilen Pflegebereich entlasten ambulante sozialpsychiatrische Dienste den stationären Psychatriebereich und machen derzeit wie in der Steiermark eine Bettenreduktion von 50 Prozent möglich. Die psychischen Erkrankungen sind heute noch nicht so im Bewusstsein verankert wie die körperliche Pflegebedürftigkeit. Auf Grund der immer höheren Lebenserwartung muss jedoch von einem Anstieg der gerontopsychiatrischen Erkrankungen ausgegangen werden. Schon heute sind die Einzelfallkosten von psychischen Erkrankungen um vieles höher als die von körperlichen Erkrankungen. Daher unsere Forderung, gesicherte Co-Finanzierung der sozialpsychiatrischen Leistungen im Rahmen der 15 a-Vereinbarung.

Mein vierter Punkt, Förderung der Pflegeberufe und Behebung des Fachkräftemangels bei uns in der Steiermark. Ein Fünftel, meine Damen und Herren, der hilfs- und pflegebedürftigen Menschen wird in Österreich von 5800 angestellten Pflege- und Betreuungspersonen unterstützt. Schon jetzt gibt es einen Pflegekräftemangel, der sich rasch zum Pflegezustand ausweiten könnte. Laut Bedarfs- und Entwicklungsplänen der Länder werden nämlich 2010 8500 Pflege- und Betreuungspersonen, Berechnung auf Vollzeitbasis, benötigt. Ist nicht mehr vorhanden. Laut Sozialbericht Seite 233 gibt es in Bezug auf Alten- und Pflegehilfe 48,2 Dienstposten unter dem Richtwert. Dieses Unterangebot steht auf der anderen Seite einem Überangebot besonders bei Heimhilfen

gegenüber. Derzeit fehlen uns laut Recherchen zirka 120 Diplomkrankenschwestern in der Steiermark. Bundesländerweise unterschiedliche Berufsbilder- und Ausbildungsstandards erschweren die Mobilität am Arbeitsmarkt bei Altenhelfern und bei Heimhilfen.

Meine Damen und Herren, Pflegeberufe gehören aber zu den Hoffnungsträgern in der Arbeitsmarktpolitik, gerade in schwierigen Feldern, Teilzeitbeschäftigung und Wiedereinstieg. Gebiete, die angesichts der Arbeitslosenzahlen besonders wichtige Gebiete sind. Daher fordere ich die Entwicklung einheitlicher und adäquater Berufsbilder im Gesundheits- und Pflegebereich sowie die Harmonisierung der Ausbildungsstandards, der sozialen und sozialmedizinischen Berufe, insbesondere der Heimhilfen, Altenhilfen und AltenfachbetreuerInnen. Diese Forderung ergibt sich auch aus dem neuen Pflegeheimgesetz. Die Umsetzung eines modularen, durchlässigen und abgestimmten Ausbildungssystems der Heimhilfe bis zu den Pflegewissenschaften. Nach einem auf Basis einer Landtagsinitiative gefassten Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung setzt sich Frau Landeshauptmann Klasnic in einem Brief an Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel für die Einführung einer bundeseinheitlichen Ausbildung der Fachkräfte ein, die in den Pflegeheimen tätig sind. Gleichzeitig mögen auch die Aufgaben der Heimleiter einheitlich geregelt werden. Frau Landeshauptmann, ich möchte hier ein großes Danke an dich richten, dass du diesen Brief abgesandt hast. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum fünften Punkt, Akzentverschiebung zur wirksamen Prävention im Bereich der Jugendwohlfahrt durch mobile Jugend- und Drogenarbeit. Vorbeugen, meine Damen und Herren, ist besser als heilen müssen, sowohl im Hinblick auf die Wahrung intakter Chancen der Betroffenen, als auch auf längerfristige Budgetbeanspruchung. Das gilt auch im Bereich der Jugendwohlfahrt. Daher schlagen wir vor, eine stärkere Förderung der vorbeugenden Jugendwohlfahrt durch Anhebung der im Bereich der Jugendwohlfahrt anteilig aufgewendeten Mittel auf mindestens 10 Prozent für präventive Maßnahmen, den Ausbau der neuen sozialen Dienste der Jugendwohlfahrt, Familienintensivbetreuung, mobile Jugendarbeit und psychologische Betreuung, die Verbesserung, meine Damen und Herren, der Ausbildungsstätten in diesen Bereichen. Vor allem aber wird es in Zukunft darum gehen, die Familien entsprechenderweise zur Prävention zu befähigen. Hier haben Schulen und andere Bildungseinrichtungen wichtige Aufgaben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Budget 2004 beinhaltet die Sicherung der Gesundheits- und Sozialversorgung auf höchstem Niveau. 752 Millionen Euro stehen den Gesundheits- und Sozialressorts zur Verfügung. Das höchste Budget im Sozial- und Gesundheitsressort, das es bisher überhaupt in unserem Land gegeben hat.

Mit diesem Geld, meine Damen und Herren, keine Frage, muss aber intelligent gewirtschaftet werden, um das Beste für die steirische Bevölkerung zu leisten. Es genügt aber nicht, über wenig Geld zu klagen, es ist Aufgabe der Verantwortlichen, nach intelligenten und menschenwürdigen Lösungen zu suchen. Wir, die steirische Volkspartei, sind zur Mitarbeit bei der Suche nach solchen Lösungen für die Menschen in unserem Land bereit.

Meine Damen und Herren, ich habe keinen sechsten Punkt mehr. Ich möchte aber trotzdem noch eine kurze Anmerkung machen, weil das zum Sozialen dazugehört.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves ist heute nicht mehr hier, er war vor kurzem noch da und er hat am Montag, dem 20. Oktober unter anderem ausgesagt, dass in der Steiermark ein Notstandsgebiet ist – gemeinsam mit dem Herrn Abgeordneten Gusenbauer. Ich möchte schon eines sagen – hier sind auch die Sozialpunkte angesprochen worden –, dem ist, meine Damen und Herren, sicherlich nicht so.

Dann wurde am Freitag, dem 24. Oktober noch gesagt, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter mit der Bundesregierung nicht zum Essen gehen will. Vielleicht hat er keinen Appetit gehabt. (Abg. Stöhrmann: „Da kann einem der Appetit vergehen bei der Regierung!“) Aber wir wissen unter anderem, er war in einem Haubenlokal essen, wie man hört.

Die Forderung, meine Damen und Herren, nach mehr Geld im sozialen Gesundheitsbereich, hier möchte ich nochmals festhalten: Die Dynamik der großen Aufgabengruppen, Kostentreiber ist unvermindert. 1998 bis 2003 Sozialausgaben plus 38,5 Prozent, Gesundheitsleistungen plus 42,3 Prozent.

Hier möchte ich auch dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl ein großes Danke sagen für seine Unterstützung für dieses Ressort. (Beifall bei der ÖVP.)

Vielleicht noch eines, das soll sich auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves anschauen, im heutigen „Standard“: „Wien kündigt 2004 alle Sozialverträge.“ Wie heißt es da? „Im kommenden Jahr bekommen sämtliche Sozialvereine, die mit der Stadt Wien Leistungsverträge haben, Kündigungen.“ Keine Frage, auch in Wien kostet das Ganze im Jahr über 700.000 Euro. Und die Frau Abgeordnete Pittermann – sie ist die zuständige Dame für das Sozialressort als Stadträtin – hat ein Riesenressort. Die Geriatrie in Wien muss die Bettenanzahl bis 2010 um 50 Prozent vermindern.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete Gusenbauer soll in seinem Land – im Bereich Wien, überm Semmering – seine Aussagen machen. Ich bitte auch in Zukunft, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter diese Aussagen über die Steiermark unterlässt. Es ist unerträglich, was er hier gesagt hat. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie schaden damit nicht nur Ihrer Fraktion, sondern auch den Menschen in der Steiermark.

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (13.35 Uhr): Herr Präsident, werter Herr Soziallandesrat, meine Damen und Herren!

Ich hoffe, Kollege Hammerl bei seinem Schnelldenken gefolgt zu sein, bei seinem Schnellreden habe ich immer wieder Probleme. Wobei, lieber Kollege Hammerl, deine Anschüttung an Landeshauptmannstellvertreter Voves, Gusenbauer und an die Frau Pittermann möchte ich gar nicht kommentieren. (Abg. Mag. Drexler: „Das waren nur Zitate!“) Du warst nicht dabei. Du weißt nicht, wie was gesagt wurde. Du redest nur nach, was dir wer angeschafft hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, eigentlich geht es um den Sozialbericht, einen sehr umfassenden, sehr guten Sozialbericht. Da möchte ich vorrangig einmal ein Danke sagen, ein Danke namens des SPÖ-Landtagsklubs an die Fachabteilung 8B mit ihrer Leiterin Frau Mag. Ulrike Buchacher und ihrem Team. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist – wie es auch in der Regierungsvorlage festgehalten wird – ein Nachschlagewerk für alle, die im Sozialwesen tätig sind, ein Nachschlagewerk auch für alle Interessierten.

Meine Damen und Herren, der Sozialplan zeigt uns aber auch einige nicht nur tagespolitische Themen auf, sondern Probleme, für die die Sozialpolitik in der Zukunft Lösungen finden muss.

Die Sozialdemokratie hat im Laufe ihrer Geschichte immer und engagiert für soziale Gerechtigkeit gekämpft und in diesem Streben sehr viele historische Erfolge errungen. Ich werde es immer wieder in Erinnerung rufen, weil ich da in diesem Bereich manchmal Gedächtnislücken erkenne.

Meine Damen und Herren, Ausdruck dieses Engagements war auch die Ausgestaltung eines modernen Sozialstaates, weil diese staatlichen Strukturen, meine Damen und Herren, ergänzt um Sozialeinrichtungen, in demokratischer Selbstverwaltung, sicherten den Menschen für die bedeutendsten Lebensrisiken ab. Seien es die Arbeitslosigkeit, wie es der Sozialplan herzeigt, Krankheit, Unfall, Alter, aber auch die Pflegebedürftigkeit.

Der Kollege Hammerl hat in der Debatte zum Sozialbericht 1999/2000 einen Satz gesagt, den ich mir gemerkt habe. Ich zitiere: „Zugleich wird aber auch sichtbar, dass wir neue Akzente setzen müssen, um die Zukunft unseres Sozialsystems in unserem Land auf sichere Beine zu stellen.“

Ich stimme mit seinem Befund von 2001 mit einigen Einschränkungen, die ich noch einbringen werde, überein.

Meine Damen und Herren, ein dynamisches Politikverständnis erfordert, dass auch der Sozialbereich nicht statisch betrachtet werden darf, sondern laufend modernisiert werden muss, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Aber, meine Damen und Herren, moderne Sozialpolitik darf sich nicht auf eine Armeleutepolitik reduzieren. Moderne Sozialpolitik muss die gesamte Bevölkerung absichern und deren Chancen gewährleisten. Und eine kluge Sozialpolitik muss Sicherheit, gerade in einer schnelllebigen und bewegten Welt, in der wir uns derzeit befinden, gewährleisten.

Nur ein leistungstarker Sozialstaat kann dafür sorgen, dass Österreich, dass die Steiermark ein Land ohne soziale Angst ist, in dem den Menschen Sicherheit gegeben wird.

Auch als Vorsitzende der Volkshilfe Steiermark werde ich immer öfter damit konfrontiert, dass der Sozialstaat vielfach an Vertrauen verloren hat. Ja, ich möchte sogar noch klarer formulieren, dass den betroffenen Menschen im Staat Österreich keine Sicherheit mehr signalisiert wird. Und nicht nur signalisiert. Denn wenn ich an das Drüberfahren der Bundesregierung – zuletzt beim Asylgesetz – denke, wo großteils die Ärmsten der Armen betroffen sind, dann kann man nicht mehr nur von Signalen reden, da werden eiskalt Taten gesetzt.

Umbau, meine Damen und Herren, Umbau ist nämlich nicht zu verwechseln nur mit Abbau, denn Umbau, meine Damen und Herren, Umbau hat nichts mit der derzeitigen im Bund stattfindenden Demotage der sozialen Sicherungssysteme zu tun.

Meine Damen und Herren, ich bin nämlich, wie viele anderen Menschen in unserem Land, auch davon überzeugt, dass ohne rational gesteuerten sozialen Ausgleich und auch Dialog auch die ökonomischen und die kulturellen Qualitäten einer Gesellschaft leiden werden. Ohne Sozialstaat werden wir alle, meine Dame und Herren, ganz entscheidend an Lebensqualität einbüßen, und zwar unabhängig von unserer sozialen Position. Denn vom sozialen Frieden, meine Damen und Herren, profitieren alle – Arme und Reiche, Gesunde und Kranke, Alte und Junge.

Meine Damen und Herren, weil, wie Kollege Hammerl hingewiesen hat, die Sozialdemokratie um die Finanzierungsgrenzen weiß, sind wir davon überzeugt, dass es vor allem auch um gesellschaftspolitische Schwerpunktsetzungen gehen muss, nicht um lineare Ressortkürzungen. Das höchste Sozialbudget, Kollege Hammerl, du hast es angeführt, das derzeit im Budget 2004 verankert ist, bedeutet ja nur, dass in der Steiermark derzeit eine hohe Anspruchsquote da ist im Bereich des Sozialen, weil auch in der Steiermark werden im Sozialbudget rund 97 Prozent nur an Männer und Frauen vergeben und an junge Menschen, die einen Anspruch darauf haben. Im Sozialbereich ist in den letzten Jahren in der Steiermark viel geschehen. Ich halte hier auch fest, vieles konsensual verhandelt worden, wenn ich an das neue Kinderbetreuungsgesetz denke, das neue steirische Pflegeheimgesetz, wenn ich an das Frauenhaus Obersteiermark, für das viele in diesem Hause gekämpft haben, denke. Das neue Behindertengesetz, der Kollege Hammerl hat es angeführt, ist noch in Verhandlung und wir werden uns in den nächsten Wochen klar werden müssen, ob die wirklich großen Knackpunkte, nämlich Lebensunterhalt, Kostenrückerstattung, Gesamteinkommen, ob wir diese gemeinsam auch lösen wollen. Es ist unbestritten,

dass hier in gemeinsamer Arbeit viel geschehen ist, eine gemeinsame Arbeit, die aber auch in der letzten Zeit zu unterlaufen versucht wird. Meine Damen und Herren, wir werden uns sehr genau die Entwicklungen anschauen, die uns hier in vielen Bereichen des Sozialplanes vorliegen, sei es die demografische Entwicklung oder auch die Entwicklung der Kosten für die Behindertenhilfe. Denn auch mit dem Sozialbericht 2001/2002 vom Sozialressort wird uns eine Grundlage gegeben, nur eine Grundlage, um die angeführten Entwicklungen in der Steiermark beobachten zu können und auch dementsprechend präventiv agieren zu können. Agieren bedeutet allerdings nicht nur reden, meine Damen und Herren, sondern auch umsetzen, inklusive der Bereitstellung von finanzieller Bedeckung.

Meine Damen und Herren, es bedeutet nämlich eine Wirklichkeitsverweigerung, wenn man glaubt, alle sozialen Leistungen deckeln zu können. Damit löst man nicht ein einziges strukturelles Problem, das gilt für die Gegenwart und noch mehr, meine Damen und Herren, für die Zukunft. Ich möchte hier noch einmal zitieren. Gerade im Sozialbereich, ich habe es schon einmal bei einer Sozialdebatte eingebracht, steht nämlich eines wieder viel stärker zu beachten, Wolfgang Borchert hat es einmal zitiert, wir finden immer mehr Menschen draußen vor der Tür. Ein Blick in den vorliegenden Sozialbericht macht deutlich, dass in der Steiermark eine Vielfalt an Leistungen geboten wird, die eines gemeinsam haben, Menschen vor Notsituation zu bewahren und Menschen in Notsituationen zu helfen. Meine Damen und Herren, neue Probleme, wie zum Beispiel die Absicherung atypisch beschäftigter Frauen und Männer, die Integration von Zuwanderern oder auch eine Grundsicherung im Notfall, werden von Ihnen sehr oft ganz einfach nicht mehr als Herausforderung an einen modernen Sozialstaat gedacht und gesehen. Im Gegenteil, manchmal kommt mir vor, dass unter dem Deckmantel des Sparens eine Spaltung der Gesellschaft wieder vertieft wird. Ausgrenzung und auch Verarmung werden damit gefördert.

Meine Damen und Herren, Gesundheitslandesrat Erlitz hat heute bei der KAGES-Debatte schon gesagt, weniger Geld werden wir für das Gesundheitswesen nicht brauchen, dasselbe gilt allerdings auch im Sozialbereich. Auch hier kennen wir die demografische Entwicklung und noch dazu haben wir aus dem Armutsbericht die Signale, nämlich dass die Armut auch bei uns in der Steiermark ständig steigt. Und meine zusätzliche Sorge, die Armut trifft zuerst die Kinder, dann die Frauen, dann die Familie. Wie Landesrat Erlitz beim Gesundheitsbereich ein Beispiel angeführt hat, habe auch ich ein Beispiel. Viele klagen im Pflegebereich über zu wenig Pflegepersonal, aber ich frage Sie alle wirklich: Muss es wirklich immer erst Skandale und aufgedeckte Defizite geben, bis wir den Betreibern und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen faire und leistungsgerechte Sätze geben? Wie oft haben wir vom Bund schon die Valorisierung, die Erhöhung des Pflegegeldes gefordert und wie ist diese Bundesregierung damit umgegangen? Meine Damen und Herren, ein plastisches Beispiel. 1,9 Milliarden Euro für die Abfangjäger würden rund 6500 vollzeitbeschäftigte Pflegefachkräfte, auf sechs Jahre finanziert, ergeben. Aber reden wir nicht vom Bund, auch im Landtag verspüre ich, wie diese Leistungen und Ansprüche für die Steirerinnen und Steirer zugunsten oft privater Marktlösungen verändert werden. Viele Ihrer Anträge lauten immer auf Novellierung. Meine Damen und Herren, in Wahrheit kommen Sie meist auf eine Nivellierung hinaus.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, eine Gesellschaft misst man vor allem daran, wie viel ihr die Schwächsten wert sind. Wir hören heute so viel von Globalisierung in der Welt. Globalisierung – daraus ist Angst entstanden. Wir sollten daran denken und darüber nachdenken, dass Globalisierung mehr ist. Globalisierung muss auch Verantwortung bedeuten, vor allem soziale Verantwortung, Verantwortung für die Würde der Menschen. Meine Damen und Herren, Kollege Hammerl hat gesagt, Fantasie wird notwendig sein. Fantasie ja, aber wir dürfen nicht vergessen, der Sozialstaat ist eine Solidargemeinschaft, in der jeder seine Pflichten in Form von Beiträgen hat, aber auch, meine Damen und Herren, und da sind wir leider nicht einer Meinung, seine Rechte in Form eines tatsächlichen Rechtsanspruches gültig machen muss und den Weg in Richtung eines Almosenstaates, der von dieser Bundesregierung beschlossen wird, den sollten wir mit großer Besorgnis beobachten und mit einer modernen Sozialpolitik in der Steiermark entgegentreten. (Beifall bei der SPÖ. – 13.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (13.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat!

Ich darf vorab meinen Dank aussprechen für diesen Sozialbericht an alle, die hier mitgearbeitet haben, die dieses umfangreiche Werk geschaffen haben. Ein sehr großer Teil in diesem Sozialbericht beschäftigt sich mit der Entwicklung der Bevölkerung, der Pyramide, die wir alle kennen, die jetzt noch den Bauch hat, wo sich der Bauch immer weiter verschieben wird und irgendwann dann einmal in einen Pilz übergehen wird, weil die Geburten nicht mehr in dem Ausmaß sind, wie wir es uns wünschen würden und weil dadurch auch der ältere Teil der Bevölkerung größer wird und weil die Bevölkerung insgesamt älter wird, weil wir den medizinischen und technischen Fortschritt haben. Gott sei Dank. Und das ist in Österreich nicht überall gleich, so wie es auch in der Steiermark nicht in jedem Bezirk gleich stark ist, aber trendmäßig entwickelt es sich so, dass bis 2050 die über 60-Jährigen um 50 Prozent zunehmen werden und auch besonders stark zu erkennen ist, dass sich der Anteil der über 75-Jährigen sehr stark entwickeln wird. Ich bin sehr froh, dass ich weiß, dass wir im Bund Sozialpolitiker haben, die auf diese Änderung, auf diese Wende eingehen und die sich dessen bewusst sind. Auch konnten wir im Sozialbericht lesen, dass diese Entwicklung besonders im Pflegebereich sehr, sehr große Herausforderungen bringen wird und das, meine Damen und Herren, denke ich, ist wirklich so. Wir müssen Vorsorge treffen. Vorsorge für die kommende Generation, Vorsorge im Bezug auf die Pflegeplätze und die Pflegeheime und Ände-

rungen, wie wir sie derzeit besprechen, betreffend Vertragslösungen in Heimen, das heißt, dass bezuschusste Menschen nur mehr in ein Heim mit Vertrag gehen dürfen. Das kann nicht der Weg sein, um dieser Entwicklung die nötigen Schritte beizustellen, denke ich.

Wir sollten uns auch auf Grund dieses Sozialberichtes klar machen, dass es Bekenntnisse geben muss – nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern auch finanzielle Bekenntnisse –, für den Bereich beispielsweise der Pflege, aber auch für mich für den Bereich der behinderten Menschen, wenn wir schon vom Behindertengesetz gesprochen haben.

Und wenn wir längerfristig denken – und das müssen wir in all diesen Bereichen –, dann müssen wir auch mit dieser längerfristigen Entwicklung mithalten. Unter längerfristig verstehe ich beispielsweise auch, dass wir Förderungen im Sozial- und Gesundheitsbereich auch auf drei Jahre ausdehnen. Sie wissen, meine Damen und Herren, es gab hier von uns Anträge, dass, wie im Kulturbereich auch, Sozial- und Gesundheitsprojekte mit einer dreijährigen Förderung rechnen können, damit sie dann auch längerfristig planen können und damit sie eine längerfristige Absicherung haben. Ich weiß nicht, ob wir wollen, dass die Kultur einen höheren Stellenwert hat als der soziale Bereich. Wollen wir nicht, dass diese sozial notwendigen Maßnahmen abgesichert sind und wollen nicht gleichzeitig auch über die Abschaffung von Doppelgleisigkeiten sprechen, damit wir das Förderwesen so gestalten können, dass all jene Personen, die einer Unterstützung durch die öffentliche Hand bedürfen, auch unterstützt werden können? Ich denke hier beispielsweise an die SÖBSA. (Landesrat Dr. Flecker: „Wissen Sie nicht, dass es die schon seit drei Jahren gibt?“)

Sie haben uns auf Anfrage 43 Projekte vorgelegt, wo ansonsten nichts dabei gestanden ist. Und ich denke, im Sozialbereich gibt es mehr als 43 Projekte. Wenn ich daran denke, wie das im Kulturbereich gemacht wurde, dann ist das für mich auch hier eine Möglichkeit, die Projekte längerfristig abzusichern. Aber auch dazugesagt, dass vorher die Information für uns vorhanden sein muss, wie das System jetzt funktioniert, weil ich sehe mich nicht ausreichend informiert. (Landesrat Dr. Flecker: „Das ist eine Frage des Verstehens, Frau Kollegin!“)

Mit der Darstellung, dass es 43 Projekte gibt, das ist zu wenig für mich. Das ist nicht die ausreichende Information, die ich mir wünsche.

Wie gesagt, es sollte dann auch eine Unterstützung für jene Personen geben, die der Unterstützung bedürfen, was aber gleichzeitig auch für mich heißt, dass Fehlförderungen, Missbrauch und Doppelgleisigkeiten abgestellt werden sollten. Das wäre für mich, wie von der Frau Abgeordneten Gross angesprochen, kluge Sozialpolitik. Damit kann man den sozialen Frieden erreichen und das ist für mich der richtige Weg. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 13.54 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (13.54 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Zuerst einmal Dank und Anerkennung für den Sozialbericht an die zuständige Stelle, an die Sozialabteilung. Es gibt manchmal die Situation, dass ich mich hier an dieser Stelle über etwas freuen kann, was ein Wunsch der Grünen war, dem seit einiger Zeit nachgekommen wird, nämlich dass es solch einen Bericht geben soll. Man sieht auch an der Breite und an der Lebendigkeit der Debatte, dass es ja in diesem Bereich auch viel herzuzeigen gibt, dass viel geleistet wird und dass ein Riesebereich abzudecken ist, den man normalerweise im Einzelfall oder wenn man einzelne Bereiche verhandelt oder hier im Landtag erörtert, gar nicht überblicken kann. Also Respekt, ein sehr informativer Bericht.

Ich möchte mich heute, weil wir ja auch noch eine Dringliche Anfrage haben werden, wo es um eine Vielzahl von Projekten in den verschiedensten Bereichen geht, auf ein spezielles Thema beschränken, und zwar ein Thema, in dem der Landtag selbst zwar etwas tut, aber nicht alles tun kann und wo ich den Landtag bitten möchte zu unterstützen, auch Projekte zu unterstützen in ihrer Arbeit, und zwar dem Bund gegenüber.

Es geht um die aktive Arbeitsmarktpolitik. Sie wissen, aktive Arbeitsmarktpolitik wird in Österreich und analog auch in den Bundesländern vom Arbeitsmarktservice durchgeführt, ist in der Verantwortung des Arbeitsmarktservice. Und summa summarum kann man sagen, es macht seine Arbeit gut und ambitioniert.

Es gibt darüber hinaus in der Steiermark noch ein kooperatives Beschäftigungsprogramm – so ist der Begriff –, wo Land Steiermark und Arbeitsmarktservice Steiermark sich zusammentun und Schwerpunkte setzen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Da möchte ich auch noch einmal unterscheiden oder sagen, was ist das eigentlich, dieser Begriff? Hier geht es um aktive Maßnahmen, um Menschen, die jetzt nicht in Beschäftigung sind, also keinen Job haben und auch schlechte Voraussetzungen haben einen zu finden, zu unterstützen, dass sie zum Schluss einen Beruf haben, eine Anstellung haben und damit gut leben können. Das heißt, das sind aktive Handlungen – das ist in diesem Begriff auch drinnen – in Abgrenzung zum Beispiel zu Geldleistungen, wie der Arbeitslosen- oder der Notstandshilfe, die auch sehr, sehr wichtig sind.

Nun ist es in Österreich so, dass alles aus einem großen Topf bezahlt wird, in den Sie alle und wir alle einzahlen. Also zumindest alle Menschen, die arbeiten, leisten ihre Abgaben auch in diesen Topf. Aus diesem Topf sollen sie gefördert und unterstützt werden, wenn es Probleme gibt, mit der Möglichkeit, sich selbst zu erhalten. So weit, so gut. Hat lange gut funktioniert.

Seit einigen Jahren wird oder wurde dieser Topf allerdings massiv ausgeschöpft, auch für andere Dinge als Arbeitslose auszahlen, Notstandshilfe auszahlen und aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Das heißt, dass dieser Topf, der aus den Geldern der werktätigen Bevölkerung gespeist wird, für die Zwecke, für die er eigentlich errichtet worden ist, nicht mehr ausreicht.

Das ist keine gute Situation und das ist für viele Personen gerade in der jetzt angespannten Lage am Arbeitsmarkt eine desaströse Situation, weil das heißt, dass einfach weniger Geld dafür da ist, ihnen wieder in den Beruf hineinzuhelfen.

Und im Speziellen betrifft es im Moment, und das ist eigentlich für mich der Anhaltspunkt oder der Auslöser, Ihnen jetzt einen Antrag vorzustellen, in den Betrieben, in den Projekten, in den Initiativen, die dem Land und dem AMS Steiermark helfen, diese Arbeit überhaupt zu machen. Das sind Initiativen und Projekte, die auf der Basis von Ehrenamtlichkeit oft entstehen, aus dem Wissen heraus, von einzelnen engagierten Personen, dass es etwas braucht. Da werden Vereine gegründet und dann wird dem Land und dem AMS etwas angeboten und das AMS und Land sagen, ja gut, mach das für uns, wir können und wollen das nicht selbst tun.

Das ist in Ordnung, dass die Landesverwaltung nicht selbst beginnt, zum Beispiel behinderte Menschen auf den Beruf vorzubereiten oder Frauen, die wieder in den Beruf hineinkommen wollen – es sind ja meistens die Frauen, die eine Babypause machen und denen das immer schwerer fällt, je länger sie draußen sind aus der Berufswelt – oder jugendlichen Arbeitslosen zu helfen, überhaupt einmal Fuß zu fassen in der Berufswelt, denn je länger das dauert, dass sie da keine Möglichkeiten haben, desto schwieriger ist es auch. Das ist ein Erfahrungswert.

Also diese Initiativen machen das nicht nur im Wissen, nicht nur mit Billigung, sondern im Auftrag des Landes und des Arbeitsmarktservice. Diese Initiativen sind im Moment extrem betroffen von den Kürzungen auf der Ebene des AMS Bund, wo eben viele Geldmittel einen anderen Weg gegangen sind. Das kann zum Beispiel die Sanierung des Budgets gewesen sein oder war es einige Jahr lang. Aber es hat auch andere Verwendungen gegeben.

Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir für unsere steirischen Initiativen kämpfen. Wir müssen dem Bund sagen, nein, das wollen wir nicht unwidersprochen hinnehmen, dass ihr unsere SÖBs abdreht, dass die sozial-ökonomischen Betriebe, die Beschäftigungsgesellschaften so mit Kürzungen konfrontiert werden – und das auch im laufenden Jahr –, dass einige von ihnen tatsächlich zusperrten werden müssen.

Wir, denke ich, als Steiermärkischer Landtag, der ja auch eine Verantwortung in der Beschäftigungspolitik hat, müssen sagen, liebe Bundesregierung, lasst dem AMS so viele Mittel, dass es seine Arbeit machen kann, denn auch wir in der Steiermark wollen, dass Jugendliche nicht so hohe Arbeitslosenraten haben, dass Frauen wieder leichter in den Beruf kommen, dass Frauen, die keine Ausbildung haben, eine bekommen, um werktätig sein zu können und dass Menschen mit Behinderung ihre Energie, ihre Kräfte, ihr Können einsetzen können, um sich – manchmal in Maßen, aber doch, viele zur Gänze – selbst erhalten zu können.

Wir müssen das sagen. Wir müssen sagen, wir wollen diese Projekte behalten, denn sie haben hervorragende Arbeit geleistet und das kann man im Übrigen auch diversen Berichten entnehmen. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für den folgenden Antrag, der sich an die Bundesregierung richtet in zweiter Linie, und zwar:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser verstärkt eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine Rücknahme der Kürzungen für das AMS einzufordern und zweitens einen Gipfel mit den betroffenen Betrieben und Beschäftigungsprojekten einzuberufen, um den negativen Auswirkungen der Kürzungen des AMS ab 2004 durch Maßnahme seitens des Landes entgegenzutreten.

Ich bitte Sie sehr herzlich um Unterstützung dieses ganz wichtigen Bereiches, ohne den es in der Steiermark im Bereich der Beschäftigungspolitik vollkommen anders ausschauen würde. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 14.02 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (14.02 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es wurde schon von einigen meiner Vorrednerinnen der Dank an die Fachabteilung 11B ausgesprochen. Ich möchte mich aber wirklich ganz speziell noch bei Frau Mag. Buchacher und ihren Mitarbeitern für die Erstellung dieses Sozialberichtes herzlich bedanken. Ich möchte gerne, wenn Sie gestatten, konkret eingehen, also mich nicht dem Allgemeinen widmen, sondern konkret eingehen auf die Tätigkeit der Fachabteilung für das Sozialwesen und dann auf die Behindertenmilliarde.

Die Fachabteilung berichtet, dass die Schwerpunkte im Berichtszeitpunkt eben auf der Erstellung des Sozialplanes 2000 und Jugendwohlfahrt gelegen waren. Sozialplan 2000 wurde unter Mitarbeit von Vertretern von Ämtern und Behörden, der Trägerorganisationen von Vereinen und Selbstbetroffenen erstellt. Es wurde damals schon, als er uns vorgelegen ist, dem Landtag nämlich, festgestellt, dass das ein Werk ist, das gut gelungen ist und als Grundlage zur Erstellung des Entwurfes für das neue Steiermärkische Behindertengesetz gedient hat. Aus diesem Sozialplan wurden zwei Pilotprojekte entnommen, die jetzt dann, nachdem die Behindertenmilliarde – ich greife jetzt schon voraus – angelaufen war beziehungsweise verlängert wurde, wurden diese

Pilotprojekte auch verlängert und aus der Behindertenmilliarde finanziert. Es handelt sich da um die Projekte „Mosaik Büro“, dann war das ein BFB-Projekt und gestatten Sie, dass ich das noch nachschlage, „Mosaik Jugend am Werk“, das war Arbeitsbegleitung. Die im Sozialplan vorgesehene Feststellung des individuellen Hilfebedarfes in der Bezirkshauptmannschaft Weiz wurde im Jahre 2002 unter tätiger Mithilfe des Bundessozialamtes erprobt, ob es möglich sein kann und in Zukunft soll es möglich sein, die Feststellung des individuellen Hilfebedarfes auch durchzuführen. Wie diesem Bericht zu entnehmen ist, ist das gut gelungen. Ein Dank auch an die Bezirkshauptmannschaft Weiz und auch ein Dank an das Bundessozialamt, die ja auf dem Gebiet schon einige Erfahrung aufzuweisen haben. Es ist nur zu hoffen, Herr Landesrat Flecker, dass es weiter möglich ist beziehungsweise dass der Bund sich auch daran beteiligt beziehungsweise eben das Bundessozialamt Steiermark und uns bei der Umsetzung der Feststellung des individuellen Hilfebedarfes unterstützt.

Zur Behindertenmilliarde. Es wird hier berichtet, dass weit über 100 Projekte eingereicht wurden, das heißt Konzepte von verschiedenen Projekten, die dann umgesetzt werden sollten. 90 wurden dann im Endeffekt genehmigt. Bei der Steuergruppe, die beraten hat, welche Konzepte angenommen werden sollen, hat die Fachabteilung 11B auch ein Mitglied entsandt in Zusammenarbeit wieder mit dem Bundessozialamt und diese Anträge sind dann an das Bundesministerium gegangen. Wie gesagt, es wurden neunzig genehmigt, wobei ich bei der Durchsicht sagen muss, ich will nicht hoffen, dass es eine gewisse Verzettelung gegeben hat. Das soll jetzt nicht provokant sein. Es sind so viele Projekte angeführt, die dasselbe Ziel haben. Das Hauptziel ist zum Beispiel die Befähigung von Jugendlichen, sich zu bewerben, eine Tätigkeit zu finden im Berufsleben, sei es am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt zu reüssieren. Da habe ich eben und ich hatte es schon, als es darum ging zum Beispiel vom österreichischen Zivilinvalidenverband, der das Projekt SAPPOT ins Leben gerufen hat, dieses Projekt SAPPOT bedeutet, dass Selbstbetroffenen nach intensiver Schulung behinderte Menschen beraten in den verschiedensten Fragen. Aber, und es ist auch hier angeführt, dass von „atempo“ ein österreichweit gefördertes Konzept unterbreitet wurde, und zwar ist es darum gegangen, für Menschen mit Lernschwierigkeiten verschiedene Broschüren, Gesetze und so weiter lesbar zu machen.

Und das zweite Projekt, das hier auch angeführt wurde, war das Projekt SUD, das soll bewirken, dass Menschen mit einer Behinderung als Multiplikatoren für andere fungieren sollen. Diese meine Bedenken, die ich eben schon im Zivilinvalidenverband und auch in der österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation geäußert habe, was passiert, wenn vom Bund die Behindertenmilliarde nicht mehr kommt? Es wurde bei vielen dieser Projekte Personal aufgenommen, es wurden Einrichtungen geschaffen, die nur aus diesen Mitteln bezahlt werden können und was soll dann mit diesen passieren? Kann das Land bereit sein, ich frage das jetzt wirklich ernsthaft, alle diese Projekte zu übernehmen oder sind sie dann plötzlich aus und Menschen, die versucht haben, über diese Behindertenmilliarde auch zu einer Tätigkeit zu kommen, die würden dann sehr enttäuscht sein? Wie gesagt, das waren meine Bedenken, so sehr ich das befürworte. Was ich besonders befürworte ist die Einrichtung der Joballianz, die sich an Dienstgeber wendet, um Dienstgeber zu couragieren, behinderte Menschen in ihren Betrieb aufzunehmen. Sie bekommen Unterstützung, sei es durch Aufklärungsmaßnahmen, durch Arbeitsassistenten zur Adaptierung des Arbeitsplatzes. Und das, finde ich, diese Joballianz, es geht nicht, wir brauchen Dienstgeber, die Menschen mit Behinderung aufnehmen. Wenn von Seiten der Wirtschaft zum Beispiel keine Bereitschaft da ist, dann helfen uns die besten Schulungsmaßnahmen nichts. Das ist das, was ich zu bedenken geben will. Und wie gesagt, die Joballianz, die ja wirklich von Seiten des Bundessozialamtes mit großem Engagement eingerichtet beziehungsweise durchgeführt wurde. Es gibt dann den Job-Oscar der Firmen, die sich besonders um die Integration von Behinderten annehmen, die mit dem Job-Oscar ausgezeichnet werden.

Ich hoffe, dass in Zukunft noch mehr Firmen und Dienstgeber sich bereit erklären, behinderte Menschen aufzunehmen. Ich glaube, nur darüber können wir sichere Arbeitsplätze für unsere Menschen mit Behinderung in der Steiermark schaffen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (14.12 Uhr): Herr Präsident, wertere Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bitte verstehen Sie mich, aber für mich ist Soziales, alles was damit zusammenhängt, der Sozialplan natürlich, der Sozialbericht, derartig mit Emotionen behaftet, dass ich es einfach nicht zuwege bringe, so wie der Kollege Hammerl, dass ich den halben Bericht hier abschreibe, ihn mit ein paar Untergriffen würze, hier herausgehe und dann in einer, möchte sagen, sehr großen Geschwindigkeit zur Kenntnis bringe, so dass fast niemand dem Ganzen folgen kann. Aber einige meiner Vorredner haben das ja Gott sei Dank auch anders gesehen und durchwegs war der Tenor, dass es ein sehr guter Bericht ist, der hier vorliegt.

Natürlich ist es ein sehr guter Bericht, zeichnet das soziale Gewissen der Steiermark, Soziallandesreferent Dr. Kurt Flecker ist dafür verantwortlich. Dann kann es nur ein guter Bericht werden. Und alle, die wissen, mit welchem Engagement Kurt Flecker bei der Sache ist, für den ist so etwas nichts Ungewöhnliches.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr viel steht in diesem Bericht an Zahlen, an Tätigkeiten, sehr viel geht daraus hervor. Aber manches geht nicht aus diesem Bericht hervor, nämlich dass im Hintergrund viele, viele fleißigen Hände, nicht nur in den Abteilungen – Frau Mag. Buchacher sitzt hier hinten –, sondern darüber hinaus viele Hilfsorganisationen, viele hauptberufliche, aber auch sehr viele ehrenamtliche Helfer dabei sind, die soziale Landschaft erträglich zu gestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde schon von den Vorrednern angezogen, die Bevölkerungsentwicklung tut das Ihre dazu bei. Und ich möchte auch ganz kurz darauf eingehen.

Schon in den nächsten Jahren wird es starke Veränderungen geben, die in allen Bezirken bereits in den kommenden zehn Jahren spürbar werden, denn bis auf Leoben, dessen durchschnittliche jährliche Wachstumsrate vergleichsweise niedrig bei 2,6 Prozent liegt, steigt die Zahl der ab 80-Jährigen in den kommenden zehn Jahren steiermarkweit um 4 Prozent. Das heißt, Graz-Umgebung, Leibnitz – und du hast es gesagt – werden im Jahre 2010 bereits um 70 Prozent mehr alte Menschen haben.

Ganz interessant ist die Entwicklung, wie sie das Statistische Zentralamt hier darstellt. Wenn man die Entwicklung von 2001 bis 2010 beachtet, dann wird die Bevölkerung in der Steiermark geringfügig um etwa 700 Personen abnehmen. Also, sie wird de facto gleich bleiben. Aber in der Gruppe der 0- bis 15-Jährigen werden wir um 28.000 Menschen weniger haben. In der Gruppe der 15- bis 65-Jährigen werden es 2000 weniger sein. Aber in der Gruppe von 65 und älter werden 48.000 Menschen mehr in der Steiermark wohnen.

Deswegen muss es jedem klar sein und einleuchten, dass das natürlich auch mit der budgetären Entwicklung zu tun hat. Ich verstehe einfach nicht, wieso man in dem Zusammenhang immer von Kostenexplosion spricht, wieso der Herr Finanzlandesrat Jahr für Jahr bei seinem Budget außerordentlich betont, dass das Sozial- und das Gesundheitsbudget so gut dotiert sind wie noch nie. Ja, natürlich, Herr Finanzreferent, wenn Sie diese Entwicklung sehen, dann bleibt uns ja gar nichts anderes übrig. Oder wollen wir jene, die es wirklich am notwendigsten bedürfen, wollen wir die auf der Strecke lassen?

Ich verstehe auch nicht, wie in der Gesundheitsdebatte vorher, in der Aktuellen Stunde, es sich der Herr Kollege Lafer erdreisten kann, hier herauszugehen und den Kollegen Erlitz anzugreifen und zu sagen, dass er in seiner sehr kurzen Amtszeit nichts zuwege gebracht hat und nichts weitergebracht hat.

Und auch dich, Kollege Hammerl, verstehe ich nicht, wenn du hinweist auf Gusenbauer und Voves, wie du es getan hast.

Gerade ihr, die ihr von beiden Fraktionen kommt, die Regierungsverantwortung tragen, eine Regierung, die es zustande gebracht hat, einen einmaligen Rekord aufzustellen. In nur drei Jahren sind über 70 Prozent der Beschlüsse, Verordnungen und so weiter, et cetera vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verdienen die ihr Geld? Die müssten es doch zurückbezahlen. So schaut es nämlich wirklich aus in diesem Lande. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber das sind nicht die Dinge, die die Menschen draußen hören wollen. Sie wollen, dass wir arbeiten, dass wir zusammenarbeiten, gemeinsam etwas weiterbringen, nicht nur streiten und uns gegenseitig die Fehler vorwerfen.

Soziallandesrat Kurt Flecker ist so einer und er hat es schon mehrmals bewiesen, nicht zuletzt als er ein neues, richtungsweisendes, modernes Pflegeheimgesetz hier eingebracht hat, das einstimmig in diesem Hause beschlossen wurde.

Und weil er genau weiß, dass dieser Kostenexplosion – unter Anführungszeichen –, die letzten Endes auf die Anzahl der Bedürftigen abgestellt ist, dass man auch da etwas tun muss, moderne Gesetze zu schaffen, sie so zu interpretieren, sie so auszuverhandeln, dass sie auf der einen Seite den Bedürftigen entgegenkommen, auf der anderen Seite aber auch dem Budget Genüge tun, deswegen hat er auch ein Behindertengesetz eingebracht. Sie alle wissen es, wir sind mitten in den Verhandlungen. Und ich darf an dieser Stelle wirklich appellieren an alle jene, die verantwortlich sind und die, die ich meine, werden es wissen, wen ich meine. Wir haben dieses Gesetz, ich möchte fast sagen, zu 98 Prozent ausverhandelt. Es sind nur mehr einige wenige Punkte, die offen sind, Punkte, die wir im Zuge dieser Verhandlungen, dieser unzähligen Unterausschusssitzungen wiederholt gestreift haben, wiederholt diskutiert haben, wiederholt zu einer Einigung gekommen, die jetzt auf einmal wieder offen sind.

Ich weiß schon, dass auch die Gemeinden ihren Beitrag zu diesen Budgets leisten müssen. Ich sage aber ganz offen hier, wenn wir über Rückersätze reden, dann haben wir einen gemeinsamen Kompromiss in diesem Behindertengesetz gefunden, mit den 27 Jahren, der für alle abgehakt und erledigt war. Jetzt auf einmal sollte das Stein des Anstoßes sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann mir das nicht vorstellen.

Ich sage zum Abschluss eines, der Wert, die Werte einer Gesellschaft, die werden nicht nur am Bruttonationalprodukt gemessen, die werden nicht nur gemessen an den technischen, an den künstlerischen Leistungen, die ein Volk hervorbringt, die werden auch daran gemessen, wie wir mit unseren Alten, Behinderten und Bedürftigen umgehen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (14.20 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörer!

Wenn ich mir so die bisherige Debatte durch den Kopf gehen lasse und die einzelnen Wortmeldungen in meine Stellungnahme mit einbeziehe, dann komme ich zum Schluss, je mehr Kultur ein Mensch hat, desto höher oder auch stärker ist seine soziale Gesinnung, ist sein soziales Gewissen und ist er auf dem Weg ein Gebildeter zu werden.

Wir sind alle auf dem Weg dorthin, einige etwas rascher, einige sehr langsam, manche kommen gar nicht weiter. Der Sozialbericht ist für mich nicht nur ein Nachschlagewerk, er ist auch eine Richtschnur. Er zeigt, was wir als Politiker an Gesetzen beschlossen haben, was die Regierung beschlossen hat, was das Land Steiermark mit seinem Landesrat Kurt Flecker an sozialer Gerechtigkeit geschaffen hat. Wie sind wir auf dem guten Wege den Menschen in unserem Land ein Leben in Würde, ein Leben in sozialem Frieden zu ermöglichen? Ich möchte sagen, wenn ich mir die Kriminalstatistik der letzten Wochen anschau, auch der soziale Friede ist ein Teil des inneren Friedens und ist sehr, sehr wichtig, auch in unserem Bezirk in der Oststeiermark. Der innere Friede ist für die Sicherung und für die Sicherheit eines Landes von großer Bedeutung. Dieser Bericht, der, wie wir heute schon gehört haben, zeigt, dass die Menschen älter werden, dass die Pflegebedürftigkeit steigt, dieser Bericht zeigt aber auch und darauf will ich hinaus, dass die sozialen Probleme der Menschen komplexer und schwieriger werden. Indizien dafür sind für mich die steigende Anzahl der Kontaktaufnahmen mit der Fachabteilung 11B, allen voran mit der Sozialservicestelle. Sie ist eine Auskunfts-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für Personen, die im Sozialbereich Rat suchen, selbst im Sozialbereich tätig sind, aber sie ist auch eine Stelle für Institutionen und Einrichtungen im Sozialbereich. Wenn ich das Sozialtelefon hernehme, welches zum Ortstarif überall in der Steiermark in Anspruch genommen werden kann, welches Amtswege verkürzt, welches Fehlinformationen so weit wie möglich vermeidet, dann ist das schon eine stolze Zahl. Tagtäglich sind es nahezu 60 Telefonate, wo Leute aus unserem Land in puncto Beihilfen, Zuschüsse, Jugendschutz, Schule, Studium, Ausbildung, Pflege, Vorsorge und Sozialversicherung Rat bekommen.

Dem nicht genug. Man sieht auch aus diesem Bericht, dass das Sozialressort mit aller Kraft versucht, diesen Strömungen, die in unserer Gesellschaft Fuß fassen, auch präventiv entgegenzuwirken. Genauso vielfältig wie die Aufgaben sind, bietet das Sozialressort auch die Lösungen an. Es wurden dabei die spezifischen Bedürfnisse von Personengruppen erhoben. Wir haben es heute noch nicht gehört, werden es noch zu Gehör bekommen. Es ist dies der Sozialplan Gehör. Weiters wurden aber auch Pilotprojekte durchgeführt, um der Gesetzesgebung ihre Arbeit zu erleichtern, um so die Neufassung von Gesetzen mit praxiserprobten Argumenten zu untermauern. Des Weiteren wurden im Berichtszeitraum auch zahlreiche Projekte zum Teil durch die Beamtinnen des Sozialressorts alleine, aber auch zum Teil mit Kooperationspartnern gemeinsam gestartet beziehungsweise umgesetzt. Ich erwähne hier ganz kurz Netzwerk gegen Gewalt, ein äußerst erfolgreiches Wiederaufbauprojekt im Kosovo und mehr als 80 Projekte im Rahmen der Behindertenmilliarde. Von besonderer Bedeutung, und auch das haben wir gehört, ist, dass das Sozialressort im zunehmenden Maße auch an internationalen Projekten beteiligt ist, sei das über Leonardo da Vinci oder E-qual.

Ein letzter und für mich auch nicht unerwähnenswerter Teil, im Berichtszeitraum 2001/2002 kümmerte sich vor allem die Fachabteilung 11B intensiv darum, wie der Bürger, die Bürgerinnen und die Netzwerkpartner der Sozialverwaltung möglichst unkompliziert zu Informationen aus dem Sozialbereich gelangen. Dass dieser Weg goldrichtig ist, zeigen durchgeführte Evaluierungen der Nutzung des im Jahre 2000 eingeführten Sozialservers, wo monatlich mehr als eine halbe Million Seiten an der Homepage des Sozialressorts aufgerufen werden.

Abschließend erlauben Sie mir noch eine kleine Bemerkung: Das Sozialwesen in der Steiermark ist, würde man es neoliberalen Maßstäben unterwerfen und rein nach ökonomischen Gesichtspunkten betrachten, ein Topkonzern in der Steiermark. Es wäre vor allem ein Konzern mit einer Zentrale in der Steiermark, mit Beschäftigten aus der Steiermark und mit einer Wertschöpfung, die ausschließlich hier in der Steiermark stattfindet. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (14.27 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat!

Lieber Gregor Hammerl, in der „Kleinen Zeitung“ ist heute über diese so genannte Aussage des Notstandsgebietes ganz klar geschrieben: Als Notstandsgebiet habe die SPÖ die Steiermark im Übrigen nie bezeichnet. (Abg. Hammerl: „Kleine Zeitung“!)

Oh nein. Er, Franz Voves, habe nur über die Vielzahl von Bundesförderungen für andere Bundesländer gesprochen und gemeint, dass das Land südlich des Semmerings diesbezüglich Notstandsgebiet sei.

Meine Damen und Herren, zum Sozialbericht. Wir lesen es in der Zeitung, wir hören es im Fernsehen, wir sprechen hier im Landtag darüber, wir werden älter, wir werden mit Forderungen für die Zukunft konfrontiert, wir werden diese Zukunft mit sehr großen Mühen und vor allem mit sehr großen finanziellen Aufwendungen meistern müssen. Es ist gemeinsames Handeln geboten. Eine Gruppe in diesem Sozialbericht ist eine sehr kleine Gruppe. Sie haben fast nur zirka 1200 Menschen, es ist die Gruppe der Gehörlosen. Jene Menschen, die nicht die Möglichkeit haben wie wir, sich durch Sprache auszudrücken, die meistens auf Grund dessen, dass sie sich nicht bemerkbar machen können, einfach unter die Räder kommen. Am 20. September dieses Jahres war auf der Murinsel ein Fest für jene Menschen und man konnte sich überzeugen, dass sie es sich verdient haben, dass sie Gehör finden. In diesem Sozialplan Gehör sind 32 Maßnahmenprogramme aufgezeichnet, die nach vorgeschlagenen Prioritäten umgesetzt werden sollen, kurz-, mittel- und langfristig. Auch hier bitte ich um die Unterstützung aller. Sofort umgesetzt wurde die Forderung nach einer Art Ausweis für jene Menschen. Diese Aufkleber dienen dazu, Hörende rasch auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Es ist eigentlich heute fast alles gesagt. Ich darf nur noch hinweisen, es gibt in der Steiermark Krisenwohnungen. Es gibt Gott sei Dank bald das Frauenhaus Obersteiermark. Wir haben die Schuldnerberatung, die Menschen hilft und wir haben leider Gottes auch Kinderschutzzentren. In Knittelfeld wurde vor kurzem fünf Jahre dieses Kinderschutzzentrum begangen. Wir haben in Kürze im Landtag das Gewaltgesetz zu beschließen.

Meine Damen und Herren, helfen Sie uns, dass dieses Gesetz dann auch wirklich beschlossen wird. (Beifall bei der SPÖ. – 14.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (14.30 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Landesräte!

Frau Mag. Buchacher, das muss ja heute fast wie Weihnachten sein, nachdem Sie so viel Lob und Anerkennung bekommen. Ich möchte aber auch mich diesen Wünschen anschließen oder dem Dank anschließen für den sehr umfassenden Sozialbericht. Sie haben auf 287 Seiten dieses Berichtes ganz penibel genau aufgelistet von der Aufstellung der Arbeitsmarktsituation bis hin auch zu den stationären und beratenden Einrichtungen im Sozialbereich in unserem Land.

Ich habe in einem Teilabschnitt dieses Berichtes den Eindruck bekommen, dass wir sehr, sehr viele stationäre Einrichtungen im Jugendwohlfahrtsbereich, im Pflegeheimbereich, im Behindertenbereich haben und sozusagen flächendeckend in der Steiermark gut versorgt sind. Das ist jetzt meine persönliche Sichtweise.

Was ich aber aus dem Bericht nicht herauslesen konnte und für mich erkennbar war, waren die Trends und die Problemstellungen in den einzelnen Materienbereichen der Sozialpolitik. Aus eigener Erfahrung weiß ich aber, dass gerade in diesen Bereichen, in den schon genannten Bereichen der Jugendwohlfahrt, des Behindertengesetzes, Pflegeheimgesetzes und auch des Sozialhilfegesetzes, aber insbesondere wo stationäre Einrichtungen vorhanden sind, das auch die teuerste Möglichkeit ist, die Klienten zu betreuen. Dass es aber notwendig ist, steht für mich auch außer Frage. Nur, hier habe ich vielleicht diesen Ansatz der Kollegin Gross, die heute auch in ihrer Rede von einem Umbau gesprochen hat und ich gehe so weit, dass man hier vielleicht einen Paradigmenwechsel andenken sollte und könnte. Weg von den stationären Einrichtungen, mehr hin zu den mobilen und ambulanten Einrichtungen.

Als bestes Beispiel möchte ich vielleicht das Bundesland Vorarlberg wieder zitieren, die zum Beispiel gerade im Jugendwohlfahrtsbereich komplett weggegangen sind von den stationären Einrichtungen. Aber auch wir selber haben uns dies schon auferlegt im Behindertengesetz, nachdem wir Familienassistenten und so weiter auch im Behindertengesetz bevorzugt schon im Entwurf für den Unterausschuss uns einig sind und sozusagen abgestimmt und beschlossen haben.

Nun nutze ich vielleicht die Chance – und vielleicht wage ich mich jetzt ein wenig zu weit hinaus – nachdem ja der Österreichkonvent tagt, gibt es für mich jetzt die Chance – und das ist auch ein Wunsch von mir –, dass vielleicht in den neun Bundesländern in Österreich diese Materienbereiche im Sozialhilfegesetz, Behinderten-, Pflegeheimgesetz gleichgestellt werden könnten, wenn dieser Konvent das möchte. Das heißt, wir haben neun Bundesländer und jetzt habe ich nur vier oder fünf Materienengesetze aufgezählt, das sind in Österreich wieder unterschiedliche und in Summe 36 oder 45 Materienengesetze unterschiedlichster Art und Weise. Möglicherweise liege ich mit meinem Vorschlag hier falsch, aber die Bundesländer, die sich Wünsche noch auferlegen oder eine Qualität noch höher auferlegen wollen, diese Möglichkeit besteht und obliegt ja jedem Bundesland.

Daher möchte ich jetzt einen Teilbereich ansprechen, der heute noch nicht angesprochen worden ist, der mir aber sehr wichtig ist und am Herzen liegt und aus eigener Erfahrung und auch Tat mir vorliegt, den psychosozialen Versorgungsbereich der Kinder und Jugendlichen und des Familienbereiches. Das heißt, hier gibt es Erfahrungswerte aus der Region Feldbach, Fürstenfeld und Radkersburg, also einer Einwohnerzahl von rund 90.000 Einwohnern in einem sehr kleinen und überschaubaren Bereich.

Hier hat es sich gezeigt, dass relativ viele stationäre und damit auch sehr kostenaufwändige Fremdunterbringungen erfolgt sind, dass zum Beispiel in den letzten Jahren zunehmende ambulante Angebote, teilweise auch mit fragwürdiger Effizienz und verbesserungswürdiger Koordination, angestanden sind. Es gibt auch die Einrichtung für die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung an der Universitätsklinik Graz. Also die Einrichtung gibt es, aber die Versorgung fehlt noch zur Gänze. Es gibt aber auch eine mangelnde Qualitätskontrolle und -sicherung. Weiters – und das ist auch sehr wichtig – gibt es nur für eine kleine Zahl von schwierigen oder hoch schwierigen mehrfach kranken oder belasteten Kindern und Jugendlichen ein Großteil dieses Gesamtbudgets, das dafür aufgewendet wird. Das heißt, also mittelschwere und versorgungsbedürftige Minderjährige haben nicht die Chance, hier optimal versorgt zu werden.

Nur hier ein paar Punkte zu diesem psychosozialen Versorgungsbereich der Jugend und Familien.

Einen Teil möchte ich noch ansprechen und auch einen Entschließungsantrag einbringen, das ist das Jugendschutzgesetz, und zwar wurde schon im Jahre 1999 der Antrag von Landesrat Schützenhöfer eingebracht, die Jugend-Cards auszustellen und auszugeben.

Bisher wurden auch über 40.000 Jugend-Cards ausgestellt. Das ist auch ganz wichtig und dringend für unsere Jugend, zumal sie ja keine Ausweise mitführen, gerade ab dem 14. Lebensjahr beziehungsweise haben wir auch das Jugendschutzgesetz noch verschärft, weil es uns ja darum geht, den Alkoholmissbrauch einzudämmen. Das heißt, ein Thema, wo eben Jugendliche auch ihre Cards mitführen können und sollten.

Einen weiteren Grund, warum die Jugend-Cards immer wichtiger werden, sind natürlich auch Ermäßigungen, die sie erhalten. Aber wir haben im Jahr 2005 das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesenkt und auch hier ist beziehungsweise wäre dieser Ausweis von Vorteil, zumal ja nicht alle mit einem Reisepass herumfahren und herumspazieren.

Daher möchte ich den Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Tschernko und Gödl, betreffend die Steirische Jugend-Card.

Der Sozialbericht gibt einen Überblick über sämtliche Sozialleistungen des Landes Steiermark. Dazu gehören auch die Leistungen aus dem Steirischen Jugendschutzgesetz. In Wahrnehmung der Informationspflicht der Landesregierung werden jährlich 20.000 Jugendschutzfalter aufgelegt, die an Schulen, Jugendvereine, Eltern und Jugendliche verschickt werden.

Als weiteres Service und Informationsangebot der Steiermärkischen Landesregierung gibt es seit dem Jahre 1999 die Steirische Jugendkarte. Diese bietet den Jugendlichen diverse Vorteile und Ermäßigungen. Darüber hinaus gilt die Jugendkarte als amtlicher Lichtbildausweis. Mit der Steirischen Jugendkarte nimmt das Land Steiermark in Österreich eine Vorreiterrolle ein und wird damit auch den Anforderungen der EU-Charta zur Jugendinformation gerecht.

Bisher haben zirka 40.000 Jugendliche die Karte beantragt und es werden ständig mehr. Um die Finanzierung dieser Karte und das Angebot für die Jugendlichen auch für die Zukunft zu ermöglichen, muss deren Finanzierung sichergestellt werden. In den vergangenen Jahren wurde die Jugendkarte aus dem Jugend- und dem Sozialressort finanziert. Diese gemeinsame Finanzierung soll auch für die Zukunft sichergestellt sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzierung der Jugendkarte des Landes Steiermark aus dem Jugend- und Sozialressort sicherzustellen.

Das heißt, meine Bitte, behalten wir diese Vorreiterrolle in Österreich bei. Ich ersuche die beiden Landesräte, diese Jugend-Card zu finanzieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (14.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Über den Sozialbericht ist ja heute schon viel gesprochen worden. Und jeder, der sich diesen Bericht durchgelesen hat, hat damit eine klare Aufteilung bekommen, für was eigentlich das Sozialressort des Landes Steiermark zuständig ist, vor allem dann zuständig ist, wenn es um die Gruppe der Jugendlichen geht, denn hier zeigt der Sozialbericht ganz klar auf, welche Zuständigkeiten hier im Sozialressort zu finden sind. Die – unter Anführungszeichen – gesunden Jugendlichen fallen in den Bereich der Zuständigkeit der Landesrätin Edlinger-Ploder, die ja das Jugendressort innehat. Und all jene Jugendlichen, die Behinderungen aufweisen, die psychosoziale Defizite haben oder bei denen Interaktionen im Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes notwendig sind, fallen in die Zuständigkeit des Sozialressorts.

Warum betone ich das so? Der Herr Kollege Tschernko hat zuvor den Entschließungsantrag der ÖVP eingebracht bezüglich der finanziellen Sicherstellung der Jugend-Card Check-it. Ich denke schon, dass es sehr wichtig ist, um Transparenz zu schaffen, um Klarheit zu schaffen und um Zuständigkeiten abzugrenzen, einmal darauf hinzuweisen, wo liegen denn diese Zuständigkeiten? Und es wird damit sehr deutlich, dass der Jugendbereich in den Agenden der Landesrätin Edlinger-Ploder ist. Wenn es hierbei um Defizite geht, um Behinderungen geht oder um Interaktionen im Jugendwohlfahrtsbereich geht, dann ist es eine Zuständigkeit von Herrn Landesrat Flecker.

Im Hinblick auf diesen Entschließungsantrag der ÖVP wollen wir von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion keinesfalls die sinnvolle Maßnahme der Jugend-Card in Frage stellen. Im Gegenteil, es ist schon begründet worden und das ist im Antragstext auch sehr klar herausgekommen. Sie hat sich über Jahre etabliert, über 400.000 Jugendliche haben diese Check-it-Jugend-Card mittlerweile in ihren Taschen und es ist eine Servicekarte geworden, die nicht nur für jugendrelevante Angebote wichtig ist, wenn es um Vergünstigungen von Konzerten geht, sondern auch als Personalausweis dient. Ich glaube, man darf Birnen mit Äpfeln nicht verwechseln und sollte damit hier auch diese Trennung und Transparenz berücksichtigen, vor allem dann, wenn es um Zuständigkeiten der Finanzierungen geht. Deswegen werden wir heute von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion dem Entschließungsantrag der ÖVP nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass diese Trennung zwischen Sozialressort und Jugendressort auch hier in diesem Hohen Haus zu akzeptieren ist, wenn es um die Zuständigkeit von Jugendlichen geht und wir hierbei keine Zuständigkeit sehen.

Ich möchte aber nochmals abschließend betonen, es geht nicht um den Inhalt der Check-it-Jugend-Card, die wird von uns sehr begrüßt, aber sehr wohl um die Antragsformulierung im Antrag. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.42 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (14.42 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz auf eine Zeitungsmeldung Bezug nehmen. Herr Landesrat Flecker hat kürzlich einmal bedauert, dass im Bezirk Hartberg so wenig Geld für das Soziale ausgegeben wird, wo sich dann Herr Klubobmann Drexler veranlasst gefühlt hat zu meinen, dass hier jemand kritisiert wird, der sparsam wirtschaftet. In konkrete Zahlen gegossen heißt das Folgendes: In Hartberg werden zum Beispiel pro Kopf 2362 Schilling ausgegeben, das sind Zahlen aus dem Jahre 2001. Jüngere stehen mir leider nicht zur Verfügung. In Radkersburg 2768 Schilling, in Bruck an der Mur hingegen 6792 Schilling oder in Leoben 6031 Schilling. Was heißt das jetzt? Das heißt, dass es in diesen Gegenden, eben wie zum Beispiel Radkersburg und Hartberg, viel weniger Einrichtungen gibt für die Bevölkerung, viel weniger Beratungsstellen und so weiter. Also man könnte natürlich argumentieren, dort ist der Bedarf geringer. Aber ich glaube nicht, dass der Bedarf dort so viel geringer ist, dass diese Bezirke nur ein Drittel dieser genannten obersteirischen Bezirke ausgeben. Das ist unmöglich nachzuvollziehen.

Noch ein paar weitere Zahlen und da möchte ich darauf hinweisen, dass sich hinter diesen Zahlen konkrete Menschen verbergen. Heutzutage sind Schulabgängerinnen arbeitslos, weil die Unternehmen sich zunehmend weigern Lehrlinge auszubilden. In Österreich sind 6 bis 7 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren weder in Ausbildung, noch haben sie eine Arbeit. Man kann sich vorstellen, was das bedeutet für die soziale Integration dieser Jugendlichen, aber auch, was die Gefahr einer erhöhten Kriminalität bedeutet. Atypische Beschäftigungen nehmen zu, das heißt Leiharbeit, befristete Arbeit auf Abruf, unsichere Einkommensverhältnisse, stark schwankende Einkommen. Immer mehr müssen junge Menschen, aber auch fertige Akademiker und Akademikerinnen, sich von einem schlecht bezahlten Projekt zum nächsten hanteln oder zwei bis drei Mac-Jobs annehmen, um überleben zu können. Ich kenne selbst solche qualifizierten Menschen, die auf diese Art und Weise ihr Leben fristen müssen.

Im September 2003 hatten wir den Höchststand an Arbeitslosigkeit in Österreich, und zwar waren rund 250.000 Menschen ohne Arbeit. Wenn man die noch dazurechnet, die sich in Schulungen befinden und also nicht in die Statistik fallen, können wir davon ausgehen, dass derzeit etwa 300.000 Menschen in Österreich arbeitslos sind. Besonders betroffen sind die Jugendlichen und die 45- bis 50-Jährigen. Da weiß man wenigstens, was es für einen Sinn hat, das Pensionsantrittsalter zu erhöhen.

In Österreich hat die Arbeitslosigkeit um 4,4 Prozent im Vergleich zum September des Vorjahres zugenommen. In Graz, da kenne ich mich am besten aus, sind 10.112 Personen derzeit ohne Arbeit, nicht dazugerechnet die Personen, die sich in Schulung befinden. Das sind 4,6 Prozent mehr als im September des Vorjahres. Bei Männern stieg die Arbeitslosigkeit um 3,3 Prozent, bei Frauen sogar um 6,3 Prozent. Die Situation allein erziehender Menschen kann man nur folgendermaßen beschreiben: Alleinerziehende müssen um 66 Prozent mehr verdienen, um mit den traditionellen Familien gleichzuziehen oder mithalten zu können. Das Sozialbudget der Stadt Graz, wieder auf die Stadt Graz bezogen, um wieder etwas aufzuklären. In Wahrheit ist der Anteil des Sozialbudgets am Gesamtbudget nicht höher als 6 Prozent und da sieht man auch schon, wie ideologisch das ist, von diesem Riesenbrocken zu reden und man kann nur dort sparen, damit das Budgetdefizit gesenkt wird. 6 Prozent des Gesamtbudgets, das ist, glaube ich, wirklich nicht zu viel für das Soziale.

Derzeit sind rund 10 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet und auf Graz umgelegt sind es 24.000 Menschen. Sozial unterstützte Menschen gab es im Jahre 2000 4327 und jetzt sind es schon 4844. Mindestpensionisten und -pensionistinnen und Ausgleichszulagenbezieher gibt es laut Auskunft der verschiedensten Pensionsanstalten in Graz rund 10.000 bis 12.000. Was heißt das? Das heißt, dass 5 Prozent aller Grazerinnen und Grazer, wenn sie allein sind, von 643,54 Euro und zu zweit von 965,53 Euro leben müssen. Hinter diesen trockenen Zahlen verbergen sich zahllose menschliche Schicksale und ich glaube, wir haben die Pflicht als Politiker und Politikerinnen zu sehen, dass wir den sozialen Standard in Österreich nicht nur halten, sondern auch verbessern können. (Beifall bei der SPÖ. – 14.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mag. Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.48 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Frau Kollegen Dr. Reinprecht, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das Wort ergriffen haben und auf diese Geschichte Hartberg zu sprechen gekommen sind. Ich möchte da doch in aller gebotenen Kürze, um die Debatte nicht über Gebühr zu verlängern, schon eines sagen. Denn genau das, was Sie gesagt haben, war das, was ich kritisiert habe und ich glaube, das ist auch noch immer zu kritisieren. Denn wenn die Pro-Kopf-Ausgaben im Bezirk Hartberg eben so viel geringer sind als im Bezirk Bruck an der Mur und im Bezirk Leoben oder sonst irgendwo – und Landesrat Flecker hat ja selbst eine Studie in Auftrag gegeben, wo die Kostenentwicklungen in unterschiedlichen Sozialhilfeverbänden minutiös dargestellt wurden, wo wir auch die Entwicklung gesehen haben, dass Bruck an der Mur die stärkste Steigerung gehabt hat im Beobachtungszeitraum, Deutschlandsberg als zweiter Bezirk, der beobachtet wurde, so eine mittlere und Hartberg die flachste Kurve gehabt hat –, dann heißt das für mich zu allererst einmal nicht, dass es in Hartberg unsozial ist, sondern dass in Hartberg gut gewirtschaftet worden ist. Und dieses Grundverständnis sollten wir auch in dieser gesamten Debatte, glaube ich, nach außen tragen. Denn so einfach kann man es sich nicht machen, dass man sagt, dort, wo am meisten Geld

pro Kopf ausgegeben wird, ist es automatisch am sozialsten und dort ist die soziale Gerechtigkeit am meisten verwirklicht. Das ist sicher nicht so der Fall. Denn es gibt sicher auch die anderen Dinge, die man in die Überlegungen mit einbeziehen muss, nämlich wird dort effizient gearbeitet? Es mag schon sein, dass es viele Einrichtungen in Bruck an der Mur gibt. Ich kann mich selbst erinnern, einmal bei einer Besprechung gesessen zu sein, wo der Bürgermeister Rosenberger, der auch Vorsitzender des Sozialhilfeverbandes in Bruck an der Mur ist, wehmütig gesagt hat, naja, es hat eben Zeiten gegeben, da haben wir Woche für Woche oder Monat für Monat eine Einrichtung eröffnet und jetzt müssen wir alles bezahlen. Das hat auch nicht von besonderer Überzeugung gezeugt, dass er damit glücklich ist. Das heißt, die bloße Zahl, wie viel Geld ich pro Kopf ausbebe, sagt noch überhaupt nichts darüber aus. Ich war zweimal im Sommer im Bezirk Hartberg unterwegs und habe mir mit Verantwortungsträgern vor Ort sehr viele Einrichtungen auch im Bezirk Hartberg angesehen, habe mir erzählen lassen, wie dort einzelne Beratungen an der Bezirkshauptmannschaft stattfinden und dergleichen mehr und die sind von der Überlegung getragen, die teurere Maßnahme im Zweifel erst als zweite oder dritte Maßnahme zu setzen, und nicht von vornherein einfach mir nichts, dir nichts das, was irgendwelche Träger anbieten oder sonst irgendwie jemandem zu Gesicht steht, koste es, was es wolle, einzusetzen.

Dort wird verantwortungsvoll gearbeitet, im Bezirk Hartberg, und dort wird effizient gearbeitet und dort wird in jedem Fall auch sozial gearbeitet. Damit da überhaupt kein Zweifel aufkommt, deswegen ist mir das wichtig darauf hinzuweisen.

Es ist zwar heute schon gesagt worden, dass wir ein Budget mit Sozialschwerpunkt auch wahrscheinlich im Dezember beschließen werden. Ja, Gott sei Dank ist das so. Aber dann tun Sie nicht bei jeder Gelegenheit erklären, wie furchtbar und wie grauslich die Welt ist, tun Sie nicht bei jeder Gelegenheit erklären, was wir für ein Armenhaus sind.

Im Gegenteil, die Steiermark ist weder ein Armenhaus, noch ein Land, dem es an Dynamik mangeln würde und erst recht kein Land, dem es an sozialem Empfinden, von der politischen Spitze angefangen, mangeln würde. Ganz im Gegenteil, dies ist ein soziales und gleichzeitig Gott sei Dank starkes Land. Und das lassen wir uns nicht bei jeder Gelegenheit madig machen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Flecker.

Landesrat Dr. Flecker (14.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich danke Ihnen recht herzlich für jede einzelne Wortmeldung. Ich glaube, generell soll man nur sagen, dass wir Sozialpolitik als eine Aufgabe der Offensive auf Basis gesellschaftspolitischer Verpflichtungen zu sehen haben, und nicht als eine Materie, die an den Auswirkungen eines oft unmenschlichen Systems, das Abhängigkeiten schafft, herumbastelt. Sozialpolitik darf nicht Defensivpolitik sein! Sozialpolitik muss in einer humanitären Gesellschaft offensiv sein! Und es muss das humane Argument allemal das rein ökonomische Argument schlagen!

Lassen Sie mich auf ein paar Bemerkungen eingehen, die in der Debatte gefallen sind. Es ist solch eine Vielzahl an Debattenbeiträgen gewesen, dass ich nicht auf jede einzelne Angelegenheit eingehen kann, aber einige Fragen sind, glaube ich, erwähnenswert.

Herr Abgeordneter Hammerl – ich habe Sie gesehen (Abg. Hammerl: „Hier bin ich!“), trotzdem, aber ich schaue relativ tief – Sie haben die Pflege angesprochen und Sie haben gesagt, wir haben in etwa 80 Prozent der Betreuten in privater Pflege. Jetzt sage ich, ist das auf den ersten Blick durchaus etwas, was uns entlastet, ist das auf den ersten Blick durchaus etwas, wo wir sagen können, das könnte ein Ansatz dafür sein, dass wir annehmen können, dass die Familie oder gar Großfamilie funktioniert. Meine Damen und Herren, wir sollten uns, glaube ich, da nicht nur in den eigenen Sack lügen. Bei allem Anerkenntnis für die aufopfernde Pflege zu Hause müssen wir heute natürlich schon eines mit bedenken, dass wir hier vor allem konfrontiert sind mit Situationen, wo Frauen als Schwiegertöchter oft nicht ganz freiwillig dazu verhalten werden, den Schwiegervater, die Schwiegermutter zu pflegen, dass solche Situationen oft dazu führen, dass aus einem Spannungsfeld und aus einer Überforderung durchaus Aggressionen und Missstände entstehen. Diese 80 Prozent, Herr Kollege Hammerl, die kommen nicht an die Öffentlichkeit. Diese 80 Prozent können nicht kontrolliert werden. Und ich bin auch sicher, dass eine große Mehrheit funktioniert. Nur sozusagen sich auf das verlegen und zu sagen, was hinter der Familientüre passiert, geht uns nichts mehr an und ist in Ordnung und alles andere kommt nur teuer, das kann es wohl nicht sein. Und vor allem würde ich es aus frauenpolitischer Sicht für unverantwortbar sehen, wenn wir diesen sanften Druck auf die Frauen, in Pflege hineingezwungen zu werden, noch verstärken würden, als weiterhin oder in Zukunft den Frauen die Entscheidung persönlich zu überlassen, ob sie Beruf ausüben wollen oder ob das wirklich die eigentliche aufopferungsvolle Pflege ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, es gehört ein Zweites noch dazu, wenn man das Pflegeproblem betrachtet. Wir haben es heute damit zu tun, dass wir die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Pflegeheimen bei zwei Jahren in etwa haben. Ja, meine Damen und Herren, Sie wissen, das heißt vom Hineinkommen ins Pflegeheim bis zum Tod liegen im Schnitt zwei Jahre. Das heißt, es sind höchst schwierige Fälle, die bereits in das Pflegeheim hineinkommen und diese haben in Wirklichkeit nicht mehr die Möglichkeit, die im Durchschnitt nur mehr zwei Jahre ihres Lebens dort verbringen, neue gesellschaftliche Kontakte zu finden, einen neuen Lebensabschnitt zu führen. Sie haben in Wirklichkeit – und seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich das so sage, und das ist natürlich überzogen dargestellt –, aber Sie haben mit einer derartigen Trennung zwischen Pflege außerhalb und stationärer Pflege letztlich nichts anderes als eine Ghettoschaffung. Und wenn Sie mir das böse Wort „Siechenhaus“ nicht zu streng auslegen,

dann ist es doch eine Entwicklung dort hin, dass ich nur mehr die schwersten Fälle in stationärer Pflege habe und professionelle stationäre Pflege nur mehr darauf ausgerichtet ist. Und das, meine Damen und Herren, kann es nicht sein.

Wir müssen einen Weg suchen, dass wir für den Menschen nach dem normal erwarteten gesunden Alter, das dann ab 75 so in das Alter der älteren Pflegebedürftigen übergeht, sanfte Formen finden, die den Menschen noch die Möglichkeit geben, neue gesellschaftliche Kontakte zu knüpfen, sich auf diesen Lebensabschnitt vorzubereiten und sie nicht hinter den verschlossenen Türen zu halten, sondern das Ganze in einem angenehmen Umfeld zu gestalten. Und da muss uns etwas einfallen. Das Gelbe vom Ei haben wir noch nicht. Aber wir müssen sanfte Übergangslösungen finden, die wir auch finanzieren werden und finanzieren können.

Da sage ich, auch wenn man das unter Umständen bewusst falsch verstehen kann, das Pflegegeld ist eine großartige soziale Einrichtung, aber – das ist bei Ihnen angeklungen – das Pflegegeld ist natürlich auch etwas, was zweckentsprechend eingesetzt werden muss. Das Pflegegeld darf nicht dem Mann das Argument geben, liebe Frau, du bleibst zu Hause, wir kriegen das Pflegegeld, das wird zum Familieneinkommen und dafür musst du den Schwiegervater pflegen. Meine Damen und Herren, so eingesetzt und noch verstärkt in der politischen Diskussion – ich erinnere an Kärnten in letzter Zeit – so eingesetzt gehen wir an einem humanen Zugehen vorbei.

Darum meine ich auch, dass Pflege mehr denn je zur gesellschaftlichen Aufgabe wird, dass Pflege auch für den zu Pflegenden im Alter Rechte statuieren muss, auch, wenn Sie so wollen, versicherungsrechtliche Ansprüche schaffen muss. Wenn wir uns ehrlich auseinander setzen, müssen wir uns à la longue gesehen mit dem Thema Pflegeversicherung auseinander setzen (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.), und zwar öffentliche Pflegeversicherung als Pflichtversicherung.

Und dass die Kassen natürlich nicht mit den derzeitigen Beiträgen dort auskommen können aus der Krankenversicherung, muss uns auch klar sein. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir die Pflegeversicherung andenken, haben wir erstens einmal einen ganz anderen Anspruch desjenigen, der einmal der Pflege bedarf, und nicht Verlegenheitslösungen und zum Zweiten, denken wir doch nach über die daraus resultierenden Synergien. Wenn ich den Krankenversicherer ident habe mit dem Pflegeversicherer, kann ich ganz bestimmt Synergien nützen und kann ich vor allem das Abschieben von einem Kostenträger zum anderen Kostenträger vermeiden. Ich glaube daher, dass wir unbefangen an dieses Thema herangehen, wir letztlich um diese Frage nicht mehr herumkommen. Herr Kollege Hammerl, Sie haben auch über Berufsbilder und Ausbildung gesprochen. Das Problem ist nahezu vor dem Abschluss einer 15a-Vereinbarung und wir sind da, so meine ich, auf einem guten Weg. Ich meine, dass wir, wenn wir diese Diskussion ernsthaft führen und sie dann auf diverse tagespolitische und von einem Journalisten offenbar missverständene Äußerungen eingehen oder sagen, dass das Soziale der Kostentreiber in unserer Gesellschaft ist, dann haben Sie den Notstand der Glaubwürdigkeit und ich glaube nicht, dass Sie sich das selbst verdient hätten, sondern dass an sich eine ernsthafte Diskussion über solche Themen auch ohne Weiteres ohne derartige Bemerkungen ausgekommen wäre.

Frau Kollegin Graf – ja, Sie sind da, schön – ich sage noch einmal, wir haben im Sozialbereich die dreijährige, als Erster übrigens, wir waren die Ersten, die das gemacht haben in diesem Lande, die dreijährige Festschreibung von Basissubvention. Wenn Sie sagen, dass das nicht jedes Projekt kriegt, dann bin ich auch bei Ihnen, dass das nicht so sein kann, denn eine Basissubvention, Frau Graf, hat zum Inhalt, dass ich eine dauernde Einrichtung in ihren substanzialen Werten absichere, während ich jährliche Projekte auch jährlich zu bezahlen habe. Und auch das Kulturreisort geht so vor. Wenn Sie das System verstanden haben und ich habe jetzt versucht, es Ihnen wieder einmal zu erklären, dann werden Sie auch in Hinkunft es nicht mehr notwendig haben etwas zu fordern, was es tatsächlich gibt.

Frau Abgeordnete Wicher, zuerst eine Antwort auf eine Frage. Die Frage des Umgehens mit dem IHB. Die Situation ist zurzeit so, dass auf beamteter Ebene zwischen dem Sozialministerium und der Fachabteilung 11A in diesem Fall abgeklärt ist, dass das Sozialministerium über das Bundessozialamt diesen mobilen Dienst zur Verfügung stellt und dass wir sehen werden, welcher Mehraufwand im Verhältnis zu dem, was derzeit schon auf Grund dieses Einsatzes notwendig ist, entsteht. Wir versuchen dann auf Grund der Erfahrungen zu einer Pauschalierung der Kosten zu kommen. Ein Zweites, ich bin so wie Sie der Meinung, dass die Behindertenmilliarde aus der Unfallrentenbesteuerung bezahlt wurde, die ja jetzt wegfällt, trotzdem weitergeführt werden muss, weil wir ganz sicher nicht in der Lage sind, die Kosten und diese Beträge aus dem Landesbudget zu übernehmen. Ich sage dazu, dass es ohnehin nur in das Ressort des Kollegen Paierl gefördert wurde, da es Behinderte im Verhältnis zur Arbeit als Inhalt und Schwerpunkt gegeben hat und ich bin in einem nicht Ihrer Meinung. Das, was Sie als Verzettelung bezeichnen, halte ich unter Umständen für zum Teil sehr wichtig, weil wir nur ein Segment der Behindertenarbeit mit einer Milliarde oder mit solchen externen Mitteln vom Bund fördern, dann übersehen wir andere wichtige Elemente der Behindertenarbeit. Warum nicht auch Behinderte und Kultur, warum nicht auch Behinderte, was Sie angesprochen haben, Behinderte und Behindertenselbstbestimmung? Ich glaube, wir sollten diese eindimensionalen Programme vergessen und es wäre dem Bund gut geraten, erstens einmal die Behindertenmilliarde zu verlängern und zweitens etwas mehr Spielraum in den Förderungsrichtlinien zu lassen.

Herr Kollege Tschernko, Gleichstellung der Sozialgesetze. Wissen Sie, wenn die Sozialgesetzgebung zum Bund gehen würde, auch in den Bereichen, die die Länder jetzt betreffen, da habe ich natürlich einen völlig anderen Zugang als Sie. Ich finde es schädlich, weil dort sitzt ein anderer Sozialminister als hier ein Soziallandesrat, also die Qualität würde nicht aufrecht erhalten werden können. Es würde nur Sinn machen, wenn wir

die steirische Qualität als Mindestlatte legen würden. (Beifall bei der SPÖ.) Zur Jugend-Card sage ich Ihnen eines. Eine Karte kostet 2 Euro. Die Jugend-Card möge eine gute Sache sein, weil sie auch mit Benefizien verbunden ist, aber wenn schon finanziert, dann aus dem Jugendressort, und nicht aus dem Jugendwohlfahrtsressort. Das ist wohl eindeutig.

Zum Schluss zum Kollegen Drexler. Herr Kollege Drexler, es ist eine rein logische Erklärung, wenn in einem Bezirk das Dreifache ausgegeben wird pro Einwohner für Soziales, dann ist anzunehmen, dass dort die Versorgung eine bessere ist, es sei denn, Sie unterstellen, man schmeißt das Geld dort hinaus. Aber das, glaube ich, kann man doch nicht, nachdem Sie auch so einen positiven Zugang zum Sozialen haben, also scheint mir doch eher das Minimalisieren dort angesagt zu sein. Und wenn ich rein quantitativ an das herangehe – ich unterstelle Hartberg nicht, dass es nicht ausreichend ist –, aber wenn ich zum Beispiel zwischen Bruck und Hartberg vergleiche, die Bevölkerungszahl ist verschieden. Ich weiß, du leidest darunter, dass du einen Sozialsprecher bei der ÖVP gehabt hast, der zugleich Sozialreferent auf der BH war und dort wahnsinnig hinuntergespart hat, der Kollege Lopatka im Übrigen. Wenn wir jetzt die Einrichtungen vergleichen, wir haben in Bruck zwölf Behinderten-einrichtungen, in Hartberg acht, wir haben in Bruck neun Pflegeheime, in Hartberg vier. Das mag auf Grund der Bevölkerungszahl sein, aber ich habe zum Beispiel bei den Pflegeheimen – und ich sage es da andeutungsweise – das Problem irgendeines Schließen-Könnens, sollte es dem Standard nicht entsprechen. Ich hoffe, ich habe mich deutlich genug ausgedrückt. Ich glaube, Hartberg hätte nicht einmal diese Ausgaben im Sozialen pro Person, wenn sich nicht dort der Herr Bezirkshauptmann seine persönlichen Denkmäler setzen würde.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, wir sollten uns das nicht gegenseitig um die Ohren schmeißen. Ich glaube, das Soziale sollte einen Weg finden, der sich nicht in gönnerhaften Aussagen hinsichtlich des Sozialbudgets erschöpft oder der zu billigen parteipolitischen Polemiken dient, sondern ich glaube, dass die Menschen, die von unserer Sozialpolitik abhängig sind, meistens solche sind, die sich nicht wehren können und bedauerlicherweise werden es immer mehr und die haben es sich verdient, dass wir nicht auf ihren Rücken unseren Streit austragen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, zum Tagesordnungspunkt 8 hat es insgesamt 13 Wortmeldungen gegeben. Es liegt nunmehr keine mehr vor.

Bevor ich zu der Abstimmung komme, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse der HTBLA Ortwein unter der Leitung von Herrn Professor Mag. Dr. Walter Grosshaupt.

Ich begrüße weiters die Schülerinnen und Schüler des Bischöflichen Gymnasiums Graz (Wahlpflichtfach Geschichte) unter der Leitung von Herrn Mag. Peter Feldhofer. (Allgemeiner Beifall.)

Ich komme nun zu den Abstimmungen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Finanzierung der Steirischen Jugendkarte, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend Aktive Arbeitsmarktpolitik statt AMS-Kürzungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

9. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1202/2, zum Beschluss Nr. 969 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003 über den Antrag der Abgeordneten Ferstl, Stöhrmann, Hammerl und Dietrich, betreffend einen bundesweit gültigen Seniorenausweis.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (15.13 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Die Steiermärkische Landesregierung wurde mit diesem Antrag aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, einen bundesweit gültigen Seniorenausweis zu schaffen.

Ein Schreiben an die Bundesregierung wurde am 26. August 2003 folgend beantwortet:

„Es darf im Zusammenhang mit der Einführung eines Seniorenausweises darüber informiert werden, dass seitens des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz dazu bereits erste Aktivitäten gesetzt wurden. Es ist beabsichtigt, alle Seniorenreferentinnen und Seniorenreferenten der Bundesländer zu einem Gespräch einzuladen, um die bereits von einzelnen Bundesländern gemachten Erfahrungen einzuholen und die weitere Vorgangsweise zu diskutieren.“

Dem Anliegen, die Schaffung eines bundesweiten Seniorenausweises zu unterstützen, werde ich gerne nachkommen, wobei mir – schreibt Bundeskanzler Wolfgang Schüssel – „ein einvernehmliches Vorgehen gemeinsam mit den Bundesländern besonders wichtig ist.“

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 969 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003 über den Antrag der Abgeordneten Dietrich, Stöhrmann, Hammerl und Ferstl, betreffend einen bundesweit gültigen Seniorenausweis, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (15.14 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Ferstl. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort. Bitte.

Abg. Ferstl (15.15 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren, verehrte Zuhörer!

Es freut mich natürlich sehr, wenn ein derartiger gemeinsamer Beschluss des Landtages Früchte trägt und relativ schnell mit einer Mitteilung des Kanzleramtes zu uns ein positives Ziel erwarten lässt.

Allerdings wäre genau genommen nicht Senioren-Card oder Seniorenausweis der richtige Name, sondern Pensionisten/Pensionistinnenausweis, da die Senioreneigenschaft aus dem Alter eines jeden Menschen, aus jedem Ausweis ersichtlich ist, aber ein Senior noch nicht unbedingt arbeitbefreit ist und er noch immer in Beschäftigung sein kann. Aber das wird das einvernehmliche Vorgehen, das die Bundesregierung verlangt, sicherlich klären.

Es gibt dazu aber auch noch zu erwähnen, dass es in Europa bereits eine Organisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ruhestand gibt. Diese Organisation wurde vor zehn Jahren gegründet und vertritt die Rentner und älteren Menschen bei allen europäischen Institutionen, bei der EG-Kommission, beim Ministerrat, bei der EFTA, beim Europarat, dem Europaparlament sowie dem Wirtschafts- und Sozial-Ausschuss. Ziel dieser Organisation ist die Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen, Bekämpfung der Armut und Ausgrenzung der alten und älteren Menschen durch die Einführung eines Mindesteinkommens auf europäischer Ebene und einer Mindestrente auf der Grundlage des nationalen Pro-Kopf-Bruttoinlandsproduktes, eine garantierte universelle Pflegeversicherung für pflegebedürftige alte Mensch sowie das Recht auf eine Wohnung.

Dazu passt dieser von uns beschlossene Antrag für das Ausstellen einer Senioren-Card oder eines Pensionistenausweises hervorragend.

Der Staatssekretär der Freiheitlichen Partei Waneck hat auch dazu bereits eine realistische, visuelle Zukunftsvision angeboten, und zwar sollte in diesem Seniorenausweis auch der Krankenschein, der ja bekanntlich jetzt schon in einer Kreditkarte für die nächste Zeit integriert werden kann, eingebaut werden. Das wäre unser Ziel.

Und noch etwas, im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir über Flat Tax diskutieren, reden und denken sollen. Ich danke Ihnen vielmals! (Beifall bei der FPÖ. – 15.18 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt 9 liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 10 bis 12 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1452/1, betreffend den Bericht über die Außenbeziehungen des Landes Steiermark in den Jahren 2000 und 2001.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Josef Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (15.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich darf Ihnen den Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1452/1, betreffend den Bericht über die Außenbeziehungen des Landes Steiermark in den Jahren 2000 und 2001, bringen.

Der Bericht wurde im Ausschuss zur Kenntnis genommen und ich bitte auch, dass der Steiermärkische Landtag heute den Bericht zur Kenntnis nimmt. Ich bitte um Annahme. (15.19 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 884/3, zum Beschluss Nr. 607 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Selbstständigen Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Grabner, Lafer und Lechner-Sonnek, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration – Bericht betreffend die Entwicklungszusammenarbeit.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Wolf Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rauch (15.20 Uhr): Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 884/3, zum Beschluss Nr. 607 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Selbstständigen Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Grabner, Lafer und Lechner-Sonnek, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration, Bericht, betreffend die Entwicklungszusammenarbeit.

Zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages, betreffend die Entwicklungszusammenarbeit, wurde Folgendes ausgeführt. Ich fasse hier kurz zusammen:

Das Projekt „Fairer Handel“ ist eine entwicklungspolitische Initiative, die darauf abzielt, Fairness und Solidarität in den Handelsbeziehungen mit den Ländern der Dritten Welt zu fördern.

Als Projektziel wurde „die Darstellung der Möglichkeiten, inwieweit das Prinzip des Fairen Handels bei den öffentlichen Ausschreibungen des Landes Steiermark berücksichtigt werden kann“ festgelegt.

Zum Arbeitsgruppen- und Projektleiter wurde Hofrat Dr. Ernst Burger bestellt. Das Ergebnis zweier Sitzungen und Workshops ist kurz zusammengefasst Folgendes:

Der Konsum von Produkten mit dem FAIRTRADE-Siegel wird durchaus beworben und empfohlen. In der Kantine der Grazer Burg werden Kaffee und Schokoladen aus dem FAIRTRADE-Bereich probeweise alternativ zum Verkauf angeboten. Ansonsten ist es jedoch nicht möglich, beim Ankauf der Lebensmittel Produkte des Fairen Handels zu bevorzugen, da die Betriebskantine die Betriebsmittel nicht aus Geldern der öffentlichen Hand anschafft, sondern lediglich aus den von den Gästen erzielten Beträgen.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurde weiters die Anregung aufgegriffen, die Heißgetränkeautomaten in den Dienststellen auf Produkte des fairen Handels umzustellen. Im Beschluss wurde die Landesregierung weiters aufgefordert im Landesvoranschlag die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit um 100.000 Euro zu erhöhen. Dazu wird angegeben, dass der Budgetansatz „Förderung der Entwicklungszusammenarbeit“ im Budgetjahr 2003 von 149.100 Euro auf 219.700 Euro angehoben wurde. Diese Erhöhung um 70.600 Euro ist erfreulich, weil dadurch zusätzliche Produkte zur Bekämpfung der Armut in Ländern des Südens gefördert werden.

Abschließend wird angegeben, dass mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 8. Juli 2002 ein Schreiben an die österreichische Bundesregierung gerichtet wurde, betreffend die Entwicklungszusammenarbeit bis 2010. Seitens des Bundeskanzleramtes wurde dazu angegeben, dass die gezielte Umsetzung des neuen Entwicklungszusammenarbeitengesetzes ein wichtiges Anliegen ist. Es wird danach getrachtet, die österreichischen Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2006 auf 0,33 Prozent des BNE anzuheben, um damit auch Österreichs Verpflichtung im EU-Rahmen sicherzustellen. Die politische Zielvorgabe von 0,7 Prozent ist weiterhin aufrecht, Versprechungen hinsichtlich ihrer Erreichung können derzeit nicht gegeben werden.

Es wird der Antrag gestellt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (15.23 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1460/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2003 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (15.24 Uhr): Meine Damen und Herren!

Namens des Ausschusses für Europäische Integration berichte ich über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1460/1, über den zweiten Vierteljahresbericht 2003 über den Stand der Europäischen Integration.

Dieser zweite vorliegende Vierteljahresbericht gibt uns wie immer einen Überblick über den Stand der Integration und ist im Kapitel I, Erweiterung mit den Unterkapiteln Vorbereitungsarbeiten für die Erweiterung und steirische Aktivitäten. Kapitel II, westlicher Balkan, Kapitel III, aktueller Stand der Umsetzung des Weißbuches „Gutes Regieren“ – ein Überblick, Kapitel IV Umweltlobbying der Regionen Brüssel –, Steiermark vertritt die österreichischen Länder in EPRO und Kapitel V Wichtige Maßnahmen und Ereignisse des Europäischen Rates beziehungsweise auf Europäischer Ebene seit April 2003.

Meine Damen und Herren, Sie haben diesen Bericht alle persönlich zur Kenntnis bekommen. Ich bitte um Kenntnisnahme. (15.25 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir haben bereits einige Wortmeldungen. Ich darf die Klubobleute des Landtages darauf hinweisen, dass die Präsenz mangelhaft ist. Ich bitte Sie dafür zu sorgen, dass wir auch beschlussfähig sind.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Grabner. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort, danach Frau Abgeordnete Zitz.

Außerdem vielleicht noch eine kleine Ergänzung. Es dürfte einigen Damen und Herren entgangen sein, dass die Landtagssitzung noch in vollem Gange ist.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (15.25 Uhr): Herr Präsident!

Auch ich bin der Meinung, dass Fragen der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch Fragen des fairen Handels und der steirischen Außenbeziehungen unsere ganze Aufmerksamkeit verdienen, umso mehr als wir uns in allen Bereichen mit Beschlüssen des Landtages zu Wort gemeldet haben und dafür gesorgt haben, dass wir von den zuständigen Ressorts und Beamten laufend, also quartalsmäßig oder nunmehr im Bereich Außenbeziehungen erstmalig und im Bereich Entwicklungszusammenarbeit auch erstmalig uns mit entsprechenden Berichten informieren können. Es erscheint deshalb wichtig, weil wir uns bei dieser Gelegenheit auch darüber informieren können, ob wir in der Umsetzung unserer Landtagsbeschlüsse und der Wünsche, die wir hier gemeinsam an die zuständigen Ressorts herangetragen haben, auch wirklich ernst genommen werden und da habe ich so meine Zweifel. Ich hoffe, dass das, was hier zum Thema Entwicklungszusammenarbeit vom Berichterstatter zur Kenntnis gebracht wurde, auch tatsächlich seinen Niederschlag findet, denn hier erinnere ich an den Folgebeschluss nach unserer Enquete hier im Landtag, indem es zumindest außer dem Schreiben an die Bundesregierung, das natürlich ergangen ist, ans Eingemachte, sprich ans Geld geht. Wir stehen in diesen Stunden vor dem endgültigen Werden eines neuen Budgets und ich gehe davon aus, dass in diesem Budget das seinen Niederschlag findet, was hier in der Vorlage auch zugeordnet und auch zugesagt wurde, wenn es im Teil II dieses Berichtes heißt, es geht um eine Erhöhung des entsprechenden Budgetansatzes um 100.000 Euro und 2005 um die doppelte Höhe von 2002. Eine Beschlusslage, die wir haben und es wird an uns liegen, sorgsam zu wachen und darauf zu achten, dass dieses auch tatsächlich im Budget seinen Niederschlag findet. Die Anwesenheit des zuständigen Landesrates Paierl in der letzten Beiratssitzung lässt mich hoffen und erwarten, weil ja noch einmal dort genau darauf aufmerksam gemacht wurde, dass das bei der Budgetierung auch tatsächlich seinen Niederschlag findet, denn nur dann können wir das Gefühl haben, eine Landtagsenquete zu diesem Thema hat Sinn gemacht, ein einstimmiger Antrag des Landtages wurde von der Exekutive auch tatsächlich beachtet.

Umso wichtiger sind diese quartalsmäßigen Berichte, in denen wir auch ständig darauf aufmerksam gemacht werden, wie steht es denn um die Rechtsanpassung in unserem Lande im Hinblick auf die Europäische Integration. Hier finden wir in dem diesmal 57 Seiten umfassenden Bericht, der aktuell ist, wie immer lobenswert, unter anderem auch Hinweise, die für uns nicht ganz uninteressant sein dürften. Wenn ich denke, dass zum Thema Europäisches Weißbuch über gutes Regieren so etwas wie sieben Gebote des guten Regierens angeführt sind, noch dazu, wo der Hinweis drinnen steht, dass das insbesondere den Regierungen der Regionen und Kommunen ans Herz gelegt sein möge, dann hoffe ich, dass wir das gemeinsam uns ganz genau angeschaut haben, wo es also um Partizipation geht, wo es um Verantwortlichkeit geht, um Offenheit und Kohärenz, um Subsidiarität und demokratische Legitimität. Nicht immer und nicht bei allen Beschlüssen und Aktionen, die wir in den letzten Zeiten verfolgen mussten, orte ich die Umsetzung all dieser Ansätze und Gebote für gutes Regieren. Wenn ich in diesem Vierteljahresbericht, in diesem Quartalsbericht unter anderem auch von der Tagung des Rates Verkehr lese, der zweimal heuer, einmal im Mai und einmal im Juni, in Brüssel getagt hat und wie sehr man sich dort um dieses Thema bemüht auf dem Europäischen Parkett, dann komme ich nicht umhin, in diesem erfreulicherweise sehr umfassenden 104 Seiten starken Bericht über unsere Außenbeziehungen eines schon bemerken zu müssen, dass dem Ur- und Kernthema regionaler Gemeinsamkeiten, nämlich der Frage des Verkehrs unter den Regionen und unter benachbarten Regionen und Nationen insgesamt auf einer Seite neun Zeilen gewidmet sind, dem Eisenbahnverkehr überhaupt keine Zeile.

Dem Eisenbahnverkehr überhaupt keine Zeile, so dass wir uns vor diesem Hintergrund gestattet haben, einen Entschließungsantrag dahin gehend zu formulieren, dass wir die Landesregierung auffordern – und ich lade Sie dazu ein, das gemeinsam zu machen in Ergänzung zu diesem vorliegenden Bericht über die Außenbeziehungen des Landes Steiermark –, einen Spezialbericht, also eine Ergänzung mit den Schwerpunkten Straßen- und Schieneninfrastruktur nach Möglichkeit innerhalb von drei Monaten nachzureichen.

Ich denke, diesem Thema, das das klassische Thema der interregionalen Kooperation und der Internationalität ist, müsste man auch in diesem Bericht die entsprechende Aufmerksamkeit widmen. Wir ersuchen Sie, diesem unserem Entschließungsantrag beizutreten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.32 Uhr.)

Präsident: Die Frau Abgeordnete Zitz hat sich gemeldet. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort. Danach bitte dann Herr Abgeordneter Lafer.

Abg. Mag. Zitz (15.32 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat Erlitz! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Ich möchte mich in meiner Wortmeldung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten auf einen scheinbar sehr traditionellen, aber trotzdem sehr zeitgemäßen Punkt beziehen, nämlich auf die Frage des „fairen Handels“ mit der so genannten „Dritten Welt“. Kritischer Konsum hat eine lange Tradition in Europa, in Österreich und in der

Steiermark. Diese basiert sehr stark auf der ehrenamtlichen Arbeit von Leuten, die sich aus ethischen, aus wirtschaftspolitischen, aus sozialpolitischen globalen Überlegungen heraus eine andere Verteilungsgerechtigkeit zwischen dem Süden und dem Norden dieser Welt wünschen. Ein guter Teil dieser Leute war engagiert bei der Vorbereitung einer Landtagsenquete im Jahr 2002 zum Thema Entwicklungszusammenarbeit. Und ein Resultat dieser Enquete, wo sich Fachleute mit Landtagsabgeordneten und mit den Fachleuten aus der Verwaltung zusammengesetzt haben, war ein Allparteienbeschluss, was mich sehr gefreut hat, wovon ein Teil sich darauf bezogen hat, ich zitiere, dass „mindestens 25 Prozent der über das öffentliche Beschaffungswesen eingekauften Produkte, die auch im Fernhandel bereitgestellt werden, aus diesen zu beziehen sind“. Darauf bezieht sich der vorliegende Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit. In diesem Zusammenhang möchte ich herausstreichen und ich spreche hier jetzt nicht nur als Parteipolitikerin, sondern ein bisschen auch als engagierte Person, die viele Kontakte hat mit Leuten, die sich mit globalen Anliegen auseinandersetzen, ob das ATTAC ist, der Verein Südwind, der Weltladen oder das Welthaus, Lateinamerika-Komitee und so weiter. Diese Gruppen und Fachleute machen uns immer wieder darauf aufmerksam, dass es eine ganz massive öffentliche Vorbildwirkung des Landes Steiermark gibt bei der Umsetzung der FAIRTRADE-Idee im Sinne des Europäischen Parlaments, das nämlich festhält: „Fairer Handel ist die effizienteste Form der Entwicklungsförderung!“ Und es ist ziemlich egal, welche Art von Austauschbeziehung es ist, grundsätzlich geht es darum, dass man respektvoll mit Leuten umgeht, die für uns Waren produzieren und dass man diesen Leuten schlichtweg einen fairen, nachvollziehbaren, transparenten Preis für ihre Produkte zahlt. Dieser Maßstab der Verteilungsgerechtigkeit wird, bezogen auf Produkte aus der Dritten Welt, systematisch und höchst ausbeuterisch seit vielen, vielen Jahrhunderten nicht umgesetzt. Unser Antrag geht genau in die Richtung, ich werde ihn jetzt konkret formulieren, dass FAIRTRADE die Möglichkeit bietet, mit Maßnahmen auf der Landesebene Bürger und Bürgerinnen zu ermutigen, entwicklungspolitisches Engagement im Alltag zu zeigen. Und dieses Alltagsengagement kann man zeigen, indem man bestimmte Produkte entweder saisongerecht in der Steiermark und in Österreich einkauft oder Produkte, die es bei uns nicht gibt, ganz konkret über FAIRTRADE, über den Fernhandel bezieht.

Ich erlaube mir daher, im Namen der Abgeordneten der Grünen, Ilse Reinprecht von der SPÖ, Ernst Gödl von der ÖVP einen Antrag bezüglich Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Fairer Handel“ zu stellen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen für Information und Bewerbung zu FAIRTRADE bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen des Landes setzen:

Erstens regelmäßige Informationen in den internen Medien für Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, zweitens regelmäßige Infos über Fortschritte der Umsetzung des Landtagsbeschlusses aus den einzelnen Abteilungen in internen (zweimal jährlich) Medien und nach erfolgter Evaluierung (jährlich) in externen Presseorganen, drittens, das ist ein sehr wichtiger Punkt, Empfehlungen durch den zuständigen politischen Referenten des Landes Steiermark an die Bediensteten des Landes, viertens Durchführung von Fortbildungen zu grundsätzlichen Fragestellungen des fairen Handels im Rahmen des Fortbildungsangebotes für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landes Steiermark, fünftens Durchführung eines „FAIRTRADE-Tages“ zur Information zum Landtagsbeschluss und Verkostung fair gehandelter Produkte in allen Abteilungen des Landes Steiermark (sechs Monate nach Start der Maßnahmen).

Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. Allgemeine Bemerkungen zur Budgetierung und zum Bereich Entwicklungszusammenarbeit erspare ich mir. Da hat Kollege Dipl.-Ing. Grabner schon einen sehr konzisen, kompakten Beitrag geleistet, den ich somit noch einmal unterstützen möchte. Ich ersuche Sie um Annahme unseres Antrages zum Fairen Handel. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.38 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Lafer bitte!

Abg. Lafer (15.38 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Vorredner sind schon darauf eingegangen, und zwar diesen Bericht, den finden wir von der Art her, wie er gestaltet wurde und wie er ausgeführt wurde, als in Ordnung. Natürlich kann man hier jetzt Kritik von jeder Seite her aus betrachtet anbringen, allerdings habe ich mich festgelegt auf den fünften Punkt, und zwar Tagung des Rates Verkehr, Telekom und Energie, wo auch gefordert wird beziehungsweise wo festgelegt wurde, dass Spanien ein Memorandum vorgelegt hat über die Ermittlung der Gebühren im Straßenverkehr. Ich möchte hier nicht näher eingehen, aber trotz alledem, wenn ich das aus der privaten Sicht einmal so gesagt betrachte und dass in Österreich eine Vignette eingeführt wurde, die ihren Preis hat und wenn man dann genauer in diesen Bereich schaut, wenn man sich nach Italien bewegt, nach Spanien oder Frankreich, wie hoch dort die Gebühren sind, vor allem jene, die man auf Autobahnen zu entrichten hat, dann fragt man sich schon, wie weit es hier gekommen ist und deshalb bin ich auch überzeugt davon, dass wir in Europa ein einheitliches System schaffen sollten. Einheitlich deshalb, weil der Unterschied einfach zu groß ist. Zu groß, was die Festlegungen in Bezug auf die Kilometer betreffen und zu groß, was der Betrag dann ausmacht. Wenn ich das wirklich augenscheinlich vergleichen kann, dann bezahle ich in Österreich ungefähr 72 Euro für die Vignette und in Italien, wenn ich nach Süditalien fahre und wieder zurück, den gleichen Betrag für eine Strecke. Das heißt, da habe ich nur zwei Tage Fahrt hinter mir und Sie können mir glauben, das kenne ich auswendig – der Franz Schleich schaut mich ganz groß an, aber der wird es auch wissen, was man in Slowenien unten an Steuern bezahlt – und deshalb

glaube ich auch, dass es hier zu einem Vorstoß kommen sollte, damit wir, wenn wir schon in der Europäischen Union sind, hier auch die entsprechende Gleichheit herbeiführen können. Es liegt deshalb auch ein unselbstständiger Entschließungsantrag vor und diesen Antrag möchte ich einbringen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, dass diese sich bei den zuständigen Stellen der Europäischen Union einsetzt, dass die Straßembemantung innerhalb der Europäischen Union einheitlich erfolgt, damit gewährleistet ist, dass es für österreichische Frächter keinen Nachteil auf Grund ihres Standortes in Österreich gibt.

Geschätzte Damen und Herren, ich hoffe, Sie können sich mit diesem Antrag identifizieren und ich bitte um Zustimmung. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.41 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gödl, danach Majcen. Herr Abgeordneter Gödl bitte.

Abg. Gödl (15.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebes Publikum!

Ich beziehe mich auch auf den Tagesordnungspunkt 11, Entwicklungszusammenarbeit und kann da eigentlich nahtlos an meine beiden Vorrednern Dipl.-Ing. Grabner und Mag. Edith Zitz anschließen. Ich denke, es war ein Erfolg, was die Enquete, die wir vor einem Jahr abgehalten haben, bewirkt hat. Die Workshops, die von Hofrat Burger erfolgreich geleitet wurden, haben auch ein Ergebnis gezeigt. Man hat zumindest einmal aufgelistet, das ist in dem Bericht sehr schön nachzulesen, in welchem Umfang überhaupt Konsumationen für FAIRTRADE-Produkte im Bereich des Landes Steiermark getätigt werden. Wenn man den fiktiven Gesamtaufwand betrachtet, dann geht es dabei lediglich um 6300 Euro und mit Verlaub – ohne etwas gering zu schätzen, ohne eine Summe Geld gering zu schätzen – sind das eigentlich Peanuts für ein Land wie die Steiermark. Daher meine ich, es geht eigentlich gar nicht so sehr um die Summe, es geht viel, viel mehr um das Problem der Logistik einerseits, wie schaffe ich es, den Beschaffungsvorgang so abzuändern, dass FAIRTRADE-Produkte Platz finden und angenommen werden und es geht natürlich in besonderem Ausmaß um das Bewusstsein beim Einzelnen, was er damit für die Entwicklungszusammenarbeit weltweit auch beitragen kann. Ich möchte an dieser Stelle auf eine sehr, sehr erfolgreiche Aktion verweisen, die im Land Steiermark unter der Federführung eines Herrn Landesrates, der gar nicht mehr Landesrat ist, von Erich Pöttl, gestartet wurde, nämlich das „Gscheit feiern“. Und wenn Sie im Umweltbericht nachlesen, er ist ja heute noch Thema in einer späteren Debatte, dann haben im Vorjahr 220.000 Menschen in der Steiermark bei einer Festveranstaltung unter dem Motto „Gscheit feiern“ teilgenommen und im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes „Gscheit feiern“ wird auch ganz bewusst auf FAIRTRADE-Produkte, also auf fair gehandelte Produkte zurückgegriffen, gerade was den Kaffee betrifft.

Im Rahmen dieser Workshops von Hofrat Burger und dem Beirat für Entwicklungszusammenarbeit sei an dieser Stelle angemerkt, dass hier eine sehr, sehr gute Zusammenarbeit aller Fraktionen im Beirat stattfindet, wurde eben auch im Land und auch in den landesnahen Betrieben, wie zum Beispiel bei der KAGES, doch einig bewegt. Doch die Bewusstseinsbildung muss auf allen Ebenen verstärkt werden und daher unterstützen wir, wie auch alle anderen Fraktionen, diesen Entschließungsantrag der Grünen, der von der Edith Zitz bereits eingebracht wurde.

Was das Budget 2004 betrifft, Herr Dipl.-Ing. Grabner, ich glaube, Sie haben die positiven Signale von Landesrat Paierl schon gehört und ich habe inzwischen schon noch verstärkende Signale gehört. Ich glaube, dass diese Erhöhung, die 2003 Platz gegriffen hat, sich jedenfalls im Jahre 2004 wieder finden wird und im Übrigen beschließt das Budget nicht der Landesrat alleine, sondern wir im Landtag haben es zu beschließen. Da werden wir sicherlich auch über diesen Punkt noch ausführlicher diskutieren können.

Ich darf auch im Namen aller Fraktionen einen Entschließungsantrag an dieser Stelle einbringen. Er mag etwas befremdend anmuten, gerade für Zuhörerinnen und Zuhörer, wenn wir uns über Parlamentswahlen in Guatemala Gedanken machen, aber es gab einen konkreten Anlassfall. Es war vor einer Woche eine Oppositionspolitikerin aus Guatemala hier bei uns im Landhaus und die vier Fraktionen haben sich mit ihr zusammengesetzt. Wir haben eineinhalb Stunden über die Situation in Guatemala diskutiert und uns darüber informieren lassen. Es ist sicher nicht mehr als eine Solidaritätskundgebung, die wir hier mit diesem Beschluss vollziehen wollen, aber trotzdem, es soll uns auch hier im Landtag nicht egal sein, auf welchen Flecken der Erde auch immer, wenn es massive Menschenrechtsverletzungen gibt. Deswegen finde ich es angebracht, dass wir einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Drexler, Lafer, Graf, Dr. Reinprecht, Dipl.-Ing. Grabner, Mag. Zitz und meiner Wenigkeit hier einbringen, betreffend Wahlbeobachter in Guatemala.

Die Formulierung des Antrages bezieht sich auf die Wahlen, die am 9. November stattfinden und über die Einschüchterung und die Bedrohung mit Mord, die in diesem Zuge in Guatemala auf der Tagesordnung stehen. Daher darf ich im Namen aller Fraktionen den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, dass sich diese in den zuständigen Gremien der Europäischen Union dafür einsetzt, dass der Einsatz von Wahlbeobachtern am 9. November 2003 in Guatemala gewährleistet ist.

Wahlbeobachter braucht man dort, wo Wahlbetrug vermutet wird und daher halte ich diese Solidaritätskundgebung für angebracht.

Abschließend zum FAIRTRADE. Es wäre schon ein guter Ansatz, Edith und alle, die damit befasst sind, Dipl.-Ing. Grabner und Frau Graf von der FPÖ, wenn wir heute noch einen Kaffee im Landhausbüfett trinken würden und vielleicht auch unserem Wirt nahe legen, dass er FAIRTRADE-gehandelten Kaffee besorgt. (Abg. Bacher: „Wir gehen auch mit!“) Ihr würdet auch mitgehen? Gut, aber zahlen tue ich nicht für alle, maximal für vier. Die Vorbildwirkung sollte bei uns persönlich beginnen. Ich darf bitten, diesen Entschließungsantrag anzunehmen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.77 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Majcen bitte.

Abg. Majcen (15.47 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es ist immer wieder dasselbe. Dieser umfangreiche Bericht, den wir da kriegen, enthält eine solche Fülle von Details und eine solche Fülle von Informationen, dass es jede Landtagssitzung sprengen würde, wenn wir darauf eingehen. Trotzdem muss ich auch immer wieder den Versuch unternehmen, uns selber darauf aufmerksam zu machen, wie sehr wir in immer stärkerem Maße von den in Brüssel getroffenen Entscheidungen abhängen. Und wenn es vielleicht eines Tages sogar so sein wird, dass in den einzelnen Ausschüssen, die in diesem Hause tagen, von vornherein Materien aus dem EU-Integrationsbereich eingearbeitet sind und das nicht mehr ein Ausschuss ist, der sich sozusagen extra damit befasst, sondern dass diese Materien in den einzelnen Ausschüssen behandelt werden, dann könnte das für die Zukunft für uns auch besser sein, obwohl es, wie gesagt, uns auch vor Augen führt, wie minimal dann unsere Entscheidungsbereiche auch sein werden in vielen Abschnitten.

Ich möchte auch das sagen, was der Kollege Grabner gesagt hat, dass der Bericht uns zwar natürlich immer mit ein bisschen Verspätung, aber doch relativ aktuell und sehr präzise vorgelegt wird, eine großartige Leistung derjenigen ist, die ihn erstellen. Dafür danken wir.

Ich möchte zwei Dinge nur herausgreifen, weil sie für uns ein bisschen mehr von Bedeutung sind als nur, dass sie irgendwo drinnen stehen. Erstens, dass die Steiermark im Umweltlobbying die Regionen in Brüssel vertritt, nämlich in einer neuen Organisation, die sich nennt „Environmental Platform of regional offices, EPRO abgekürzt, weil dort wird alles abgekürzt und derzeit 230 Länderbüros, die in Brüssel vertreten sind, vertritt und der EU gegenüber, also diese Arbeitsstruktur der EU gegenüber, die Regionen und die Vorstellungen der Regionen näherbringen soll. Ich mache das deswegen, weil das auch von der Themenstellung her für die Steiermark wichtig ist, weil im Rahmen von EPRO und der Europäischen Kommission im Steiermarkbüro die erste internationale Wasserkonferenz stattgefunden hat, deren Hintergrund die Europäische Wasserpolitik war, wo die Union in ihrem sechsten Umweltaktionsprogramm ihr wasserpolitisches Ziel festgelegt hat, wo drinnen steht, jeder Bürger der EU soll Zugang zu sauberem Trinkwasser, sicherem Badewasser haben und eine gesunde und nachhaltige Wasserumwelt erhalten. Das ist für uns wichtig und beschreibt genau unsere, auch steirische, Position.

Ein weiterer Punkt, den ich diesem Bericht entnehme, ist aus der Tagung des Rates Bildung, Jugend und Kultur, weil auch das Materien sind, bei denen wir uns bei einzelnen Landtagsanträgen befassen, nämlich eine neue oder eine Strategie dieses Rates im Rahmen der Lissaboner Strategie, fünf Ziele in der Verbesserung der Aus- und Weiterbildungssysteme und die Zielfestlegung, die bis zum Jahr 2010 erreicht werden sollen. Die Ziele, sie sind völlig ident mit dem, was wir uns auch vornehmen müssen.

Erstens den durchschnittlichen Anteil der Jugendlichen, die ihre selbst gewählte Schule vorzeitig verlassen, auf maximal 10 Prozent abzusenken. Das wird auch für uns notwendig sein, wenn man die Zahl der Schulabbrecher in den einzelnen Bildungswegen sich anschaut.

Die Gesamtzahl von Diplomabschlüssen in Mathematik und naturwissenschaftlichen und technischen Fächern in der Europäischen Union wenigstens um 15 Prozent zu erhöhen und zugleich das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen in diesen Bereichen zu verbessern.

Weiters darauf zu achten, dass in der Europäischen Union mindestens 85 Prozent der Jugendlichen im Alter von 22 Jahren ihr Hochschulstudium abgeschlossen haben, auch das ist ein Punkt, der sehr wichtig ist.

Darüber hinaus im Vergleich zum Jahr 2000 ein Prozentsatz derjenigen Schüler im Alter von 15 Jahren, die schwache Ergebnisse bei der Lesekompetenz aufweisen, diesen Prozentsatz um 20 Prozent zu reduzieren und dafür zu sorgen, abschließend als fünftes Ziel, dass sich im Durchschnitt wenigstens 12,5 Prozent der erwachsenen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ein Leben lang bilden und weiterbilden.

Wie das festgestellt wird, ist hier nicht geäußert. Das Ziel ist ein ehrgeiziges und das Ziel wäre durchaus wert, sehr konkret verfolgt zu werden. Die Bewertung erfolgt durch Festlegung von Referenzkriterien, also Benchmarks und werden in einen gemeinsamen Bericht einfließen, den die Kommission und der Rat für das Europäische Gipfeltreffen im Jahr 2004 ausarbeiten. Diese Referenzkriterien – ich bin damit dann schon fertig – basieren auf dem Durchschnitt der Daten der 25 Länder der Europäischen Union, sind eine qualitative Ausgangsbasis für den Unterricht in Europa und haben eine zusätzliche Bedeutung für die soziale Kohäsion, das ist ohne Zweifel so.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt noch einen Satz sagen, weil wir uns das letzte Mal schon im Ausschuss und in einem informellen Ausschuss EU darüber unterhalten haben:

Der neue jetzt zuständige Referent für europäische Integration, Landesrat Paierl, hat erstens einmal – und das ist gleich vielleicht eine kleine Antwort auf das, was der Kollege Grabner gesagt hat – diesen Bericht über Außenbeziehungen sozusagen sehr, sehr intensiviert; zweitens haben wir für den 24. oder 25. November, ausgehend auch vom Referenten, in Absprache und in Erinnerung an unsere letzte Besprechung einen informellen

EU-Ausschuss angesetzt, also einen solchen, wo es zwar eine grob vorgeschlagene Tagesordnung gibt, aber wo zu jedem Thema geredet werden kann und wo ich sehr, sehr herzlich die Mitglieder des EU-Ausschusses heute schon einlade und dem Herrn Landesrat Paierl sehr herzlich danke, dass er uns für diesen Termin zur Gänze zur Verfügung steht. Vielleicht können wir uns sogar in einer Gruppe vorher ein bisschen einigen, welche Bereiche wir ansprechen, damit wir dann dort in die Materie tiefer eingehen können, was im Landtag leider in dem Umfang, wie es wünschenswert wäre, nie möglich ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.55 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1552/1, das ist der Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend den Bericht über die Außenbeziehungen des Landes Steiermark in den Jahren 2000 bis 2001, zum Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 884/3 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend Wahlbeobachtung in Guatemala, das ist der Tagesordnungspunkt 11, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe und stelle dazu die einstimmig Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, SPÖ und ÖVP, betreffend Umsetzung des Landtagsbeschlusses Fairer Handel, zum Tagesordnungspunkt 10 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 1460/1, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle auch dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend die europaweite Vereinheitlichung der Straßenmautsysteme, Tagesordnungspunkt 12, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, inzwischen ist es auf meiner Uhr fast 16 Uhr. Eingbracht wurde am heutigen Tag eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen und der SPÖ, betreffend Freigabe des letzten Kreditsechstels der Fördermittel für Projekte an Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. Ich erteile der Klubobfrau, der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek, das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung, Frau Abgeordnete, von 20 Minuten gilt. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (15.59 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Damen und Herren! Werte Zuschauerinnen und Zuschauer oder Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben heute in der Früh die Information bekommen, dass ÖVP und SPÖ sich auf das Budget für das nächste Jahr geeinigt haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Und FPÖ!“) Und FPÖ, sagt der Herr Landesrat, aber da gibt es – wie ich gehört habe – einen kleinen Vorbehalt oder einen Vorbehalt – ich will nicht werten, wie groß er ist – des Klubs. (Abg. Wiedner: „Sehr groß!“) Sehr groß, sagt der Herr Kollege Wiedner, wie auch immer!

Was mich natürlich reflexartig am meisten daran interessiert hat, war, und was bedeutet das jetzt mit dem Kreditsechstel, das der Grund ist, warum ich jetzt hier stehe, der Grund der Dringlichen Anfrage der Grünen und der SPÖ. Und die Antwort war so, dass gesagt wurde, ja, wir haben da eine Lösung gefunden, das Kreditsechstel wird zwar nicht zur Gänze ausbezahlt, aber ein Viertel davon wird heuer ausbezahlt. Und es gibt dann Gespräche, sagte mir der Herr Landesrat, zwischen dem Land und den Trägern, wie man das bewerkstelligen kann, dass man über das Jahr kommt. Und im nächsten Jahr wird einiges von dem bedeckt, was dann noch offen ist.

Heute in der Früh haben Sie gesagt, es wird dann Gespräche geben und mir hat der Herr Landesrat Erlitz in der Früh gesagt oder uns bei der Aussprache im Gesundheitsbereich, im nächsten Jahr werden dann etwaige noch ausstehende Geldbeträge – ich sage jetzt dazu unter Umständen – nach dem Rechnungsausschluss bedeckt. Gut! Jetzt könnten wir abschließen. Jetzt könnten wir natürlich sagen, wären wir sehr versucht zu sagen, na super, aber ich kann Ihnen nur sagen, die Betriebe, um die es da geht, werden damit nicht das Auskommen finden und wir sind damit sicher nicht zufrieden zu stellen, dass man sagt, wir zahlen zwar das letzte Kreditsechstel nicht aus, sondern nur einen kleinen Teil und im nächsten Jahr werden wir dann schauen, was wir tun. Es schaut ein bisschen nach einem Taschenspielertrick aus, da kommt das sechste Sechstel nicht hinein – okay, geben wir ein Viertel davon hinein. Es könnte sein, dass im Taschl des nächsten Jahres mehr drinnen ist. Aber man weiß nicht, wie viel und wie das entsteht und man weiß auch nicht, wie viel, wenn überhaupt, in diese

Tasche, in der ja das Kreditsechstel abgeht oder drei Viertel davon, hineinfließen würden. (Abg. Bittmann: „Sie haben ja gar keine Ahnung!“) Ich bin am Wort, Herr Kollege. Ich lade Sie herzlich ein, sich in die Rednerliste einzutragen und dann Ihre Antwort vorzutragen mit der gebotenen Höflichkeit. (Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek!“) Wie ist es überhaupt dazu gekommen, dass dieses Kreditsechstel eingespart worden ist oder gekürzt worden ist? Herr Landesrat Paierl, den wir das gefragt haben, wie kam es zu dieser Kürzung des Kreditsechstels, hat uns anlässlich der Besprechung zum Budget gesagt, ein Grund war für ihn die Landesräte zu bewegen, ihre Rücklagen aufzulösen. Er hat uns erzählt, wie hohe Rücklagen die einzelnen Landesräte haben und hat gemeint, es ist ja nicht Sinn der Sache, dass das Geld irgendwo liegt, das soll ja verwendet werden – kann ich gut verstehen. Das Problem ist nur, wenn der eine Landesrat zum anderen sagt, lösen Sie doch Ihre Rücklagen auf, und der andere sagt, was für Rücklagen? Ich brauche das Geld aus dem laufenden Budget und der Ball geht immer hin und her, ist das eine Situation, wie wenn zwei Eltern streiten, wer die Lebensmittel bezahlt, während die Kinder verhungern. Das ist eine unzumutbare Situation und das muss man sich einmal bewusst machen. Wir haben es hier in diesem Bereich mit einem Wirtschaftsbereich zu tun. Darauf möchte ich Ihr Augenmerk lenken. Es ist eines beim Begriff Förderung, das mich immer sehr stört: Es schaut immer wie beim Begriff Subventionen aus, als würde jemand Geld geschenkt bekommen ohne eine Gegenleistung. Das ist so das übliche Wortverständnis zu diesen Begriffen. Das ist in diesem Fall absolut überhaupt nicht so. Wir haben es mit Betrieben zu tun und mit Projekten, die sehr wichtige Arbeit leisten und wo, wenn man bedenkt, dass das Land diese Initiativen nicht allein erhält, man sich bewusst machen muss, dass es um mehrere 100 Millionen Umsatz geht, die hier in diesem Land, die hier in der Steiermark anfallen und die mit dem Entfall des Kreditsechstels natürlich auch gefährdet sind. Wir haben es hier mit Initiativen zu tun, die auf der Basis von privatem Engagement entstanden sind, die gemeinnützig sind, also nicht auf Gewinn ausgerichtet, wo es großes Wissen, großes Know-how gibt darüber, was einzelne Gruppen in der Bevölkerung brauchen, um gut leben zu können und um Teil der Gesellschaft sein zu können. Wir haben es mit Initiativen zu tun, die dafür sorgen, dass Menschen, die hilfsbedürftig sind, sich wieder aufrappeln können, wieder Teilhabe an der Gesellschaft bekommen können und sich selber halten können in vielen Fällen und so oft vom Sozialhilfeempfänger und der Sozialhilfeempfängerin zur Steuerzahlerin oder zum Steuerzahler werden. Das ist etwas, was ich mir denke, was ich mir gar nicht vorstellen kann, dass Sie nicht der gleichen Meinung sind, dass das in jedem Fall eine wichtige Sache ist. Ich habe mir sehr genau angeschaut, welche Initiativen betrifft das. Ich kann Ihnen sagen, das geht quer durch den gesamten Gemüsegarten. Ich fange an bei den Menschen mit Behinderung – da geht es um berufliche Eingliederung, um Beratung, um die Unterstützung der Selbstvertretung, um verschiedene Projekte. Bei Frauen geht es darum, dass es viele Frauen gibt, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, sie zu schützen und zu beraten. Es geht um die gesundheitliche Beratung und Information, es geht um Forschung und Dokumentation, es geht um berufliche Qualifizierung und Eingliederung und um die Unterstützung von Mädchen in schwierigen Lebenssituationen. Im Bereich Kinder und Jugend geht es um Projekte der Kindererholung und der Kinderbetreuung, um Schulung und Beschäftigung für Jugendliche zu finden – Sie kennen die Arbeitslosenzahlen in diesem Bereich. Es geht um Berufsorientierung, um Aktivitäten gegen Gewalt, um die psychosoziale Versorgung und um Jugendbetreuung im Sinne von Jugendbüros, Jugendzentren, aber auch Streetwork. Im Bereich der Langzeitarbeitslosen geht es darum, ihnen Qualifikation zu bieten, Berufsorientierung und Vermittlung, dass sie wieder in den Beruf hineinkommen, was nicht leicht ist und im Wesentlichen auch, und das ganz zu Beginn, sie zu ermutigen, dass sie das auch können. Bei den Migrantinnen und Migranten geht es um ein Angebot von Beratung und Betreuung, ebenso auch Qualifikation, unter anderem die deutsche Sprache zu lernen. Für Familien wird psychosoziale Versorgung geboten von diesen Projekten. Dienste für Familien beziehungsweise Haushaltsdienste, Gartendienste und so weiter, die auch älteren Menschen ermöglichen, weiter in ihrem Wohnumfeld zu bleiben, was bekanntermaßen die kostengünstigste Variante ist, alte Menschen zu unterstützen. Es geht darum, Familien bei der Wohnungssuche zu unterstützen – diverse Beratungs- und Betreuungsangebote runden das ab. Das war jetzt ein kurzer Abriss dessen, was diese Projekte für die Steiermark leisten. Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, auch Sie sagen, darauf wollen wir nicht verzichten. Das Problem an diesen Projekten ist, dass sie sich jedes Jahr neu finanzieren müssen, dass sie jedes Jahr neu ihr Konzept auch offen legen. Das tun sie gerne in der Hoffnung, dass die öffentliche Hand einen Teil davon auch bezahlt. All diese Projekte verlassen sich nicht einfach blind auf das Land, sondern haben viel Arbeit mit dem Aufstellen von Finanzierung. Die meisten sind auch Vereine, die selber alles Mögliche unternehmen, um die Spenden zu bekommen, um diesen Betrieb finanzieren zu können. Es gibt auch ehrenamtliche Vorstandsmitglieder in den meisten der Fälle, die die Haftung übernehmen für diese Vereine und ihre Tätigkeit und die durch einen Entfall von Geldern des Landes, die sie mit Recht erwarten können, in eine unzumutbare Situation kommen. Da haften Menschen mit ihrem Privatvermögen, meine Damen und Herren, für Leistungen, die wir alle haben wollen, die das Land selber nicht erbringen kann und mit Sicherheit nicht um diesen Preis. Und das müssen wir hier abstellen, das muss ein Ende haben. Diese Projekte haben auch keinerlei Planungssicherheit, wenn so gehandelt wird. Die wissen nicht, können sie die nächsten Monate überleben, wird es im nächsten Jahr, wenn sie diese Monate überleben, wieder so sein? Und für die Gruppen, die hier betroffen sind, gibt es überhaupt keine Sicherheit. Die wissen nicht, ob es diese Beratung geben wird. Ich sage Ihnen eines, auch die öffentlichen Stellen, die im Bereich Sozialhilfe tätig sind, schauen mit Argusaugen auf diese Gruppen, weil sie wissen, wenn das nicht mehr funktioniert, wenn diese Initiativen nicht mehr funktionieren, dann wird das teuer, denn dann zahlen wir das aus der Sozialhilfe, weil eine andere Möglichkeit gibt es dann nicht mehr. Zur Freude über die Einigung drängt es mich, Ihnen noch einen Blick zu gewähren in die Wirklichkeit solcher Initiativen, wie ich sie geschildert habe – ich habe selber in einer solchen Initiative gearbeitet. Wenn dieses Kreditsechstel 18 Millionen Euro umfasst und 4,5 davon jetzt ausgezahlt werden im heurigen Jahr, und das scheint fix zu sein, Herr Landesrat wird uns dann sicher sagen, ob

diese Zahlen stimmen, dann haben wir überschlagsmäßig gerade ausgerechnet, was es heißt, wenn die Initiativen diesen Fehlbetrag bis in einen der ersten Monate des nächsten Jahres überbrücken müssen mit einer Zwischenfinanzierung, Kredit, den sie bei einem Bankinstitut aufnehmen. Es fallen für diese Vereine an die 270.000 Euro Zusatzkosten an, Finanzierungskosten, die erwiesenermaßen vom Land nicht anerkannt werden als Kosten, das heißt, das sind Kosten, die müssen diese Vereine irgendwie aufbringen. Das interessiert das Land nicht und das Land, finde ich, handelt konkludent, wenn es jedes Jahr diese Arbeit bezahlt und dann einmal während des laufenden Jahres sagt, heuer bezahlen wir die letzte Tranche nicht. Das ist die Situation, meine Damen und Herren. Ich denke, das ist eine unhaltbare Situation. Ich wünsche mir ganz intensiv und vom Herzen, diese Initiativen, die wir brauchen, um unseren Lebensstandard und nicht nur unseren Lebensstandard, sondern die Sicherheit, die soziale Sicherheit in diesem Land zu erhalten, dass diese Initiativen abgesichert werden. Denken Sie daran, wie die Arbeitslosenzahlen steigen, denken Sie an die Zahlen aus dem Armutsbericht der Armutskonferenz. Es ist völlig unmöglich, diesen Kahlschlag zu machen und es handelt sich um Summen, die anderswo leichterhand ausgegeben werden für Projekte, wo zwar auch mit Arbeitsplatzsicherheit geworben wird, wie zum Beispiel das Projekt um den A1-Ring herum, aber dieser Benefit der sozialen Sicherheit nicht enthalten ist. Ich denke mir, in diesem Bereich ist das Geld nicht nur gut eingesetzt, sondern das ist unsere Verantwortung, diesen Bereich zu erhalten. Ich hoffe, dass noch nicht das letzte Wort gesprochen ist durch die Budgeteinigung des heutigen Tages. Ich hoffe, dass auch die SPÖ sich mit dieser Variante nicht zufrieden gibt, sondern weiter dafür kämpft und sich einsetzt. Ob es im Endeffekt Mittel aus den Rücklagen sind oder Mittel aus dem laufenden Budget wird für diese Initiativen keinen Unterschied machen. Ich wünsche mir nur, dass das Geld fließt, und zwar besser heute als morgen. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 16.11 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat Paierl, ich erteile dir das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Herr Landesrat!

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (16.11 Uhr): Danke, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere auch Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, auf der hellen und sehr freundlich – aus meiner Sicht hier – sehr freundlich konstruierten.

Ich darf die Dringliche Anfrage der Grünen und auch einiger SPÖ-Abgeordneten, betreffend die Freigabe des letzten Kreditsechstels der Fördermittel für Projekte, wie folgt beantworten:

Ich wiederhole die Frage jetzt von meiner Seite: Die Frage war relativ einfach, nämlich Freigabe des letzten Kreditsechstels der Fördermittel für Projekte und die Anfrager fragen mich, wann wird dieses freigegeben?

Ich beantworte diese Frage wie folgt:

Allgemeines: Meine Damen und Herren, ich bin Ihnen sehr dankbar, weil es mir auch die Möglichkeit gibt, Ihnen und allen Interessierten im Rahmen dieser Anfragebeantwortung grundsätzliche Missverständnisse – und, liebe Frau Klubobfrau, Sie haben hier an sich sehr beredt dieses Missverständnis wieder untermauert – über die Kreditbewirtschaftung im Landeshaushalt und der damit verbundenen Frage der Sperre des Kreditsechstels etwas näher zu beleuchten. Voranstellen möchte ich, dass diese zahlreichen Initiativen, die Sie genannt haben, glaube ich, für jeden von uns hier ein großes Anliegen sind, weil sie in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit, Beschäftigung und der vielen kleinen Netzwerke in der Gesellschaft wichtige Arbeit leisten und hier zum Teil ja die Förderung des Landes Hilfe zur Selbsthilfe ist, die ja nicht gegründet wurden hoffentlich zumindest nur um Förderungen zu lukrieren, sondern sie sind kleine Sozialnetze, die geringe Förderbeträge dann auch von der öffentlichen Hand kriegen und meistens auch noch von verschiedener öffentlicher Hand. Es ist mir auch bewusst, dass gerade diese Organisationen, die ja auch im Arbeitsprogramm dieser Landesregierung in der „Steirischen Sozialcharta“ für 2000 bis 2005 vorkommen und im Rahmen ihrer Organisationen auch vertreten sind, eine große Verantwortung mit übernommen haben in der Gesellschaft.

Soweit ich überhaupt zu all diesen Förderverträgen mangels meiner direkten Zuständigkeit eine Auskunft geben kann, halte ich grundsätzlich fest, dass bei den im Ermessen liegenden Förderungsausgaben der einzelnen Referenten, also aller Regierungsmitglieder, kein Rechtsanspruch auf Förderungen besteht. Das ist eines Ihrer ersten Missverständnisse, was alles, was Sie hier gesagt haben, ein bisschen inkludiert. Eine Verpflichtung des Landes erblicke ich nur in den vom Landesgesetzgeber, das heißt von Ihnen selbst beschlossenen gesetzlichen Materien. Diese Bereiche haben – und das ist auch aus meiner Verantwortung als Finanzreferent immer wieder hervorzuheben – in den vergangenen Jahren eine enorme finanzielle Verpflichtung des Landes nach sich gezogen. Ich orte auch – und das ist das strukturelle Problem, mit dem wir alle zu kämpfen haben, nicht nur wir, auch andere Gebietskörperschaften, schauen Sie nur ein Haus weiter – gesetzliches Wachstum auf Grund unseres Tuns hier und unserer Verantwortung und Ermessensstagnation. Sie brauchen nur schauen, die im Ermessen liegenden Mittel im Landeshaushalt 3,7 Milliarden, sind bei rund 100 Millionen Euro – die im Ermessen liegenden Förderungen. Also 3,7 Milliarden an Gesamtvolumen, davon 107, 108 Millionen Euro Ermessensausgaben bei den Förderungen. Und wie ich auch hier in diesem Hause und auch sonst vor allem auch bei den an sich sehr sachlich und in einem sehr freundlichen Klima geführten Besprechung mit Ihnen, in Ihrem Klub oder auch bei mir festhalten konnte, ist das in den letzten fünf Jahren gerade im Bereich von Sozial- und Gesundheitsvorsorge im gesetzlichen Bereich exorbitant gestiegen. Und alle Referenten wissen, dass das immer wieder so dieses Ungleichgewicht ist. Die gesetzlichen Ausgaben wachsen und die Förderausgaben, die im Ermessen sind, wo man dann auch natürlich Politik machen kann und wo man gewisse Gestaltungsfreiheiten hat, das ist zumindest stagnierend wenn nicht schrumpfend. Ich erwähne auch immer wieder bei dieser Gelegenheit

auf der Einnahmenseite, also die gesetzlichen Geschichten steigen im Zeitraum von fünf, sechs Jahren, in den letzten Jahren um 30, 35, 40 Prozent. Auf der Einnahmenseite haben wir von den Steuereinnahmen her, bei uns heißt es Ertragsanteile, das sind unsere Anteile an den Steuereinnahmen des Bundes über den Finanzausgleich, ein Wachstum von nur 10 Prozent. Das heißt, wir geben drei- bis viermal mehr aus in dem Bereich als wir einnehmen. Das Land ist hier seiner finanziellen Verpflichtung stets nachgekommen und wird der Ihnen nunmehr auch zur Beschlussfassung demnächst vorliegende und von mir am 18. November hier einzubringende Landesvoranschlag 2004 auch diesen deutlichen notwendigen, auf Grund der gesetzlichen und der gesellschaftlichen Entwicklungen sozialen Schwerpunkt haben. Also zum Ausgleich dieser Sozialausgaben werden zum Beispiel heuer auch noch rund 34, 35 Millionen nachzubedecken sein. Wir haben auch noch aus 2002 eine alte Nachzahlung heuer zu leisten und werden im nächsten Jahr das von heuer Nachzubedeckende plus 12 Millionen im gesetzlichen Bereich nachschießen und zusätzlich wichtige Projekte wie den Gesundheitspark Bad Aussee – kennen wir auch, haben wir x-mal hier diskutiert –, das neue Diakonissenkrankenhaus in Schladming oder das Sozial- und Drogenprojekt Michael der Barmherzigen Brüder oder dieses Beschäftigungsprojekt für Behinderte vom Team Styria, um das wir sehr lange gerungen haben und das wir grundsätzlich politisch vereinbart haben mit dem Bund zusammen 50 Prozent, wie Sie wissen, und immer wieder ein hoher Landesanteil.

Ich habe es auch mehrfach gesagt in diesen Tagen, 75 Prozent in etwa der ordentlichen Einnahmen aus dem Finanzausgleich, das heißt, aus unseren Steuermitteln, die wir kriegen im Land Steiermark, gehen für diese Ausgabengruppen bereits, also Gesundheit – Soziales, in die Bereiche, die sehr menschenorientierten und menschennahen Bereiche.

Es werden für die Zukunft daher auch von Ihnen, meine Damen und Herren, enorme budgetpolitische Anstrengungen erforderlich sein, um diese Ausgabendynamik und auch die Symmetrie – ich sage es noch einmal – großes Wachstum im gesetzlichen Bereich und Stagnation und zum Teil sogar Rückfall im Bereich der Ermessensausgaben anzustellen sein, um das alles in den Griff zu bekommen. Denn eines wollen Sie auch nicht, das haben Sie mir auch in den Gesprächen mitgeteilt, dass man in dem Bereich sozusagen für das dann Schulden aufnimmt. Schulden machen, haben wir uns geeinigt – es ist, glaube ich, gesellschaftlich insgesamt konsens – tut man eher dort, wo man investiert und wo man auch dann einen Rückfluss hat. Das sind reine Konsumausgaben, Transferleistungen, die sollte man eigentlich über die normalen Steuereinnahmen bedecken können. Ich glaube, dass auch Finanzreferenten unter Ihnen auf einer anderen Ebene das so sehen, weil das andere ist nicht verantwortlich. Man kann es vielleicht einmal, zweimal machen, aber eine permanente Unsymmetrie in dem Bereich – und das habe ich wirklich versucht, in den Gesprächen, die noch einmal gesagt sehr gut verlaufen sind. Ich bin nur ein bisschen enttäuscht gewesen, dass ich dann nichts mehr gehört habe, weil ich hätte da gerne einen Respon gehabt und Sie hätten mich das auch dort fragen können. (Abg. Lechner-Sonnek: „Haben wir!“) Okay, jetzt fragen Sie mich halt da, hier im Rahmen einer Dringlichen Anfrage, ist in Ordnung, ist Ihr parlamentarisches Recht, ich versuche dem ohnedies nachzukommen.

Zur Sechstelregelung: Die Sechstel-Kreditbewirtschaftung ist keine spezielle Erfindung des Finanzreferenten, weder der früheren noch des jetzigen, sondern hat ihre verfassungsrechtliche Grundlage im Paragraphen 32 Absatz 3 des Landesverfassungsgesetzes 1960. Demnach gilt, dass – ich zitiere jetzt – „die nach dem Voranschlag für die einzelnen Gebarungszweige der zur Verfügung stehenden Mittel nicht länger als mit zwei Monaten bemessenem Abschnitt des Finanzjahres aufzuteilen sind. Im Übrigen beim Bund mit einem Monat. Die müssen sozusagen einen einmonatigen Überblick haben und eine Verantwortung. Über diese Teilbeträge verfügen die einzelnen Regierungsmitglieder, das ist – glaube ich – auch Ihr Interesse bezüglich der Ihnen zugewiesenen Gebarungszweige im Laufe des Voranschlagsjahres“ – Zitat Ende. Im Landesvoranschlag, im jeweiligen Gesetz, das Sie da beschließen, oder im Beschluss, Gesetz ist es ja keines, ist unter Punkt elf geregelt, dass das sechste Kreditsechstel mit den Kennziffern 5 und 7 der sechsten Dekade sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt bis zu einer ausdrücklichen, über Antrag des Landesfinanzreferates durch die Steiermärkische Landesregierung zu verfügende Freigabe gesperrt ist. Es ist von vornherein gesperrt. Es ist nicht ein Einfall während des Jahres oder irgendwo irgendwelcher grauslichen Finanzmenschen, die sagen, und das sperren wir jetzt. Es ist grundsätzlich gesperrt. Alle in der Landesverwaltung betroffenen Abteilungen haben daher bei der Entscheidung oder bei ihren Entscheidungen über die Förderungsvergaben diesen Umstand – und zwar immer schon – von vornherein zu berücksichtigen. Es liegt daher in der jeweiligen Ressortverantwortung, die Förderungsempfänger, die Sie angesprochen haben, auf diese Regelung hinzuweisen, damit diese in ihrer operativen Verantwortung, beispielsweise in der Erstellung ihres Jahresplanes, darauf Rücksicht nehmen können. Ich weiß, dass die meisten, und ich kann es nicht von allen sagen, und ich bin jetzt auch schon relativ lange beim Geschäft, früher auf der Beamtenseite, sehr wohl sagen, sie rechnen nur, von der Verantwortungsseite her, der Ressortleiter, politisch beamtet, mit fünf Sechsteln. Mit dem sechsten Sechstel kannst du seriöserweise nicht planen und rechnen, sondern das kommt dann halt dazu, wenn es freigegeben werden kann. Die Kreditsechstelsperre – übrigens werden auch in den Landesvoranschlägen der übrigen Bundesländer Sperren von Förderungsausgaben generell vorgesehen und auch immer wieder durchgeführt – kann in der Verantwortung des Landesfinanzreferenten nur dann aufgehoben werden, und ich glaube, das habe ich schon entsprechend ausgeführt, wenn dies die Haushaltsentwicklung im laufenden Jahr erlaubt. Schon im Februar dieses Jahres, ich kann mich gut an Ihre empörten Aufschreie erinnern, habe ich darauf aufmerksam gemacht und habe das mit einkalkuliert, dass die dem Budget 2003, dass das, was man dem zugrunde gelegt hat, nämlich im Frühjahr 2002, und Sie wissen, wir haben im Sommer hier das Budget für 2002 beschlossen, zugrunde gelegte Einnahmenprognose des Finanzministeriums auf Grund der Steuerschätzungen, die heuer dann im Frühjahr gekommen sind, auch wiederum vom Finanzministerium revidiert werden mussten. Es haben auch alle Gebietskörperschaften diese

Mitteilung gekriegt. Für das Land Steiermark bedeutet dies, dass gegenüber der Veranschlagung für 2003, im Frühjahr 2002, mit Mindereinnahmen von rund 50 Millionen Euro zu rechnen ist und eine Maßnahme zum Ausgleich zu diesen zu erwartenden Mindereinnahmen notwendig war. Das war auch der berühmte Beschluss oder die Diskussion auf der Regierungsebene. Unter der Führung von Frau Landeshauptmann haben wir uns in Mariatrost nebst der Kirche getroffen, und zwar beim Kirchenwirt, und haben diese Thematik sehr sachlich – Gott sei Dank – besprochen und dies wurde auch allgemein akzeptiert, dass wir hier eine Darstellung brauchen, wo wir einsparen. Und da ist bereits die Sperre, also nicht Aufhebung, dieses Kreditsechstels angesprochen worden. Mit Verlaub gesagt meine ich, meine Damen und Herren, ist damit genug Zeit zur Verfügung gestanden, um auf diesen Umstand nicht nur gegenüber den Förderungsempfängern hinzuweisen, sondern sich auch entsprechend darauf vorzubereiten. In meinem Ressort wird es im Übrigen, und das wissen Sie auch, weil Sie sind auch Mitglied der verschiedenen Beiräte in dem Bereich, durch entsprechende Planung – in dem Falle Beschäftigungsprogramme – von der Landesseite zu keiner Kürzung kommen. Diese Dotierung der einzelnen Projekte ist zu 100 Prozent auch für 2003 gegeben. Lassen Sie mich auch noch ein bisschen eingehen auf die doch in Ihrer Anfrage von mir geortete Polemik, nämlich „Sozial oder Kapital“. Das ist natürlich sehr griffig, das so darzustellen, wo Sie meinen, und ich darf zitieren, „nunmehr die Augen nur mehr für jene großindustriellen Förderungswerber offen sind, die in wenigen Wochen 100- bis 1000-fach zu hohen Förderungssummen zugesagt und vertraglich – ohne Kreditsechstel abgesichert erhalten“, und das ist diese grausliche Welt. Frau Klubobfrau, ich würde Sie gerne bitten mir zu sagen, welche Sie meinen. (Abg. Lechner-Sonnek: „Mateschitz, A1-Ring!“) Das ist ein Investment, wo ich Ihnen sage, wenn das in dieser Form kommt und die Förderungen werden da nur nach erfolgtem und geprüftem Investitionsfortschritt und nach entsprechenden Prüfungen von Unterlagen, was für Groß und Klein gilt, dann ist das die beste Förderung für Sozialprojekte, für den Mittelstand, für all das, was auch unter Ihrer ideologischen oder sonstigen Haube Platz hat. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Ich habe schon befürchtet, Sie meinen Magna, ganz aus Ihrer Heimat, aus der Nähe, wo man auch froh sein muss, dass es in einer sehr schwierigen Zeit jenes Investment gibt in dem nicht sehr billigen Standort – wir stehen auch dazu. Ich hätte Sie gerne eingeladen, am „Tag der offenen Tür“ in Albersdorf-Prebuch nebst Gleisdorf teilzunehmen, wo tausende Leute das Lehrlingsausbildungszentrum, also etwas, was man früher nur bei den verstaatlichten Einheiten gehabt hat, besichtigen konnten. (Abg. Stöhrmann: „Aha!“) Jetzt auch noch, denn Böhler ist ein gutes Beispiel. Das ist kein Foul, sondern es hat sich weiterentwickelt. Die Alten sind nicht mehr in der Form haltbar. Das wissen auch ÖBB, Post et cetera. Sie haben sich weiterentwickelt, denn diese setzen auf die Zukunft und die setzen auf die jungen Leute und damit sozusagen auch auf ihr Kapital. Meine Damen und Herren, und insbesondere Peter Hagenauer weiß es offensichtlich besser, tun Sie das nicht verideologisieren. Wenn wir diese großen, wir haben ohnehin keine ganz großen, aber diese mittelgroßen in der Steiermark, auch diese international aufgestellten, nicht hätten, um Gottes willen, wo wären die Mittel für die Sozialprojekte? Ich bitte Sie, diesen Zusammenhang doch ein bisschen zu würdigen. Ich gehe noch ein bisschen auf diese Geschichte ein, auf diese Feststellung, dass eben Klein- und Mittelbetriebe damit gefördert werden, vor allem unsere Wirtschaftsförderung und die EU-kofinanzierte Ziel-II-Förderung ausschließlich auf den Mittelstand ausgerichtet ist. Da kommen nur KMUs und das werden wir oft von den Großen hören oder hören wir schon, dass sie zu sehr mittelstandsorientiert sind. Wir stehen aber dazu und glauben auch, dass tausende Arbeitsplätze damit bestens abgesichert sind. Die strukturpolitischen Erfolge geben uns hier auch absolut Recht und ich sagen Ihnen nur ein paar Zahlen, die Sie ohnehin schon kennen. Ich vergleiche dabei immer diese Mittelfristschau, Beschäftigung, Arbeitslosenzahlen seit 1996. Wenn Sie hier schauen, Österreichwert, Steiermarkwert. Sie können dann auch Werte der Bezirke anschauen, sehr erfreulich im Übrigen Grenzbezirke, ehemalige Grenzbezirke. Was die Arbeitslosenzahl betrifft, so hat die Steiermark Gott sei Dank einen Rückgang in diesem Zeitraum von 6,7 Prozent auf 5,9 Prozent. Mit den 5,9 liegen wir jetzt auch schon einige Zeit unter dem Österreichwert von 6,1, weil, ich freue mich nicht darüber, aber banchmarken darf man, weil es wird ja Anderes auch verglichen, Österreich ist von 5,8 auf 6,1 gestiegen. Wir wissen auch, was daran Schuld ist. Es ist hauptsächlich der Großraum Wien. Es ist vor allem die Stadt Wien, weil diese hat im Moment eine Arbeitslosigkeit von über 9 Prozent, also knapp unter 10 Prozent. Auch bei den Beschäftigtenziffern, also die Kehrseite der Medaille, zeigt sich, dass dieser positive Trend in der Steiermark auch gesamtösterreichisch sich abzeichnet. Im selben Zeitraum, den ich schon genannt habe, also immer September 1996, September 2003, verglichen, ist das Plus der Steiermark 6,6 Prozent, also 28.000 neue Jobs, in Österreich waren es 4,3 Prozent Plus. Ich komme schon zum Schluss: Zu Ihrer Frage, wann wird das letzte Kreditsechstel freigegeben – Sie haben es zum Teil schon selbst beantwortet in Ihrer Begründung: In der heutigen Regierungssitzung zur einstimmigen Beschlussfassung über das Budget 2004 habe ich beantragt, dass aus dem gesperrten Kreditsechstel insgesamt 4,5 Millionen Euro, das ist ein Viertel, 25 Prozent, freigegeben werden für dringende Finanzierungserfordernisse. Ich bin überzeugt davon, dass alle zuständigen Referenten auf der Regierungsbank sich genau anschauen, wo sind jetzt diese besonderen Schmerzpunkte. Wenn es welche gibt, dann wird es auch dort zur Finanzierung eingesetzt. Es stimmt auch, dass vereinbart wurde, dass, wenn wir, und das entspricht diesem Grundsatz, nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Wenn wir sehen, dass vielleicht die Steuereinnahmen jetzt ein bisschen anziehen gegen Ende des Jahres, dass auf der anderen Seite die Abrechnung aus dem Finanzausgleich für 2003, das ist dann am Beginn 2004, hereinkommen oder dass wir vielleicht bei dem einen oder anderen Veräußerungserlös frei verfügbares haben, dann haben wir vereinbart, verhandeln wir darüber. Sie werden auch entsprechend informiert. Wenn Sie die Information haben wollen, haben Sie sie auch als Nichtregierungsfraktion bisher noch immer bekommen. In diesem Sinne danke ich nochmals für die Anfrage, weil sie Gelegenheit gibt, das ein bisschen auszuführen und darzustellen. Eine etwas kleine grüne Enttäuschung habe ich allerdings, dass hier dieses Angebot, aber das werden

wir dann am 18., vor allem aber bei der Budgetsitzung noch haben, das ehrliche Bemühen, Sie mit einzubinden in einer Frühphase. Das haben wir früher nie gehabt. Wir haben es probiert, aber Sie haben es noch nicht ganz geschafft. Aber ansonsten herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 16.30 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Anfrage und weise darauf hin, dass kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf. Erste Wortmeldung Herr Klubobmann Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (16.31 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben diese Dringliche Anfrage deshalb unterstützt, weil, wie die Frist der Einbringung zu Ende war, nämlich heute, 9 Uhr, war nicht genau klar, wie man mit dem letzten Kreditsechstel, welches gesperrt ist, umgeht und ob künftig für die wichtigen Projekte, die die Kollegin Lechner-Sonnek angeführt hat, die Mittel überhaupt freigegeben werden und wenn ja, in welchem Zeitraum sie freigegeben werden, weil ich meine, dass jedes dieser Projekte, die hier betroffen sind, verdient gefördert zu werden, weil ansonsten wären die Förderungen ja auch nicht vorgesehen gewesen. Und natürlich werden die Projektbetreiber mit diesen finanziellen Mitteln des Landes rechnen. Und sie werden natürlich, wenn nicht heuer – wie das in der Landesregierung heute festgelegt wurde, alle Mittel freigegeben werden – natürlich zu Zwischenfinanzierungen greifen müssen, die für die Projektbetreiber natürlich eine Belastung darstellen, natürlich zusätzliche Kosten verursachen. Letztendlich meine ich aber, dass das heute ein Kompromiss war, wo man versucht hat, in den letzten Stunden oder Minuten bei diesem Budget eine Lösung zu finden. Und daher meine ich und ersuche, Herr Landesrat, dass du als Finanzreferent nicht die Frist, die heute hier die Regierung vereinbart hat bis zum Rechnungsabschluss, die Mittel versuchst auszugleichen, einen Versuch zu starten, dass es aus deiner Sicht vielleicht früher möglich ist, um die Projektbetreiber zu ihren erhofften Fördermitteln zu bringen.

Ich möchte aber schon Folgendes zur Kollegin Lechner-Sonnek sagen. Ich glaube auch, dass die Förderung des Herrn Mateschitz oder des Projektes am A-Ring absolut förderwürdig ist, weil wenn dieses Projekt, meine Damen und Herren, Wirklichkeit wird, dann ist es für die Region im oberen Murtal, im Aichfeld, ein Segen für die Zukunft und es werden dort viele Menschen Beschäftigung finden. Ich meine, es ist nur selbstverständlich, dass man bei dieser Investitionssumme diesen Teil der Förderung beiträgt.

Aber, Kollege Paierl, du kannst es eben nicht lassen. Mit was ich nicht umgehen kann, mit dem, was du immer wieder hier und in den Medien und öffentlich darstellst, ist, das sind deine Beschäftigungszahlen (Landesrat Dipl.-Ing. Paier: „Sie sind von der Arbeitsmarktverwaltung!“) Freuen wir uns, wenn vielleicht die einen oder anderen einen Beschäftigungszuwachs haben, aber du sagst nie dazu, wenn über Beschäftigung geredet wird, dass ich heute oft zwei, drei Jobs überhaupt brauche, um einmal meinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Und da brauche ich mir nicht irgendwo ein Mascherl raufpicken und sagen, wie super ich bin, wenn wir in eine Richtung gehen, dass eine Familie oder ein Familienerhalter mehrere Jobs braucht, um einmal seinen Unterhalt zu verdienen. (Abg. Wiedner: „Wirst du deshalb Bürgermeister, wegen zwei Einkommen?“)

Meine Damen und Herren, das kann doch nicht das Ziel sein der Beschäftigungspolitik, dass ich dieser Politik nachlaufe und sage, wie schön das ist. Ich meine, dass auf alle Fälle danach zu trachten ist, und da gehören halt auch die Beschäftigungsinitiativen dazu, die nachhaltig sind, wo wir hochwertig sind. Weil eines sage ich euch gleich, wir werden noch lange nachlaufen können, dass wir konkurrenzfähig sind mit Lohnbilligländern, die es immer billiger machen werden, und noch billiger, und noch billiger (Landesrat Dipl.-Ing. Paier: „Das wollen wir gar nicht!“), und dann brauchen wir vier oder fünf Jobs, dass wir einmal diese soziale Sicherheit für unsere Familien haben. Das ist nicht die Beschäftigungspolitik, die wir uns vorstellen. Darum meine ich, lieber Kollege Paierl, deine Zahlen, die du uns immer wieder vorlegst, sind für mich immer sehr stark eingefärbt, ist eine Statistik, die kann man verwenden, wenn man vielleicht Wirtschaftslandesrat ist. Da ist das vielleicht angenehm zum Herzeigen, aber die Realität ist eine andere.

Und dann zu den Lehrlingen: Ich ersuche dich, du – einer, der die Wirtschaft so sehr schätzt und sie immer wieder so sehr in den Vordergrund stellt, und wir brauchen sie natürlich. (Abg. Straßberger: „Umgekehrt aber auch!“) Nur, eines kann ich euch schon sagen, dass wir heute so wenig Lehrstellen haben, das ist nicht deshalb, weil so wenig lernen wollen, sondern weil viele der Unternehmen aufgehört haben auszubilden. Mich ruft bei einer Sprechstunde vor kurzem – (Abg. Wiedner: „Sag einmal warum?“) Horch einmal zu!

Es kommen nämlich zu Sprechstunden Leute auch noch zu mir. Aber wenn sie dann kommen, eine Unternehmerin, und sagt, lieber Herr Schrittwieser, ich brauche einen Installateur und ich bekomme keinen, dann sage ich, gnädige Frau, bilden Sie Lehrlinge aus. Das habe ich schon vor Jahren aufgehört, das tu ich nicht mehr, mag ich nimmer, kann ich mir nicht leisten, sagt sie. (Abg. Bittmann: „Hättest mich angerufen, ich wüsste einen!“)

Ja, Freunde, wenn das die Einstellung ist der Unternehmungen, dass sie ihre Facharbeiter nicht selbst ausbilden, dann werden wir künftig noch weniger Facharbeiter haben. Ich bin auch froh, wenn die Regierung bei ihren Budgetberatungen auf Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Voves diesem Lehrlingsfonds nähergetreten ist, wo wir endlich versuchen wollen nach Vorarlberger Vorbild, wo man weiß, was funktioniert, hier initiativ und tätig zu werden, dass wir der Misere der Ausbildung und der zu wenigen Lehrplätze endlich Herr werden. Weil eines können wir nicht sagen, es waren noch nie so viele junge Leute arbeitslos. Es gibt aber 6000 junge Leute, die einen Platz suchen von der Jugend und die kann ich nicht wegtun und da ist jeder zu viel. Das heißt, strengen wir uns an, bemühen wir uns, aber es kann nicht so sein, dass alles super ist, weil von den 6000

Jugendlichen – das sage ich euch – ist jeder Einzelne, der keinen Ausbildungsplatz hat, keinen Arbeitsplatz hat, zu viel. Und das sollten wir uns in der steirischen Politik zumindest bewusst sein. (Beifall bei der SPÖ. – 16.37 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Lechner-Sonnek. Frau Abgeordnete, Sie haben sich gemeldet, Sie sind schon am Wort!

Abg. Lechner-Sonnek (16.37 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Landesrat! Sie wissen, wir haben Sie bei dem Gespräch, zu dem Sie eingeladen haben zum Thema Budget, auch auf dieses Kreditsechstel angesprochen und genau dort haben Sie uns nämlich darauf hingewiesen, dass Ihre Überlegung ist, dass das eine Form wäre, die Landesräte dazu zu bewegen, ihre Rücklagen aufzulösen. Woher sonst würde ich das wissen? Wir haben das dort ausufernd diskutiert, sehr lange.

Eine Frage habe ich an Sie. Was Sie jetzt gesagt haben, hat mich sehr eigenartig berührt. Eigentlich kann man mit dem sechsten Sechstel seriöserweise nicht planen. Was heißt das? Heißt das, dass ein Landesrat mit einem einzelnen Projekt spricht, sagt, aha, das ist Ihr Konzept, aha, das haben Sie vor, soundso viel Förderung werde ich auszahlen? Glauben Sie wirklich, dass der immer nur von fünf Sechsteln seiner Möglichkeiten ausgeht? Oder sind die Verträge, die gemacht werden oder die Vereinbarungen, die getroffen werden, in Wirklichkeit so, dass man davon ausgeht, dass die Betriebe oder die Projekte ohnehin zu viel verlangen und es dann nicht sehr viel ausmachen wird, wenn etwas ausfällt? Sie haben gesagt, die zuständigen Landesräte werden jetzt schauen, wo es Härtefälle gibt. Also, da braucht es nicht viel Fantasie um zu wissen, in 90 Prozent der Fälle wird es sich jetzt um ernste Situationen handeln. Wir wissen von manchen Projekten, dass sie bereits gekündigt haben, dass sie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kündigen mussten. Und ich muss Ihnen eines sagen, wenn Sie Geschäftsführerin oder Geschäftsführer eines solchen Projektes sind, können Sie durch solche Situationen in sehr bedrängte Lagen kommen. Das heißt, es wird nicht um einige wenige ernsthafte Situationen gehen. Diese Projekte haben uns allen mitgeteilt, dass sie am Limit sind. Sie sind davon ausgegangen, dass das hält, was man ihnen in Aussicht stellt. Und die innere Logik eines Landeshaushaltes ist eine wenn auch ernste Sache, mit der wir uns hier mit Sicherheit auseinander setzen müssen. Aber man kann nicht die eigene Logik auf jemand anderen umlegen, der nach einer anderen Logik agieren muss. Das sind genauso Wirtschaftsbetriebe wie andere bereits genannte oder ganz normale mittelständische Betriebe, Produktionsbetriebe, Handelsbetriebe. Die sind denselben Gesetzen unterworfen. Die können nicht Ende Oktober sagen, ich glaube, jetzt kommt kein Geld mehr herein, jetzt hänge ich meine Kunden und meine Mitarbeiter kurz in den Kasten und im Jänner machen wir wieder auf. So funktioniert das nicht. Und das ist für mich ein Kern der ganzen Sache. Wie schaut das Konzept aus, wie schaut Ihr Gesamtkonzept aus diesen sozialen Initiativen gegenüber?

Wenn Sie damit argumentieren, dass das grundsätzlich eingebaut ist und die Situation ist eigentlich jedes Jahr vorhanden, dann muss ich sagen, lässt man das seit Jahren jedes Jahr schleifen. Das ist doch keine Lösung. Das ist keine Lösung, wenn man von Betrieben in Wirklichkeit Sozialleistungen, Bildungsleistungen, Qualifizierungsleistungen zukauf als Land, weil man sie selbst nicht erbringen will und das dann immer so in der Schwebe lässt so unter dem Motto: „Irgendwie wird es schon gehen!“ Das ist etwas, was ich nicht verstehen kann und was ich als unseriös empfinde, bei allem gebotenen Respekt. Weil Sie mich vorher gefragt haben, welche Förderungen das sind: Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, da ein paar Worte darüber zu verlieren, weil ich Herrn Mateschitz angesprochen habe: Es geht mir einfach gegen den Strich, wenn ich von Herrn Mateschitz, einem Herrn Stronach lesen muss, dass sie sich als Selfmademan abfeiern lassen bei jeder Gelegenheit. Herr Stronach macht das ja noch wesentlich intensiver und hält schriftlich über Inserate oder auch mündlich Vorträge darüber, dass man nur aus eigener Kraft zu etwas wird und leider Gottes klingeln bei mir dann immer die Glocken und ich rechne durch, was ich weiß, dass Herr Stronach und die Firma Magna an Förderungen bekommen hat. (Beifall bei den Grünen.)

Jetzt setze ich mich nicht darüber hinweg, dass Arbeitsplätze geschaffen wurden und dass diese wichtig sind. Aber so zu tun, als wenn man nie eine Förderung dafür bekommen hätte und sich permanent selbst an die Brust zu klopfen, das halte ich schlecht aus. Ich darf Ihnen zitieren, was Herr Stronach bei der Eröffnung des Werkes in Albersdorf gesagt hat, nämlich: „In 48 Stunden sind wir weg, wenn diese Firma nicht ordentlich läuft!“ Er hat sich dann korrigiert, 72 Stunden, denn so lange braucht es, um die Maschinen abzubauen. Was ist das für eine Haltung, meine Damen und Herren? Dieses Ambiente hat ihm zu einem Großteil die steirische Bevölkerung geschenkt. (Beifall bei den Grünen.)

Da sind sehr viele Förderungen geflossen und das ist schon okay so, aber nur dann, wenn man wirklich gerecht auch dorthin schaut, wo andere einen Förderbedarf haben beziehungsweise wo es andere Bereiche gibt, die im Bezug auf Arbeitsplätze sehr bedeutend sind. Da geht es mir nicht in erster Linie um die Arbeitsplätze der Beschäftigten in den Initiativen, mir geht es um den Effekt dieser Initiativen. Herr Landesrat Paierl hat gerade selbst bestätigt, dass die Initiativen in Wirklichkeit ein Finanzvolumen haben, das weit über das hinausgeht, was das Land selber zuschießt und dass das eigentlich ein ganz guter Effekt ist, wenn das Land einen Teil zuschießt. Aber dieser Teil muss einfach sicher sein. Wie die budgetäre Konstruktion und die Vertragskonstruktion ausschaut, da denke ich mir, da sitzen ja genügend Leute auf der Regierungsbank, die an anderer Stelle stolz zeigen, dass sie den Laden gut im Griff haben. Ich würde bitten, dass Sie Ihre Kompetenz in dieser Sache einmal auspacken. Wenn die Arbeitslosenzahlen in der Steiermark so gut ausschauen, dann zum Teil auch wegen dieser Projekte. Ich gebe gerne zu, dass ich mich freue und will das auch ausdrücken, dass die Beschäftigungsprojekte nicht beschnitten werden. Gott sei Dank. Es ist sichtbar, dass wir sie brauchen, wenn es solche Arbeitslosen-

zahlen gibt in einer solchen Zeit. Ich weiß nicht, wann das dann eingesehen werden soll als in einer solchen Zeit. Aber das gilt eben auch für die anderen Projekte, die jetzt gefährdet sind. Ich möchte Sie fragen und bitten, was kann das für eine Entwicklung sein, die diesen Bereich sicherstellt und wie kann ein Gesamtkonzept ausschauen, das den Initiativen, die in unser aller Interesse diese Arbeit machen in den erwähnten Zielgruppen und in den erwähnten Tätigkeitsbereichen Sicherheit gibt? Wie kann eine Entwicklung ausschauen, diese Leistungen abzusichern und ihnen das zukommen zu lassen, worauf sie ein Recht haben, nämlich Abgeltung ihrer für uns wertvollen Leistungen? Ich will noch einen Entschließungsantrag einbringen. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das letzte Kreditsechstel im Jahre 2003 der Fördermittel für Projekte unverzüglich freizugeben. Ich bitte um Annahme. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Landesrat Dr. Flecker. Herr Landesrat, Sie sind am Wort.

Landesrat Dr. Flecker: Herr Präsident!

Frau Kollegin Lechner, ich würde mich auch lieber mit der Ideologie des Kollegen Paieryl auseinander setzen, will mich aber darauf reduzieren, Ihnen eine Antwort zu geben, wie es in meinem Ressort ausschaut. Trotzdem, so glaube ich, haben wir die Aufgabe, das Brot zu finanzieren und die Spiele, mit denen oft Stimmung gemacht wird, sollten unser freiwilliges Vergnügen bleiben und das sollte auch einmal bei der Politik Einzug finden. Ich bin auch bei Ihnen, dass es nicht gerade ein sympathisches Licht auf einen Großindustriellen wirft, wenn er glaubt, Geld macht die Regel. Irgendwann, wenn man diesen Götzen huldigt, fällt das auf einen selber zurück. Das Dilemma, dass wir heuer in dieser Situation sind, kommt aus der Fesselung und Knebelung durch den Stabilitätspakt. Aber der läuft im nächsten Jahr aus. Wir haben genaue Parameter festgelegt, unter welchen Bedingungen so etwas überhaupt nur mehr von steirischer Seite gestattet werden kann, wo die steirische Seite nur mehr nahetreten kann, so dass wir dieses grundsätzliche Problem durch die heutige Budgetvereinbarung beseitigt haben. Letztlich aber zu dem, was Sie angeschnitten haben hinsichtlich der Förderungen: Ich kann Sie beruhigen und deswegen haben Sie vor allem die Dringliche gemacht, dass im Sozialbereich alle, die bereits über einen Beschluss verfügen, den vollen Betrag ausbezahlt bekommen, weil ich den Weg so gehe, dass ich die alten Förderungen beziehungsweise die frühen Anträge so in die Regierung einbringe, dass ich mir zum Ende des Jahres eine Ersatzbedeckung für das sechste Kreditsechstel zurechtlegen kann und somit die beschlossenen Förderungen in voller Jahressumme auszahlen kann. Der Wermutstropfen bei dieser Vorgangsweise liegt natürlich darin, dass wir durchaus förderungswürdige neue Projekte haben, die wir in diesem Jahr nur mit dem, so hoffe ich, A-conto auf das Freiwerden dieses Kreditsechstels im nächsten Jahr finanzieren können. Das ist zwar nicht der optimale Weg, über den wir uns alle, die wir hier auf der Regierungsbank sitzen, freuen würden, aber das geht auf Grund des Stabilitätspaktes nicht und auf Grund der Einnahmensituation nicht. Es ist aber zumindest ein Weg, mit dem wir das erreichen, zumindest ich in meinem Ressort, was Sie zu Recht verlangen, nämlich Sicherheit und Verlässlichkeit von Regierungsbeschlüssen. Ich glaube, das ist zumindest ein Ansatz zum richtigen Weg. (Beifall bei der SPÖ. – 16.49 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (16.49 Uhr): Frau Klubobfrau, Sie haben mich konkret angesprochen und haben aber eigentlich in Ihrer Wortmeldung noch einmal für mich sehr autistisch wiederum hier agiert, indem Sie einfach nicht zugehört haben, was ich gesagt habe. (Abg. Lechner-Sonnek: „Das ist eine Beleidigung!“) Ich sage und ich wiederhole es und ich kann nicht anders, das ist Landesverfassungsgesetz. Wenn Sie die Kraft und die Möglichkeit haben, hier diese Spielregeln, die Verfassung sind, außer Kraft zu setzen, dann schaut es anders aus. Ich lasse mir wirklich von Ihnen nicht, und Sie können es selbst nachlesen, denn Sie haben mir oder auch den anderen Mitgliedern hier auf der Regierungsbank Unseriösität vorgeworfen. Wo kommen wir denn da hin, unseriös. Kurt Flecker hat Ihnen eigentlich jetzt die Möglichkeiten, die man dann gestalterisch hat, gesagt. Es ist nicht möglich. Wenn Sie sich die Regierungssitzungsanträge anschauen, dann steht oben immer wieder drauf bei diesen Anträgen „nach Maßgabe der frei verfügbaren Kreditsechstel“. Da weiß doch ein jeder, woran er ist. Ihr Konstrukt ist wirklich, so scheint mir, aus einer anderen Verfassungs- und Rechtswelt, weil das gibt es nicht, dass man hier jemandem etwas verspricht. Das findet in der Politik schon statt, nur, das hat keine Rechtsverbindlichkeit. Sie gehen immer von rechtsverbindlichen Zusagen aus und die müssen eingehalten werden und da müssen sie, das tut ein jeder von uns, ersatzbedeckt werden.

Und noch eines, das Zweite, das möchte ich so nicht stehen lassen, weil auch das haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, den Zusammenhang, dass Investoren, wie immer sie heißen, die überall investieren können, okay, auf Grund gewisser Gewinnerorientierung, zu der ich stehe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und zwar tausende sind das, die zahlen hier Steuern, und das sind jene Steuern, von denen Sie dann wiederum notwendige Sozialleistungen abzweigen können, sonst durch gar nichts. Was glauben Sie denn, wie man bei Ihnen Chance B fördert? Haben Sie das schon einmal überlegt? Ich meine, so weit müsste es dann reichen, wie man diese Fördergelder, wie man diese absammelt. Wo kommen denn die her? Die wachsen nicht auf irgendeinem Baum. Und Frank Stronach. Ich war zufällig dabei. Das hat er genau umgekehrt gesagt. Er hat gesagt, er ist deswegen da, weil es hier klasse Leute gibt, gerade bei den Arbeitern, er hat mit den Arbeitern gesprochen. Sie waren nicht dabei. Ich habe Sie zumindest dort nicht gesehen. Kommen Sie einmal hin dort. Fassen Sie sich den Mut und schauen Sie sich um, wie die mit ihren Leuten umgehen, wie die jungen Leute insbesondere wirklich in einem wahnsinnig modernen und sehr erfreulichen Umfeld arbeiten. Und dazu kommt,

dass nicht nur die Steuerleistungen, sondern dass diese Betriebe Gott sei Dank auch auf unserem Standort ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen freiwillig zusätzlich nachkommen. Stichwort: fünf Stiftungsinstitute auf der TU Graz. Bitte, auch das ist etwas, was man nicht automatisch bekommt, sondern wo man im Netzwerk entsprechend agieren muss. Ich setze mich ja mit Ihnen gerne auseinander, weil ich das wirklich ernsthaft für ein Thema halte. Ich will hier gar nicht groß ideologisieren, aber so einseitig oder fast politisch blind zu agieren, das halte ich einfach für gefährlich. Nämlich im Sinne auch gerade der sozialen Verpflichtungen, die ein Staatswesen und die Gesellschaft hat. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.53 Uhr.)

Präsident: Es hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Zitz. Sie ist am Wort!

Abg. Mag. Zitz (16.53 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Herr Landesrat Paierl, ich habe mit Ihrem Stil ein großes Problem. (Abg. Bittmann: „Das ist Ihr Problem!“)

Ich glaube, in den letzten Jahren hat es viele Möglichkeiten gegeben sich zum Budget zu unterhalten, innerhalb des Landtags, immer wieder im Rahmen des Budgetlandtags, leider immer sehr spät und sehr knapp mit einem gebundenen Budget. Und wir haben es mehrfach auch gesagt – von diesem Pult weg – wir finden es in Ordnung, dass Sie ein bisschen mehr Budgettransparenz walten lassen, wir finden es in Ordnung, dass Sie alle Fraktionen zu Gesprächen eingeladen haben.

Ich habe geglaubt, dass Sie da einen Stil wählen, der ein anderes und ein bisschen konkreteres und ein bisschen transparenteres Miteinander im Bereich Budgetpolitik möglich macht.

Wie Sie sich jetzt aber geäußert haben, da sind einige Punkte dabei, die möchte ich nicht so stehen lassen. Es ist absolut nicht in Ordnung, wenn Ingrid Lechner-Sonnek als Budgetsprecherin und Klubobfrau der Grünen herauskommt und Punkte bringt, die in der Steiermark viele, viele 1000 Leute gezwungenermaßen bewegen, die Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen von Vereinen, die Mitarbeiterinnen von Vereinen, die Klienten und Klientinnen von Vereinen, die keine Ahnung haben, wann Mitarbeiterinnen entlassen werden, welche Mitarbeiterinnen entlassen werden, ob bestimmte Dienstleistungen überhaupt noch stattfinden können oder nicht.

Herr Landesrat, es gibt in der Steiermark viele 1000 Leute, die interessiert genau das. Und ich bitte Sie einfach zu akzeptieren – und das sage ich zu allen Leuten auf der Regierungsbank –, dass es ein Auftrag von den Grünen ist, genau das zum Thema zu machen, weil diese Punkte in Gesprächen und in Auseinandersetzungen mit Fachleuten oft vorkommen. Ich weiß zu schätzen, dass Sie sich um einen Kontakt zu uns bemüht haben – und keiner von den Grünen, keine von uns wird Sie für diese Art der Kontaktaufnahme jemals kritisieren.

Das, was ich für absolut problematisch finde, ist, wenn Sie jetzt hergehen und Kollegin Lechner-Sonnek als „autistisch“ bezeichnen und was ich auch absolut nicht in Ordnung finde ist, wenn Sie Kritikpunkte, die aus Sicht der Grünen zu den sehr großen Förderungen kommen, die für uns nicht transparent sind, die nicht nachvollziehbar sind und die ziemlich sicher nicht nachhaltig sind, wenn Sie diese Kritik prinzipiell als sonderbare Ideologie hinstellen. Ich bin ziemlich enttäuscht von Ihrem Auftritt. Ich hätte mir gewünscht, dass das eine Möglichkeit ist, sich verdammt knapp vor dem Budgetlandtag hier in dem Rahmen einmal mit diesem offenen Kreditsechstel auseinander zu setzen. Heute in der Früh hat es eine Budgeteinigung gegeben zwischen den drei Regierungsfractionen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landtag hat die Budgethoheit. Und das, was mit Steuermitteln passiert, ist etwas, was wir beschließen. Wir beschließen den Landeshaushalt, wir beschließen den jeweiligen „Erfolg“ und wir beschließen den Rechnungsabschluss. Und wenn wir dann einen Millimeter von diesem Recht wahrnehmen, Herr Landesrat, und zwar, mit Verlaub, immerhin mit einem gewissen Spielraum zum Budgetlandtag hin, und das informiert und in Kontakt mit vielen, vielen Leuten, die durch diese Finanzpolitik direkt betroffen sind, bitte ich Sie, den Begriff „autistisch“ nicht mehr zu verwenden. Wir wissen, dass Sie in bestimmten Bereichen der Wirtschaft und Sozialpolitik bestimmte Grundhaltungen haben, die wir – sage ich einmal – nicht unbedingt teilen. Aber ich finde es absolut unangemessen, dass Sie einer Abgeordneten im Landtag dieses Recht sich zu äußern dadurch absprechen und sie in ein sehr komisches Eck stellen (Abg. Mag. Drexler: „Hat ja kein Mensch gesagt!“) Christopher Drexler, indem da Begriffe wie „autistisch“ fallen. Ich verstehe es einfach nicht. (Abg. Mag. Drexler: „Hören Sie zu, was der Hagenauer immer sagt!“) Und ich bin von Seiten der ÖVP wirklich enttäuscht für das Statement, das Sie gerade abgegeben haben. Ich hoffe, Herr Landesrat, und ich hoffe, sehr geehrte andere Damen und Herren Regierungsmitglieder, dass es zu einzelnen Budgetkapiteln Auseinandersetzungen gibt entlang unterschiedlichen Positionierungen, die wir halt einmal als gewählte Vertreter und Vertreterinnen haben.

Und ich möchte mich jetzt noch einmal beim Herrn Landesrat Erlitz bedanken, der uns in der Früh in einem Gesundheits-Ausschuss Frage und Antwort gestanden ist zu einigen Bereichen, die für ihn auch nicht ganz leicht sind, wo wir aber von Seiten der Grünen gesagt haben, da erlauben wir uns, ihn einmal vor den Vorhang in den Gesundheits-Ausschuss zu bitten.

Herr Landesrat Paierl, Ihren Stil, einen Teil von Ihrem Stil bezüglich Offenlegung und Transparenz von Budgetplanung haben wir immer wieder auf der Ebene der Kontaktaufnahme in Ordnung gefunden, Ihre Wortmeldungen heute, bezogen auf Ingrid Lechner-Sonnek, empfinde ich als bedauerlich, als ein für mich nicht nachvollziehbares Foul. Ich hoffe, dass Ihr Stil sich in den nächsten Wochen verändert, weil vom zweiten bis vierten haben wir Budgetlandtag. Und da wünsche ich mir vorher eine andere Umgangsform bei allen unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, die wir haben und die wir mit Wählerauftrag haben, als Sie das leider heute an den Tag gelegt haben. (Beifall bei den Grünen. – 16.59 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Klubobmann Drexler.

Abg. Mag. Drexler (16.59 Uhr): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident!

Ich wollte diese Debatte keinesfalls verlängern und tue das auch nicht. Nur, es gibt dann schon eine Grenze, die man nicht überschreiten sollte. Und was wir jetzt hier an Diskussionskultur erlebt haben und, liebe und verehrte Edith Zitz, sehr viele qualitätsvolle Beiträge immer bei diesen Debatten, aber heute hier jetzt herzugehen nach dieser Dringlichen Anfrage, die dieses Landesparlament so dringend gebraucht hat wie einen Kropf, weil es ist um nichts gegangen in der letzten halben Stunde im Endeffekt. (Beifall bei der ÖVP.)

Dann hier herzugehen, das haben wir ja sogar von der Wortmeldung vom Kollegen Schrittwieser so mehr oder weniger herausgelesen, jetzt herzugehen und aus dieser Beantwortung, nachdem unser Finanzlandesrat Herbert Paierl sogar zugegeben von dir einen neuen Stil, einen transparenten Stil in die Budgetpolitik hineingebracht hat, hier jetzt eine I-Tüpfel-Reiterei anzufangen und in einer wirklich für mich beinahe mich nicht am Sitz bleiben lassenden Art und Weise hier eine Angriffswalze zu fahren, die eigentlich ohne sachlichen Zusammenhang zu all dem gestanden ist, was heute hier debattiert worden ist, da muss ich sagen, das ist nicht in Ordnung. Gott sei Dank hat es heute eine Budgeteinigung in der Früh gegeben. Und ich glaube, dass damit ein Grundstein für eine erfolgreiche Weiterarbeit hier im Land geleistet worden ist. Und dafür ist unserem Landesrat Herbert Paierl zu danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn es irgendwelche Vereine in dem Land noch gibt, die es noch nicht kapiert haben, dass das immer und seit jeher so ist, dann ... Als ich Anfang der neunziger Jahre für einen Verein Verantwortung getragen habe, der vom Land eine Förderung bekommen hat, war mir immer klar, ich kann nur mit fünf Sechsteln kalkulieren. Das ist ja nicht neu und vom Himmel gefallen. Das hat nicht einmal GATS oder Neoliberalismus in das Land gebracht. Das war immer so. Wer mit dem heute noch nicht kalkulieren kann, der ist fehl am Platz. Angenehmer ist es, wenn man sechs Sechstel bekommt, das ist keine Frage. Aber wenn es nicht geht, dann geht es nicht. Daher darf man nur mit fünf Sechsteln kalkulieren. Außerdem hat es eine wunderbare Einigung gegeben und offensichtlich sind alle beteiligten Damen und Herren ansonsten der Meinung, dass man mit dieser Sache leben kann. Ich möchte schon noch eines sagen: Wenn man jetzt hierher geht und jenen Regierungsmitgliedern, die sich wirklich um Konsens bemühen und wo hier ein Stil gepflogen wurde, nämlich einer frühzeitigen Information, nicht nur, was die Erstellung des Budgets betrifft, auch was den Budgetvollzug betrifft, da haben wir einige neue Qualitätsstandards in den letzten Jahren erleben dürfen, vorwirft, das ist ein unerhörter Stil und das ist alles ein Wahnsinn, dann erscheint mir das ein wenig über den konkreten Anlass hinausgeschossen zu sein. Daher glaube ich, dass es diesen Stil jetzt zurückzuweisen gilt. Recht herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 17.02 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie nunmehr, wenn Sie dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Freigabe des letzten Kreditsechstels der Fördermittel für Projekte Ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1476/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (sechster Bericht für das Rechnungsjahr 2003).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (17.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es wird berichtet, dass in der Zeit vom 2. Juni bis 8. September 2003 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 14,304.249,23 Euro ausgegeben wurden. Dieser Mehraufwand wurde bedeckt im Ordentlichen Haushalt durch Bindung von Ausgabenersparungen und Mehreinnahmen und im Außerordentlichen Haushalt durch Bindung von Ausgabenersparungen und Mehreinnahmen. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 22. September 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der sechste Bericht für das Rechnungsjahr 2003 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 14,304.249,23 Euro wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (17.04 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Es liegt keine Wortmeldung vor.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 14 bis 17 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1457/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaften EZ. 60 und 61, KG. 63106 Jakomini, Grundstücksadresse 8010 Graz, Radetzkystraße 1 und 3 an die Firma „Freude am Wohnen“ Wohnbau-Gesellschaft m.b.H., 4020 Linz, Anzengruberstraße 3/3 und im Rahmen eines Bauherrenmodells von dieser weiter namhaft zu machender Käufer um einen Preis von 2,470.000 Euro.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (17.05 Uhr): Herr Präsident!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaften EZ. 60 und 61, KG. 63106 Jakomini, Grundstücksadresse 8010 Graz, Radetzkystraße 1 und 3 an die Firma „Freude am Wohnen“ Wohnbau-Gesellschaft m.b.H., 4020 Linz, Anzengruberstraße 3/3 und im Rahmen eines Bauherrenmodells von dieser weiter namhaft zu machender Käufer um einen Preis von 2,470.000 Euro. Die Liegenschaften EZ. 60 und 61, Grundbuch 63106 Jakomini wurden als nicht betriebsnotwendig erkannt und daher zum Verkauf ausgeschrieben. Als Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens langten zwei Angebote ein, wobei von einem Bieter ein Kaufpreis von 2,180.000 Euro und von der Firma „Freude am Wohnen“ ein Kaufpreis von 2,435.000 Euro angeboten wurde. Im Falle der Abklärung diverser Details wurde eine mögliche Kaufpreisnachbesserung in Aussicht gestellt. Im Zuge des anhängigen Verkaufsverfahrens wurde ein Gutachten über den Marktwert dieser Liegenschaft vom gerichtlich beeideten und zertifizierten Sachverständigen Dipl.-Ing. Franz Josef Seiser eingeholt und ermittelte der beauftragte Sachverständige einen Marktwert von 2,370.000 Euro. Im Hinblick auf die angebotene Kaufpreisnachbesserung wurden mit dem Vertreter des Bestbieters, Herrn Florian Costa, Verhandlungen aufgenommen. Die bestbietende Firma ist im Rahmen der IFA Finanzgruppe tätig, die im Grazer Bereich im Umfang so genannter Bauherrenmodelle bereits zahlreiche Immobilienprojekte abgewickelt hat. Nach Abklärung diverser Details und unter Berücksichtigung der Möglichkeit, dass der Firma „Freude am Wohnen“ die Möglichkeit eingeräumt wird, dritte Personen als Käufer und Investoren im Rahmen der Realisierung des geplanten Projektes als Bauherrenmodell namhaft zu machen, hat diese den angebotenen Kaufpreis auf 2,470.000 Euro nachgebessert. Für die sich im Objekt Radetzkystraße 3 befindlichen Landesdienststellen soll bis zur tatsächlichen Räumung, die bis längstens 31. Dezember 2004 zu erfolgen hat, gemäß dem gelegten Angebot ein Mietzins von 6,50 Euro pro Quadratmeter zuzüglich Umsatzsteuer und Betriebskosten in Rechnung gestellt werden. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 7. Juli 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaften EZ. 60 und 61, KG. 63106 Jakomini, Grundstücksadresse 8010 Graz, Radetzkystraße 1 und 3 an die Firma „Freude am Wohnen“ Wohnbau-Gesellschaft m.b.H., 4020 Linz, Anzengruberstraße 3/3 und im Rahmen eines Bauherrenmodells von dieser weiter namhaft zu machender Käufer um einen Preis von 2,470.000 Euro wird genehmigt. Ich bitte um Annahme. (17.09 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1458/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 2727, GB 63125 Webling, Grundstücke Nr. 56, 58 und 59 mit einer Gesamtfläche von 50.964 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 5,198.328 Euro an die Bietergemeinschaft Neue Heimat, Graz und Siedlungsgenossenschaft Rottenmann, 8786 Rottenmann.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (17.09 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die im Eigentum des Landes Steiermark befindliche Liegenschaft in Graz-Webling, EZ. 2727, GB. 63125 Webling, bestehend aus den Grundstücken Nr. 56, 58 und 59 mit einer Grundstücksfläche von insgesamt 50.964 Quadratmetern soll verkauft werden. Auf Grund eines Gutachtens der LIPEG GesmbH. beziehungsweise von Direktor Pantschier beträgt der Verkehrswert dieser Liegenschaft 5,610.302 Euro oder 109 Euro pro Quadratmeter. Es wurde dann eine österreichweite Ausschreibung durchgeführt. Es haben sich sechs Bewerber gemeldet. In Verhandlungen ist es gelungen, das Angebot der bestbietenden Bietergemeinschaft auf 102 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen. Da trotz intensiver Bemühungen seitens der Fachabteilung 4A, die auch Gespräche mit anderen Wohnbaugenossenschaften einschlossen, eine weitere Verbesserung des Kaufpreises nicht möglich war, wäre im Hinblick auf die besondere Situation ausnahmsweise vom Prinzip des Verkaufes von Liegenschaften zumindest zum Schätzwert abzugehen. Es erscheint daher vertretbar, das verbesserte Angebot der Bietergemeinschaft Neue Heimat, Graz, Siedlungsgenossenschaft Rottenmann anzunehmen und die gegenständliche Liegenschaft an den Bestbieter zu einem Kaufpreis von 5,198.328 Euro zu verkaufen. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 7. Juli 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 2727, GB. 63125 Webling, bestehend aus den Grundstücken Nr. 56, 58 und 59 mit einer Gesamtfläche von 50.964 Quadratmetern um einen Kaufpreis von 5,198.328 Euro an die Bietergemeinschaft Neue Heimat, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Steiermark GesmbH., 8010 Graz, Wastiangasse 7 und Siedlungsgenossenschaft Steirisches Hilfswerk für Eigenheimbau registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, 8786 Rottenmann wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes. (17.11 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Nächster Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1459/1, betreffend den Verkauf des landeseigenen Waldgrundstückes Nr. 4, EZ. 952, KG. 63114 Graz-Stadt – Messendorf mit einer Fläche von 23.188 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 77.679 Euro an Familie Eva und Manfred Kotzmuth und Sonja Grinschgl, 8042 Graz, Messendorfberg 65.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordnete Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (17.11 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich berichte von der Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf des landeseigenen Waldgrundstückes Nr. 4, EZ. 952, KG. 63114 Graz-Stadt – Messendorf mit einer Fläche von 23.188 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 77.679 Euro an Familie Eva und Manfred Kotzmuth und Sonja Grinschgl, 8042 Graz, Messendorfberg 65.

Von der Fachabteilung 8A wurden unter anderem die Grundstücke Nr. 1, 2 und 4 der EZ. 952, KG. 63114 Graz-Stadt – Messendorf, welche zum Bestand der Landesnervenklinik Sigmund Freud gehören, als nicht betriebsnotwendiges Vermögen gemeldet. Das Grundstück Nr. 1 liegt unmittelbar an der St.-Peter-Hauptstraße. Im gültigen Flächenwidmungsplan ist dieses Grundstück als Sanierungsgebiet (Aufschließungsgebiet) mit einer Widmungsmöglichkeit der Klasse WA 0,2 bis 0,6 ausgewiesen. Für die Umwidmung dieses Grundstückes in Bauland ist die Vorlage eines gemeinsamen Bebauungsplanes mit dem Nachbargrundstück Nr. 200/2 notwendig, welches sich nicht im Eigentum des Landes Steiermark befindet. Unmittelbar an dieses Grundstück schließen Richtung Osten die Waldgrundstücke Nr. 2 und Nr. 4 an.

Mit der Ermittlung der Verkehrswerte dieser Grundstücke wurde Dipl.-Ing. Dieter Eigner, Graz beauftragt. Im Schätzgutachten des Sachverständigen wurden die Grundstücke wie folgt bewertet: Grundstück Nr. 1 mit 4892 Quadratmeter mit 387.890 Euro, Grundstück Nr. 2 mit 3674 Quadratmeter mit 10.285 Euro, Grundstück Nr. 4 mit 23.188 Quadratmeter mit 64.925 Euro.

Die öffentliche Käufersuche für diese Grundstücke wurde in verschiedenen Printmedien sowie im Internet publiziert. Während für das Grundstück Nr. 1 nur ein Angebot abgegeben wurde, das in der Pauschalangebotssumme jedoch auch die Grundstücke Nr. 2 und 4 umfasst, wurden für die Grundstücke 2 und 4 folgende Angebote abgegeben: Familie Kotzmuth-Grinschgl 90.000 Euro, Dr. Peter Scheiber 41.636 Euro, Ing. Johann Zirkl 30.000 Euro.

Die Firma Immobilien-treuhand Graz GmbH., welche das Pauschalangebot für alle drei Grundstücke gelegt hat, hat nach der Einladung zur Trennung der Angebotspreise lediglich einen getrennten Kaufpreis für das Grundstück Nr. 4 genannt, während die Grundstücke Nr. 1 und 2 von ihr nur gemeinsam erworben würden. Das Grundstück Nr. 4 würde nur gemeinsam mit den Grundstücken 1 und 2 erworben.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 7. Juli 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf des landeseigenen Waldgrundstückes Nr. 4, EZ. 952, KG. 63114 Graz-Stadt – Messendorf mit einer Fläche von 23.188 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 77.679 Euro an Familie Eva und Manfred Kotzmuth und Sonja Grinschgl, 8042 Graz, Messendorfberg wird genehmigt. (17.15 Uhr.)

Präsident: In danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zur Berichterstattung von Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1475/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 265, Grundstück Nr. 576, KG. 63367 Tregist im Flächenausmaß von 2641 Quadratmeter (Bauhof Voitsberg) an die Birnstingl Immobilien GmbH., 8582 Rosental an der Kainach, Hauptstraße 12 um einen Gesamtkaufpreis von 175.000 Euro.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (17.15 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Auf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 265, Grundstück 576, KG. 63367 Tregist mit dem Gebäude 8570 Voitsberg, Lacknergasse 18 befand sich der so genannte „Bauhof Voitsberg“. Auf Grund der Umstrukturierung beziehungsweise Neuordnung im Straßenverwaltungsbereich wurde mit 31. März 2003 die Räumung dieses Bauhofes abgeschlossen.

Laut Gutachten von Baumeister Ing. Herbert Pongratz vom 4. Oktober 2002 beläuft sich der Verkehrswert dieser Liegenschaft einschließlich der darauf befindlichen Gebäude auf 218.539,17 Euro. In diesem Gutachten wird die Liegenschaft wie folgt beschrieben:

Das Grundstück im Ausmaß von 2641 Quadratmeter ist eine fast trapezförmige, in einem leichten Südhang gelegene Fläche und weist eine große asphaltierte Fläche sowie betonierte Wege auf. Das Bürogebäude ist ein einstöckiger, teilweise unterkellertes, in den Hang gestellter Massivbau mit Satteldach und Eternitplatten-eindeckung. Das Gebäude ist zirka 1957 bis 1959 errichtet worden. Die Fassaden sind gut instand gehalten, ebenso das Erdgeschoß. Im Obergeschoß sind die Türanstriche schadhafte, im Vorraum beim WC ist der Deckenputz größtenteils abgefallen. Im WC ist der Anstrich sehr schadhafte. Das Dachgeschoß ist in einem mittleren Zustand und der Balkon hat Sprünge. Das Erdgeschoß wurde vor Jahren wärmeisoliert und renoviert. Der Keller

umfasst zirka 85 Quadratmeter, das Erdgeschoß 150 Quadratmeter und das Obergeschoß ebenso 150 Quadratmeter. Das Betriebsgebäude weist eine verbaute Fläche von 372 Quadratmeter auf und ist 1957 bis 1959 errichtet worden. An der Außenmauer sind Setzungssprünge sichtbar, ansonst ist das Gebäude normal instand gehalten. Die Garage mit zwei Toren ist als Lagerraum von außen zugänglich und ebenso normal instand gehalten.

Auf Grund des ersten Ausschreibungsverfahrens (Oktober 2002) wurde kein Kaufangebot vorgelegt. Als Ergebnis des zweiten Ausschreibungsverfahrens musste festgestellt werden, dass nur ein Anbot in Höhe von 170.000 Euro von der Firma Birnstingl Immobilien GmbH. vorgelegt wurde. Am 15. September 2003 hat die Firma Birnstingl Immobilien GmbH. ihr Anbot auf 175.000 Euro erhöht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das einzige Anbot eines potenziellen Erwerbers 19,92 Prozent unter dem Schätzwert liegt.

Aus der Sicht der Finanzabteilung ist festzustellen, dass auf Grund des mangelnden Interesses und der Tatsache, dass ein drittes Ausschreibungsverfahren noch weitere Kosten verursachen würde, eine Veräußerung unter dem Schätzwert im gegenständlichen Fall als gerechtfertigt erscheint.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 22. September 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 265, Grundstück Nr. 576, KG. 63367 Tregist im Flächenausmaß von 2641 Quadratmeter (Bauhof Voitsberg) an die Birnstingl Immobilien GmbH., 8582 Rosental an der Kainach, Hauptstraße 12 um einen Gesamtkaufpreis von 175.000 Euro wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (17.19 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine vor. Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1457/1, das ist der Tagesordnungspunkt 14, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1458/1, das ist der Tagesordnungspunkt 15, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 14598/1, das ist der Tagesordnungspunkt 16, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich darf bitten, meine Damen und Herren, doch die Hand zu erheben. So eindeutig ist das für mich nicht immer. Die Abstimmung geht rasch vor sich. Ich möchte Sie dadurch nicht ermüden, aber bitte wenigstens für die Abstimmung mir Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Danke.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 14758/1, das ist der Tagesordnungspunkt 17, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Danke, wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1327/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Säumigkeit der Österreichischen Bundesregierung und der Steiermärkischen Landesregierung beim Ausbau der Pyhrntrasse gemäß EU-Beitrittsvertrag.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (17.20 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich übermittle Ihnen den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1327/1, der SPÖ-Abgeordneten, betreffend Säumigkeit der Österreichischen Bundesregierung und der Steiermärkischen Landesregierung beim Ausbau der Pyhrntrasse gemäß EU-Beitrittsvertrag. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 20. Mai, 16. September und 14. Oktober 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 1327/1, der SPÖ-Abgeordneten, betreffend Säumigkeit der Österreichischen Bundesregierung und der Steiermärkischen Landesregierung beim Ausbau der Pyhrntrasse gemäß EU-Beitrittsvertrag, liegen zwei Stellungnahmen der Landesregierung vor. In der Stellungnahme von Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paiarl wird Folgendes berichtet: Im gegenständlichen Antrag wird angedeutet, dass Österreich den EU-Beitrittsvertrag nicht erfüllt habe. Artikel 5 des Protokolls Nr. 9 des EU-Beitrittsvertrages besagt, dass die Gemeinschaft und die betreffenden Staaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die in Anhang zwei aufgeführten Maßnahmen durchführen. Für Österreich ist in Anhang zwei unter Punkt 3.3 hinsichtlich der Achse Pyhrn-Schoberpaß die „Fortsetzung des zweigleisigen Ausbaues auf der Gesamtstrecke Passau-Spielfeld-Straß“ als langfristige Maßnahme vorgesehen. Wenn nun in den Begriffsbestimmungen des Anhanges 2 die „langfristige Maßnahme“ als „verfügbar ab Ende des Jahres 2000 auf der Achse Pyhrn-Schoberpaß“ definiert wird, so kann entsprechend dem Wortlaut der oben angeführten Maßnahme davon ausgegangen werden, dass die diesbezügliche Verpflichtung aus dem EU-Beitrittsvertrag durch eine „Fortsetzung

des Ausbaues“ erfüllt ist. Diesbezüglich sei auch auf die Bestimmungen des Artikels 9 des Protokolls Nr. 9 hingewiesen, wonach die Kommission das Funktionieren jener Bestimmungen, die den Schienenverkehr und den kombinierten Verkehr (also auch Artikel 5) betreffen, überwacht. Zu diesem Zweck wurde in Artikel 16 des Protokolls Nr. 9 ein Ausschuss aus Vertretern der Mitgliedsstaaten unter dem Vorsitz der Kommission und ein eigenes „Überwachungsverfahren“ vorgesehen. Ein derartiges „Verfahren“ betreffend den Ausbau der Achse Pyhrn–Schoberpaß ist der Steiermärkischen Landesregierung nicht bekannt. In der Stellungnahme von Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl wird Folgendes berichtet: Die Steiermark drängt bereits seit Jahren auf die Verbesserung der Anbindungen im Schienenverkehr. Insbesondere wird die Erhöhung der Leistungsfähigkeit auf der Achse Pyhrn–Schoberpaß und der Pontebbana-Achse massiv eingefordert. Österreich ist auf Grund des Artikels 5 im Protokoll Nr. 9 EU-Beitrittsvertrag aus dem Jahre 1995, BGBl. Nr. 45/1995, verpflichtet, die in Anhang zwei der genannten Maßnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich durchzuführen. Hinsichtlich der Achse Pyhrn–Schoberpaß sind die Maßnahmen gegenüber anderen österreichischen Achsen sehr detailliert angeführt. Für die Fristigkeiten wird „mittelfristig“ mit „verfügbar ab Ende 1997“ und „langfristig“ mit „Verfügbar ab Ende 2000“ festgelegt. Im gegenständlichen Antrag wird angedeutet, dass Österreich den EU-Beitrittsvertrag nicht erfüllt habe. Zwischen 1995 (Vertragsunterzeichnung) und Ende 1997 wurden die Arbeiten zum zweigleisigen Lückenschluss am Schoberpaß im Abschnitt Furt–Wald–Unterwald intensiv vorangetrieben. Allein aus diesem Faktum sind alle angeführten mittelfristigen Maßnahmen wie Bahnhofsaus- und -umbauten, Verbesserung der Sicherungsanlagen, Auflassung von Eisenbahnkreuzungen und selektiver zweigleisiger Ausbau erfüllt. Durch die unmittelbar anschließenden Arbeiten am endgültigen Lückenschluss zwischen Unterwald und Kalwang ist auch die langfristige Maßnahme („Fortsetzung des zweigleisigen Ausbaues auf der Gesamtstrecke Passau–Spielfeld–Straß“ ... „Verfügbar ab Ende des Jahres 2000“) vertragsmäßig erfüllt. Unabhängig vom EU-Beitrittsvertrag wurden und werden auf steirischer Seite auch nach dem Jahr 2000 weiterhin sämtliche Anstrengungen unternommen, damit die dringendsten steirischen Projekte möglichst rasch realisiert werden und in weiterer Folge die Komplettierung der Achse Pyhrn–Schoberpaß und der Pontebbana-Achse erfolgt. Insbesondere trifft dies auf den Ausbau der Strecke Werndorf–Spielfeld–Straß zu, der ebenso wie der Lückenschluss am Schoberpaß und die lokalen Ausbauten im Abschnitt Graz–Bruck an der Mur im Generalverkehrsplan Österreichs verankert ist und 2004 begonnen werden soll. Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1327/1, des Abgeordneten Schrittwieser und weiteren SPÖ-Abgeordneten, betreffend Säumigkeit der Österreichischen Bundesregierung und der Steiermärkischen Landesregierung beim Ausbau der Pyhrntrasse gemäß EU-Beitrittsvertrag, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (17.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner.

Abg. Wiedner (17.26 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich beim Kollegen Schrittwieser, der ganz deutlich berichtet und vorgelesen hat die Stellungnahmen zu seinem Antrag. Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Es ist so, dass die SPÖ scheinbar schon jede Woche einmal den Antrag neu kopiert und neu einbringt. Aus den Stellungnahmen geht hervor, dass im Endeffekt der Vertrag erfüllt ist und hier keine Säumigkeit vorliegt. Ein paar Anmerkungen zu einem Punkt: Ich bin gerade selbst involviert in der Sache des Ausbaues der Zweigleisigkeit in Richtung Süden. Es ist so, dass immer ein Schritt nach dem anderen erfolgen muss. Es geht nicht alles auf einmal. Es ist auch immer notwendig die Sachen zu finanzieren und zu planen. Es wird aber in diese Richtung gearbeitet und es wird der Generalverkehrsplan eingehalten, auch wenn es der SPÖ in vielen Bereichen zu wenig ist und zu langsam geht. Es wird aber das, was zu machen ist, gemacht. Wie ich vorhin schon gesagt habe, brauche ich dem nichts mehr hinzuzufügen. Die Stellungnahmen von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl und Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl sind mehr als ausreichend und ich darf mich jetzt auf einen Punkt reduzieren, und zwar auf den Unselbstständigen Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt. Es geht um die Zweckbindung der Mineralölsteuer. Die Begründung ist Ihnen allen bekannt, ich darf daher nur mehr den Antrag zur Kenntnis bringen. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass diese dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorlegt, die eine Teilzweckbindung der Mineralölsteuer für Schienen- und Straßenprojekte vorsieht, um so wichtige Infrastrukturprojekte in der Steiermark früher in Angriff nehmen zu können.

Das ist genau ein Antrag, der darauf abzielt, dass wir mehr und bessere Verkehrswege ausbauen können. Ich hoffe, dass auch bei diesem Antrag mehr oder minder Einstimmigkeit herrschen wird, genauso wie beim letzten, den Kollege Lafer eingebracht hat, wo es darum gegangen ist, EU-weit einheitliche Regeln zu finden für die Bemaßung. Ich bedanke mich jetzt schon für die Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 17.29 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Prattes.

Abg. Prattes (17.29 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, fordern wir nach wie vor den dringenden Ausbau der Nord-Süd-Achse. Ich möchte natürlich schon hinzufügen, dass es jetzt gar nicht darum geht, dass man sagt, die

steirische Strecke ist ohnehin schon bald fertig, wobei ich eines sage, für mich ist die Stellungnahme ein Widerspruch in sich. Wenn ich lese, „durch die unmittelbar anschließenden Arbeiten am endgültigen Lückenschluss zwischen Unterwald und Kalwang ist auch die langfristige Maßnahme Fortsetzung des zweigleisigen Ausbaues auf der Gesamtstrecke Passau–Spielfeld-Straß, verfügbar ab dem Ende des Jahres 2000, vertragsmäßig erfüllt“, dann frage ich mich schon, was ist da erfüllt? Wir leben in einem Land der Flaschenhalse. Wir wissen überall, ob das die durchgehende Pyhrnautobahn ist, wo uns noch immer der Lückenschluss nach Linz hinaus fehlt, ob das bei der Eisenbahn ist, da gibt es mehrere Lückenschlüsse. Der Semmeringbasistunnel sei kurz erwähnt, die durchgehende Linie von Norden nach Süden.

Lieber Kollege Straßberger, die Wirtschaftskammer, die ja dir viel näher steht, fordert das genauso. Die ganze Wirtschaftskammer sagt, es ist ein Wahnsinn, dass man diesen durchgehenden Ausbau nicht hat. Und da geht der Vorwurf an die F und an die ÖVP, dass ihr es nicht zustande gebracht habt, in diesen Generalverkehrsplan diese Dringlichkeit hineinzuverhandeln. Denn nehmen wir uns doch her, was steht denn dort drinnen, vielleicht im Jahr 2020 kann man mit einem durchgehenden Verkehr rechnen. Das ist der Vorwurf, den wir immer erheben und da sagen wir, da fordern wir euch auf, die Frau Landeshauptmann an erster Stelle, den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, in Wien bei der Bundesregierung ihr so mächtiges Wort einzulegen. Denn es kann ja nicht nur sein, dass wir immer wieder aufs Abseitsgleis gestellt werden im wahrsten Sinne des Wortes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Warum ich mich aber zu Wort gemeldet habe, es ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl an dich. Du warst damals nicht da bei der letzten Sitzung, wo wir erfreulicherweise mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ den beschleunigten Ausbau oder den Bau des Lärmschutzes in Traboch beschlossen haben. Ich muss schon eines ganz ehrlich sagen, du lachst jetzt hinter mir, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn ich dann in einer Pressekonferenz oder in einer Berichterstattung einer Pressekonferenz quasi lesen muss, „das, was der Landtag beschließt, ist mir wurscht, es gibt viel wichtigere Projekte, da haben ja nur 400 Leute unterschrieben“, dann frage ich schon und das mahne ich bitte ein, wie ernst werden denn die Beschlüsse des Landtages genommen? Das ist bitte nicht zu akzeptieren.

Und komischerweise, ja, liebe Kollegin Dietrich, auch die FPÖ hat mitbeschlossen, dass es ein beschleunigter Ausbau sein soll. Jetzt sage ich einmal selber, das habe ich hier am Rednerpult sehr oft betont. Es geht nicht darum zu sagen, wir haben dieses riesengroße Geldsackl, Geld spielt keine Rolle, wir bauen ganz einfach. Was aber nicht zu akzeptieren ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn eine Bevölkerung eines Ortes schon fast zwei Jahrzehnte lang um einen effektiven Lärmschutz kämpft, wenn in der Stellungnahme der Fachleute drinnen steht, dass in den Nachtstunden, wo sich ein verstärktes Aufkommen der Güterzüge ergibt, 65 Dezibel erreicht werden und wir wissen alle, was das heißt, dass die Nachtruhe empfindlich gestört ist, dass ich dann drüberstreiche und sage, das interessiert mich nicht, das ist nicht zu akzeptieren.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich ersuche dich und fordere dich auf, überdenke das Ganze noch einmal, damit die Bevölkerung einmal eine Perspektive hat. Ich kann ja hergehen und sagen, ich schaue einmal, lasse das projektieren, damit ich überhaupt weiß, was kostet das, von welchen Kosten reden wir. Und sind wir uns ehrlich, wie ist denn die Finanzierung? 50 Prozent zahlt der Bund, 25 Prozent das Land und 25 Prozent die Gemeinde, die trifft es ja schwer genug. Aber bitte, diese 25 Prozent wird das Land durchaus auftreiben können. Also ich komme zum Schluss: Überdenke das Ganze, denn eines kann bitte nicht sein, man liest es ja jetzt in der Zeitung. Der dortige Bürgermeister sagt schon, die Bevölkerung wird ganz einfach als letzten Ausweg die Gleise blockieren. Und ich glaube, das wollen wir alle miteinander nicht, sondern wir wollen eines haben, dass die Bevölkerung einen Zeitplan erhält, bis wann kann sie mit einem Lärmschutz, einem effektiven, rechnen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.35 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer bitte.

Abg. Hagenauer (17.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Die Kunstgriffe, die die Regierung hier vornehmen musste, um halbwegs eine Antwort zustande zu bringen auf diesen Antrag, sagen an sich schon alles. Jeder, der der deutschen Sprache einigermaßen mächtig ist, weiß was das bedeutet, wenn steht: „Verfügbar ab 2000!“ Das ist das, was Österreich unterschrieben hat, zweigleisiger Ausbau, verfügbar ab 2000, und selektiver Ausbau, verfügbar ab 1997. Jetzt zählen wir das Jahr 2003 und wie es aussieht auf der Strecke von Passau bis Spielfeld, das wissen wir. Dem ist leider nichts hinzuzufügen. Ich darf nur noch einmal erinnern, dass der Steiermärkische Landtag einen Beschluss gefasst hat und der ist noch gültig, dass der Generalverkehrsplan, in dem eben diese Maßnahmen, die hier gefordert werden und die man seinerzeit der EU versprochen hat beim Beitritt, nämlich die Pyhrneisenbahn auszubauen, weil sie Teil der Transeuropäischen Netze ist, dass dieses Ziel im Generalverkehrsplan eben nicht realisiert wurde. Und weil das so ist und weil die Steiermark 80 Prozent ihrer Exportprodukte über diese Richtung Passau abwickelt, ist es ein Ärgernis erster Güte, der Landtag war auch der Meinung und ist der Meinung und hat gefordert, das ist nachzuverhandeln. Von Seiten der Verantwortlichen versucht man das jetzt einigermaßen schönzureden und verweist halt auf einzelne Projekte, die entlang dieser Strecke tatsächlich realisiert werden, wie zum Beispiel Graz–Spielfeld, was ja gar nicht abgestritten wird. Nur, das Problem ist das, dass die Durchgängigkeit Richtung Deutschland und Holland nicht gegeben ist und auch in zehn Jahren noch nicht gegeben sein wird. So weit, so schlecht.

Wenn jetzt hier der Herr Kollege Wiedner darauf hingewiesen hat, dass das nicht das erste Mal ist, dass diese Forderung auftaucht, dann möchte ich dazu Folgendes festhalten:

Diese Sache ist leider Gottes aktueller denn je. Wenn wir uns nur diese Woche anschauen jetzt die Medien, was finden wir dort? Einzig ankündigendes Transitdesaster. Diese Bahnverbindung hat aber sehr viel mit der drohenden Transitlewawe zu tun – leider sehr viel! Wenn es uns nicht einmal gelingt, gewisse Mindeststandards bei unseren Eisenbahnen sicherzustellen, damit man die Güter auf die Schiene verlagern kann, wie wollen wir denn in Brüssel laut schreien und sagen, die böse Europäische Union, die ist so schlimm? Herr Kollege Straßberger stimmt mir zu, ist selten. Sind Sie vorsichtig, Herr Kollege, wenn Sie mir zustimmen. Ich habe den Satz noch nicht beendet. Wie will denn eine österreichische Bundesregierung einigermaßen glaubwürdig dastehen?

Sagen Sie auch noch immer ja? (Abg. Straßberger: „Ja!“) Sind Sie vorsichtig! Sie spielen mit Ihrer Karriere, Herr Kollege!

Die österreichische Bundesregierung übt sich in irgendwelchen martialischen Auftritten und versucht den schwarzen Peter der EU zuzuschieben, dass sie gegen die ganz armen transitgeplagten Menschen in diesem Lande vorgeht und in Wirklichkeit demonstriert hier eben diese schwarz-blaue Bundesregierung jeden Tag – aha, jetzt ist es aus mit der Zustimmung, ich habe das vorausgesehen, ich habe Ihnen gesagt, warten Sie noch ein bisschen – in Wirklichkeit demonstriert diese unsere Bundesregierung hier im eigenen Land jeden Tag, dass ihnen in Wirklichkeit die Verlagerung von der Straße auf die Schiene völlig wurscht ist. Und das wissen die natürlich in Brüssel schon lange und sie erzählen es dir auch die ganze Zeit unaufgefordert. Aber das ist nur der erste Punkt aus dieser einzigen Woche. Schauen wir uns das an, die Feinstaubwerte, die jetzt kaum mit Beginn der Heizsaison wieder ihn die Höhe gehen und explodieren. Es ist übrigens Brüssel, das uns zwingt, hier etwas zu unternehmen. Es wird die Landeshauptfrau sein, die hier Maßnahmenpläne zu erlassen hat, ob sie jetzt will oder nicht, weil das Norm ist und weil das Gesetz ist und das ist einzuhalten. Dritter Punkt: Ende Oktober – das ist jetzt in ein paar Tagen – wird der VwGH, der Verwaltungsgerichtshof, wieder einmal ein Erkenntnis erlassen, und zwar nicht irgendeines, sondern eines in Sachen Semmeringbasistunnel. Frau Landeshauptfrau wird wieder einmal sich hinstellen und sagen, das ist eine Rechtsfrage. Man wird halt wieder einmal versuchen von der ÖVP, sich abzuputzen und das so darzustellen, als ob man schon vergessen hätte, dass es Minister Strasser war, der das letzte Mal in der Regierung verhindert hat, dass hier endlich dieser Bescheid umgesetzt werden konnte, nämlich der letzte VwGH-Bescheid. Ich bin schon gespannt, wie man das diesmal macht. Ich ahne aber, wie das vor sich gehen wird. Man wird noch einmal von Seiten Niederösterreichs irgendeinen Schmach erfinden, damit man wieder ein paar Jahre Zeit gewinnt. Inzwischen ist dann die Eisenbahn von Wien über Sopron nach Szombathely ohnehin fertig und man wird uns erklären, dass wir ja einsehen müssten, dass man nicht zweimal für dieselbe Bahnverbindung so viel Geld ausgeben kann. Viertens, auch ganz aktuell, und jetzt zu etwas Positivem, zu meinem geschätzten Freund Rudolf Anschöber (Abg. Straßberger: „Der ist gut!“) Der ist gut. Für das Protokoll möchte ich sagen, dass der Herr Abgeordnete Straßberger findet, dass Herr Abgeordneter Anschöber der Grünen im Oberösterreichischen Landtag gut sei. (Beifall bei den Grünen.) Ich finde das auch. Ich werde höchstpersönlich auf den Pyhrnpaß fahren mit einer Gipsbüste, wo draufsteht: „Rudl Anschöber – dem tüchtigsten Verkehrslandesrat der Steiermark? seit 1945!“ Wissen Sie warum? Weil er nämlich in dem Arbeitsübereinkommen mit dem Landeshauptmann Pühringer, Sie kennen ihn, hineinreklamiert hat zweierlei, nämlich den Ausbau der Pyhrneisenbahn und den Einsatz von Neigezügen. Das stimmt mich hoffnungsvoll. Zum Schluss, fünftens, was wir auch noch aktuell haben, das ist die ÖBB-Reform. Wenn die ÖBB nach Vorstellungen dieser Bundesregierung getrennt werden soll in verschiedene Teilgesellschaften, ich formuliere das jetzt einmal neutral, dann angeblich mit dem Zweck, dass die eine Gesellschaft sich konzentriert auf die Errichtung und den Betrieb der Infrastruktur, damit dann auf dieser gut ausgebauten Infrastruktur verschiedene Bahngesellschaften, Betreiber von Zügen, im Wettbewerb optimal diese Infrastruktur nutzen können. Das ist die Zielvorstellung. Aber wie schaut denn das jetzt aus bei der Pyhrneisenbahn? Dort kann man ja genau mit diesen Zügen gar nicht fahren. Genau deshalb ist das ja bisher nicht ausgebaut worden – übrigens, das muss ich kritisch feststellen, weil die ÖBB diesen Wettbewerb gar nicht wollte, leider, sage ich ja in Richtung ÖVP. Wenn Sie jetzt diesen Wettbewerb wirklich wollen, dann müssen Sie zuerst einmal schauen, dass der überhaupt möglich ist. Das, was Sie machen, das geht einmal sicher nicht, die ÖBB zerschlagen, sicherheitshalber und nachher gar keinen Wettbewerb stattfinden lassen, weil er ja auf dieser Strecke gar nicht möglich ist. Was lernen wir daraus? Diese Beantwortung beziehungsweise Regierungsvorlage ist völlig unzureichend, ist inakzeptabel und die Grünen werden daher dieser Vorlage sicherlich nicht zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.46 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Abgeordneter Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (17.46 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben diesen Antrag eingebracht bezüglich der Pyhrnachse, weil die Österreichische Bundesregierung 1995 beim EU-Beitritt eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen ist, dass diese Bahnstrecke ausgebaut wird und sogar Fristen zur Fertigstellung, die in das Jahr 2002/2003 gehen, festgelegt hat und wir jetzt schon lange feststellen müssen, dass man überhaupt nicht daran denkt, sich an diese Verpflichtung zu halten, indem man einfach andere Dinge immer wieder vorzieht und die Dinge nicht sehr aktiv angeht. Ich glaube, auf der Schiene, vor allem bei der Straße sind wir auf einem Niveau, wo man sagen kann, das ist in Ordnung, kommen wir insofern nicht weiter, weil man immer, wenn wir über die Schiene diskutieren, wenn wir versuchen, Argumente einzubringen, warum sie so wichtig ist, dann ist das erste Argument, der gerade den Minister stellt oder zum Verkehrsreferenten in der Steiermark, warum alles nicht geht und warum alles so schwierig ist und warum der Schrittwieser so polemisch und so böse zu ihm ist. Das ist nicht so, Freunde. Unsere Initiativen im Verkehrs-

bereich sind getragen von Sorge. Wenn jetzt im nächsten Jahr die Ostöffnung tragend wird und die Grenzen aufgehen, dann wird diese Verkehrslawine, die Kollege Hagenauer angeschnitten hat, in einer Schärfe und Härte auf uns zukommen, dass uns Hören und Sehen vergeht. Daher gibt es wieder diesen Antrag zum Ausbau der Pyhrnachse, den Ausbau in den süddeutschen Raum, aber auch in den Süden, also auch den Ausbau der Südbahn. Wir werden heute noch darüber reden, das stärker zu forcieren. Mir ist schon klar, warum die Freiheitliche Partei heute einen Entschließungsantrag eingebracht hat, wir sollen die Mineralölsteuer teilzweckbinden, wie es im Antragstext lautet. Wir werden dem zustimmen, teilzweckbinden zu beschließen und an die Bundesregierung herantreten, dass wir das tun sollen. Das begrüße ich.

Ihr gebt aber auch gleichzeitig zu, dass ihr selbst damit unzufrieden seid, was auf diesem Sektor Verkehr passiert.

Ich weiß auch, dass nicht alles in zwei Jahren, in drei Jahren und in fünf Jahren gehen kann. Meine Damen und Herren, es geht überhaupt nichts, wenn ich mich nur in die Situation beuge und nur verteidige und sage, wir, die das wünschen, die das fordern, die das sagen, das ist wichtig, sind die Polemiker und die Bösen und die anderen, die das machen könnten, weil sie die politischen Funktionen haben, fühlen sich noch angegriffen, blocken ab und sagen uns nur, was nicht geht und sagen uns nie, was geht. Wir verfolgen eine Politik, in der man sagen soll, was geht. Daher wiederum dieser Unselbstständige Entschließungsantrag. Du hast gesagt, ich habe so ausführlich berichtet, dass du dir sehr viel an Rede erspart hast. Das habe ich dir auch abgenommen. (Abg. Wiedner: „Danke!“) Ich bringe daher diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein. Ich bitte darum, dass wir die Sache ernst nehmen. Wir werden noch intensiv bis zur Budgetdebatte uns mit Verkehrsfragen auseinandersetzen. Abschließend möchte ich noch etwas hinzufügen: Wir waren in Brüssel um zu versuchen, steirische Projekte in die Prioritätenliste der EU zu bekommen. Minister Gorbach war zur gleichen Zeit – einen halben Tag hinter uns – bei Van Miert und bei der Kommissarin. Sie haben uns Folgendes erklärt, und das möchte ich immer wieder betonen: Wir bekommen auch Unterstützung von Seiten der EU nur, wenn der nationale Staat geschlossen wie ein Fels hinter einem Projekt steht, aber nicht nur verbal, indem man sagt, das ist wichtig, sondern indem man sich hinstellt und sagt, ich habe ein Finanzierungskonzept, ich habe mir einen Zeitrahmen festgelegt, wo ich das umsetzen möchte und ich bin auch bereit das durchzuführen und überzeuge auch mit Fakten und Statistiken, dass die Sache notwendig ist. All das, meine Damen und Herren, fehlt derzeit in Brüssel bei der Europäischen Union, darum sind wir auch in der ersten Prioritätenliste nicht drinnen.

Und, Kollege Schögggl, du weißt das. Es hat jetzt Nachverhandlungen gegeben, ich glaube mit Tschechien, Slowakei, das dritte Land fällt mir jetzt nicht ein. Die haben trotz diesem Vorschlag das formiert und vom Vorschlag der Kommissarin Palacio haben sie es noch geschafft, weil sie geschlossen in ihrem Nationalstaat dahintergestanden sind, dass sie auch in diese neue Prioritätenliste aufgenommen wurden. Wenn wir das auch tun würden und nicht uns erzählen würden, was alles nicht geht, hätten wir größere Chancen.

Und ich sage es noch einmal: Die SPÖ, der Schrittwieser oder sonst wer, der allein braucht das nicht, sondern wir haben Verantwortung für die Zukunft. Und wenn dann die Lkws und die Fahrzeuge uns überrollen, wird es zu spät sein, wenn wir erst beginnen. Und indem wir immer alle sagen, wir machen eine weit blickende Politik, ist es nicht fünf vor Zwölf, sondern Zwölf.

Ich bringe daher den Unselbstständigen Antrag ein, ich werde mich jetzt auf den Antragstext beschränken.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich im Interesse der Entwicklung der steirischen Wirtschaft und der steirischen Arbeitsplätze a) zu einem raschen, dem Protokoll Nummer 9 des EU-Beitrittsvertrages entsprechenden raschen Ausbau der Gesamtstrecke Passau–Spielfeld–Straß der Achse Pyhrn–Schoberpaß, b) zu einer Überarbeitung des Generalverkehrsplanes mit dem Ziel einer Vorreihung dieser Achse sowie des Projektes „Neue Südbahn/Pontebbana“ mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel und einem rascheren Ausbau der steirischen Ostbahn sowie c) zu Bemühungen, für die Wiederherstellung des vertragskonformen Ausbaues der Achse Pyhrn–Schoberpaß Mittel aus der Querfinanzierung zwischen Straße und Schiene heranzuziehen und dazu, dass der geografische Raum des gesamten Alpenbogens laut Alpenkonvention als sensible Zone gilt.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern, a) sofort die Ausbaumaßnahmen auf der Gesamtstrecke Passau–Spielfeld–Straß auf der Achse Pyhrn–Schoberpaß zu verstärken, damit diese dem Auftrag des EU-Beitrittsvertrages Protokoll Nr. 9 aus dem Jahr 1995, BGBl. Nr. 45/1995, entsprechen, b) die Zeitversäumnisse der letzten Jahre beim Ausbau dieses Projektes raschest aufzuholen, c) eine Überarbeitung des Generalverkehrsplanes Österreichs mit einer Vorreihung der Pyhrn–Schober–Achse des Projektes „Neue Südbahn/Pontebbana“ mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel sowie des Projektes steirische Ostbahn durchzuführen, d) sich für die Möglichkeit der Querfinanzierung zwischen Straße und Schiene im Raum des gesamten Alpenbogens im Sinne der Alpenkonvention einzusetzen.

Drittens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) Gespräche mit der Oberösterreichischen Landesregierung aufzunehmen, um gemeinsam die rasche Verwirklichung gemäß EU-Beitrittsvertrag dieses für beide Bundesländer wichtige Projekt Achse Pyhrn–Schoberpaß im Zuge der Überarbeitung des Generalverkehrsplanes Österreichs durchzusetzen – ich freue mich, wenn der Kollege Hagenauer heute erklärt hat, dass der neue Landesrat in Oberösterreich den Landeshauptmann Pühringer überzeugen konnte und das ins Arbeitsprogramm aufgenommen wurde, das wäre einer Nachahmung durchaus zweckbindend, b) im Gespräch mit den Sozialpartnern und Interessenvertretungen, wie Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund und

Industriellenvereinigung, Bündnispartner zur Durchsetzung dieser steirischen Interessen zu suchen und c) dem Steiermärkischen Landtag über die gesetzten Schritte, die Reaktionen und Erfolge bis spätestens Ende Februar 2004 zu berichten. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 17.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (17.55 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe diese Debatte natürlich sehr aufmerksam und mit größtem Interesse verfolgt. Aber es ist ein bisschen „Haltet den Dieb“ dabei, weil es ja doch so ist, dass sich Generationen von sozialdemokratischen Verkehrsministern vergeblich bemüht haben, diese Dinge umzusetzen, die jetzt im Gange sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf ja nicht vergessen, dass noch nie in den letzten Jahren so viel für die Infrastruktur geschehen ist und geschieht wie jetzt in den letzten beiden Jahren und in den nächsten Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und das kann man natürlich nicht wegdiskutieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Es hätte – und es ist ja auch das Indiz – es hätte auch einem Vorgänger von mir auffallen können, dass es eine Planungs- und Bauübertragung für die Strecke Graz–Spielfeld an die ÖBB seit nunmehr zehn Jahren gibt und zehn Jahre hat die ÖBB – keine typisch freiheitliche Domäne, sage ich jetzt einmal – das Projekt liegen gelassen und erst mir ist es vorbehalten gewesen dort nachzustoßen. Der ÖBB wurde zwischenzeitlich die Planungsübertragung entzogen und nun plant die HL-AG. und wir bauen ja, wir bauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin sehr froh, dass gebaut wird, es könnte noch viel mehr gebaut werden, wir werden alles dafür tun. Ich hab natürlich ständig Gespräche sowohl mit dem ehemaligen – ich weiß jetzt nicht, wie die Geschäftseinteilung in Oberösterreich sein wird, es ist dein Haider – Haider ist ein großer Name, du hast einen Haider in Oberösterreich, wir einen in Kärnten (Abg. schrittwieser: „Unserer gewinnt momentan, deiner verliert!“) – und mit deinem Haider habe ich verhandelt und wir sind eines Sinnes, was die Pyhrnstrecke entspricht. Nur, die Engpässe sind leider auf oberösterreichischem Gebiet. Das ist so, lässt sich auch nicht wegdiskutieren. Ich bin also neugierig, was der grüne Landesrat Anschöber, den ich vom Parlament her noch kenne, der auch eine sehr starke christlich-soziale Vergangenheit aufweist und als er dann auch das grüne Lager entdeckt hat als Einziger in seiner Familie überhaupt, dort zustande bringt. So weit, so gut!

Ich versichere Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir alles tun werden, um selbstverständlich diese wichtige Verkehrsachse – es ist ja unstrittig, Gott sei Dank ist ja unstrittig in diesem Hause – diese wichtige Verkehrsachse raschest möglich umzusetzen. Gespräche mit dem Bundesminister Gorbach gibt es natürlich in dem Zusammenhang laufend.

Und was den Lärmschutz betrifft, selbstverständlich – und da bin ich sehr dankbar für diese Anfrage beziehungsweise für das Thema, das der Kollege Prattes immer wieder versucht hochzuziehen. Ich bin sehr stolz darauf, dass es mir gelungen ist, die Mittel für den Lärmschutz in dieser Steiermark demgegenüber, was mein Vorgänger zur Verfügung hatte, mehr als zu verdreifachen. Es wird allenthalben gebaut und auch nicht in typisch freiheitlich dominierten Regionen, es sei denn Bruck, Kapfenberg, Pernegg, Oberaich, Leoben sind als freiheitliche Gemeinden zu bezeichnen, sehe ich nicht gerade so derzeit. Wir sind aber dort sicherlich stark im Kommen, weil wir auch Lärmschutzmaßnahmen – und das ist für mich schon besonders wichtig – jahrelang, fast jahrzehntelang ist im Bereich des Leobner Stefanie-Spitals, und ich kenne das, weil ich dort geboren bin (Präsidentin Dr. Rieder: „Ich auch!“), da kommt vielleicht eine Tafel hin, weil ich dort geboren bin, Sie kennen das auch – haben wir den Lärmschutz, der dort jahrelang und jahrzehntelang von meinen Vorgängern nicht umgesetzt wurde, endlich umgesetzt. Aber ich vermute etwas! Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, Lärmschutz ist auch eine Frage der Baulandausweisungen. Und da gibt es besonders findige Gemeinden, die gesagt haben, wir können kein Bauland ausweisen, weil dort natürlich noch nichts ist, daher auch nichts zu schützen ist. Man hätte aber dort gerne Bauland und wenn wir dort einen Lärmschutz haben, obwohl dort eigentlich noch sehr wenig ist oder zum Teil gar nichts ist, weil dann können wir dann hinter diesen Lärmschutzwänden Bauland ausweisen und haben eine Verzehnfachung oder mehr des Wertes der Grundstücke. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das können wir nicht auf Kosten des Steuerzahlers machen, dass wir Grundstücke schützen, die dann Bauland werden und dann natürlich eine entsprechende Wertsteigerung erfahren. Wenn die Grundeigentümer, seien es die Gemeinden, seien es Private, diesbezüglich Interesse haben, dann werden wir sie gerne bei der Planung und auch bei der Umsetzung unterstützen. Nur, bezahlen können wir das aus Steuermitteln nicht. Und was die lärmgeplagten Einwohner von Traboch betrifft, da habe ich vollstes Verständnis und wir werden selbstverständlich mit den Einwohnern von Traboch, wie das ja ohnehin schon erfolgt, Kontakt aufnehmen und mit denen natürlich weiter reden. Es gibt ja andere Aktionen auch noch. Es gibt Lärmschutzfenster, es gibt Unterstützungen. Aber ich bitte um Verständnis, wir bauen prioritär dort den Lärmschutz, wo prioritär auch viele Menschen wohnen, die zu schützen sind. Und das passiert eben jetzt im Mur- und Mürztal, in den Städten Kapfenberg, Bruck. Es waren ja viele dabei, wie wir in Wien unterschrieben haben, die Bürgermeister der Stadt Bruck, der Stadt Kapfenberg. Wir haben das alles sehr feierlich unterschrieben, weil dort sehr, sehr viel Geld in dieses wichtige Anliegen der Bevölkerung geht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eigentlich wäre das einen Applaus dieses Hauses wert, weil so viel für den Lärmschutz geschieht (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.), und nicht, wie immer wieder angeprangert wird, dass viel zu wenig getan wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammengefasst: Sie haben heute diese Beilage in einer großen Tageszeitung bekommen, die sehr

informativ ist. Dort steht sehr vieles drinnen, was die Wirtschaft verlangt. Wir ringen um PPP-Modelle. Es muss schneller gehen, es soll schneller gehen. Wir arbeiten mit voller Kraft an dem Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur zum Wohle dieses Landes, zum Wohle des Wirtschaftsstandortes Steiermark. Ich bitte um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein Wort noch zur Mineralölsteuer: Die Zweckbindung der Mineralölsteuer – das muss man der guten Ordnung halber dazusagen – hat es schon einmal gegeben. Das waren die goldenen Zeiten der Verkehrsinfrastrukturausbauten, die goldenen Zeiten, meine Damen und Herren. Da sind wir mit dem Planen und Projektieren gar nicht nachgekommen, so viel konnten wir mit dieser Mineralölsteuer machen. Es war aber den sozialdemokratischen Finanzministern vorbehalten, diese Zweckbindung abzuschaffen und die Mineralölsteuer in das allgemeine Budget einfließen zu lassen. Es wird uns daher sehr gut tun, wenn wir in der Lage sind, diese Mineralölsteuer wieder verstärkt einzubauen. Ich hoffe, dass der Finanzminister auch diesen Maßnahmen ein entsprechendes Ohr schenkt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 18.02 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Säumigkeit der Bundesregierung und der Landesregierung beim Ausbau der Pyhrntrasse gemäß EU-Beitrittsvertrag, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Zweckbindung der Mineralölsteuer, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

40. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1419/1, Beilage Nr. 180, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (StLAO 2001) geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erwin Gruber (18.04 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Ich berichte über den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1419/1, Beilage Nr. 180, betreffend Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 geändert wird. Der vom Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt eingesetzte Unterausschuss hat in seiner Sitzung am 22. Oktober 2003 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1419/1, betreffend Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 geändert wird, beraten und legislative Änderungen in den Ziffern 1., 5., 13. und 14. vorgenommen. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Das nachstehende Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. Ich bitte um Annahme. (18.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Berichterstatter, Sie haben auch um das Wort gebeten. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Erwin Gruber (18.05 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Abfertigung neu oder die betriebliche Mitarbeitervorsorge ist zweifelslos ein Meilenstein in der Bundesgesetzgebung. Endlich ist es soweit, dass kleinere Unternehmen in Zukunft keine Existenzängste haben müssen, wenn sie Mitarbeiter langjährig beschäftigen und dadurch hohe Abfertigungsansprüche erwachsen. Auf der anderen Seite kommen Dienstnehmer in Zukunft unkompliziert und gerecht zu ihren verdienten Abfertigungsansprüchen. Gewährleistet wird dies durch eine externe Mitarbeitervorsorgekasse. Hier leistet der Dienstgeber permanent Beiträge in der Höhe von 1,53 Prozent des monatlichen Entgeltes. Somit wächst die Abfertigungshöhe beitragsbezogen kontinuierlich an. Der Anspruch auf Auszahlung wird sodann an die gesetzliche Mitarbeitervorsorgekasse, und nicht an den Dienstgeber gerichtet. Was besonders wichtig ist, die Beendigungsart ist nicht mehr entscheidend bezüglich eines Anspruchsverlustes, sprich bei Selbstkündigung zum Beispiel. Ich freue mich darüber, dass die Einarbeitung des Mitarbeitervorsorgegesetzes in die steirische Landarbeitsordnung heute auf der Tagesordnung des Landtages steht. Damit tragen wir den Wünschen von 8500 Dienstnehmern Rechnung und ermöglichen ihnen auch die Chance einer gerechten und verdienten Abfertigung. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch in den anderen Bundesländern ist dieser wichtige Schritt bereits erfolgt oder er ist in Umsetzung. Gerade die Landarbeiter sind es, gemeinsam mit den Betrieben und gemeinsam mit der Landarbeiterkammer, die zu einem guten Teil für die Gepflegtheit unserer wunderschönen Landschaft verantwortlich sind. Hand in Hand mit unseren fleißigen Bauern garantieren sie eine flächendeckende, ökologisch nachhaltige und zukunftsorientierte Land- und Forstwirtschaft. Abschließend bedanke ich mich für die konstruktive und gute Zusammenarbeit im Unterausschuss und im Ausschuss. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1470/1, Beilage Nr. 186, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Bodenschutzgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (18.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1470/1, Beilage Nr. 186, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Bodenschutzgesetz geändert wird. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 2003 die Beratungen über die obgenannte Regierungsvorlage durchgeführt. Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1470/1, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Bodenschutzgesetz geändert wird, wurde mit kleinen Änderungen hinsichtlich des Paragraphen 17 Absatz 2 angenommen. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Bodenschutzgesetz geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. Ich bitte um Annahme. (18.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle Einstimmigkeit fest.

20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 146/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2002.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (18.10 Uhr): Dieser Tagesordnungspunkt betrifft den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1456/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2002. Mit Beschluss Nr. 344 aus dem Jahre 1984 hat der Steiermärkische Landtag die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, jährlich einen Umweltschutzbericht zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Beratung vorzulegen. Der Umweltschutzbericht hat Auskunft über den Stand und die Zielsetzungen auf den Gebieten der Raumordnung, des Gewässerschutzes, der Abfallwirtschaft, des Lärms, des Bodens, der Nahrung, der Luft, des Natur- und Landschaftsschutzes, der Strahlen- und Umweltforschung zu geben. Ferner hat der Steiermärkische Landtag mit Beschluss Nr. 170 aus dem Jahre 1996 die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, im Umweltschutzbericht des Landes Steiermark das Kapitel „Gentechnologie“ aufzunehmen. Dem Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 30. September 1996 entsprechend, bietet der Umweltschutzbericht auch eine Darstellung der für Umwelt- und Naturschutz getätigten Ausgaben des Landes Steiermark.

In Vollziehung der zitierten Beschlüsse liegt nunmehr der 18. Umweltschutzbericht des Landes Steiermark für den Berichtszeitraum 2002 vor.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 30. Juni 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Umweltschutzbericht 2002, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (18.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Wort ist Herr Abgeordneter Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (18.11 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Herren Landesräte! Geschätzte Damen und Herren!

Dieser Umweltschutzbericht 2002 ist ein großartiges, umfassendes Werk, das den gesamten Umweltschutz in der Steiermark behandelt und wo sehr viele positive Ergebnisse daraus ersichtlich sind. In seinem Vorwort hat der Landeshygieniker Hofrat Univ.-Prof. Köck unter dem Titel „Landluft – des einen Freud, des anderen Leid“ ein Thema angeschnitten, das in unserem Lande sehr oft besprochen wird, das manches Mal dramatisiert wird, aber wo wir gemeinsam aufgefordert werden Lösungen zu finden. Lösungen zu finden vor allem in der Raumordnung, damit es möglich ist, dass die Landwirtschaft mit dem Bauernhof, aber auch viele andere draußen in den Dörfern eben diese gute Luft auch in Zukunft atmen können.

Ich möchte in einigen Sätzen auf diesen Umweltschutzbericht eingehen und mich eigentlich eingangs bedanken bei allen, die bei der Verfassung des Umweltschutzberichtes ihren Teil dazu beigetragen haben. Es war noch unser Herr Hofrat Rupprecht, der leider heute nicht mehr im Dienst ist, aber trotzdem ihm sei gedankt und auch seinem Chef, unserem ehemaligen Landesrat Erich Pörtl, sie haben sehr viel dazu beigetragen, dass wir heute diesen Umweltschutzbericht hier im Landtag behandeln können. Ein herzliches Dankeschön dafür! (Beifall bei der ÖVP.)

Mit den verschiedenen Kapiteln, mit denen sich der Umweltschutzbericht befasst, wird eigentlich klar und deutlich herausgestellt, Umweltschutz ist auch Eigenschutz, aber vor allen Dingen aus meiner persönlichen Sicht Schutz für zukünftige Generationen. Nachhaltigkeit und Landentwicklung dürfen nicht nur Schlagworte sein, sondern müssen in unserem Land Leitbild werden. Und ich bedanke mich, dass wir im Bezirk Hartberg das Pilotprojekt „Nachhaltige Entwicklung am Beispiel des Bezirkes Hartberg“ durchführen können, wo wir versuchen, mit unserem Regionalcluster, so wie wir das vernetzte Werk nennen, die Nachhaltigkeit und die Wertschöpfung in unserem Bezirk besser zu leben und eben für die zukünftige Generation aufzubauen.

Die Steiermark ist gekennzeichnet durch starke landschaftliche und kulturräumliche Vielfalt mit eben den verschiedenen Landschaftstypen, die wir alle kennen. Und jeder Landschaftstyp in unserem Heimatland hat seine Stärke. Seitens der Raumordnung haben wir einfach aufzupassen, dass wir mit dem Erstellen der regionalen Entwicklungsprogramme auf diese verschiedenen Landschaftstypen Rücksicht nehmen und sie auch versuchen zu erhalten.

Meine geschätzten Damen und Herren, wir wissen alle, Wasser ist unser höchstes Gut. Gesundes Wasser ist unersetzbar und alle Maßnahmen, die zur Erhaltung dieses unseres kostbaren Gutes dienen, werden in dem Abschnitt des Umweltschutzberichtes, im Abschnitt Wasser, bestens beschrieben.

Abfall und Stoffflusswirtschaft, auch hier ist die nachhaltige Entwicklung unser erstes Ziel und die Förderung der Bewusstseinsbildung zur Abfallvermeidung, und ich wiederhole es, die Förderung der Bewusstseinsbildung zur Abfallvermeidung bleibt für uns alle gemeinsam ein großer Schwerpunkt.

Die Bereiche Lärm, Verkehr, Boden, Nahrung, Gentechnologie und Luft, diese wichtigen Bereiche werden in diesem Bericht ebenfalls umfassend behandelt und haben große Bedeutung. Und alle Aktivitäten, die wir in diesen Bereichen gemeinsam versuchen, werden hier eben sehr gut beschrieben.

Meine geschätzten Damen und Herren! Energie – Energie brauchen und verbrauchen wir tagtäglich alle. Der Einstieg in die erneuerbare Energie, der in der Steiermark schon sehr lange forciert wird, ist auch weiterhin zu forcieren, um die gesteckten Ziele, die wir uns alle gemeinsam setzen, zu erreichen. Auf eines möchte ich besonders hinweisen und darauf können wir stolz sein und es zeigt uns eigentlich auch der Umweltschutzbericht, im Jahr 2002 wurden in der Steiermark, meine geschätzten Damen und Herren, mehr Pelletsheizungen als Ölheizungen installiert. Das zeigt, dass wir in der Steiermark auf dem richtigen Weg sind. (Beifall bei der ÖVP.) Ihr dürft ruhig applaudieren.

Diese positive Entwicklung in diesem Bereich passiert aber auch dadurch, dass wir immer wieder versuchen, die Einzelförderungen für diese Heizungen zu forcieren und auch in Zukunft so hoch zu erhalten. Ich bedanke mich dafür, dass diese Förderungen möglich sind.

Natur- und Landschaftsschutz, ein wesentliches Kapitel im Umweltschutzbericht. Was das bedeutet, wissen wir vor allen Dingen als Bäuerinnen und Bauern der Steiermark sehr wohl. Und das vergangene Jahr war geprägt von einem großartigen Ereignis, der Errichtung des Nationalparks Gesäuse. Das war ein Höhepunkt in diesem Berichtsjahr, und das ist, soweit ich informiert bin, der erste Nationalpark in der Steiermark. Ich bedanke mich bei allen, die dazu beigetragen haben und sich bemüht haben, dass wir diesen Nationalpark in der Steiermark haben.

Über die Umweltforschung: Forschung und Entwicklung ist doch ein wesentlicher Bereich für die Zukunft, wird auch hier in diesem Bericht umfassend informiert. Und selbstverständlich auch darüber, welche finanziellen Mittel wir vom Landesbudget her für den Umweltschutz in der Steiermark aufbringen. Zu viel ist es nie, das ist uns klar. Aber auch hier in diesem Bereich haben wir uns nach der Decke zu strecken, um das Bestmögliche zu erreichen.

Ich bedanke mich nochmals bei allen, die bei der Verfassung dieses Berichtes mitgeholfen haben und bin überzeugt davon, dass wir auch in Zukunft alle gemeinsam in diesem Hause den Umweltschutz ernst nehmen und damit für unsere zukünftigen Generationen sorgen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Halper, bitte.

Abg. Halper (18.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesräte! Hohes Haus!

Uns liegt – wie schon erwähnt – der 18. Umweltschutzbericht des Landes Steiermark vor. Ein sehr umfassender Bericht mit 366 Seiten, 16 Kapiteln und vielen anschaulichen Tabellen und Grafiken. Ein Bericht, der aber auch vor allem die Situation der Umweltpolitik in der Steiermark dokumentiert und vor allem viele Informationen über diesen Bereich enthält und auch jene Punkte aufzeigt, die noch verbesserungswürdig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich halte den Umweltschutzbericht für ausgezeichnet, da er nicht nur aufzeigt, was in den letzten Jahren in der Steiermark zum Thema Umweltschutzpolitik gemacht wurde, sondern vielmehr auch, wie man mit diesem Thema in diesem Bundesland umgeht. Denn dies ist klarerweise ein Punkt, den ich vor allem im Umweltschutzbericht als ordentlich gut empfunden habe, dass man hier auf eine sehr deutliche Art und Weise auf die Probleme eingeht und der Landesregierung damit einen klaren Auftrag erteilt, dass dieses Thema noch lange nicht abgeschlossen ist.

Auf einige dieser Problemstellungen möchte ich noch näher eingehen, das soll zwar keine wesentliche Kritik sein, sondern vielmehr eine Anregung an Sie, Herr Landesrat Seitinger, sich weiter mit diesem Thema in Zukunft auseinander zu setzen.

Bevor ich aber auf die einzelnen Themen im Umweltschutzbericht eingehe, möchte ich mich ebenso von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Fachabteilung 13A bedanken für die Erstellung dieses wunderbaren Berichtes. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Bei der Betrachtung des Umweltschutzberichtes sind mir einige Punkte aufgefallen, die eigentlich immer wieder so am Rand diskutiert werden und kaum in einer öffentlichen Debatte in diesem Haus erwähnt werden. Deshalb möchte ich sie heute einmal kurz ansprechen, da es sich doch hierbei um ernsthafte Problemstellungen handelt, die wir sicherlich in Zukunft noch stärker berücksichtigen müssen. Wenn man sich das Kapitel Abfall und Stoffflusswirtschaft anschaut, dann sieht man ganz deutlich den Anstieg des Mülls. Der Restmüll ist zwar im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, aber der Sperrmüll ist allerdings um 21,9 Prozent gestiegen, ebenso wie die Problemstoffe einen Anstieg von 19 Prozent aufweisen. Was mich persönlich besonders überrascht hat in der Statistik ist, wie eigentlich mit den einzelnen Müllsorten umgegangen wird. Jeder von uns kennt das Mülltrennsystem. Jeder weiß, dass er seine gelbe Tonne, seine braune Tonne, seine rote Tonne hat. Im Grunde genommen ist bei der Statistik ausgewiesen, dass sowohl der Biomüll als auch das Verpackungsmaterial und das Altpapier gesunken sind. Bei der Betrachtung dieses Berichtes habe ich mich gefragt, liegt es daran, dass weniger Müll produziert wird oder vielleicht an der Tatsache, dass die Steirer und Steirerinnen schön langsam trennfaul werden? Im Grunde genommen wird im Umweltschutzbericht über die Jahre hindurch darüber berichtet, dass es eigentlich zum Anstieg des Müll kommt und im Grunde genommen haben wir aber hier in diesen Bereichen einen Rückgang, dafür in anderen Bereichen eine Aufwertung. Was zu dem dazukommt ist eigentlich, dass ich mich frage, wo hapert es im Grunde genommen mit der Aufklärungsarbeit der Trennpolitik des Abfalls? An den Kampagnen kann es nicht liegen und an der Zahl an Veranstaltungen in diesem Bereich sicherlich auch nicht. Ich denke, dass man hierbei auch dem ehemaligen Landesrat Pörtl sicherlich keinen Vorwurf machen kann, dass er im Bereich der Abfallwirtschaft untätig gewesen ist. Dennoch ist die Statistik für mich ein wenig erschreckend gewesen, nämlich dann, wenn man so über die steirische Landschaft fährt und sich wilde Deponien am Straßenrand anschauen muss. Die Stadt Graz ist hierbei ein Beispiel. Hier ist es in den letzten Jahren vermehrt dazu gekommen, dass bei den Müllinseln, bei den Trennunginseln tonnenweise Müll abgelagert wurde, der nicht einmal mehr getrennt worden ist beziehungsweise die Landschaft rundherum komplett verschmutzt wurde. Die Stadt Graz hat sich dann mit diesem Thema auseinandergesetzt und zu ihrem Bedauern feststellen müssen, dass Pendler und Pendlerinnen aus den Umlandgemeinden der Stadt ihren Müll von zu Hause mitnehmen und bei den Müllinseln in der Stadt Graz ablagern, weil es de facto nur um die Kosten geht. Ich denke, das ist eine Entwicklung, der man entgegenwirken muss und mit der man sich auch auseinandersetzen muss. Es kann nicht sein, dass einerseits öffentliche Müllinseln zu Ablagerungsdeponien und dabei zu wilden Deponien werden und auf der anderen Seite die Müllpolitik, aber vor allem die Aufklärungspolitik, was getrennten Müll angeht, nicht funktioniert. Ich denke, man sollte sich hierbei sehr wohl noch Gedanken darüber machen, wie man den Kostenfaktor senken kann beziehungsweise wie man generell mit der Müllgebühr umgeht, um diese unschönen wilden Mülldeponien zu vermeiden. In diesem Bereich möchte ich mich auch bei der Berg- und Naturwacht bedanken, die ebenso für die Aufräumung von wilden Deponien zuständig ist, die sie in der Natur aufspürt. Die Damen und Herren der steirischen Berg- und Naturwacht leisten hierbei einen großartigen ehrenamtlichen Einsatz. Ich sage nochmals herzlichen Dank dafür. Das Kapitel Lärmschutz ist zuvor schon in einer Debatte angesprochen worden. Ich möchte aber trotzdem noch ganz kurz darauf eingehen. Die Lärmstörungen im Wohnbereich sind zwar gesunken, was sehr erfreulich ist, aber natürlich ist im Gegensatz die Lärmsteigerung durch den Verkehr gestiegen. Eine Flächendeckung der Lärmschutzwände schreitet zwar voran, aber abgeschlossen ist sie noch lange nicht und die Problematik haben wir zuvor bereits erörtert. Spannend habe ich in diesem Kapitel des Umweltschutzberichtes den Bericht über die AVL-Teststrecke empfunden, die in Gratkorn ist und was ein schönes Beispiel dafür ist, wie effizient Forschungsgelder eingesetzt werden und wie man auch Querverbindungen zwischen Lärmschutz und Gesundheitsförderung eindeutiger definieren kann beziehungsweise sich damit auseinandersetzt. Kurz eingehen möchte ich noch auf das Kapitel Gentechnologie. Im letzten Umweltschutzbericht war es erstmals enthalten mit wenigen Seiten, heuer hat man sich schon sehr intensiv damit beschäftigt, was sicherlich daran liegt, dass man immer mehr Erkenntnisse dazu hat beziehungsweise auch von Seiten der EU Vorgaben aufliegen. Gentechnologie ist immerhin ein Thema, das die steirische Bevölkerung bewegt und auch den Steiermärkischen Landtag. Im Zuge der Novelle zum Naturschutzgesetz werden wir uns auch hier in diesem Haus noch sehr intensiv damit beschäftigen und Lösungen finden müssen. Ich bedanke mich daher bei den Verfassern und Verfasserinnen für diesen Bericht zum Thema Gentechnik, weil er sicherlich nützlich sein wird im Zusammenhang mit den Naturschutzgesetzverhandlungen, wie auch die Erörterungen zum Thema Naturschutz und Landschaftsschutz selbst. Geschätzte Damen und Herren! Abschließend ganz kurz noch etwas, weil die Redezeit heute schon sehr strapaziert wurde: Was mir persönlich besonders beim Umweltschutzbericht gut gefallen hat, ist die Auswahl der einzelnen Themen, die sie gewählt haben, weil sie vor allem auf aktuelle Situationen sehr gut eingehen. Man hat immer wieder einen Überblick über Ereignisse in der Steiermark, über das, was sich tut, wie etwa die Hochwassersituation, der Nationalpark Gesäuse, der heute schon erwähnt wurde, die Verkehrssituation der Stadt, die auch eine aktuelle Debatte mit sich bringt und vor allem auch die Feinstaubproblematik. Er ist im Vergleich zu vielen anderen Berichten sehr lebendig gestaltet, beinhaltet natürlich auch trockene Statistiken, aber auch interessante Artikel über Forschungsergebnisse in Forschungsbereichen, was ihn wieder auflockert und auch lesbar macht. Ich möchte mich nochmals recht herzlich bei den Erstellern und Erstellerinnen für diesen Bericht bedanken und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 18.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

Abg. Mag. Zitz (18.26 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste und Fachleute!

In diesem Umweltschutzbericht 2002 sieht man bereits auf den ersten Seiten die Knackpunkte in der steirischen Umweltpolitik, sehr präzise zusammengefasst von Herrn Hofrat Köck, der auf Geruchsbelästigung durch landwirtschaftliche Betriebe hinweist, zusammengefasst von Herrn Hofrat Oswald, der auf die Rolle des Umweltschutzes als bürgernahes Kontrollorgan hinweist und vom inzwischen ausgeschiedenen Herrn Hofrat Rupprecht, der drei Punkte als Kernpunkte nennt, die auch von Seiten der Grünen als eigentlich die relevantesten empfunden werden, nämlich die problematische verkehrspolitische Entwicklung, die Feinstaubentwicklung und den Nationalpark Gesäuse. Aus unserer Sicht ist jetzt eine umsichtige und einer ökologischen Ethik verpflichtete Umweltpolitik wichtiger denn je. Wir glauben auch, dass es darum geht, dass man den Spielraum für Umweltbelange sehr bewusst erweitert und in bestimmten Bereichen auch erkämpft, und zwar klar dort erkämpft, wo es ein Interessensgemeindegibt, wo die Lobbyisten aus anderen Bereichen sehr dominant auftreten. Ich glaube, da geht es darum, durch eine sehr kluge und auch sehr nachhaltige Argumentationslinie, die Umweltanliegen mit ethischen Überlegungen, mit arbeitsmarktpolitischen Überlegungen und mit wirtschaftlichen Überlegungen verbindet, neue Bündnispartner zu finden. Ein Punkt noch: Umweltpolitik heißt für uns inzwischen auch eine neue Art von Solidarität zu leben. Als Umweltsprecherin der Grünen ist es mir ein großes Anliegen, mit kleinen Maßnahmen sicherzustellen, dass der Zugang zu einer intakten Umwelt für alle Bevölkerungsschichten und für alle Altersgruppen möglich ist. In den Nationalpark Gesäuse mit einer guten Bahnverbindung zu fahren ist ein konkreter Beitrag dazu, weil dadurch auch Leute, die möglicherweise älter sind, die möglicherweise behindert sind, genauso die Möglichkeit des Naturerlebens haben. Wenn sie an die Luft- und Lärmbelastungen in Graz denken, dann ist es ziemlich symptomatisch, dass genau die Bezirke auf der anderen Seite der Mur die besonders Belasteten sind, die vom Städteplanerischen her lange Zeit vernachlässigt worden sind und die als die ärmeren Viertel von Graz gelten.

Einen Punkt kann ich, sehr geehrter Herr Landesrat Seitinger, nicht auslassen, auch wenn er Sie nicht trifft, weil Sie damals noch nicht in Regierungsverantwortung waren: Die ÖVP Steiermark hat es geschafft, uns in diesem Sommer einen umwelt- und verkehrspolitischen Tiefschlag zu versetzen. Und dieser Tiefschlag ist dadurch zustande gekommen und das für mich völlig unverständlich und ohne irgendeinen äußeren Anlass, dass ÖVP-Klubobmann Abgeordneter Drexler eine Tempo-160-Debatte vom Zaun gebrochen hat. Diese Debatte ist sehr breit von den Medien aufgenommen worden. Sie ist innerhalb von kürzester Zeit von Verkehrsfachleuten, von Verkehrspsychologen und -psychologinnen und Leuten aus dem Bildungsbereich argumentativ unaufwändig entkräftet worden, weil die Argumente ohnehin so schwach waren. Für uns war es aber trotzdem eine katastrophale Ansage: Schnell ist gleich schick und Rasen ist gleich modern. Das ist einfach kontraproduktiv für eine seriöse Verkehrspolitik und es ist letztlich kontraproduktiv für eine halbwegs sinnvoll gestaltete Umweltpolitik, wo Umgehen mit der Mobilität einfach eine zentrale Rolle hat. Jetzt komme ich noch zu einem Element, das ich im Umweltbericht teilweise auch wiederfinde: Langfristige strategische Umweltplanungen sind etwas, was in der Steiermark dringend nötig ist. Und seit dem Jahr 2001 gibt es eine EU-Richtlinie zur strategischen Umweltprüfung. Diese strategische Umweltprüfung ist eine Vorgabe, die unterschiedlichste Pläne und Konzepte einer wohl überlegten, längerfristig angelegten Prüfung und einem Umweltmonitoring unterzieht. Dieses Konzept einer strategischen Umweltprüfung kann man aus unserer Sicht natürlich in Verbindung bringen mit dem steirischen Verkehrskonzept, mit Agrarförderungsprogrammen, mit Arbeitsmarktprogrammen. Es hat zur strategischen Umweltprüfung im April 2003 eine sehr gute Veranstaltung, übrigens in Kooperation mit dem Umweltbundesamt, in Graz, gegeben.

Zurückkommend auf den Umweltbericht 2002, ich möchte nur vier Punkte kurz herausheben. Erfreulich finde ich es, dass es ein Kapitel gibt, wo Mobilfunk und mögliche Strahlenbelastungen zum Thema gemacht werden. Das ist erst seit drei Jahren so. Es gibt aber leider Gottes immer noch keinen GSM-Kataster. Die Grünen werden dazu heute zu einem späteren Tagesordnungspunkt einen Antrag einbringen.

Heute hat bei einem anderen Tagesordnungspunkt Ernst Gödl von der ÖVP bereits auf die Initiative „G'scheit feiern“ hingewiesen, wo es um Abfallvermeidung, um den Einsatz von regionalen Produkten und von Transfairprodukten bei Festen und Veranstaltungen aller Art geht. Sie wissen, die Initiative für „G'scheit feiern“ ist am Münchner Oktoberfest entstanden, wo man einfach nicht mehr gewusst hat, wohin mit den Müllbergen. Unser Anliegen wäre es, dass erstens einmal alle Landesveranstaltungen nach dem Konzept von „G'scheit feiern“ ausgerichtet werden, quer durch alle Ressorts. Und der zweite Punkt ist, wir gehen natürlich davon aus, dass diese Initiative weiterzuführen ist, weil sie regional sehr gut verankert ist, weil sehr viele Leute aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten damit in Berührung kommen, von Jugendveranstaltungen bis hin zu Feuerwehrfesten, bis zu klassischen Umwelt- oder Landwirtschaftsveranstaltungen.

Nationalpark Gesäuse, ebenfalls ein Dauerbrenner, eröffnet am 26. Oktober 2002 mit der Unterschrift von den beiden Zuständigen in Bund und Land auf eine Artikel-15 a-Vereinbarung. Vor einigen Tagen wurde er im Rahmen einer Prüfung durch die internationale Naturschutzorganisation leider für zu klein befunden. Rudi Anschöber, unser grüner Landesrat in Oberösterreich, wird aber sicher in die Richtung politisch aktiv sein, eine Zusammenführung dieser beiden Parks – ein Teil ist ja in Oberösterreich und ein Teil in der Steiermark – sicherzustellen. Ich denke, diese Initiative wäre im Rahmen einer Land-Land-Kooperation etwas sehr Kreatives und würde auch den Tourismus, den Ökotourismus in dieser Region sehr sinnvoll stärken.

Dass wir große Probleme mit dem Gipsabbau am Dörfelstein haben, ist ohnehin ein bekanntes Thema. Und eine Sache, die ich noch beim Nationalpark Gesäuse bedauerlich gefunden habe, ist, dass unser Antrag auf eine Evaluierung des bestehenden Projektes mit Einbindung der Bevölkerung, wo man sich Rückmeldungen geben

lässt, was kommt gut an, was ist noch verbesserungswürdig, im Landtag nicht mehrheitsfähig war. Ich glaube, dass der Nationalpark insgesamt sehr gut auf die Schiene gebracht wurde. Ich war auch mehrfach privat oben als Touristin, unter anderem bei einem sehr, sehr schönen Nationalparkfest in Gstatterboden mit sehr klugen, feinen Umweltbildungsmaßnahmen für Leute in unterschiedlichsten Altersklassen. Ich glaube, dass diese Bildungsschiene ein sehr wichtiges Element ist, um diesen Nationalpark und die ganze Region auch wirklich attraktiv und lebbar für Leute aus unterschiedlichsten Schichten zu machen.

Ein Thema natürlich, Herr Landesrat Seitinger, mit dem Sie an Ihrem ersten Arbeitstag als neuer Umwelt- und Landwirtschaftslandesrat konfrontiert waren, möchte ich hier einbringen. Es ist einfach ein engagiertes Arbeiten nötig für eine Verringerung der Feinstaubbelastung im Großraum Graz, aber auch in den meisten Bezirkshauptstädten. Wir haben dazu am 1. Oktober bei einer sehr gut vorbereiteten Enquete des Landes Steiermark in Kooperation mit der Stadt Graz und mit dem Umweltbundesamt beide teilgenommen. Es waren auch einige andere Gemeinderäte, Gemeinderätinnen und Abgeordnete dabei. Und die Gesamtaussage von den Fachleuten bei der Enquete war, dass in Sachen Feinstaub ein konzertiertes Vorgehen möglich ist. Es gibt Spielräume auf Ebene des Landes und der Stadt Graz und die gilt es auszureizen. Die Spielräume, die durch das Bundesrecht vorgegeben sind, sind von Seiten des Landes angedacht worden im Bereich des Statusberichtes, aber noch nicht wirklich auf die Schiene gebracht. Das ist Regierungsverantwortung und liegt bei der Landeshauptfrau. Es fehlt nach wie vor ein Maßnahmenkatalog. Es gibt dazu einige sehr konkrete Vorschläge. Wir möchten aber, dass der möglichst realitätstauglich gemacht wird durch einen Zeitrafter und durch einen Finanzplan für die Umsetzung von ganz konkreten Schritten auf der Landesebene, immer in Kooperation mit den betroffenen Städten und Gemeinden.

Wir erlauben uns deswegen als Ergänzung zu diesen Maßnahmen beziehungsweise als positiver Ansporn einen Antrag einzubringen: Erstellung eines Luftsanierungsprogramms Feinstaub.

Für uns ist die Luftentwicklung im Raum Leoben-Donawitz ein sehr positives Beispiel. Das war lange Zeit ein katastrophales Luftsanierungsgebiet. Und durch dieses Luftsanierungsprogramm ist es möglich gewesen dort kluge Maßnahmen zu setzen, die bis zu einem gewissen Umfang, es ist bei weitem noch nicht alles befriedigend, wirklich gegriffen haben.

Wir stellen deshalb den Antrag, „Erstellung eines Luftsanierungsprogramms Feinstaub“.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Luftsanierungsprogramm Feinstaub mit konkreten Maßnahmen zu erstellen.

Diese Idee ist bei besagter Enquete am 1. Oktober auch im Raum gestanden, weil man gesagt hat, es braucht endlich einmal ein Bündeln der Kräfte und es braucht auch einmal ein klares Bekenntnis der Landesregierung, und zwar natürlich ressortübergreifend. Ich denke auch speziell an das Verkehrsressort, das sich dieser Substanz Feinstaub annehmen muss.

Ein letzter Satz noch: Insgesamt danke den Personen, die den Umweltbericht erstellt haben. Er ist – wie gesagt – eine gute Möglichkeit, einen kompakten Überblick über die Steiermark zu bekommen, über die Bereiche, wo es gut hinhaut, über die Bereiche, wo es noch ganz klar Defizite gibt. Wir glauben, dass er einen guten Rückblick darstellt und – Herr Landesrat – allerdings einen gehaltvollen Arbeitsauftrag an Sie beziehungsweise die Personen im Landtag, die sich Umwelthanliegen verpflichtet fühlen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 18.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (18.39 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Der Umweltschutzbericht ist sehr umfassend und es wurde auch schon sehr vieles erwähnt. Aus diesem Grund, nachdem die Zeit schon fortgeschritten ist, werde ich mich nur auf ein Thema kurz beschränken und das ist das Thema Wasser. Die Güte unseres steirischen Wassers hat sich zum Glück in den letzten Jahrzehnten sehr verbessert. Und auf Grund ständiger Kontrollen – und ich erinnere daran, wir haben 390 Probeentnahmestellen in Tälern und 75 Quellmessstände – sind wir auch sehr gut informiert, wie sich die Inhaltsstoffe des Wassers verändern. Ganz kurz: Nitrat – während 1992 noch 28,6 Prozent der Proben belastet waren, sind es 2002 nur noch 10 Prozent; Antrazin, auch hier haben wir 1992 eine deutliche Senkung dieses Wertes feststellen dürfen. Probleme bereiten uns aber, und das in zunehmendem Maße, Hormone und Arzneimittelstoffe. Hormone – und da gibt es Studien, die auf einen direkten Zusammenhang auf die Auswirkungen in der Tierwelt hinweisen, Hormone durch menschliche Ausscheidung und Weichmacher zum Beispiel, die man vermehrt im Wasser vorfindet. Wasser ist messbar, ist analysierbar. Die Wassermenge ist jedoch nicht steuerbar und lenkbar. So hatten wir 2002 das Jahr der Extreme. Auf der einen Seite eine Dürre – die ärgste Trockenheit seit 1965 – und auf der anderen Seite wieder Hochwasser, Wasserfluten, die Jahrhundertflut im August. Das Grundwasser ist sehr stark abgesunken und im Dezember hatten wir auch ein Phänomen zu verzeichnen, und zwar ist das Grundwasser binnen einer Woche um einen Meter gestiegen. Auch diese Schwankung konnte man in dieser Dimension noch nie nachweisen. Wir können nur eines: Wir können die Zukunft nicht planen, aber wir können Vorsorge treffen, dass solche Extreme nicht so zum Nachteil für die Menschen, für die Bevölkerung werden. Eine dieser Vorsorgemaßnahmen ist das Wassernetzwerk, das wir in der Steiermark planen. Es gibt die Wasserversorgungspläne für die Oststeiermark und für die Weststeiermark und auch die Rinnleitung im Groben, wo man schaut, Wasser

von der Obersteiermark durch den Plabutschunnel in die Ost- und in die Weststeiermark zu bringen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, das ist ein zukunftsschreitender Weg. Ich wünsche uns allen, dass wir solche Extreme in nächsten Zeit nicht wieder erleben müssen. (Beifall bei der FPÖ. – 18.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Wöhry am Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (18.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat!

Es ist offensichtlich der signifikante Unterschied zwischen den oberösterreichischen Grünen und den steirischen Grünen, dass die oberösterreichischen Grünen daran interessiert sind, Projekte umzusetzen und man bei den steirischen den Eindruck hat, dass sie selbst Naturschutzprojekte gefährden. Ich möchte auch sagen, warum ich der Meinung bin. Die Grünen zitieren seit Wochen einen Bericht, einen Vorprüfungsbericht der IUCN, wo bestimmte Merkmale dargelegt werden. Es wird nur berichtet, dass die IUCN empfiehlt den Park zu vergrößern und nach der Diktion der Grünen natürlich in Richtung Kalkalpen eine Vergrößerung, die niemand will, die in der Region abgelehnt wird. Und den Anspruch, den du immer erhebst, wir werden mit der Bevölkerung die Dinge abstimmen, wirfst du einfach über Bord, indem du etwas machst, was letztendlich nur deshalb gemacht werden soll, um ein Wirtschaftsprojekt abzuwürgen. Die IUCN empfiehlt etwas ganz anderes: Wenn man den Bericht liest und sich geografisch in der Region auskennt, dann weiß man, dass der Reichenstein nicht Richtung Nationalpark Kalkalpen ist, sondern in der anderen Richtung und dass der Lugauer in Hieflau liegt und nicht in Hall. Da müsste man sich aber vor Ort besser informieren, um derartige Missverständnisse hintan zu halten. (Beifall bei der ÖVP.)

Von eurer Seite wird immer gesagt, der Park ist zu klein. Wisst ihr, dass der Nationalpark Gesäuse der drittgrößte Nationalpark Österreichs ist? Das ist offensichtlich untergegangen in der Information eurerseits. Der Nationalpark ist jedenfalls ein nationalparkwürdiges Gebiet. Wenn man den letzten Brief der IUCN sich durchliest und die Argumente dort auch ernst nimmt und es genau liest, so wie es von Seiten der IUCN auch gemeint ist, und nicht, wie es die Grünen gerne hätten, dann steht im ersten Satz drinnen: Die Kommission wird die Anerkennung als Nationalpark der Kategorie II empfehlen und euer Lieblingsthema, der Gips, kommt dort nur mehr am Rande vor. Der Gipsabbau ist nicht Thema des Nationalparkes, sondern Thema der österreichischen Naturschutz- und Umweltschutzgesetze und sonst gar nichts, was bedeutet, dass der Gipsabbau, den ihr immer ausspielen wollt gegen den Nationalpark oder umgekehrt, weil es eben modern ist, ein Naturschutzprojekt zur Verhinderung von wirtschaftlichen Entwicklungen heranzuziehen, und das werfe ich euch eigentlich vor, dann muss man festhalten, dass die IUCN sich festgelegt hat und diese hohe Kategorie verleihen wird, unabhängig davon, ob es den Grünen passt oder nicht. Ich kenne auch die Briefe, die Ihr großer regionaler Vertreter ständig nach Brüssel und sonstwohin schreibt und der IUCN in Wahrheit falsche Tatsachen vorspiegelt. Es ist beschämend aus meiner Sicht, dass das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Herrn Ministerialrat Liebl zur IUCN-Generalversammlung schicken muss um aufzuklären, dass der geplante Gipsabbau nicht im Nationalpark ist, so wie es die Grünen behauptet haben, sondern 6 Kilometer entfernt. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind der Meinung und das ist eigentlich das, was mich so erschüttert an der ganzen Geschichte, dass ihr die Kraft bei diesem Projekt Nationalpark nur in die Richtung lenkt, um ein anderes Projekt zu verhindern und euch nicht einbringt in die Weiterentwicklung dieses wichtigen touristischen Projektes Nationalpark. Es gibt viele Facetten und du hast es vorhin gerade angesprochen: Wir bauen behindertengerechten Zugang, wir bauen Themenwege, wir bauen vieles, vieles mehr. Es wird der Nationalpark sich zu einem sehr positiven Projekt entwickeln, aber nicht das Projekt sein, das erhalten muss, um eine wirtschaftliche Tätigkeit beziehungsweise die Rohstoffversorgung von Industriebetrieben zu verhindern. Ich bitte euch daher, kehrt wieder auf den Boden der Realität zurück und macht die Naturschutzprojekte der Steiermark nicht schlecht, sondern versucht euch positiv einzubringen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.46 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Gödl.

Abg. Gödl (18.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Herr Landesrat!

Eigentlich wäre das schon ein sehr gutes Schlusswort vom Abgeordneten Odo Wöhry gewesen, sich positiv einbringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Erlauben Sie mir aber trotzdem ein paar Anmerkungen anzustellen. Ich denke, der Umweltschutzbericht, und das soll von dieser Stelle erwähnt werden, ist irgendwie doch ein wirklich ausgezeichneter schöner Nachruf auf unseren Landesrat Erich Pörtl. (Beifall bei der ÖVP.) Nachruf an seine politische Tätigkeit. Das ist, so meine ich, schon erlaubt. Es ist eigentlich eine Leistungsbilanz über zwölf sehr erfolgreiche Jahre. Selbst sein Vorwort ist sehr passend. Er hat beim ersten Vorwort geschrieben, aus Problemen Chancen entwickeln. Ich glaube, gerade unter seiner Federführung des Umweltressorts ist ganz vieles, natürlich unter Mitarbeit vieler Akteure, hier im Landtag gelungen. Es spricht auch für ihn, so wie es Mischa Halper angesprochen hat, dass auch kritische Elemente im Umweltschutzbericht enthalten sind. Es ist die Landesregierung, die diesen Bericht vorlegt oder der Regierer, der diesen Bericht vorlegt und der sich nicht drinnen selbst kritisiert, sondern er sagt, ja, hier haben wir unsere Problemfelder. Hier müssen wir weiterarbeiten, um für unsere Umwelt noch bessere Zukunftschancen zu entwickeln. Es passt sehr gut für den Umweltbericht, dass das Thema Nachhaltigkeit das erste Thema ist, wo

nachhaltige Strategien in unserem Land ganz klar aufgezeigt werden, lokale Agenda 21, „G'scheit Feiern“ ist heute schon von mehreren Personen genannt worden. Das sind so viele Erfolgsmeldungen, die heute gar nicht alle erwähnt werden können.

Ich denke an die Problematik Abwasserreinigung. Wir haben 472 kommunale Kläranlagen in Betrieb. Das ist bei weitem keine Zentralstrategie, sondern das ist ein Beweis für eine dezentrale Abwasserentsorgung, die wir uns in der Steiermark verschrieben haben. Zur Stoffflusswirtschaft: Es ist schon richtig, die steigenden Abfallmengen. Ich bitte dich aber, schon eines zu beachten, liebe Mischa Halper: Seitdem wir einen Bauhof, einen Sammelhof haben, wo wir Altstoffe sammeln, sind natürlich die Altstoffe und der Müll angestiegen. Warum? Weil natürlich mehr abgegeben wird und weil zum Glück der Müll nicht mehr verheizt wird. Ich weiß aus meiner Gemeinde, wie viel Müll verheizt worden ist. Natürlich steigen damit auch die Müllmengen. Ich denke, es ist gut so. Es ist gut so, eine gute Infrastruktur anzubieten, wo Müll wirklich auch in den Mengen abgegeben wird, so wie er anfällt. Ich denke, man sollte das sehr vorsichtig werten bei diesen steigenden Müllmengen. Sie haben natürlich auch durchaus mit einem besseren Sammelverhalten oft zu tun. Der Problembereich Verkehr ist allen bekannt, liebe Edith, und da möchte ich schon für Christopher Drexler eine Lanze brechen, worum es ihm gegangen ist, und nicht so polemisch, wie du es formuliert hast, schnell ist schick. Das war überhaupt nie ein Thema in der Diskussion. Daher fordere ich auch von dir diese Fairness ein, die du heute hier vorne so großspurig ausgesprochen hast. Es war nie ein Thema zu sagen, schnell ist schick, sondern es war ein Thema, mit Ehrlichkeit an den Verkehr heranzugehen. Ehrlichkeit heißt, wenn heute Geschwindigkeiten üblich sind, was machen wir? Hätten wir wie in Deutschland eine rot-grüne Regierung, dann hätten wir gar keine Geschwindigkeitslimits in manchen Bereichen der Autobahnen. In Italien werden sie sogar hinaufgesetzt. Bei uns rasen zwar viele, aber keiner unternimmt etwas dagegen. Das war der Ansatz von Christopher Drexler, einfach diese Diskussion loszubringen. Es ist auch gut, dass darüber diskutiert wird. Es heißt aber nicht, dass es so beschlossen werden muss oder so beschlossen wird. Ich bitte daher, die Kirche schon im Dorf zu lassen und die Themen auch richtig in Beziehung zu setzen, und zwar ohne Polemik, wie sie hier angesprochen wurde. Dass es mit dem Feinstaub natürlich nicht ganz einfach ist, dieses Problem in absehbarer Zeit sehr schnell zu lösen, dessen sind wir uns alle bewusst. Ich bedanke mich auch beim neuen Landesrat, dass er sehr mutig gleich am ersten Tag seines Amtes an diese Problematik herangegangen ist. Und wir werden natürlich versuchen, die richtigen Maßnahmen zu treffen mit allen Akteuren, die uns dazu zur Verfügung stehen. Und wir unterstützen auch deinen Antrag, den du heute eingebracht hast – keine Frage. Aber ob das jetzt Maßnahmenkatalog heißt oder wie hast du heute gesagt, Luftsanierungsprogramm, ich meine, wir kommen immer wieder auf das Gleiche hin. Aber alle werden wir, denke ich, dieses Anliegen unterstützen. Und vielleicht auch eine wirklich positive Meldung, was GSM-Anlagen und den Mobilfunk anbelangt, hat keiner noch erwähnt, aber es sei erwähnt. Hofrat Fink hat in vielen, vielen Regionen die Strahlenwerte gemessen und wir sehen, wir sind bei allen gemessenen Stationen unter dem so hoch gelobten Salzburger Vorsorgewert. Und das ist gut so. Wir sind also unter diesem einen Milliwatt. Auch das sollten wir unseren Leuten draußen vermitteln, denn es ist nicht in Ordnung, immer ein X für ein U vorzumachen. Oft erlebe ich das auch gerade von euren Akteuren, von den Grünen draußen am Land, wenn ein Handymast irgendwo errichtet wird, zu sagen, jetzt geht fast die Welt unter und jetzt werden wir bald an der Strahlenintensität sterben. Sagt auch bitte dazu, dass wir uns bisher zumindest bei allen Stellen an diesen Vorsorgewert indirekt halten. Er ist zwar nicht vorgeschrieben, aber er wird gar nie überschritten. Und auch positiv erwähnt sei, weil das war lange Jahre ein Thema, wann wird endlich der Strahlenbus gerade im Zusammenhang mit dem Atomkraftwerk in der Nachbarschaft angeschafft, und vorher wurde angeschafft und seitdem ist es keine Meldung mehr wert. Deswegen sei es auch an dieser Stelle angemerkt.

Und die letzte Überschrift, die Erich Pörtl bei seinem letzten Umweltbericht gewählt hat, bei den vorliegenden, war eben „Umweltschutz ist Eigennutz“. Und wenn uns das gelingt, allen, vom Kleinen, vom Schüler über den Landwirt, über den Unternehmer, über den Arbeitnehmer, über den Verkehrsteilnehmer und allen, die noch in diese Aufzählung fallen, wenn uns das gelingt, Umweltschutz noch besser als Eigennutz darzustellen, dann ist mir wirklich nicht bange um die Umweltzukunft unseres Landes. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Seitinger.

Landesrat Seitinger (18.53 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Frau Präsidentin!

Erstens danke an alle politischen Parteien, dass Sie diesen Umweltbericht so positiv bewerten. Das unterstützt mich natürlich auch in meinem Weg, diesen weiterzuführen und meine Mitarbeiter zu bitten, dass sie diesen auch im nächsten Jahr wieder in der umfassenden Fülle und Aufklärung vorbereiten werden. Das ist nicht nur ein gutes Nachschlagewerk für unsere politische Arbeit – wie ich glaube –, sondern auch ein gutes Nachschlagewerk für alle umweltpolitischen Aktivisten, ich sage es einmal ganz offen, und ich hoffe, dass er auch umfangreich aufliegt von der kleinsten Volksschule bis hin zum Umweltbundesamt.

Geschätzte Damen und Herren! Natürlich haben wir wichtige Themen im nächsten Jahr zu beschreiten und es ist heute schon mehrfach angeschnitten worden. Das Thema Wasser wird eines der Hauptthemen werden, das uns in den nächsten Jahren beschäftigt. Wir wissen, wir haben viele Gebiete gehabt im vergangenen Jahr, die eine echte Wassernot gehabt haben und das wird auch unsere vordringliche Aufgabe sein, hier in diesem Bereich große Projekte zu eröffnen, aber nicht nur zu eröffnen, sondern auch umzusetzen.

Auch die Abfallwirtschaft wird ein wichtiges Thema sein im nächsten Jahr. Sie wissen alle, mit 1. Jänner gibt es eine Deponieverordnung anderen Ausmaßes. Das beschäftigt sicherlich schon einige intensivst. Wir eröffnen in Kürze in Niklasdorf die große Verbrennungsanlage. Auch eine Sache, die uns natürlich in vielen Bereichen vorbeschäftigt hat und auch vielleicht noch nachbeschäftigten wird. Aber der Weg ist der Richtige. Das ist unumstritten.

Auch das Thema Feinstaub, das werden wir mit Sicherheit im nächsten Jahr intensiver hier behandeln. Es wird hier in Kürze einen Arbeitskreis auch steiermarkweit geben. Die Vorbereitungen dazu gibt es schon am kommenden Freitag. Aber zum Thema Feinstaub wird es ja heute noch einmal eine Diskussion geben und ich will jetzt diesbezüglich nicht näher eingehen. Faktum ist nur, dass wir sehr bemüht sein werden, der Herr Abgeordnete Gödl hat es ja schon gesagt, dass wir dieses Thema sehr pragmatisch angehen, denn nur dann hat es einen Sinn, dass wir auch hier entsprechende Schritte weiterkommen.

Zum Thema Nachhaltigkeit möchte ich schon auch noch etwas sagen. Wir haben am vergangenen Donnerstag und Freitag in Irnding eine großartige Veranstaltung gehabt zum Thema Nachhaltigkeit, eine Bundesveranstaltung, wo wir erstmals erfahren konnten, dass dieses Thema nicht nur das Schlagwort der nächsten Jahre beziehungsweise Jahrzehnte werden wird, sondern dass es hier große Umsetzungsschritte gibt. Ich darf also hier auch in diesem Haus bekannt geben, dass steirische Gemeinden hier etwa 43 Prozent aller österreichischen Nachhaltigkeitsprojekte umsetzen. Das ist großartig und wir können hier als großes Vorbild natürlich auch in Österreich auftreten. Auf das kann man durchaus stolz sein.

Ein letztes Wort noch zum Nationalpark und auch zum Naturpark. Das Thema Naturpark hat mich vergangenes Wochenende beschäftigt. Wir haben hier den sechsten Naturpark der Steiermark eröffnet, Naturpark Mürzer Oberland. Und, Frau Abgeordnete, weil Sie gesagt haben, auch Menschen mit Behinderung sollen hier zunehmend mehr ins Auge gefasst werden im Ausbau der Möglichkeiten, der Wanderungen im Naturpark- oder im Nationalparkbereich, dann darf ich Ihnen sagen, dass das im neuen Naturpark auch ein Schwerpunktthema war, Menschen mit Behinderungen sozusagen hier auch Möglichkeiten der Entspannung, des Wanderns zu geben. Ich bin sehr, sehr froh, dass das hier so umgesetzt werden konnte. Ich danke und will den heutigen Abend nicht länger aufhalten, nochmals auch den Verfassern dieses Berichtes, kann Ihnen versprechen, dass wir das im nächsten Jahr auch dementsprechend weiterführen werden und schlussendlich Umweltpolitik heißt ständiges Lernen, heißt ständiges Verändern und ich glaube, so sollen wir es auch für die nächsten Jahre sehen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.58 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 20 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Erstellung eines Luftsanierungsprogramms Feinstaub ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest

Meine Damen und Herren, bei den Tagesordnungspunkten 21 und 22 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1073/3, zum Beschluss Nr. 777 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Schleich, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark – zu den Punkten eins und zwei – betreffend Zinssituation im Wohnbauförderungsbereich.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (19.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf über den Antrag, Einl.-Zahl 1073/3, der Steiermärkischen Landesregierung berichten zum Beschluss Nr. 77 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten der Sozialdemokraten, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark zu den Punkten eins und zwei, betreffend Zinssituation im Wohnbauförderungsbereich.

Am 22. Oktober 2002 hat der Steiermärkische Landtag mit Beschluss Nr. 777, betreffend Zinssituation im Wohnbauförderungsbereich, die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, „erstens in einer Novellierung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz die gesetzlich höchstzulässigen Zinssätze für

Darlehen in der Wohnbauförderung zu senken; zweitens raschestmöglich Verhandlungen mit den Banken betreffend eine Zinssenkung auch für Altdarlehen in der Wohnbauförderung aufzunehmen, da dieser Eingriff für die Darlehensnehmer und -nehmerinnen einen Vorteil darstellt und damit bei Zustimmung der Banken rechtlich keine Probleme auftreten können“.

Die Sparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer Steiermark hat sich zu diesem Beschluss im Rahmen von Stellungnahmen vom 28. Jänner 2003 sowie 10. Juli 2003 an die Klubobmänner der im Steiermärkischen Landtag vertretenen Parteien geäußert. Außerdem äußerten sich Vertreter verschiedener Kreditinstitute am 25. Juni 2003 anlässlich der „Sondersitzung des Unterausschusses Wohnbauförderung betreffend Zinssituation im Bereich des geförderten Wohnbaues“ dazu. Ziel dieser Sondersitzung am 25. Juni 2003 waren Verhandlungen der Legislative auf Grund des gegenständlichen Landtagsbeschlusses mit Vertretern von Kreditinstituten mit dem Ziel, Zinsreduktionen zu bewirken. Repräsentativ für den Standpunkt der Kreditinstitute ist folgender Passus aus dem Schreiben der Sparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer Steiermark vom 10. Juli 2003 an die Klubobleute der Landtagsparteien: „Einleitend dankt die Sparte Bank und Versicherung für die Möglichkeit, dass sie ihre Position den Vertretern der Legislative in einem persönlichen Gespräch ausführlich darlegen durfte. Dabei ging es den Vertretern der Institute ergänzend zur Argumentation in der oben angeführten Stellungnahme der Sparte vom 28. Jänner 2003 vor allem auch um eine ausführliche betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise unter besonderer Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen und sektoralen Gegebenheiten. Der aktuelle Aufschlag auf die Sekundärmarktrendite von 0,5 Prozent im großvolumigen beziehungsweise von 0,625 Prozent im kleinvolumigen Bereich stellt dabei eine absolute Untergrenze dar und entspricht mehr dem Bekenntnis der Banken zur gesellschaftspolitischen Verantwortung als der kaufmännischen Vernunft. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Regelung im Bundesländervergleich im unteren Bereich liegt. Ein Raum für eine Senkung der gesetzlich höchstzulässigen Zinssätze für Darlehen in der Wohnbauförderung kann somit nicht gesehen werden, zumal gerade in letzter Zeit verschiedene Änderungen in der Wohnbauförderung dazu geführt haben, dass in den Banken ein erhebliches Mehr an zusätzlichem Administrations-, Mitarbeiterschulungs-, Kommunikations- und Kundeninformationsaufwand notwendig wurde. Weiters ist der Aufwand für das Europäische Merkblatt zu berücksichtigen, welches laut EU-Richtlinien nun bei jedem Wohnbaukredit auszufüllen ist. Schon aus diesen Titeln ist eine Absenkung der Aufschläge nicht darstellbar. Darüber hinaus wird die geplante Umstellung der Förderungsabwicklung auf elektronische Medien auch in den Banken erheblichen Umstellungsaufwand mit sich bringen. Zusammenfassend ersucht daher die Bank und Versicherung um Verständnis, dass eine neuerliche Senkung der aktuellen, gesetzlich höchstzulässigen Zinssätze betriebswirtschaftlich nicht mehr nachzuvollziehen ist. Wir erlauben uns gleichzeitig, wie bereits in der Stellungnahme und im Gespräch im Landtag geäußert, die Notwendigkeit und die Berechtigung einer Zinssatzobergrenze – angesichts eines freien Marktes eigentlich ein Anachronismus – in diesem Zusammenhang überhaupt zu hinterfragen. Was die Frage der Zinssenkung für Altdarlehen beziehungsweise die Frage von Verhandlungen darüber betrifft, verweisen wir auf unsere Stellungnahme und die diesbezüglichen Ausführungen im Rahmen des Gespräches. Der Sparte als Standesvertretung kommt demnach kein Mandat zu, da es sich um einen Eingriff in bestehende Verträge handelt. Dies wäre ausschließlich den jeweils betreffenden Vertragspartnern vorbehalten. Wie bereits ausgeführt, wurden ohnedies nach Maßgabe der Möglichkeiten individuelle Anpassungen durchgeführt, wobei zu berücksichtigen ist, dass diese gegenständlichen Kredite von unseren Mitgliedsbetrieben – ausgehend von den gegebenen Konditionen und den jeweils unterschiedlichen Rahmenbedingungen – langfristig refinanziert sind.“ Aus der Sicht der Wohnbauförderung wird zu den Antragspunkten eins und zwei wie folgt Stellung genommen.

Ad eins: Gemäß Paragraph 6 der Durchführungsverordnung zum Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz 1993 sind folgende theoretische Höchstzinssätze (maximaler Aufschlag auf die Sekundärmarktrendite) vorgesehen: Auszugehen ist vom Durchschnittswert der Sekundärmarktrendite (Tabelle „Emittenten gesamt“ des statistischen Monatsheftes der Oesterreichischen Nationalbank) der drei Monate, die mit einem Abstand von einem Monat dem Quartal der Zusicherung beziehungsweise des Beginnes der Verrechnungsperiode vorangehen. Nachfolgend die maximalen Zuschläge zu diesem Wert, der auf volle Achtelprozentpunkte zu runden ist: Errichtung von Eigentumswohnungen, Wohnheimen und Mietwohnungen, umfassende Sanierung, Grunderwerb von Gemeinden, Ersterwerb von Eigentumswohnungen jeweils 0,5 Prozent, Errichtung von Eigenheimen, andere als umfassende Sanierungen, Hausstandsgründung von Jungfamilien jeweils 0,625 Prozent. Ich werde den Bericht jetzt kürzen, indem ich nur mehr den Antrag verlese. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der vorliegende Bericht zum Beschluss Nr. 777 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark – zu den Punkten eins und zwei betreffend Zinssituation im Wohnbauförderungsbereich, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Kenntnisnahme. (19.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für die sehr exakte Berichterstattung.

22. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1326/1, der Abgeordneten Schleich, Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Spekulationen mit Mitteln von Wohnbaugenossenschaften.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (19.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit werde ich diesen Bericht etwas verkürzt vortragen. (Beifall bei der ÖVP.)

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wohnbau zum Antrag, Einl.-Zahl 1326/1, der Abgeordneten Schleich, Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Spekulationen mit Mitteln von Wohnbaugenossenschaften. Ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Wohnbau zum Antrag, Einl.-Zahl 1326/1, der Abgeordneten Schleich, Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Spekulationen mit Mitteln von Wohnbaugenossenschaften, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (19.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde das jetzt nicht noch einmal verlesen, weil ich keine so lange Redezeit habe. Ist man genau, wird man kritisiert, ist man ungenau, wird man auch kritisiert. Es ist schwierig, aber ich werde es trotzdem versuchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf zu den Anträgen, ganz besonders zu jenem, wo es eigentlich um die Zinszuschläge geht, die von den Banken dargestellt werden als Bearbeitungsgebühr und für ihre Aufwände, darauf eingehen und dazu auch einen Entschließungsantrag einbringen. Sie alle wissen, dass das der Sekundärrenditmarke entspricht und da einen Aufschlag von 0,5 beziehungsweise 0,625 Prozent bei kleineren Objekten und bei älteren Verträgen das natürlich wesentlich mehr ausmacht. In der Praxis ist es aber so, das kennen wir auch von den Wohnbaugenossenschaften, dass natürlich die älteren Verträge schon nachverhandelt werden und heute ganz anders ausschauen. Man muss dazu auch sagen, dass natürlich auf Grund der vielen Veränderungen im Wohnbau in Wirklichkeit unsere Bürgerinnen und Bürger und die Mieter in den letzten zwei Jahren enorme Erhöhungen in Kauf nehmen mussten, einerseits durch die Änderung der Finanzierung, dass nicht mehr 75 Prozent nur mit Kreditmitteln, sondern 100 Prozent finanziert werden, auf der anderen Seite die Wohnbaubehilfe, dass viele heute ein Vielfaches mehr bezahlen. Ich glaube, wir sollten in diesem Haus über alle politischen Grenzen hinweg uns bemühen, dass wir für die Mieterinnen und Mieter und für jene, die in den Wohnungen wohnen, natürlich eine Preissenkung zusammenbringen. Ich glaube, es wäre gerade hier möglich, denn viele, die hier sitzen und auch im öffentlichen Leben tätig sind und auch Bürgermeister sind, die wissen, dass es heute gang und gäbe ist, Zinssätze ohne Aufschlag zu bekommen. Es gibt es teilweise auch darunter. Wir wissen, wir haben hier die SMR-Marke, dass es mit dem EURIBOR vergeben wird. Der EURIBOR ist noch günstiger. Also ich glaube, dass wir hier nicht zu hart gegen die Banken vorgehen, wenn wir sagen, dieser Spesenaufschlag hier wird nicht mehr verlangt und ich bringe dafür diesen Entschließungsantrag der Abgeordneten Schleich, Petinger und Dipl.-Ing. Grabner, wie er Ihnen vorliegt, hier ein.

In Zeiten immer knapper werdender Budgets – sowohl öffentlicher als auch privater, die jeden Einzelnen und jede Familie betreffen – hat das Land alle Möglichkeiten zu ergreifen und umzusetzen, die Klein- und Mittelverdiener und -verdienerinnen wirtschaftlich zu entlasten. Überaus wirkungsvoll sind solche Maßnahmen in jenen Bereichen, die die Grundbedürfnisse des Lebens betreffen. Aus diesem Grund hat die SPÖ-Landtagsfraktion im Wege eines entsprechenden Antrages und von Unterausschussverhandlungen, zu denen Vertreter und Vertreterinnen der Banken eingeladen waren, eine Senkung der höchstzulässigen Zinssätze für Darlehen in der Wohnbauförderung zu erreichen versucht.

Die durch die Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz möglichen maximalen Zuschläge, die von den Banken bei den entsprechenden Darlehens- und Kreditgewährungen verlangt werden können, betragen derzeit je nach Förderungsart 0,5 beziehungsweise 0,625 Prozentpunkte. Im Bereich der Objektförderung, also bei der Errichtung von Miet- und Eigentumswohnungen und Wohnheimen, bei der umfassenden Sanierung und beim Grunderwerb von Gemeinden sind die Argumente der Banken betreffend zusätzlicher Aufwände nicht stichhältig, da die Hausverwaltungen die Kontoverwaltung und die ordnungsgemäße Annuitätenzahlung besorgen. Daher entsteht für die Banken kein Aufwand, der nicht durch die Kontoführungsgebühren abgedeckt ist. Demnach wäre es auch unter Beachtung der Argumentation der Banken zulässig, in diesen Bereichen in der Durchführungsverordnung die Zuschläge ersatzlos zu streichen.

Ich bringe daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Durchführungsverordnung zum Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz 1993 in ihrem Paragraphen 6 dergestalt zu ändern, dass die dort geregelten Zuschläge ersatzlos gestrichen werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Danke! (19.13 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (19.14 Uhr): Werter Herr Präsident! Werter Herr Landesrat! Werte Damen und Herren!

Eigentlich hat mein Kollege Schleich Franz alles gesagt, was ich auch sagen wollte, deshalb werde ich mich auf ein paar wesentliche Dinge konzentrieren, die vielleicht noch dazupassen und keine Ergänzungen oder Wiederholungen sind.

Prägnant war eigentlich für mich diese Sondersitzung des Unterausschusses, in der mit den Banken Verhandlungen geführt wurden bezüglich der Senkungen der Darlehen, der Zinsen für die Wohnbauförderungsdarlehen, ob Altdarlehen oder Neudarlehen. Ausschlaggebend ist die Argumentation, die die Banken vorgetragen haben, dass es betriebswirtschaftlich nicht vertretbar ist, diese Zinsen zu senken, gleichzeitig aber sich ständig beschwert und beklagt haben, dass zu wenig Kredite aufgenommen werden und teilweise sogar Fremdkredite für Wohnbauförderungsdarlehen herangezogen werden. Bemerkenswert auch in der schriftlichen Stellungnahme der Banken – und hier darf ich vielleicht doch einen Absatz zitieren aus diesem Schreiben – ist die Feststellung, dass die Notwendigkeit und die Berechtigung einer Zinsobergrenze, wie es im Gesetz festgelegt ist, angesichts eines freien Marktes eigentlich ein Anachronismus ist und in diesem Zusammenhang überhaupt hinterfragt werden muss. Da stellt sich wirklich die Frage, ob es nicht auch ein Anachronismus oder ein doppelter Anachronismus ist, wenn die Banken zugesicherte Kreditbedingungen oder zugesicherte weitere Zusagen haben, die in weiterer Folge auch die Darlehen belasten. Ich stelle wirklich die Frage, ob es notwendig ist, dass diese gesetzlichen Zuschläge auch weiterhin Bestand haben. Wenn die Banken von sich aus selbst meinen, dass sie dem freien Wettbewerb unterliegen, dann müssten sie auch bei diesen Zuschlägen den freien Wettbewerb mit unterliegen und so könnte sich sicherlich eine bessere Gestaltung oder eine Verbesserung für Mieter, für Eigentümer oder für Jungfamilien, die einen Jungfamilienkredit aufnehmen, ergeben. Also diese Argumentation der Banken geht sicherlich in eine falsche Richtung und deswegen meine und hoffe ich auch, dass dieser Entschließungsantrag, der von meinem Kollegen Schleich eingebracht wurde, Ihre Unterstützung findet. Man könnte dadurch den Wettbewerb verbessern und könnte in jedem Fall eine Erleichterung für Wohnungsmieter und Eigentümer bringen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 19.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesen Tagesordnungspunkten 21 und 22 liegen nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1073/3 zum Tagesordnungspunkt 21 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Streichung der Zuschläge für die Banken im Rahmen der Wohnbauförderung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1326/1 zum Tagesordnungspunkt 22 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1358/1, der Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Förderung der Solarenergie.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (19.18 Uhr): Danke!

Zum Antrag, Einl.-Zahl 1358/1, betreffend Förderung der Solarenergie, hat der Ausschuss für Wohnbau in seiner Sitzung am 24. Juni und 14. Oktober Beratungen durchgeführt.

Der Inhalt dieses Antrages erstreckt sich auf eine Ausweitung und Intensivierung der Förderung von Solarenergie beziehungsweise der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Solarenergieanlagen im Geschosswohnbau.

Der Ausschuss für Wohnbau stellt demnach den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Wohnbau zur genannten Einlagezahl der Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Förderung der Solarenergie, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (19.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Herr Landesrat!

Die Regierungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt ist leider negativ. Es wird in der Vorlage ausgeführt, dass für Solaranlagen im Geschosswohnungsbau zu wenig Nachfrage herrsche, weil die Anlagen unter anderem zu wartungsintensiv seien und es wird unter anderem darauf hingewiesen, dass nicht alle Lagen geeignet seien für die Nutzung von Sonnenenergie. Es wird weiters drinnen angeführt, dass zwischen den Bundesländern so

genannte 15 a-Vereinbarungen beziehungsweise Verhandlungen laufen und demnach in Zukunft eine verpflichtende Förderung beziehungsweise verpflichtender Einbau von Solaranlagen im geförderten Geschößbau kommen wird. Dazu ist festzustellen, dass erstens die Grünen immer nur die Intention hatten, die Rahmenbedingungen zu ändern, und nicht unbedingt gefordert haben, dass hier für diesen Bereich mehr Geld investiert wird. Das ist wichtig in Zeiten wie diesen das festzuhalten. Wir fordern einmal mehr, wir tun das ja schon seit Jahren, dass sich die Steiermark entscheidet, Herr Landesrat, Sie sind jetzt der Dritte innerhalb von wenigen Jahren. Es war Herr Landesrat Hirschmann, es war Ihr Vorgänger Pörtl involviert in diese Materie, jetzt sind es Sie. Leider war da so ein Wechsel innerhalb weniger Jahre und genau dieser Bereich, der ein sehr wichtiger ist, hat nach meiner Überzeugung übrigens darunter gelitten. Ich weiß es von Herrn Landesrat Pörtl, dass er als Person jedenfalls durchaus motiviert war, in dieser Geschichte etwas zu unternehmen. Ich sage jetzt, in welche Richtung das gehen muss. Salzburg hat schon vor vielen Jahren seine Wohnbauförderung im Geschößbau auf ein Punktesystem umgestellt. Um auf die Solaranlagen zurückzukommen: Während 1994 in Salzburg nur 9 Prozent des geförderten Geschößbaues eine Solaranlage ausgewiesen haben, sind es mittlerweile 80 Prozent. Eine kleine Anmerkung von mir: Da sieht man auch schon, woher offenbar bei bestimmten Autoren, eben dieser Regierungsstellungnahme, der Wind weht. Was ich damit sagen will ist, ich bin nicht so sicher, dass alle betroffenen Herrschaften in der Steiermark überhaupt wissen, was in Österreich auf diesem Gebiet sich in der Zwischenzeit schon getan hat. Das Zweite ist, dass wir uns bewusst sein müssen, dass gerade vor dem Hintergrund des vergangenen Sommers, wo enorme Schwierigkeiten in ganz Europa aufgetreten sind mit der Stromversorgung, es eigentlich ein Gebot der Stunde wäre, wenn man elektrische Warmwasserbereitung mit großer Geschwindigkeit einstellt und umstellt auf solare Warmwasserbereitung. Das Dritte jetzt zur Position der Steiermark: Das Vermächtnis – der Umweltsprecher der ÖVP ist im Moment nicht da, ich habe Kollegen Gödl gemeint – des Herrn Landesrates Pörtl in dem Punkt ist, wie schon gesagt, eine offene Aufgabe. Das grüne Herz Österreichs, die Steiermark, war einmal Spitzenreiter auf dem Gebiet und hat seine Spitzenposition verloren und ist inzwischen am vorletzten Platz der österreichischen Bundesländer und, last but not least, dieser Markt ist ein ungeheurer Wachstumsmarkt. Die EU will nach ihrem Weißbuch bis 2010 ganze 100 Millionen Quadratmeter Solarkollektoren installieren. Sie werden das nicht schaffen. Aber das ist ein riesiger Markt, wo die Steiermark gerade bei solaren Großanlagen immer noch ein beachtliches Know-how hat. Die Anlage etwa am Liebenauer Stadion ist eine der größten Europas und wurde mit einer 75-prozentigen Wertschöpfung von steirischen Firmen errichtet. Für die Grünen ist daher diese Antwort unbefriedigend, wie sie vorliegt. Ich stelle daher den Entschließungsantrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Richtlinien für die Wohnbauförderung und Wohnhaussanierung dahin gehend abzuändern, dass die Rahmenbedingungen für den Bau von Solaranlagen in der Steiermark entscheidend verbessert werden. Ich bitte um Annahme. (19.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Förderung der Solarenergie, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

24. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1021/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Erstellung eines Konzeptes für Reserveplanstellen bei der Exekutive.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (19.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag, eingebracht von den Abgeordneten Lafer und List, betreffend Erstellung eines Konzeptes für Reserveplanstellen bei der Exekutive. Der Antrag beinhaltete, dass wir ein Konzept schaffen sollten, wobei in der Steiermark Reserveplanstellen geschaffen werden, die dann nach der Ausbildung der Exekutive zugeführt werden, das heißt auch, zuerst auf Landeskosten und dann auf Bundeskosten. Dazu gab es eine Stellungnahme, in der festgehalten wurde, dass das auf Grund des Stellenplanes nicht möglich ist. Es gibt auch einen schriftlichen Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 1021/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Erstellung eines Konzeptes für Reserveplanstellen bei der Exekutive. Darin sind all jene Dinge enthalten, will jetzt aber nicht weiter fortgreifen, denn diese Dinge sind Ihnen schriftlich zugegangen und Sie wissen, um was es sich handelt. Ich darf daher nur mehr den Antrag verlesen. Der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 1021/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Erstellung eines Konzeptes für Reserveplanstellen bei der Exekutive, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Genehmigung. (19.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (19.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Am 24. September 2002 wurde von den Abgeordneten der FPÖ ein Antrag betreffend die Erstellung eines Konzeptes für Reserveplanstellen bei Gendarmerie und Polizei eingebracht. Der Antrag wurde im November vorigen Jahres mit dem Ersuchen um Übermittlung einer Stellungnahme der Landesregierung übermittelt. Dazu erreichten dem – und da bin ich anderer Ansicht als Kollege Lafer – zuständigen Ausschuss zwei absolut unbefriedigende Äußerungen der Landesregierung und des Bundesministeriums für Inneres. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wie kann man mit weniger Exekutivbeamten mehr Sicherheit bringen? Deshalb darf ich namens meiner Fraktion einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, erstens die unbesetzten Dienstposten bei Gendarmerie und Polizei unverzüglich zu besetzen, zweitens die Sicherheitssituation der Bevölkerung im Umfeld bereits geschlossener Dienststellen zu prüfen und dort, wo es ein objektives beziehungsweise massives subjektiv empfundenes Sicherheitsdefizit der Bevölkerung gibt, die Dienststellen wieder zu öffnen, drittens auf die weitere Schließung von Exekutivdienststellen ab sofort zu verzichten, viertens auf die weitere Streichung von Dienstposten der Exekutive ab sofort zu verzichten, fünftens die Streichung von Überstunden im Bereich der Exekutive zurückzunehmen und sechstens dass die in Zukunft durch den Wegfall der Schengenaußengrenze frei werdenden Dienstposten in der Steiermark verbleiben und nicht in andere Bundesländer abgezogen werden. Ich ersuche um Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ. – 19.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hamedl (19.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Trotz später Stunde möchte ich einige Dinge zum Thema Sicherheit sagen und erlauben Sie mir ein paar folgende Überlegungen. Ich werde meine Wortmeldung auch reduzieren, Frau Kollegin Gross. Natürlich hat der Kollege Lafer Recht, wenn er meint, dass jene Kollegen, die in Ausbildung sind, irgendwo eine Schulung machen, die in Fachkursen sind, in Pension gehen uns wirklich abgehen. Das ist eine Tatsache. Eine weitere Verschärfung bringt natürlich auch das höhere Alter bei der Polizei. Das heißt, wir haben dadurch bedingt mehr Urlaub und natürlich bedingt überall auch mehr Krankenstände. Aber zum jetzigen Zeitpunkt wären Reserveplanstellen nicht angebracht, vor allem weil es jetzt genau um die Zusammenlegung der Gendarmerie und der Polizei geht und man muss abwarten, was kommt dabei heraus. (Abg. Gross: „Wie hoch sollen die Zahlen in der Kriminalstatistik noch werden?“) Frau Kollegin, zwei Sachen dazu: Erstens einmal, wenn Sie die Kriminalstatistik angeschaut haben, liegen wir in der Steiermark trotzdem sehr gut. Wir haben zwar um 1300 Delikte mehr als im vorigen Jahr, das sind aber nur 2,7 Prozent Steigerung. Und in Wien, in den Großstädten, ist die Steigerung der Kriminalität ganz stark. Ich denke mir eines vorweg, eine Strukturbereinigung ist ganz, ganz dringend notwendig. Und die Antwort heißt: mehr Kollegen im Außendienst und dazu stehen wir, und eine schlankere Verwaltung. Und diese Dinge hätte Ihr Innenminister schon längst machen können. Von 1995 bis 1999 sind 300 Dienststellen gespart worden – 300! Und die meisten Kollegen sind zu der Zeit eingespart worden, und nicht jetzt! (Abg. Gross: „Bis 2003 ist nichts passiert!“) Frau Kollegin Gross, Sie müssen mir zugestehen, seit 30 Jahren arbeite ich bei der Polizei. Ich kenne die Polizei und die Dienstverletzung sehr, sehr genau. Sie können mir glauben, auch ich beobachte kritisch diese Entwicklung. Und Sie haben vollkommen Recht. Wir haben mehr Einbrüche, wir haben mehr Diebstähle und wir haben mehr Raubüberfälle. Aber einfach zu sagen, das ist nur bedingt, weil wir Gendarmerieposten sperren und weil wir weniger Kollegen haben, das stimmt nicht. Das wissen Sie ganz genau. Kriminalitätsentwicklung hat erstens mit verschiedenen Dingen zu tun. Ich nenne nur ein paar Dinge. Das ist die Ostöffnung, das sind gewisse Abschaffungen von Visapflichten, das ist die Wirtschaftslage und das ist der Kriminaltourismus. Und schauen Sie sich nur die letzten Straftaten an, die passiert sind. Da spielen alle diese Faktoren mit. Nur zu sagen, die Einsparungen sind schuld an der Kriminalitätsentwicklung ist zu einfach. (Abg. Gross: „Und Sie wollen mir einreden, dass trotz dieser Situationen weniger Kriminalbeamte gescheit ist?“) Ich sage Ihnen jetzt die Zahlen von Graz. In Graz fehlen von 2000 bis 2003 genau 44 Beamte, um 44 sind weniger. Aber ich sage Ihnen, wir haben 46 Cobra-Beamte in Graz stationiert und 25 Beamte, die Observation machen. Die sind auch in Graz und das erhöht die Sicherheit.

Schade, dass euer Klubobmann nicht da ist, Frau Kollegin Gross. Er hat nämlich vor einiger Zeit gesagt, da ist es auch um die Sicherheitsdebatte gegangen, Sicherheit soll keine Parteipolitik sein und genau das versucht ihr zu machen. Immer wieder mit falschen Meldungen hinauszugehen, weniger Posten und, und, und, dadurch leidet die Sicherheit. Das stimmt nicht. Aber mich wundert es nicht. Getreu eurem Parteiboss Gusenbauer, der die Steiermark als Notstandsgebiet bezeichnet, sehe ich das ein, dass Sie genauso auf der Linie sind und sagen, alles ist schlecht bei uns. Und das ist es nicht! Frau Kollegin Gross, zwei Dinge sage ich Ihnen jetzt dazu, wie wir das ändern werden. Seit gestern läuft das Optionsverfahren beim Zoll. Mit 1. Mai 2004 werden wir um 1030 Beamte im Innenministerium mehr haben, mit 1. Mai! Wir haben 25 Kollegen zurzeit in Ausbildung, 15 werden versetzt und Neuaufnahmen bei der Grazer Polizei sind ausgeschrieben. Also das heißt, erstmals wird es im Innenministerium 2004 mehr Beamte geben als im Jahre 2000. Und eines dazu, ihr wollt die Steiermark unsicher reden und das lassen wir nicht zu. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 19.35 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile es ihm.

Abg. Lafer (19.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Debatte wäre es normal wert, dass wir sie an den Tag verlegen, und zwar von 10 bis 12 Uhr, weil Sicherheit betrifft doch jeden in diesem Lande und man könnte hier zweierlei Seiten aufziehen.

Das eine ist, wo ich jetzt sage emotional, wo ich hingehere und sage, ich verurteile alles, was es gibt und auf der zweiten Seite real, wo ich sage, ich muss auch die Bedürfnisse abschätzen, die es gibt. Und, liebe Frau Abgeordnete Gross, ich stehe zum Antrag, den Sie haben, nur er passt zurzeit nicht. (Abg. Gross: „Wann passt es wieder, Herr Kollege?“) Die Punkte, die Sie hineingeschrieben haben oder die Sie erläutert haben, stehen momentan – und wenn ich mir die sechs Punkte anschau – alle in Diskussion. In einer Diskussion, wo es um die Sicherheit dieses Landes geht, wo es um die Sicherheit der Bevölkerung geht, die natürlich auch strukturbedingt davon abhängt, wie letztendlich entschieden wird. Ich bin mit Sicherheit kein Freund vom Innenminister Strasser, mit Sicherheit nicht. Aber eines kann ich Ihnen auch garantieren. Ich bin davon überzeugt, dass es auch in der Exekutive Maßnahmen geben muss, die auf eine Neuorientierung hinarbeiten. (Abg. Gross: „Eines der wenigen Dinge, die wir gemeinsam haben!“) Was heißt Neuorientierung? Sie haben gehört, es gibt eine Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei. Es sollen auch Teile der Zollwache mit eingeschlossen werden. Es ist eine vernünftige und gute Entscheidung. Das ist aber nicht eine Idee, die der Strasser geboren hat, sondern es ist eine Idee, die ich im Parlament unter drei Innenminister schon miterlebt habe, nur hat sich keiner durchgesetzt. (Beifall bei der FPÖ.) Aber ich will hier und heute nicht polemisch sein, es geht um das Faktum Sicherheit. (Abg. Gross: „Ich war es auch nicht!“) Ich habe überhaupt nicht gesagt, dass Sie jetzt polemisch waren. Ich habe gesagt, ich will es auch nicht sein. Aber zu dem könnte ich Ihnen jetzt 20 Minuten einen Vortrag halten, wie das aussieht. Einen Vortrag über 20 Minuten, wo Sie sagen, das haben Sie noch nie gehört. Es gibt momentan ein Papier, das das nächste ablöst. Es gibt Fakten und Tatsachen, die nirgends schriftlich interpretiert sind, allerdings in der Gerüchteküche auf Bundesebene herumschweben, wo man sagt, das gibt es nicht. Einzig und allein die Tatsache, dass wir uns darauf beschränken müssen, dass wir zum einen die Sicherheit gewähren müssen, dass wir nicht zu Lasten der Beamten entscheiden dürfen und nicht zu Lasten der Sicherheit entscheiden müssen, das sind für uns die Dinge, die wir aufrechterhalten müssen. Das sind die Dinge. Und wenn ich mir dann Ihren Antrag durchlese, sind die Punkte berechtigt, aber heute deplatziert. Sie sind deplatziert. (Abg. Gross: „Wann ist es denn wieder erlaubt?“) Liebe Frau Abgeordnete Gross, ich gehe mit Ihnen jederzeit in eine Diskussion ein, aber zu dem Zeitpunkt, wo es am Tisch liegt. Zu dem Zeitpunkt, aber nicht heute. Sicherheit, Sie wissen es ganz genau, lag jahrelang in Ihrer Obhut, in Obhut der SPÖ. Und Sie haben jahrelang es versäumt, hier etwas zu machen, jahrelang. Und jetzt, wo es eine ÖVP-FPÖ-Regierung gibt, ist man drauf und dran, hier neue Schritte zu setzen, neue Schritte in der Sicherheit, die zugunsten der Bürger ausfällt, zugunsten des Beamten ausfällt und zugunsten der gesamten Sicherheit ausfällt. Und das unterstützen wir, das sage ich auch ganz offen und ehrlich. Und diese Regierung ist auf dem richtigen Weg, auf dem richtigen Schritt und das unterstützen wir. Sicherheit hat Vorrang, der Beamte hat Vorrang und, liebe Freunde, das unterstützen wir und nichts anderes. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 19.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 24 liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Reserveplanstellen bei der Exekutive, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

25. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1436/1, der Abgeordneten Hamedl und Bittmann, betreffend Sicherheit in Tiefgaragen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Eduard Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hamedl (19.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich hoffe, es kehrt jetzt wieder Ruhe ein. Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung hat in seiner Sitzung am 14. Oktober über den Antrag, Einl.-Zahl 1436/1, der Abgeordneten Hamedl und Bittmann, betreffend Sicherheit in Tiefgaragen, beraten. Wie Sie ja wissen, Überfälle in Tiefgaragen gibt es wenige, doch kommt es dort zu Gewalttaten und Überfällen. Daher denke ich mir ist es notwendig, Sicherheitseinrichtungen einzubauen, ob das Notrufleisten oder Videoüberwachungen sind. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept für eine möglichst hohe Sicherheit vor Überfällen in Tiefgaragen zu erarbeiten und dem Landtag darüber zu berichten. Ich bitte um Annahme. (19.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter selbst. Herr Abgeordneter Hamedl, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Hamedl (19.42 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Eine ganz kurze Anmerkung zu diesen Tiefgaragen: Ich möchte festhalten, dass wir keine unsicheren Tiefgaragen haben. Es gibt auch ganz wenige Überfälle. Ich bitte um mehr Ruhe und Aufmerksamkeit. Es hat in den letzten Jahren nur zwei Überfälle in Garagen gegeben. Tiefgaragen sind doch immer wieder neuralgische Punkte, wo vor allem Frauen, die dort hineingehen, wirklich berechnete Angst haben, wo sie sich unsicher fühlen und wo es ein beklemmendes Gefühl gibt. Ich denke, es ist ein Alptraum für jede Person, die in einer Tiefgarage überfallen wird. Sie werden sich an den letzten Überfall in der Rosarium-Garage erinnern. Es wurde eine Frau wirklich brutalst zusammengeschlagen. Zuerst bekam sie einen Kinnhaken ins Gesicht. Als dann die Frau zu Boden gegangen ist, bekam sie noch einen Tritt in den Unterleib. Diese Frau leidet heute noch an diesen Folgen. Durch Notrufleisten, wie es sie in Deutschland gibt, durch mehr Licht und durch Videoüberwachung könnten wir die Sicherheit in den Tiefgaragen heben und die Angst könnte etwas genommen werden. Ich bin vor allem unserer Frau Landeshauptmann dankbar, weil sie ihre Fachabteilung beauftragt hat, mit den Tiefgaragenbetreibern Gespräche zu führen. Es hat schon gefruchtet. In der Tiefgarage, die am Karmeliterplatz gebaut wird, werden diese Vorkehrungen mit großer Sicherheit eingebaut. Es wird Notrufleisten und mehr Licht geben. (Abg. Stöhrmann: „Der Karmeliterplatz ist eine gefährliche Gegend!“)

Die Tiefgarage bei der Firma Kastner & Öhler – wer bei der Eröffnung dabei war, hat es gesehen – hat bereits diese Notrufleisten und mehr Licht eingebaut. Das könnte, so denke ich mir, zu mehr Sicherheit beitragen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 19.44 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 25 liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 26 bis 30 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

26. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1469/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das K-ind-Kompetenzzentrum für umweltfreundliche Stationärmotoren gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2002 bis 2006.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (19.45 Uhr): Das, was der Vorsitzende als Präsident gesagt hat, stelle ich als Antrag. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke für diese exakte Berichterstattung.

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1472/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das K-ind-Kompetenzzentrum für Holz-Bau gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2003 bis 2006.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.45 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über das K-ind-Kompetenzzentrum für Holz-Bau. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der in der Begründung enthaltene Sachverhalt mit dem Finanzierungsplan der früheren Fachabteilung 6A, jetzige Abteilung 3 – Wissenschaft und Forschung für die Holz-Bau Forschungs GmbH., 8010 Graz, Inffeldgasse 24/I, der für das Jahr 2004 einen Betrag von 55.546,80 Euro und für das Jahr 2005 einen Betrag von 55.546,80 Euro und für das Jahr 2006 einen Betrag von 55.546,80 Euro vorsieht, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.46 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

28. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1473/1, betreffend den Finanzierungsbedarf des Landes Steiermark für das K-plus-Kompetenzzentrum – Austrian Bioenergy Centre (ABC) gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2003 bis 2006.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen: Es wurde, wie schon vorher, schon alles vorgelesen. Ich stelle den Antrag auf Kenntnisnahme des Ausschussberichtes. (19.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

29. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1462/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das Kompetenznetzwerk ARGE „Luftfahrttechnologie/Verbund- und Leichtbauwerkstoffe (AAR)“ gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2002/03 bis 2004/05.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.47 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es geht um das Kompetenznetzwerk ARGE „Luftfahrttechnologie/Verbund- und Leichtbauwerkstoffe“. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der in der Begründung enthaltene Sachverhalt mit dem Finanzierungsplan der früheren Fachabteilung 6A und jetzigen Abteilung 3 – Wissenschaft und Forschung, vertreten durch die ARC Seibersdorf Research GmbH., der für das Jahr 2002/2003 einen Betrag von 85.983,60 Euro, für das Jahr 2003/2004 einen Betrag von 78.106,80 Euro und für das Jahr 2004/2005 einen Betrag von 60.873,20 Euro vorsieht, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (19.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

30. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1474/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das Kompetenznetzwerk ARGE „KnetMET“ gemäß Finanzierungsplan für die Jahre 2002/03 bis 2004/05.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf über das Kompetenznetzwerk ARGE „KnetMET“ gemäß Finanzierungsplan berichten. Auch in dem Fall wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der in der Begründung enthaltene Sachverhalt mit dem Finanzierungsplan der früheren Fachabteilung 6A und jetzigen Abteilung 3 – Wissenschaft und Forschung für die ARGE „KnetMET“, vertreten durch die Voest-Alpine-Industrieanlagenbau GmbH. & Co., 4031 Linz, Turmstraße 44, der für das Jahr 2002/2003 einen Betrag von 36.048 Euro, für das Jahr 2003/2004 einen Betrag von 27.284 Euro und für das Jahr 2004/2005 einen Betrag von 22.644 Euro vorsieht, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Auch in dem Fall ersuche ich um Annahme. (19.49 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zu diesen fünf Tagesordnungspunkten liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1469/1 zum Tagesordnungspunkt 26 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1472/1 zum Tagesordnungspunkt 27 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1473/1 zum Tagesordnungspunkt 28 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1462/1 zum Tagesordnungspunkt 29 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1474/1 zum Tagesordnungspunkt 30 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dazu stelle ich die einstimmige Annahme des Antrages fest.

31. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1430/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa und Halper, betreffend Maßnahmen zur Vermeidung negativer Beeinträchtigungen durch Mobilfunksysteme.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (19.50 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 1430/1 der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa und Halper, betreffend Maßnahmen zur Vermeidung negativer Beeinträchtigungen durch Mobilfunksysteme. Da ich annehme, dass es hier im Saal eine 100-prozentige Abdeckung von Mobiltelefonen gibt, beschränke ich mich auf die Vorlesung des Antrages.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf die anstehende Novellierung des Telekommunikationsgesetzes mit folgenden Forderungen heranzutreten: erstens Erlassung einer Verordnung bezüglich bundeseinheitlicher Grenzwerte für elektromagnetische Strahlenbelastung bei Mobilfunkanlagen, wobei 100 mW/Quadratmeter als Vorsorgewert festzulegen sind, zweitens Schaffung einer gesetzlichen Regelung zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung, drittens rechtliche Verankerung einer Kennzeichnungspflicht von Handys in Bezug auf ihre Strahlung sowie viertens Installation einer Forschungsinitiative, die mögliche negative Auswirkungen durch Mobilfunksysteme auf Mensch und Umwelt untersuchen beziehungsweise Wege zu deren Vermeidung aufzeigen soll. Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung. (19.52 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (19.52 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Nach wie vor herrscht ein Wildwuchs bei GSM-Antennen und es werden Standorte geheim gehalten. In der Steiermark gibt es 996 frei stehende Masten, davon 141 mit zwei oder mehr Betreibern, 855 mit nur einem Betreiber. Die vier Mobilfunkbetreiber liefern selbst Daten, wo diese Anlagen stehen, an das Land, allerdings ohne Antennenkonfiguration und Sendeleistung. Es wird, wie gesagt, nur der Standort angegeben.

Ein besonderes Problem ist, dass die betroffenen Bürger und Bürgerinnen keinen Zugang zu den Daten haben, sondern nur bestimmte Fachabteilungen des Landes, Baubezirksleitungen und Bezirkshauptmannschaften, obwohl der Landtag am 4. Juli 2002 die Landesregierung aufgefordert hat, bei den Gemeinden die Standorte zu erheben und die so erhaltenen Daten in einem öffentlich zugänglichen Kataster einzutragen. Diese Nichtveröffentlichung ist inakzeptabel. Es gibt mittlerweile auch starke Vermutungen, dass es Wertminderungen bei Immobilien gibt, wenn sie sich im direkten Umfeld eines Handymasten befinden.

In diesem Zusammenhang ist eine Mobilfunkpetition am 7. Mai 2003 in den Nationalrat eingebracht worden, die sich insbesondere auf bessere Anrainerrechte, auf einen Kataster für Mobilfunk und bessere Forschungsaktivitäten bezieht. Sehr unbefriedigend ist außerdem die Handhabung des steirischen Baugesetzes, und zwar sowohl für die Anrainer und Anrainerinnen auch als für die Mobilfunkbetreiberinnen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Daten des steirischen Funkantennen-Katasters der Bevölkerung zugänglich zu machen. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 19.54 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (19.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nachdem der Herr Kollege Wiedner schon die Uhr gezeigt hat, werde ich mich kurz fassen. Ich möchte zunächst anmerken, dass ich mich sehr freue, dass unser Antrag zu diesem so wichtigen Thema im Finanz-Ausschuss einstimmig angenommen wurde. Zu diesem möchte ich nun einen Abänderungsantrag gemäß Paragraf 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einbringen, und zwar betreffend Maßnahmen zur Vermeidung negativer Beeinträchtigungen durch Mobilfunksysteme.

In Punkt eins des Berichtes des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über unseren Antrag, Einl.-Zahl 1430/1, betreffend Maßnahmen zur Vermeidung negativer Beeinträchtigungen durch Mobilfunksysteme, wird ein Vorsorgewert für die elektromagnetische Strahlenbelastung bei Mobilfunkanlagen von 100 mW/Quadratmeter genannt. Dieser Wert ist zur besseren Verständlichkeit hinsichtlich der Art und des Umfanges der Strahlenbelastung zu präzisieren. Er bezieht sich auf die Gesamtheit der Immissionen hochfrequenter elektromagnetischer Felder.

Weiters soll als Vorsorgewert in Bezug auf die Leistungsflussdichte für Mobilfunkbasisstationen wie jene von GSM-Mobilfunkanlagen ein Vorsorgewert von 1 mW/Quadratmeter festgelegt werden.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1430/1, wird wie folgt geändert:

In Punkt eins wird nach dem Wortlaut „wobei“ die Wortfolge „für die Gesamtheit der Immissionen hochfrequenter elektromagnetischer Felder“ eingefügt. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 19.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (19.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Sehr geehrte Damen und Herren im Plenum.

Ein paar kurze Bemerkungen zu den eingebrachten Anträgen. Was den Funkantennenkataster betrifft, da möchte ich nur einige Dinge klarstellen, weil sie vielleicht wiederum in Vergessenheit geraten zu sein scheinen. Es stimmt, dass es eine Vereinbarung gibt zwischen dem Steiermärkischen Gemeindebund mit den Betreibern von Mobilfunkanlagen, wo sich die Mobilfunkanlagenbetreiber verpflichtet haben, dem Land Steiermark die Standorte zu melden. Allerdings – das ist ein Vertrag, der nur beidseitig abänderbar ist – in diesem Vertrag ist festgeschrieben, dass diese Daten, die von den Betreibern übermittelt werden, nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Und daher haben wir damals im Juli 2002 eben diesen quasi Umgehungsbeschluss gefasst, dass die Landesbaudirektion, die Abteilung für Strahlenschutz Erhebungen in den Gemeinden durchführen soll, um Standorte auf diese Weise zu erheben und sie damit zugänglich zu machen. Und es stimmt, dass diese Erhebung nicht abgeschlossen ist und dass dies allerdings in Vorbereitung ist und dass wir das einfordern sollen und können und daher werden wir auch dem Antragstext zustimmen.

Ich möchte nur zur Handhabung des Baugesetzes auch anmerken, weil in der Begründung des Antrages diese Passage eingefügt ist, dass das sehr unbefriedigend ist. Und da möchte ich schon der Vollständigkeit halber hinweisen, dass wir alles Mögliche getan haben, was uns als Landesgesetzgeber zusteht. Mehr als das, was wir getan haben, nämlich in einer eh sehr problematischen Umschreibung der Anrainerrechte, wo wir die Errichtung eines Standortes nahe des Wohngebietes etwas erschwert haben mit den Anhörungsrechten und jenen, weiter weg, erleichtert haben, eine sehr komplizierte Formulierung war und daher aus meiner Sicht nichts möglich ist, um hier weitere Schritte zu setzen. Es war aber auch nicht Antragstext, ich wollte es nur der Vollständigkeit halber in Erinnerung rufen. Und ich habe heute schon in Bezugnahme auf den Umweltbericht des Landes darauf hingewiesen, und das sollten wir auch unseren Menschen draußen im Land sagen, dass wir bei allen Strahlenwerten, auch bei diesem Zusammenzählen der verschiedenen hochfrequenten Strahlungen weit unter allen zulässigen Grenzwerten liegen. Ich bitte, das wirklich zu transportieren und es den Menschen zu sagen. Und da diese Salzburger Vorsorgewerte auch hier jetzt wieder angesprochen wurden, bitte nachlesen im Kapitel Strahlenschutz, es besteht derzeit überhaupt kein Anlass zur Sorge, dass wir diese 900 oder 1800 mW/Quadratmeter, die zulässig sind, auch nur annähernd erreichen. Wir sind um das Tausendfache darunter. Ich bitte wirklich auch im Interesse der Menschen, ihnen auch hier Angst zu nehmen, auch das wäre eine Aufgabe, die wir als Regional- und Landespolitiker zu erfüllen hätten. Insgesamt aber sind natürlich die Anträge in Ordnung. Wir müssen im Sinne des Vorsorgeprinzips sicher mit der Problematik Strahlenbelastung vielleicht auch einige neue Wege finden, wobei angemerkt sei, dass der Landesgesetzgeber und wahrscheinlich auch der Bundesgesetzgeber in der Gesamtheit hier überfordert sein wird, sondern es wird eine Regelung sein, die nur europaweit getroffen werden kann. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 20.01 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ, betreffend Maßnahmen zur Vermeidung negativer Beeinträchtigungen durch Mobilfunksysteme, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin in der Fassung des Abänderungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Logischerweise muss das auch einstimmig sein und das ist es auch.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend Veröffentlichung des GSM-Funkantennenkatasters, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

32. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1356/1, der Abgeordneten Hagenauer, Halper, Reinprecht, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Einstellung der Dotierung für die Energieberatungsstelle.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (20.02 Uhr): Gemäß dem gegenständlichen Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, die Energieberatungsstelle im Landesvoranschlag 2004 ausreichend zu budgetieren. Der Antrag liegt Ihnen vor und wir haben ihn auch im Landwirtschafts- und Umwelt-Ausschuss entsprechend behandelt. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (20.02 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (20.03 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Kurz und bündig: Im aktuellen Umweltbericht ist deutlich die Wichtigkeit der Energieberatungsstelle des Landes Steiermark beschrieben worden. Diese gibt es immerhin schon seit 25 Jahren und sie stellt einen wesentlichen Bestandteil als Serviceeinrichtung für Belange des Energiesparens und für den sinnvollen Einsatz von Energie dar. Die Energieberatungsstelle hat sich über die Jahre zu einer wertvollen Anlaufstelle für die steirische Bevölkerung entwickelt. Vorteil dieser Einrichtung ist es, dass die Informationen kostenlos, dass die Informationen objektiv sind und vor allem unbürokratisch weitergegeben werden. Neben zahlreichen Einzelberatungen durch das Team der Energieberatungsstelle war man auch immer wieder bei diversen Veranstaltungen präsent. Uns ist es von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion unklar, warum Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl – er glänzt noch in Abwesenheit – die Dotierung für diese wichtige Beratungsstelle im Landesvoranschlag 2004 einstellen will. Wir halten es für fahrlässig, Beratungsstellen durch Mangel an Finanzierung zu gefährden, vor allem wenn sie von großem Nutzen für die steirische Bevölkerung sind. Immerhin leistet die Energieberatungsstelle einen wesentlichen Beitrag zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolles. Wir von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion werden somit die Stellungnahme, die von Landeshauptmannstellvertreter Schögggl vorliegt, nicht zur Kenntnis nehmen, und zwar deshalb, weil in der Stellungnahme nicht klar ersichtlich ist, was wirklich mit der Energieberatungsstelle in Zukunft passieren soll. Landeshauptmannstellvertreter Schögggl schreibt, dass es ein mittelfristiges Ziel ist, was auch immer mittelfristig heißen soll, dass die Energieberatungsstelle primär Beratungen nicht mehr selbst organisieren soll, sondern die Ausbildung von Beratern und Beraterinnen durchführen soll? Es stellt sich somit die Frage, wer übernimmt dann die von der Energieberatungsstelle geleisteten Beratungsstunden, wenn diese nicht mehr zuständig sein soll? Es gibt bei dieser Stellungnahme keinen Hinweis dafür. Damit bleibt es eine offene Frage, nachdem Herr Landeshauptmannstellvertreter mit Abwesenheit glänzt. Weiters unklar ist die Vorgangsweise zu dieser Thematik auf einer anderen Seite. Einerseits gibt es einen Antrag zur Einstellung der Dotierung und auf der anderen Seite hast du, liebe Waltraud Dietrich, im Ausschuss gesagt, eigentlich ist das alles ohnehin nicht so und diese Dotierung gibt es weiterhin. Wir hätten darauf gerne eine Antwort gehabt, werden diese aber jetzt nicht bekommen. (Allgemeine Unruhe. – Präsident Ing. Kinsky: „Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten. Am Wort ist ausschließlich die Frau Abgeordnete Halper!“) Damit es zu keiner Unterbrechung in diesem Haus kommt und wir zügig fortfahren können, halte ich mich nun kurz. Wir von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion schätzen die Arbeit der Energieberatungsstelle sehr und wollen diese Energieberatungsstelle im vollen Ausmaß erhalten und zudem auch noch die Beraterinnen- und Beraterausbildung forcieren. Deshalb darf ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper, Dr. Reinprecht und Kaufmann einbringen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens im Landesvoranschlag 2004 eine angemessene Erhöhung der finanziellen Mittel für die Energieberatungsstelle des Landes gegenüber dem Budget 2003 vorzusehen und zweitens die kostenfreie Erstberatung durch die Energieberatungsstelle für die Steirerinnen und Steirer im größtmöglichen Umfang aufrechtzuerhalten. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 20.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (20.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich fasse mich kurz. Wie ich heute höre und das konnte ja erst heute sein, hat es eine Einigung über das Budget gegeben. In diesem Budget wurde die Vorlage des zuständigen Landesrates Schögggl beziehungsweise der einstimmige Beschluss des Landesrates, diesen Ansatz für die Energieberatungsstelle nicht zu reduzieren, nicht berücksichtigt, sondern es wurde der Ansatz um ein Drittel gekürzt. Das geht natürlich nicht, weil der Landtag hat bekanntlich die Budgethoheit. Es muss sich daher um ein Versehen handeln. Ich halte das nur der Vollständigkeit halber fest. Wir sind uns ohnehin alle einig, weil wir haben es auch so beschlossen und wir sind ja auch im Vollbesitz unserer geistigen Kräfte und wissen, was wir beschließen. Das wärs auch schon. Die Grünen werden dem Entschließungsantrag der Sozialdemokratie gerne zustimmen. Eine Erhöhung ist sicherlich gerechtfertigt. Ich gebe Ihnen hiermit auch meinen Wunsch mit auf den Weg in die kommenden Budgetverhandlungen, diesen Ansatz um ein Drittel zu erhöhen, aber jedenfalls nicht zu reduzieren. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 20.09 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Dotierung der Energieberatungsstelle, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit bekommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 33 bis 37 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.
Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

33. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1463/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Verlegung im Zuge Ausbau HL-AG. und Umfahrung Feldkirchen“ der L 377, Feldkirchner Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (20.10 Uhr): Geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag!

Ich gehe davon aus, dass der Inhalt und damit die Begründung dieser Regierungsvorlage allen Kolleginnen und Kollegen bekannt ist. Ich beschränke mich daher ausschließlich auf den Antrag, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kostenbeitrag zur Grund- sowie Objekteinlösung für das Bauvorhaben „Verlegung im Zuge Ausbau HL-AG. und Umfahrung Feldkirchen“ der L 377, Feldkirchner Straße, im Betrag von 406.207,30 Euro zu Lasten VSt. 1/611203-0020 wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme dieses Kostenbeitrages. (20.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

34. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1336/2, zum Beschluss Nr. 1019 des Steiermärkischen Landtages vom 8. April 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner und Kröpfl, betreffend den Ausbau der neuen Südbahn.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (20.11 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1019 des Steiermärkischen Landtages vom 8. April 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner und Kröpfl, betreffend den Ausbau der neuen Südbahn.

Ich beschränke mich auf den Antrag.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 30. Juni 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1019 des Steiermärkischen Landtages vom 8. April 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner und Kröpfl, betreffend den Ausbau der neuen Südbahn, wird zur Kenntnis genommen. (20.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

35. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1207/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung Riegersburg.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (20.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Schriftlicher Bericht zum Antrag, Einl.-Zahl 1207/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung Riegersburg.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 11. März und am 14. Oktober 2003 über oben genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Antrag lautet daher:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1207/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung Riegersburg, wird zur Kenntnis genommen. (20.13 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter – bitte sitzen bleiben –, wir kommen zum Tagesordnungspunkt

36. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1210/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer, betreffend selektiven dreispurigen Ausbau der B 68, Feldbacher Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (20.14 Uhr): Schriftlicher Bericht zum Antrag, Einl.-Zahl 1210/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer, betreffend selektiven dreispurigen Ausbau der B 68, Feldbacher Straße.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 11. März und am 14. Oktober 2003 über den oben genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 1210/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer liegt folgender Bericht vor, der Ihnen auch allen vorliegt und somit lautet der Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1210/1, der Abgeordneten Schleich und Böhmer, betreffend selektiven dreispurigen Ausbau der B 68, Feldbacher Straße wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Kenntnisnahme. (20.15 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

37. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1211/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Errichtung eines Kreisverkehrs bei der Kreuzung der B 116, Leobener Straße mit der Viktor-Adler-Straße in Kapfenberg.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (20.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1211/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Errichtung eines Kreisverkehrs bei der Kreuzung B 116, Leobner Straße mit der Viktor-Adler-Straße in Kapfenberg.

Ich darf mich auf den Antrag beschränken.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1211/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Errichtung eines Kreisverkehrs bei der Kreuzung der B 116, Leobner Straße mit der Viktor-Adler-Straße in Kapfenberg, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (20.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (20.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zu diesem Tagesordnungspunkt möchte ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 Geschäftsordnung einbringen, und zwar haben wir unter der Einl.-Zahl 1211/1 den entsprechenden Antrag zur Errichtung eines Kreisverkehrs eingebracht. In der vorliegenden Stellungnahme der Landesregierung aber, wenn Sie vielleicht doch ein bisschen zuhören könnten, lieber Kollege Wiedner, es geht nicht um das, dass er gemacht wird, sondern es geht wie bei vielen Dingen um die Finanzierung. Und da hat die Landesregierung eine Stellungnahme abgegeben, die heute als Schriftlicher Bericht zur Behandlung vorliegt. Sie werden ihn ja sicherlich kennen. Und in dieser Stellungnahme wird darauf hingewiesen, dass die im Antrag geforderte Errichtung des Kreisverkehrs natürlich an der bestehenden Kreuzung der B 116 mit der Viktor-Adler-Straße eine verkehrspolitisch sinnvolle Maßnahme darstellt und umgesetzt werden soll. Da sind wir uns einig. Und dass es darüber hinaus Sinn macht, auch die Umsetzung des ebenfalls im Antrag geforderten regionalen Verkehrsprojektes rasch in Angriff zu nehmen. Aber aus der im Schriftlichen Bericht enthaltenen Formulierung, Herr Kollege Wiedner, kann man allerdings ableiten, dass seitens des zuständigen Regierungsmitgliedes, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggl ist leider nicht hier, an eine massive finanzielle Beteiligung der Gemeinden bei der Umsetzung dieses Regionalverkehrskonzeptes gedacht sein könnte, was den ohnehin – interessiert Sie das nicht, Herr Kollege Wiedner? (Abg. Wiedner: „Ich horche zu!“) Okay! – was den ohnehin von den Maßnahmen der schwarz-blauen Bundesregierung stark belasteten Gemeinden nicht mehr zumutbar wäre. Ein rascher Bau dieses Kreisverkehrs und eine Umsetzung des anschließenden regionalen Verkehrskonzeptes muss daher im Interesse der Verkehrssicherheit – Herr Kollege Drexler, Herr Klubobmann, nicht 160, sondern anders handeln im Interesse der Verkehrssicherheit – der AnrainerInnen und der VerkehrsteilnehmerInnen ohne ungebührliche Forderungen an die Finanzen der Gemeinden erfolgen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Kreisverkehr der B 116 mit der Viktor-Adler-Straße raschest zu realisieren und finanziell zu bedecken – Herr Kollege Wiedner, vielleicht könnten Sie das Ihrem Herrn Landeshauptmannstellvertreter noch einmal mitteilen – sowie zweitens die Umsetzung des regionalen Verkehrskonzeptes bis zur Auffahrt auf die S 6 schnellstens voranzutreiben. Ich ersuche um Zustimmung. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (20.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn heute nicht der Tag wäre, wo das Budget beschlossen wurde und wo wieder einmal sehr viel die Rede ist von den Dingen, wofür wir kein Geld haben und wo wir überall sparen müssen, wäre ich jetzt nicht mehr herausgegangen spätabendlich. Aber weil eben der Tag heute ist, der er ist, in der gebotenen Kürze möchte ich zu den beiden Tagesordnungspunkten B 68 beziehungsweise Kreisverkehr Kapfenberg kurz etwas sagen. Wenn hier gefordert wird der selektive dreispurige Ausbau der B 68, dann bitte ich doch zu bedenken, dass direkt neben dieser Straße die Eisenbahn fährt und dass der selektive Ausbau genau dieser Bahnlinie im Generalverkehrsplan mit dem Argument, es gebe dafür kein Geld, nicht seine Aufnahme gefunden hat – zum Ersten. Zum Zweiten: Wenn hier argumentiert wird, dass so viele Pendler fahren auf dieser Straße, dann mache ich untertänigst darauf aufmerksam, dass das Fahren mit dem Auto einen Pendler finanziell mindestens fünfmal so hoch belastet – stimmt es, Herr Kollege Ober? – als die Fahrt mit dem Auto. Nachdem aber in unserer Gesellschaft, wie wir alle wissen, seit geraumer Zeit sich der Unterschied zwischen Reich und Arm rapide vergrößert und es immer mehr Leute gibt, die immer mehr auf ihr Geldtaschl schauen müssen, ist es eine ganz wichtige Aufgabe auch von uns, der Landespolitik, zu schauen, dass man Einkommens- oder Sozialpolitik auch in der Verkehrspolitik macht. Das wird uns nicht erspart bleiben, dass man das ganz gewöhnlich, ganz gegen unsere Gewohnheiten diese Dinge von dieser Seite her anschaut. Können sich in zehn, 20 Jahren noch viele Leute eigentlich das Autofahren jeden Tag 200 Kilometer leisten und sie können es sich heute schon vielfach nicht mehr leisten. Wir wären also gut beraten, nicht nur unser Geld in die wesentlich billigere Bahn zu stecken, sondern wir sind auch sehr verpflichtet, das zu tun, nämlich den Bahnausbau, damit die Leute überhaupt noch zu vertretbaren Kosten ihren Arbeitsplatz erreichen können. Ich brauche Ihnen nicht dazusagen, dass alle diese Autos, die dann flott aus dem Bezirk Feldbach, Jennersdorf, Fürstenfeld nach Graz fahren, wie weit kommen? Sie wissen das alle besser als ich, wie weit die kommen. Irgendwo auf dem Autobahnzubringer ist es dann aus. Die Minuten, die sie dort gewonnen haben im Raabtal, die lassen sie dann naturgemäß am Autobahnzubringer liegen. Was lernen wir daraus? Es wäre besser, Park-and-ride-Plätze zu bauen, und zwar schon in Jennersdorf und in Studenzen und in Takern II, und nicht die Autos alle nach Graz herein donnern zu lassen und hier zu jammern und festzustellen, dass uns das Feinstaubproblem außer Kontrolle gerät und der Lärm und die Lebensqualität und die Leute dann wieder um viel Geld, weil man in der Stadt nicht mehr leben kann, hinausziehen irgendwo hinter den Hühnerberg, um dann wieder mit dem Auto hereinzufahren. Dritter Punkt, ganz kurz: Kreisverkehr Kapfenberg. Wissen Sie, da drinnen ist zitiert, ausdrücklich: „... sowie die vielen Gewerbegebiete erfordern eine Bündelung des Verkehrs aus Sicherheitsgründen und sollen die vielen Linksabbieger in Zukunft entfallen!“ Was ist denn da wieder passiert? Der ganz normale steirische Wahnsinn. Man baut eine Straße und alle 50 Meter kommt dann ein Betrieb hin und alle 50 Meter kommt eine Abzweigung und dann können wir wieder mit unserem teuren Geld hergehen und Kreisverkehre bauen und Überführungen bauen und wieder eine Menge Geld investieren, nachträglich. Wann wird denn endlich der Wahnsinn aufhören mit der Umfahrung der Umfahrung? Wann wird denn endlich die Raumordnung in der Lage sein, solche Sachen zu verhindern? Da hier ist es ausdrücklich die Rede, dass die ganz armen Gemeinden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, nicht zugemutet bekommen können, dass sie diese Sachen selber bezahlen. Wir werden diesem Ihrem Antrag leider nicht zustimmen können, weil wir sind der Meinung, dass die ganz armen Gemeinden selber schuld sind an dem Chaos. Es wird sich wahrscheinlich nichts ändern, wenn sie nicht die Folgen auch finanziell zu tragen haben. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen. – 20.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (20.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man sich die Mühe und die Arbeit macht, viele Anträge zu stellen, um sich um die Dinge anzunehmen, muss man auch die Zeit und die Mühe haben, sich dann in der Debatte darum zu kümmern. Weil meine Argumente durchaus bekannt sind, darf ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, betreffend Ausbau der neuen Südbahn, der ein wichtiges Anliegen für die gesamte Steiermark sein muss und soll, einbringen. Ich darf mich auf den Antragstext beschränken. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich im Hinblick auf die Notwendigkeit einer glaubwürdigen nationalen und internationalen Position bei den Verhandlungen über die Revision der Transeuropäischen Netze a) zu einer Überarbeitung des Generalverkehrsplanes mit dem Ziel einer Vorreihung des Projektes „Neue Südbahn“ mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel, b) zur grundsätzlichen Sinnhaftigkeit der Querfinanzierung von Straße zu Schiene im geografischen Raum des gesamten Alpenbogens im Sinne der Alpenkonvention.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) die österreichische Bundesregierung, die Abgeordneten von National- und Bundesrat sowie die österreichischen Abgeordneten im Europäischen Parlament aufzufordern, sich für diese für die Steiermark einzigartige Chance einzusetzen, die „Neue Südbahn/Pontebbana“ mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel durch eine Aufnahme in den neuen Prioritätenkatalog der EU schneller als geplant verwirklichen zu können; im Hinblick auf die Neugestaltung der Prioritätenliste der Transeuropäischen Netze eine Überarbeitung des Generalverkehrsplanes Österreich mit einer Vorreihung des Projektes „Neue Südbahn“ zu erreichen und sich für die Möglichkeit einer Querfinanzierung im Raum des gesamten Alpenbogens im Sinne der Alpenkonvention einzusetzen sowie sich dafür ein-

zusetzen, dass in Zukunft in Entsprechung der Forderung des Europäischen Parlaments die Transeuropäischen Netze und damit auch die „Neue Südbahn“ mit wesentlich mehr Mitteln als bisher seitens der EU mit finanziert werden – wenn wir nämlich in der Prioritätenliste wären, dann sind auch beim Bau und nicht nur bei der Planung bis zu 20 Prozent Baufinanzierung möglich; ein Infrastruktur-Verfassungsgesetz auszuarbeiten und auf europäischer Ebene entsprechende Rechtsnormen zu setzen, damit Partikularinteressen von Regionen nicht mehr gesamtstaatliche beziehungsweise staatsübergreifende Infrastrukturprojekte verhindern können – da meinen wir Landeshauptmann Pröll, der ein großes Durchsetzungsvermögen in dieser Frage besitzt, wie Sie wissen, was uns leider fehlt; b) selbst Initiativen in Brüssel zu setzen, um die für die europäische Verkehrspolitik politisch Verantwortlichen davon zu überzeugen, dass bei der Neugestaltung der Prioritätenliste der Transeuropäischen Netze die „Neue Südbahn/Pontebbana“ mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel Berücksichtigung findet; um die Möglichkeit einer Querfinanzierung im Raum des gesamten Alpenbogens im Sinne der Alpenkonvention zu erreichen sowie um zu erreichen, dass in Zukunft in Entsprechung der Forderung des Europäischen Parlaments die Transeuropäischen Netze und damit auch die „Neue Südbahn“ mit wesentlich mehr Mitteln als bisher seitens der EU mitfinanziert werden; c) in Gesprächen mit den Sozialpartnern und Interessenvertretungen wie Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund und Industriellenvereinigung Bündnispartner zur Durchsetzung all dieser steirischen Interessen zu finden.

Meine Damen und Herren, die Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer haben schriftlich mitgeteilt, dass sie unser Bemühen in dieser Frage sehr unterstützen und dass sie selber großes Interesse haben, hier einen Schritt voranzukommen. Wenn Sie heute gegen den Antrag stimmen, dann stimmen Sie auch gegen die Interessen der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer, der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer. Es ist aber Ihre Entscheidung. Ich ersuche auf alle Fälle um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 20.31 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (20.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren!

Freunde kann man auch sagen, es gibt auch immer Freunde. Der Herr Abgeordnete Lafer wollte nicht vor mir reden. Aber, lieber Franz Lafer, ich möchte mit dem Entschließungsantrag zu unserem Antrag zur B 68 beginnen, der im Inhalt festgelegt hat nicht nur eine Verbesserung, sondern endlich die Vollziehung des Ausbaues von Studenzen nach Feldbach, den wir – glaube ich – alle wollen mit der ganzen Vorgeschichte, die leider schon über ein Jahrzehnt dauert. Ich habe zu diesem Antrag, der einen dreispurigen teilweisen Ausbau drinnen hat zum Überholen auf Grund unseres Verkehrskonzeptes und auf Grund der Sitzungen, die bei uns im Bezirk stattgefunden haben und sich dort herausgestellt hat beziehungsweise wir uns dort alle darauf einigen konnten, dass die Straße mit Begleitwegen gebaut werden soll und mir erklärt wurde, obwohl es im Burgenland und in Frankreich das gibt mit diesen Überholspuren auf dreispurig auch auf der Ebene, nicht nur in den Bergstücken, aber natürlich das akzeptiert habe. Und ich stehe auch hier nicht an, mich bei euch allen dreien zu bedanken, bei der Burgi Beutl, beim Sepp Ober und natürlich auch beim Franz Lafer. Ich glaube, es war dort eindeutig, dass wir alle die gleiche Linie vertreten und damit auch hoffen können, dass wir zu diesem Ausbau kommen. Und dieser Ausbau, wie er ja natürlich bei den einzelnen Abgeordneten auch in den Fraktionen schon abgesegnet ist, heißen wird, dass wir an der Schnellstraße in Jennersdorf beziehungsweise an der burgenländischen Grenze anschließen wollen, dass von Gleisdorf über die B 68 zur B 57 bis zur Grenze Burgenland das als Autostraße ausgebaut werden soll und natürlich dazu die nötigen Begleitwege. Und dieses Stück, das neu zu bauen ist, natürlich schon mit den Begleitwegen und das bereits ausgebaute auch dahin gehend erweitert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Stück ist gerade für unseren Bezirk eine so wichtige Verbindung, da wir wirtschaftlich davon natürlich abhängig sind. Wir alle wissen oder jeder, der dort fährt, dass es fast unzumutbar ist, wenn man noch weiß, dass wahrscheinlich die Versteigerungshalle auch aufgelassen wird in Feldbach, die dann auch nach Gleisdorf fahren müssen, dann weiß man, was das heißt, wenn landwirtschaftliche Fuhren noch vermehrt hier unterwegs sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf den Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen betreffend den Ausbau der Landesstraße B 68 Feldbacher Straße zu Tagesordnungspunkt 36 der Abgeordneten Schleich und Böhmer.

Einige Daten zu dieser Straße, wie sie hier vorliegen. Ich werde sie nicht alle verlesen.

Die Realität der Entwicklung des Verkehrsaufkommens überrollt den Stand des Ausbaues und die Ausbaupläne für die Zukunft.

Da die Landesstraße B 57 ab der burgenländischen Grenze als Autostraße ausgeführt ist, soll die Landesstraße B 68 und die Landesstraße B 57 in der Steiermark ebenfalls zur Autostraße ausgebaut werden und über Begleitweg für den landwirtschaftlichen Verkehr verfügen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Landesstraße B 68, Feldbacher Straße im steirischen Bereich der Strecke Gleisdorf–Jennersdorf so auszubauen, dass sie dem „schnellen“ Verkehr dient und für den „Langsamverkehr“ parallel verlaufende Begleitwege anzulegen.

Es würde mich sehr freuen, wenn wir hier die gleiche Einigkeit, wie wir sie dort haben, auch an den Tag legen könnten. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (20.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muss zu diesem Thema auch Stellung nehmen, und zwar weil mein Herr Kollege Abgeordneter Schleich hier einen Entschließungsantrag eingebracht hat, wo es mich persönlich wundert, dass er das tut.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich muss Ihnen eines einmal klar machen. Der Bezirk Feldbach ist einer jener Bezirke, die sich damit befassen haben, dass wir ein Verkehrsleitbild geschaffen haben und dass wir vor dem Abschluss stehen. Vor dem Abschluss deshalb, weil morgen um 18 Uhr der regionale Planungsbeirat genau dieses Verkehrsleitbild beschließen wird, das auch unter anderem den Bau der B 68 beinhaltet. Und, lieber Franz, jetzt sage ich dir eines, ich habe es dir ja auch im Vorfeld schon gesagt. Diese B 68 ist Bestandteil des Verkehrsleitbildes. Wir hatten vereinbart, dass wir gemeinsam diesen Weg gehen. Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögggl ist Garant dafür, dass wir diese Straße neu bekommen, diese Straße, die seit 30 Jahren versprochen worden ist und bis heute nicht durchgesetzt worden ist, das muss man auch einmal sagen. Und wir sind jetzt am Ziel. Wir sind am Ziel, wo wir sagen, dass diese Straße gebaut wird. Und, lieber Franz, du selbst hast gesagt in jenem Ausschuss und in den Arbeitsgruppen, wo wir zusammengesessen sind, das hat auch deine Zustimmung. Ich weiß, wie schwer du dir getan hast, auch was die Abzweigung Rohr betroffen hat. Das mag für jene, die das Gebiet nicht kennen, nicht von Begriff sein. Aber du hast es auch schwer gehabt. Ich schätze dich und ich glaube auch, dass du jene Verantwortung zu tragen hattest und auch trägst, die dich dort getroffen hat. Und deshalb sage ich, dieser Antrag, den du heute eingebracht hast, das habe ich dir auch gesagt, der ist verfrüht und es wäre richtig und wertvoll gewesen, wenn du ihn zurückgezogen hättest. Wir lassen uns einfach nicht für jene Versäumnisse, die in genau deinem Bereich, wo es die SPÖ betroffen hat, was ihr dort versäumt habt, jetzt das nachreden, mit Sicherheit nicht!

Sehr geehrte Damen und Herren! Die B 68 ist in der Planung fertig. Es findet in Bälde eine Veranstaltung statt, wo wir das gesamte Projekt der Bevölkerung inklusive den Verantwortlichen der Regionen vorstellen. Und ich danke auch in diesem Zusammenhang der Burgi Beutl, ich danke dem Kollegen Josef Ober. Und, lieber Franz Schleich, ich danke auch dir, dass du in all jenen Sitzungen, die wir seit Frühjahr dieses Jahres durchgeführt haben, eine Einigkeit erzielt hast. Eine Einigkeit insofern, wo wir gesagt haben, es muss eine Straße werden, die wir nicht zweispurig in eine Richtung ausbauen können, sondern die gewährleistet, dass wir hier eine Fahrbahn haben, wo zumindest eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 80 bis 90 km/h erreicht werden kann. Wir haben uns deshalb auch dafür ausgesprochen, dass es eine Autostraße wird in den Bereichen genau wie vorgesehen mit drei Kreisverkehren und nicht anders. Aber genau jene Zwischenbereiche, wo wir sagen, dass ein flüssiger und regelbarer Verkehr vorhanden ist, wollen wir, dass auch das zustande kommt. Wir haben uns auch deshalb dafür ausgesprochen, dass dort keine Fahrzeuge unter der erlaubten Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h, keine landwirtschaftlichen Fahrzeuge auf dieser Straße fahren können, weil wir davon überzeugt sind, dass es die letzte Chance dieser Region ist, hier eine Straße zu bauen, hier eine Verbindung aufzubauen, die genau dem Zweck dient, dass wir die Anbindung Richtung Graz und auch Richtung Wien haben. Wir sind davon überzeugt, dass es die letzte Chance ist, hier auch die Flüssigkeit zu gewährleisten, die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs zu gewährleisten. Und das, lieber Freund Franz Schleich, gewährleistet unser Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögggl. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir sind dabei, jenes Projekt auch dahin gehend umzusetzen. Wir sind dabei, lieber Franz, du bist dabei gewesen und ich muss dir das heute alles zum Vorwurf machen, in jenem Verkehrsleitbild, das der Bezirk Feldbach geschaffen hat und wo ich stolz darauf bin und wo ich auch stolz auf euch bin, genau das umzusetzen, was die Prioritäten betrifft. Lieber Franz, deshalb weise ich diesen Antrag zurück und deshalb sage ich auch, wir können jenem Antrag nicht zustimmen, denn das glaube ich persönlich und ich bin auch überzeugt davon, dass es ein Vorpreschen ist aus einer politischen Situation heraus, wo du glaubst, für dich Kapital zu schlagen und das lehne ich ab. Es geht um die Bevölkerung des Raabtales, es geht um die Bevölkerung des Bezirkes Feldbach, es geht um unsere gemeinsamen Interessen, lieber Franz. Diese vertreten wir und nichts anderes. Verkehrspolitik ist Politik für die Menschen, Verkehrspolitik ist keine Politik für die Partei. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 20.42 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (20.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Betroffener dieser Region darf ich auch zu diesem Antrag des Herrn Abgeordneten Schleich etwas sagen. Lieber Franz Schleich, es ist schon sehr eigenartig und ich habe mir gedacht, dass die Sache nicht anders enden wird. Im Jahre 1997 hat der Planungsbeirat einen Beschluss gefasst und dich beauftragt, ein Verkehrsleitbild damals noch beim zuständigen Landesrat Ressel einzubringen. Wir haben dann drei Jahre darauf gewartet. Angeblich ist das Schreiben irgendwo versickert. Dank unserer Initiative und der Zustimmung von Landeshauptmannstellvertreter Schögggl haben wir uns dann im Jahre 2002 durchgerungen, ein Verkehrsleitbild zu erstellen. Es scheint so, dass Leitbilder nicht deine Stärke sind, sie zu Ende zu führen. Wir haben gemeinsam vereinbart, gemeinsam auch Ideen zusammengetragen, wie wir damit umgehen. Ich kann auch gut mit der Anmerkung vom Kollegen Hagenauer leben, dass wir aufpassen müssen, dass wir die Infrastruktur nicht vernichten,

indem man Linksabbieger und Inseln einbaut, dass die Raumordnung damit auch funktioniert. Es tut mir ein bisschen Leid, denn morgen trifft sich der Planungsbeirat, heute wird ein einseitiger Antrag eingebracht und morgen dürfen wir den Bürgermeistern und all jenen, die in diesem Ausschuss tätig waren, erklären, dass Kollege Schleich eigentlich das Ergebnis schon vorweggenommen hat, ohne dass der Bezirk dem zugestimmt hat. Lieber Franz Schleich, ich würde dich bitten, vielleicht kann man den Antrag zurückziehen. Ich weiß nicht, was ich morgen den Leuten im Bezirk sagen soll. Es wäre eine faire Vorgangsweise, wenn man nicht als Abstauber agiert, sondern gemeinsam das sehr gute Leitbild umsetzt. Und ich danke Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schöggel für diesen Weg, denn aus Leitbildern kann man sehr viel lernen. Man sollte sie gemeinsam beschließen und gemeinsam umsetzen und nicht am Tag dessen, wo das lukrative Ergebnis da ist, abcashen wollen und vorzupreschen. Ich bitte dich, lieber Franz, beruhige das. Du bist oft sehr schulmeisterlich unterwegs. Wir aus dem Bezirk Feldbach, wie Sie schon gemerkt haben im Landtag, beantragen nicht permanent irgendwelche Straßen. Wir haben uns geeinigt mit einem Leitbild, in dem Leitbild eine Prioritätenreihung gemeinsam, und das war sehr schwer, auch getroffen und morgen wird diese Prioritätenreihung und deren Maßnahmen gemeinsam beraten und wenn es geht auch beschlossen und wenn nicht, dann geben wir den Bürgermeistern noch eine Nachfrist und dann wird beschlossen. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen, bitte aber auch darüber nachzudenken, wie wir in Zukunft mit gemeinsamen Arbeiten umgehen. Ich danke herzlichst! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 20.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nochmals zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (20.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist noch nicht Weihnachten, aber ich möchte Licht ins Dunkel bringen. Diese Aussagen sind schon ein bisschen arg, wenn ich mir das so anhöre. Ihr alle wisst, dass ich einen Antrag eingebracht habe und dieser Antrag hier im Landtag zu behandeln war, wo es um eine dreispurige Straße gegangen ist. Ich denke, wir haben gemeinsam etwas dazugelernt bei dieser Sitzung und wir haben gemeinsam etwas Größeres erfahren. Dass man dazu dann einen Entschließungsantrag einbringt zu seinem eigenen Antrag, das ist ja nichts Schlechtes. (Beifall bei der SPÖ.)

Von euch allen hat es in Wirklichkeit geheißt, dass ein jeder in die Fraktion geht und es dort abklären wird. Franz hat mir erzählt, dass er das gleich am nächsten Tag machen wird. Ich habe es auch gemacht, habe es im Bezirksvorstand gemacht und es wurde abgesehen. (Abg. Lafer: „Aber das Ergebnis kennst du bitte!“) Jetzt werde ich dir etwas anderes sagen, Franz, vor allem zu deinem Aufklopfen: „Das hättet ihr Sozialdemokraten schon machen können!“ Ich glaube, Geschichte brauche ich hier nicht nachzuholen für die letzten 20 Jahre, wer verantwortlich war, dass die Bauern die Grundstücke nicht hergegeben haben. Ich will diese Geschichten nicht mehr aufdecken, weil ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Eines muss ich der FPÖ wirklich sagen: Ich kann mich an eine Wahl erinnern. Da stand ein 16-Bogen-Plakat und das hat es in ganz Österreich noch nie gegeben. Der Minister ist sogar von Wien hereingefahren und hat mit Farbspray darübersprüht beziehungsweise das neu bemalt und hat garantiert, dass 2001 Baubeginn ist. Das war aber die FPÖ, und kein SPÖler. Es ist nichts passiert. Lassen wir das, was ist. Ich glaube, ich habe nichts anderes gemacht und darüber müssten wir uns eigentlich freuen und es ist auch nichts Schlechtes, als dort hineingeschrieben, dass es zur Autostraße wird, in diesen Entschließungsantrag zu meinem Antrag, den ich vorhin eingebracht habe. Und ich bedanke mich nochmals bei euch für diese gute Arbeit. Aber so, wie ihr das jetzt spielt, meine ich, ist das Eifersucht. Ich glaube, mit Eifersucht hat noch niemand viel erreicht. Herzlichen Dank und alles Gute! (Beifall bei der SPÖ. – 20.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Jetzt hat sich nochmals der Herr Abgeordnete Lafer zu Wort gemeldet.

Abg. Lafer (20.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Franz!

Ich brauche nur eine Minute, um etwas zu entgegnen. Zum einen, und da sage ich Punkt eins, steht das gemeinsame Projekt im Vordergrund und das gemeinsame Projekt ist uns sehr wichtig, lieber Heinz und ich binde Franz mit ein. Punkt zwei: Die Vorwürfe, die hier vorgekommen sind, treffen zu. Punkt drei: Wenn ein Minister von Wien nach Feldbach fährt und sagt, es wird dort gebaut, dann wird gebaut. Vier Jahre bis zur Entstehung und Fertigstellung des Baus sind wenig im Gegensatz zu dem, wenn ich 25 Jahre plane und einen Dreck zusammenbringe. Das ist Faktum. Punkt vier: Wir haben einen Verkehrslandesrat Leopold Schöggel, der jene Dinge umsetzt, die ihr versprochen habt und nicht umgesetzt habt. Das ist freiheitliche Politik. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 20.49 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme daher zu den Abstimmungen.

Ich ersuche zunächst die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1463/1 zum Tagesordnungspunkt 33 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1336/2 zum Tagesordnungspunkt 34 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Ausbau der „Neuen Südbahn“, zum Tagesordnungspunkt 34 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1207/1 zum Tagesordnungspunkt 35 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1210/1 zum Tagesordnungspunkt 36 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier stelle ich die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend den Ausbau der Landesstraße B 68, Feldbacher Straße, zum Tagesordnungspunkt 36 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1211/1 zum Tagesordnungspunkt 37 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Errichtung eines Kreisverkehrs an der B 116, Leobener Straße mit der Viktor-Adler-Straße, zum Tagesordnungspunkt 37 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Bei den Tagesordnungspunkten 38 und 39 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

38. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1346/1, betreffend New Public Management in den Ländern, Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen AG.: Selzthaltunnelströhre und stationäre palliativmedizinische Versorgung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (20.51 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 2003 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1346/1, betreffend Raumordnung und Raumplanung, New Puplic Management in den Ländern, Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen AG.: Selzthaltunnelströhre und stationäre palliativmedizinische Versorgung, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, dass der Rechnungshofbericht zur Kenntnis genommen wird. Ich ersuche um Annahme. (20.52 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Danke, Herr Berichterstatter! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

39. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1461/1, betreffend Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2002.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (20.53 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 14. Oktober über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1461/1, betreffend Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2002 beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes betreffend Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2002 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (20.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (20.53 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages! Werte Herren Landesräte!

116 Seiten Tätigkeitsbericht des Bundesrechnungshofes sind natürlich kein Problem darüber, 20 Minuten zu sprechen. Dann weitere zehn Minuten, die euch mein Kollege Ferstl vor allem über die überhöhten Kanalgebühren in der Stadt Graz näher bringen wird. Er brennt schon darauf, das zu referieren und vorzutragen.

Nein, meine Kollegin und Klubobfrau köpft mich, wenn ich hier referiere. Es gibt andere Gelegenheiten, um über diesen Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes zu diskutieren. Wir werden in Bälde beispielsweise über die Nichtverwirklichung des Thermenkonzeptes diskutieren. Nachdem der Herr Landesrat Hermann Schützenhöfer nicht hier ist fehlt die Zuständigkeit. Über das Finanzdesaster der Stadt Graz werden wir auch diskutieren müssen. Hier wäre es gut, wenn die Frau Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves anwesend wären.

Deswegen darf ich nur in aller gebotenen Kürze einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen. Ihnen allen, wertere Kolleginnen und Kollegen, ist sicherlich der Inhalt, die Begründung dieses Antrages bekannt. Ich beschränke mich jetzt nur auf den Antragstext, der lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens über den aktuellen Stand der Umsetzung aller unerledigten und in Verwirklichung begriffenen Anregungen aus den Vorjahren innerhalb von drei Monaten dem Steiermärkischen Landtag zu berichten und zweitens künftig bei Rechnungshofberichten, die unerledigte und in Verwirklichung begriffene Anregungen aus den Vorjahren zum Inhalt haben, die notwendigen Stellungnahmen für eine optimale Behandlung im Kontroll-Ausschuss vorzulegen.

Ich ersuche Sie oder euch alle um die Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall bei der FPÖ. – 20.55 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (20.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Landesräte! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Das wird keine Wortmeldung zu dem Inhalt dieser beiden Berichte. Nur ein Satz in aller Kürze: Wir lesen heute in den Medien, dass der Grazer Bürgermeister behauptet hat von Anfang an, dass ein Gutteil der Sanierung der Grazer Finanzen mit Hilfe des Landes erfolgen soll, das heißt mit unserer Hilfe. Wir hier beschließen ja das Landesbudget und haben das zu verantworten. Ich weiß, wie spät es heute ist. Ich weiß, dass hier zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte mehr zustande kommen wird. Ich möchte aber nur mit diesem einen Beispiel Sie alle bitten darüber nachzudenken, dass wir mit diesem Problem in Zukunft anders umgehen müssen. Dass wir nämlich Punkte, die uns sehr betreffen, die für das ganze Land von großer Bedeutung sind, nicht einfach nach der Tageszeit beurteilen können, sondern wir schon verpflichtet sind, nach der politischen Bedeutung vorzugehen. Dazu werden wir uns etwas einfallen lassen müssen. So kann das nicht sein. In diesem Sinne danke für das Zuhören. (Beifall bei den Grünen. – 20.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1346/1 zum Tagesordnungspunkt 38 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1461/1 zum Tagesordnungspunkt 39 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Berichterstattung der Steiermärkischen Landesregierung über unerledigte und in Verwirklichung begriffene Anregungen des Rechnungshofes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Meine Damen und Herren, ich bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe – sehr müde schon! Danke schön.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 21.00 Uhr.)